



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Internationale Reaktion
auf die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten
in der ČSSR 1968

Verfasser

Maximilian Graf

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Arnold Suppan

Vorwort

Die vorliegende Diplomarbeit entstand durch eine eingehendere Beschäftigung mit der Thematik der internationalen Reaktionen auf die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR 1968 auf Basis der von mir im Wintersemester 2006/07 im Zuge des Forschungsseminars von Univ.-Prof. Dr. Arnold Suppan mit dem Titel „Die Tschechoslowakei 1918-1992“ verfassten Forschungsarbeit *Sowjetische Politik und Internationale Reaktionen auf die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR 1968*. Für die im Zuge dieser Lehrveranstaltung vermittelten Fähigkeiten im Umgang mit Archivquellen und die Anregung, die Arbeit zu einer Diplomarbeit zu vertiefen, schulde ich Prof. Suppan ebenso wie für die ausgezeichnete Betreuung meiner Diplomarbeit, bei deren Entstehung er stets mit Rat zur Seite stand, Dank.

Für die zahlreichen informativen Gespräche und die Bereitstellung von Material danke ich Univ.-Ass. Mag. Dr. Georg Kastner. Für die Hilfe vor Ort bei auftretenden Fragen und die stets anregenden Gespräche im Österreichischen Staatsarchiv danke ich Univ.-Ass. Mag. Richard Lein. Von zahlreichen weiteren Personen habe ich im Zuge der Arbeit förderliche Hinweise und Anregungen erhalten. Ihnen allen schulde ich Dank, denn ohne sie wäre dieser Arbeit ein Verlust erwachsen.

Maximilian Graf

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung.....	8
1.a) Forschungsgegenstand	8
1.b) Fragestellung.....	9
1.c) Literaturlage.....	9
1.d) Archivlage.....	11
1.e) Zum Aufbau der Arbeit	12
2. Der zeithistorische Kontext – Die weltpolitische Lage der 1960er Jahre: Von Konfrontation zu Entspannung im Kalten Krieg	14
3. Der „Prager Frühling“	21
3.a) Die Tschechoslowakei ab 1948.....	21
3.b) Die Vorgeschichte zum „Prager Frühling“	22
3.c) Der „Prager Frühling“	26
4. Die Intervention	33
4.a) Der Weg zur Intervention.....	33
4.b) Einmarsch und Putschversuch	43
4.c) Nach der Intervention - Ziviler Widerstand, politischer Protest und die Moskauer Verhandlungen	47
5. Internationale Reaktionen auf die Intervention	52
5.a) Die Interventionsmächte des Warschauer Paktes.....	53
Sowjetunion	53
Bulgarien	64
Deutsche Demokratische Republik (DDR).....	67
Polen	71
Ungarn.....	75
Zusammenfassung der Reaktionen der Interventionsmächte.....	79
5.b) Rumänien, Jugoslawien, China, Albanien und andere kommunistische Staaten	80
Rumänien	81
Jugoslawien.....	88

China	97
Albanien.....	100
Weitere Reaktionen kommunistischer Staaten	102
Zusammenfassung der Reaktionen kommunistischer Staaten.....	103
5.c) NATO-Mitgliedsstaaten.....	104
Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	104
Großbritannien.....	111
Frankreich.....	114
Italien	118
Bundesrepublik Deutschland (BRD)	121
Norwegen	125
Griechenland	126
Türkei	127
Reaktionen weiterer NATO-Staaten	128
Niederlande	130
Zusammenfassung der Reaktionen der NATO-Mitgliedsstaaten.....	132
5.d) Neutrale Staaten Europas	133
Schweiz	133
Schweden.....	135
Finnland.....	138
Österreich	142
Irland	153
Heiliger Stuhl	154
Zusammenfassung der Reaktionen der neutralen Staaten Europas	154
5.e) Afrika	155
5.f) Asien	158
5.g) Arabische Staaten und Israel	162
5.h) Lateinamerika	164

5.i) Ozeanien	167
6. Zusammenfassung	169
7. Quellen- und Literaturverzeichnis	176
7.a) Archivquellen	176
7.b) Bibliographie.....	176
Sekundärliteratur und gedruckte Quellen	176
Manuskript	180
Vortrag.....	181
Zeitungen/Zeitschriften	181
9. Abstracts.....	182
9.a) Deutsch	182
9.b) Englisch.....	185
10. Lebenslauf	188

1. Einleitung

1.a) Forschungsgegenstand

Den Forschungsgegenstand dieser Arbeit stellen die internationalen Reaktionen auf die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ab hier ČSSR) dar. Primär sollen die Reaktionen der ersten Tage nach der Intervention festgehalten werden, jedoch wird in einigen Fällen ein zeitlich weiteres Ausholen nötig, um die weltpolitische Stellung, die generelle Position eines Landes zu den Entwicklungen des „Prager Frühlings“ und der Reaktion der fünf intervenierenden Warschauer-Pakt-Staaten auf diese zu beurteilen. Somit ist es in einigen Fällen auch von Bedeutung, die Position des jeweiligen Landes in seinen Beziehungen zur Sowjetunion und - mit Abstrichen - auch zu den weiteren vier Interventionsmächten zu betrachten. Eine solche Analyse kann natürlich nur unter Berücksichtigung des zeithistorischen Kontextes, einer Phase der Entspannung im Kalten Krieg erfolgen. Ziel ist es, die unterschiedlichen Reaktionen der Staaten verschiedener Block- und Systemzugehörigkeit sowie auch Unterschiede innerhalb der Blöcke herauszuarbeiten.

Der Titel „Internationale Reaktion auf die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR 1968“ suggeriert das Bestreben, eine relativ vollständige Darstellung zu den weltweiten Reaktionen zu bieten. Demnach soll neben den Reaktionen der *westlichen Welt* und der nichtintervenierenden kommunistischen Staaten auch das Verhalten der Interventionsmächte in den Tagen nach der Intervention erläutert werden. Wenngleich die daraus resultierenden vier ausführlicher behandelten Staatengruppen - die Interventionsmächte, die nichtintervenierenden kommunistischen Staaten, die Mitgliedsstaaten der North Atlantic Treaty Organisation (ab hier NATO) und die neutralen Staaten Europas - zweifelsohne den Hauptteil dieser Arbeit darstellen werden, so sollen auch die Reaktionen afrikanischer, asiatischer, arabischer, lateinamerikanischer und ozeanischer Staaten, die das Gros der sogenannten Blockfreien Staaten darstellten, Erwähnung finden.

Untersucht werden, soweit die Quellenlage dies ermöglicht, die offiziellen Reaktionen der jeweiligen Staaten, die mediale Wertung in diesen sowie die Haltung der Bevölkerung gegenüber der Intervention. In einigen Fällen ist es auch sinnvoll, die innere und äußere Rezeption der Reaktionen in die Darstellung mit einzubeziehen.

1.b) Fragestellung

Entsprechend dem Forschungsgegenstand ergeben sich folgende Fragestellungen:

1. Wie reagierten die Interventionsmächte in den Tagen nach der Intervention?
2. Wie reagierten andere kommunistische Staaten wie Rumänien, Jugoslawien, China und Albanien auf die Intervention?
3. Wie reagierten die NATO-Mitgliedsstaaten auf die Intervention?
4. Wie reagierten die neutralen Staaten Europas auf die Intervention?

Die Reaktionen afrikanischer, asiatischer, arabischer, lateinamerikanischer und ozeanischer Staaten werden am Ende der Arbeit Erwähnung finden. Jedoch wird keine eingehende Befassung mit diesen erfolgen.

Auch wenn die Fragestellungen die Frage nach der Motivation hinter den jeweiligen Reaktionen der einzelnen Staaten und Staatengruppen nicht direkt implizieren, so ist die Beantwortung dieser Frage dennoch eines der Hauptziele meiner Arbeit.

1.c) Literaturlage

Zum „Prager Frühling“ sind bereits unzählige Publikationen erschienen. Aus diesen habe ich zur Darstellung des „Prager Frühlings“ und des Weges zur Intervention einige Publikationen ausgewählt. Jene von Jan Pauer,¹ deren Fokus auf den Entwicklungen auf dem Weg zur Intervention sowie der Intervention und den Moskauer Verhandlungen liegt. Seine Darstellung ist, die Intervention betreffend, unumgänglich und beantwortet Fragen, die H. Gordon Skilling² in seinem monumentalen Werk zum „Prager Frühling“ und der Intervention, das bereits in den 1970er Jahren entstand, noch offen lassen musste. Skillings Einschätzungen haben dennoch zu einem großen Teil bis heute Aktualität und werden durch das Werk von Pauer zumeist bestätigt. Sein Fokus liegt aber verstärkt auf den Entwicklungen und Ereignissen des „Prager Frühlings“ selbst. Die Darstellung von Kieran Williams,³ die sich mit der tschechoslowakischen Politik im Zeitraum von 1968 bis 1970 befasst, ist wie jene von Pauer zur Intervention repräsentativ für den neueren Forschungsstand.

¹ Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes, Bremen 1995.

² Skilling, H. Gordon: Czechoslovakia's Interrupted Revolution, Princeton 1976.

³ Williams, Kieran: The Prague spring and its aftermath. Czechoslovak politics, 1968-1970, Cambridge/e. a. 1997.

Ebenfalls hinzugezogen werden die Memoiren von Vasil Bil'ak,⁴ Alexander Dubček⁵ und Zdeněk Mlynář,⁶ die persönliche wenn auch sehr unterschiedliche Einblicke in den „Prager Frühling“ geben. Die Kapitel zur tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte aus der *Geschichte der Tschechoslowakei* von Jörg K. Hoensch,⁷ die einen Überblick zu verschaffen vermögen, fließen ebenfalls in die den historischen Kontext erläuternden Passagen ein.

Zu den Reaktionen auf die Intervention ist die bisherige mir bekannte Literatur leider nicht sehr ausführlich. H. Gordon Skilling bringt neben den Reaktionen der kommunistischen Parteien auf den „Prager Frühling“⁸ auch eine kurze Sammlung der Reaktion dieser auf die Intervention sowie eine kurze Darstellung der Reaktionen der NATO und der Vereinten Nationen (ab hier VN).⁹ Zur Beurteilung der Position der Deutschen Demokratischen Republik (ab hier DDR) sind bereits einige Studien erschienen. Wolfgang Schwarz¹⁰ hat die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR von 1961 bis 1968 dargestellt. Volker Zimmermann¹¹ bietet in einem unlängst erschienenen Artikel einen Überblick über die Beziehungen von 1945 bis 1969. Edita Ivaničková befasste sich in einem Artikel mit dem Verhältnis zwischen der DDR und der ČSSR im Zusammenhang mit der Intervention.¹² Zur Rolle der DDR im Zusammenhang mit der Intervention ist das Werk von Rüdiger Wenzke¹³ von großer Bedeutung.

Die Darstellung von Boris Meissner¹⁴ zur Ausbildung der Brežnev-Doktrin ist aufgrund ihres ausführlichen Dokumententeils vor allem für die Reaktion von Rumänien, Jugoslawien, China und Albanien äußerst nützlich. Die Artikel mehrerer Autoren in einem Sonderheft der Zeitschrift *Osteuropa*, in Folge der Intervention vom

⁴ Bilak, Vasil: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der »Prager Frühling« aus der Sicht eines Beteiligten, hg. von Klaus Kukuk, Berlin 2006.

⁵ Dubček, Alexander: Leben für die Freiheit, München 1993.

⁶ Mlynář, Zdeněk: Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus, Köln/Frankfurt a. M. 1978.

⁷ Hoensch, Jörg K.: Geschichte der Tschechoslowakei, 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln 1992.

⁸ Siehe: Skilling, H. Gordon: Czechoslovakia's Interrupted Revolution, Princeton 1976, S. 659-712.

⁹ Siehe: ebd., S. 740-758.

¹⁰ Schwarz, Wolfgang: Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961-1968, München 2004.

¹¹ Zimmermann, Volker: Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei 1945-1969: Überlegungen zur „brüderlichen Zusammenarbeit“ zweier sozialistischer Staaten, in: Mueller, Wolfgang/Portmann, Michael: Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, Wien 2007, S. 219-238.

¹² Ivaničková, Edita: Die Krise der Beziehungen der ČSSR zur DDR im Zusammenhang mit der Intervention von 1968. in: Lemberg, Hans/Křen, Jan/Kováč, Dušan (Hgg.): Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948-1989, Essen 1998, S. 153-167.

¹³ Wenzke, Rüdiger: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995.

¹⁴ Meissner, Boris: Die »Breshnew-Doktrin«. Dokumentation, Köln 1969.

21. August erschienen, bringen die Positionen der Interventionsmächte und die Einstellungen und Reaktionen von Rumänien, Jugoslawien, China, Albanien, der Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs sowie auch eine Zusammenfassung der Reaktionen afrikanischer Staaten.¹⁵ Als hilfreich bei der allgemeineren Einschätzung der Intervention sowie, in geringem Ausmaß, zu den Reaktionen auf diese sei die von einigen Autoren erarbeitete, wenn auch schon etwas ältere Darstellung zur Außenpolitik der Sowjetunion von 1955-1973 erwähnt.¹⁶ Gleiches gilt für die Darstellung von Hoensch zur sowjetischen Osteuropapolitik,¹⁷ vor allem in Hinblick auf Rumänien, Jugoslawien und Albanien.

Da die Auswertung der internationalen Reaktionen im Kontext der weltpolitischen Lage erfolgen muss, sei hierzu auf die Darstellungen zur Geschichte Europas von Tony Judt,¹⁸ Harold James,¹⁹ Helmut Altrichter und Walther L. Bernecker²⁰ sowie auf jene von John Lewis Gaddis zum Kalten Krieg²¹ verwiesen.

Eine vollständige Aufstellung der verwendeten Literatur, der gedruckten Quellen und aller Autoren befindet sich in der Bibliographie unter 7.b).

1.d) Archivlage

Der Zugang zu den Reaktionen auf die Intervention erfolgt primär über die Berichte der österreichischen Vertretungen im Ausland. Aus diesen ist es möglich einen relativ breiten Überblick über die Reaktionen der vornehmlich behandelten Staatengruppen zu erhalten. Die zur Auswertung der Reaktionen auf die Intervention in der ČSSR herangezogenen Archivquellen stammen aus dem Österreichischen Staatsarchiv, Archiv der Republik, Sektion II Pol. Der Karton 1354 besteht überwiegend aus einer Sammlung von Reaktionen. Innerhalb des Kartons erfolgt eine Unterteilung in die Reaktionen aus Osteuropa und die internationalen Reaktionen auf die Ereignisse in der ČSSR. Ebenfalls sind die Reaktionen des Europarats zur Intervention separat gehalten, diese werden jedoch aufgrund der zeitlich späteren Reaktion des Europarats nicht zu meiner Beurteilung hinzugezogen. Die Qualität und Dichte der

¹⁵ Mehrere Autoren in: Osteuropa 1968 (18.Jg), S. 697-798.

¹⁶ Geyer, Dietrich(Hg): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976.

¹⁷ Hoensch, Jörg K.: Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975, Düsseldorf 1977.

¹⁸ Judt, Tony: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006.

¹⁹ James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München 2004.

²⁰ Altrichter, Helmut/Bernecker, Walther L.: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2004.

²¹ Gaddis, John Lewis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007; Gaddis, John Lewis: We Now Know. Rethinking Cold War History, Oxford 1997.

Informationen über die Reaktionen der einzelnen Länder ist erwartungsgemäß unterschiedlich. Primär aus diesem Grund ist auch die Durchsicht einiger internationaler Tages- und Wochenzeitungen²² erfolgt, die es ermöglichten, einige Lücken zu schließen.

Aus den Interventionsstaaten sind zumeist sehr ausführliche Botschaftsberichte vorhanden, über die DDR so gut wie keine. Dies stellt aber aufgrund der besonders guten Literaturlage kein Problem dar. Bei den internationalen Reaktionen sind zu den NATO-Staaten, ebenfalls von Land zu Land verschieden, mehr oder weniger ausführliche Sammlungen zu den Reaktionen angelegt. Zu den neutralen Staaten Schweiz, Schweden und Finnland ist relativ viel Material vorhanden. Für die Auswertung der österreichischen Reaktion sind neben der ausreichenden Literaturlage die österreichischen Ministerratsprotokolle des Jahres 1968 herangezogen. Sie befinden sich im Österreichischen Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundeskanzleramt, Ministerratsprotokolle.

Ebenfalls vorhanden sind die Protokolle des Sicherheitsrates der VN (Karton 1355). Diese sind sowohl für die Befassung des Sicherheitsrates mit der Intervention in der ČSSR, als auch, besonders auf Grund der zahlreichen an den Sicherheitsrat herangetragenen Stellungnahmen zur Intervention, für die Reaktionen von anderen als den im Sicherheitsrat vertretenen Staaten von Bedeutung. Hieraus stammt eine Vielzahl der Informationen über die Staatengruppen, die außerhalb einer eingehenderen Betrachtung verbleiben.

1.e) Zum Aufbau der Arbeit

Zunächst möchte ich unter 2. auf den zeithistorischen Kontext eingehen, da dieser für ein Verständnis der weltpolitischen Lage der 1960er Jahre und somit für jede Auswertung der Reaktionen grundlegend ist. Unter 3. erfolgt die Darstellung einiger Aspekte der Vorgeschichte zum „Prager Frühling“ sowie die Darstellung des „Prager Frühlings“ selbst. Unter 4. wird der Komplex der Intervention dargestellt, 4.a) geht auf den Weg zur Intervention ein. Hier wird auch die Einstellung der einzelnen Interventionsmächte zu den Entwicklungen in der ČSSR erkennbar werden. 4.b) behandelt dann die Intervention selbst und unter 4.c) wird auf die Folgetage der Intervention eingegangen. Hierbei geht es darum, das Verhalten der Bevölkerung, der politischen Führung der ČSSR und die Folgen der Intervention darzustellen.

²² Siehe hierzu deren vollständige Aufstellung unter 7.b).

Zudem stellt die Darstellung der Moskauer Verhandlungen die Überleitung zu den Reaktionen dar.

Der fünfte Punkt meiner Arbeit befasst sich dann mit den internationalen Reaktionen auf die Intervention. Unter 5.a) gehe ich gemäß meiner ersten Fragestellung auf die Reaktionen der Interventionsmächte in den Tagen nach der Intervention ein. Unter 5.b) behandle ich gemäß der zweiten Fragestellung die Reaktionen von Rumänien, Jugoslawien, China, Albanien und weiterer kommunistischer Staaten. 5.c) behandelt dann entsprechend meiner dritten Fragestellung die Reaktionen der NATO-Staaten, 5.d) die Reaktionen der neutralen Staaten Europas. Unter 5.e) bis 5.i) werden kurz die Reaktionen afrikanischer, asiatischer, arabischer, lateinamerikanischer und ozeanischer Staaten dargestellt. Abschließend erfolgt unter 6. eine vergleichende Zusammenfassung der Ergebnisse.

Anmerkungen des Autors innerhalb der Ausführungen sind stets durch [..., M.G.] gekennzeichnet. Diese Anmerkungen sind, sofern dies notwendig erscheint, bei bereits erwähnten Informationen entsprechend durch Verweise auf andere Teile der Arbeit, ansonsten durch Fußnoten belegt. Einfach Verweise auf andere Teile der Arbeit erfolgen entweder im Text oder durch (siehe: ...). Innerhalb von wörtlichen Zitaten werden Ergänzungen, sofern diese ausschließlich die bessere Verständlichkeit eines Satzes durch die eingefügten Wörter gewährleisten, nur in [...] angeführt und aufgrund der besseren Lesbarkeit auf die Initialen des Autors verzichtet. Die Richtigstellung falsch geschriebener Namen erfolgt mit [..., M.G.]. Bei häufig auftretenden Fehlern wie KPC statt KPČ oder CSSR statt ČSSR erfolgt innerhalb von wörtlichen Zitaten keine Richtigstellung, da spätestens hiermit ihre Bedeutung klar ist. Namen, die keiner Überprüfung unterzogen werden konnten, werden mit [sic!, M.G.] versehen. Prinzipiell wurde versucht eine größtmögliche Korrektheit und Vollständigkeit der Namen der erwähnten Personen sicherzustellen. Quellsprachlich bedingte Formulierungen, wie „das tschechoslowakische Volk“, werden auch außerhalb von wörtlichen Zitaten des Öfteren als *Sprache der Zeit* beibehalten, auch wenn es selbstverständlich korrekt wäre, von den Völkern der Tschechoslowakei, der tschechoslowakischen Bevölkerung oder einfach von Tschechen und Slowaken zu sprechen.

2. Der zeithistorische Kontext – Die weltpolitische Lage der 1960er Jahre: Von Konfrontation zu Entspannung im Kalten Krieg

Die 1960er Jahre begannen im Kontext des Kalten Krieges äußerst stürmisch, sodass man für den Zeitraum von 1958 bis 1963 von einer der „heißesten“ Phasen des Kalten Krieges sprechen kann. Nachdem die Berlin-Krise von 1958 bis 1961 ein ständiges Politikum zwischen Ost und West gewesen war, erteilte Nikita S. Chruščev, als erneut eine sowjetische Note, die einen separaten Friedensvertrag für die DDR androhte, vom Westen zurückgewiesen wurde, der ostdeutschen Führung die Erlaubnis, die Grenze zwischen Ost- und Westberlin endgültig zu schließen. Am 13. August 1961 wurde mit der Errichtung von Absperrungen begonnen, in den folgenden Wochen entstand die *Berliner Mauer*.²³

Viele westliche Politiker waren über den Mauerbau sogar erleichtert, er wurde einem Krieg vorgezogen. Berlin war nun nicht mehr ständiger Krisenherd.²⁴ Als im Oktober 1962 die Kuba-Krise ausbrach, glaubten John F. Kennedy und seine Berater fälschlicherweise, dass Chruščev auf diesem Weg seine Ziele für Deutschland durchsetzen wollte.²⁵ Chruščev stationierte, laut John Lewis Gaddis, die Mittelstreckenraketen auf Kuba jedoch auch nicht um einer rüstungstechnischen Parität näher zu kommen, wie dies beispielsweise Manfred Hildermeier sieht, sondern, weil sie die Revolution in Lateinamerika vorbereiten sollten.²⁶ In den USA wurden die sowjetischen Raketen als Bedrohung und Provokation empfunden. Die daraus resultierende Krise führte die Welt mehr oder weniger nahe an einen Atomkrieg und konnte durch Geheimdiplomatie gelöst werden. Chruščev zog die sowjetischen Raketen ab, Kennedy versprach öffentlich, nicht mehr zu versuchen auf Kuba zu landen, und in einem geheimen Zusatz zur Absprache sagte Kennedy zu, in der Türkei stationierte amerikanische Mittelstreckenraketen abzubauen.²⁷

Der sowjetisch-amerikanische Wettkampf gewann nach der Kuba-Krise eine gewisse Stabilität und sogar Vorhersehbarkeit. Keiner der beiden würde in Zukunft versuchen, direkte Änderungen in der Einflussphäre des anderen zu initiieren. Die

²³ Vgl. Judt, Tony: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006, S. 284-286. (ab hier: Judt, Geschichte Europas)

²⁴ Vgl. ebd., S. 287.

²⁵ Vgl. ebd., S. 288.

²⁶ Vgl. die konträren Sichtweisen bei: Gaddis, John Lewis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, S. 97-98 (ab hier: Gaddis, Der Kalte Krieg) und Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 996. (ab hier: Hildermeier, Sowjetunion)

²⁷ Siehe hierzu ausführlicher z. B.: Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 94-107; sowie: Gaddis, John Lewis: We Now Know. Rethinking Cold War History, Oxford 1997, S. 260-280. (ab hier: Gaddis, We Now Know)

Abnormalitäten des Kalten Krieges, wie die *Berliner Mauer*, wurden zur Normalität.²⁸ Nach der Kuba-Krise wurde am 20. Juni 1963 ein *heißer Draht* zwischen Moskau und Washington eingerichtet, kurz danach begannen Gespräche zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion, die in einem Vertrag über die teilweise Beendigung von Kernwaffenversuchen mündeten, der am 10. Oktober 1963 in Kraft trat. Eigentliches Ziel des Vertrags war, dass weder China noch Westdeutschland über Atomwaffen verfügen sollten.²⁹

Chruščev prägte die Geschichte Osteuropas bis zu seinem Sturz 1964. Er glaubte noch an den internationalen Klassenkampf, hatte weltrevolutionäre Ambitionen und pochte auf die uneingeschränkte Führungsrolle der Partei in der Sowjetunion und in ihren Satellitenstaaten. Chruščev verfolgte eine Politik der Koexistenz mit den Westmächten, wie auch mit den eigenen Bürgern. Er traf Fehlentscheidungen, die die Kuba-Krise und seinen eigenen Sturz auslösten.³⁰ Am XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (ab hier KPdSU) 1961 hatte Chruščev offenbart, wie tief die Spaltung zwischen der Sowjetunion und China war, im folgenden Monat wurde die sowjetische Botschaft in Albanien, das dem Peking-Kurs gefolgt war, geschlossen.³¹ Frank Umbach attestiert bereits für die letzten Jahre der Herrschaft Chruščevs wegen des Verhaltens Albaniens und zunehmend auch Rumäniens eine Desintegration des Warschauer Paktes.³² Chruščev hatte versucht den zentrifugalen Tendenzen in Osteuropa durch eine verstärkte wirtschaftliche und militärische Integration entgegenzuwirken. Dies scheiterte jedoch an dem zunehmenden Selbstbewusstsein der einzelnen Volksdemokratien³³ sowie an den unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wie diese Integration erfolgen sollte.³⁴ Bis zu seinem Sturz gelang es ihm nicht mehr eine eindeutige außenpolitische Linie in Osteuropa zu verfolgen. Besonders die überall in Osteuropa ab den frühen 1960er Jahren auftretenden ökonomischen Schwierigkeiten zwangen ihn, dem Verlangen der osteuropäischen Bruderparteien nach mehr Eigenständigkeit Rechnung zu

²⁸ Vgl. Gaddis, *We Now Know*, S. 279-280.

²⁹ Vgl. Judt, *Geschichte Europas*, S. 289.

³⁰ Vgl. ebd., S. 474-475.

³¹ Vgl. ebd., S. 476.

³² Vgl. Umbach, Frank: *Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991*, Berlin 2005, S. 580. (ab hier: Umbach, *Das rote Bündnis*)

³³ Vgl. Hoensch, Jörg K.: *Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975*, Düsseldorf 1977, S. 187. (ab hier: Hoensch, *Sowjetische Osteuropa-Politik*).

³⁴ Vgl. dazu ausführlich ebd., S. 234-250.

tragen. Im Rat gegenseitiger Wirtschaftshilfe (ab hier RGW) und im Warschauer Pakt hatte die Sowjetführung mehr Mitsprache zu respektieren.³⁵

1964 kam es zum Putsch, Chruščevs politische Misserfolge, sein autokratischer Führungsstil und besonders seine Inkonsequenz führten zum Machtwechsel.³⁶ Der Putsch richtete sich nicht gegen die von ihm initiierten Reformen prinzipiell, sondern viel mehr gegen deren Art und Durchführung.³⁷

Während seiner Amtszeit waren Chruščevs Möglichkeiten der Machtausübung eingeschränkt worden und Gaddis zufolge spiegelt sein Schicksal jenes der Supermächte vom Ende der 1950er Jahre bis zum Anfang der 1970er Jahre wider. Trotz des prinzipiell bipolaren Systems fiel es diesen immer schwerer, kleinere Mächte - sowohl verbündete als auch neutrale - im Kalten Krieg in Zaum zu halten, während sie auch im Inneren ihre als gegeben angenommene Autorität einbüßten.³⁸ Für die Außenpolitik der Sowjetunion galt, dass der Machtwechsel von Chruščev auf Leonid I. Brežnev und Aleksej N. Kosygin keine inhaltliche Neuorientierung brachte, sie wurde aber weniger impulsiv und übertreibend. Es blieb bei Konfrontation und Kooperation, für die erste Phase der Ära Brežnev ist aber von einer Phase der Entspannung zu sprechen. Faktoren für das Bemühen um Verständigung zwischen der Sowjetunion und den USA waren der sich verschärfende sino-sowjetische Konflikt und die damit einhergehende zunehmende Uneinigkeit des sozialistischen Lagers sowie die immer stärkere Bindung der USA im Vietnamkrieg zwischen Nord- und Südvietnam seit 1964, der die außenpolitische Bewegungsfreiheit der USA einschränkte und auch starke Auswirkungen auf die Innenpolitik hatte. Die Sowjetunion musste sich der chinesischen Herausforderung stellen, das militärische Engagement der USA in Vietnam wurde immer mehr von einem Stellvertreterkrieg zu einem Interventionskrieg mit steigenden Opferzahlen.³⁹

Vietnam war 1954 nach dem Sieg von Ho Chi Minh über die französische Kolonialmacht durch eine Einigung von Frankreich, den USA, Großbritannien, der Sowjetunion und der Volksrepublik China entlang des 17. Breitengrades geteilt worden. Ho Chi Minh konnte im Norden einen kommunistischen Staat errichten, die USA installierten eine antikommunistische Alternative im Süden. Das Regime unter Ngo Dinh Diem wurde jedoch zunehmend repressiver und somit ein Problem. Die

³⁵ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 220

³⁶ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 477.

³⁷ Vgl. Hildermeier, Sowjetunion, S. 826-827.

³⁸ Vgl. Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 154.

³⁹ Vgl. Hildermeier, Sowjetunion, S. 997.

USA organisierten 1963 einen Putsch, in dessen Folge Ngo Dinh Diem hingerichtet wurde.

Lyndon B. Johnson wurde nach der Ermordung Kennedys im November 1963 amerikanischer Präsident, in den Präsidentschaftswahlen 1964 feierte er dann einen klaren Sieg. Nachdem die Situation in Südvietnam sich Ende 1963 verschärfte, ließen sich Johnson und seine Regierung vom Kongress ermächtigen, alle für notwendig erachteten Schritte ergreifen zu können. Bereits kurz nach seinem Wahlsieg 1964 kam die militärische Eskalation in Gang. Die Sowjetführer waren über diese Entwicklung keineswegs glücklich. Hatte Chruschtschow nach der Kuba-Krise noch versucht, die Beziehungen zu den USA zu verbessern, so fühlten sich seine Nachfolger Brežnev und Kosygin, obwohl sie gehofft hatten an diese Politik anknüpfen zu können, verpflichtet, Nordvietnam zu unterstützen. Einerseits aus ideologischen Gründen, aber auch, weil sie im Falle einer passiven Haltung insbesondere durch das offen opponierenden China hart kritisiert worden wären.⁴⁰

Die beiden Supermächte hatten in den 1960er Jahren, wie bereits angedeutet, immer größere Probleme, ihre Verbündeten, das sozialistische Lager und die Mitglieder des Warschauer Paktes beziehungsweise die Mitgliedsstaaten der NATO, unter Kontrolle zu halten.

Im Falle der Sowjetunion wog der bereits erwähnte Konflikt mit China, der bereits in den 1950er Jahren begonnen⁴¹ und bis zu den blutigen Grenzkonflikten am Ussuri 1969 weiter eskaliert war,⁴² besonders schwer. Aber auch im Warschauer Pakt gärte es. Der neue rumänische KP-Führer Nicolae Ceaușescu, der 1965 Gheorghe Gheorghiu-Dej nachfolgte, übte 1966 Kritik am Warschauer Pakt und nahm im Jahr darauf, ohne Zustimmung Moskaus, diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (ab hier BRD) auf.⁴³ Diese hatte bereits begonnen, den Weg der Entspannung durch die *Neue Ostpolitik* unter Außenminister Willy Brandt zu gehen. Wenn eine Wiedervereinigung Deutschlands damals unmöglich war, so sollten zumindest die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und auch mit der Sowjetunion, sowie mit dem *Ostblock* allgemein verbessert werden.⁴⁴ Die Sowjetunion stand der *Neuen Ostpolitik* der BRD negativ gegenüber. Dafür hatte der

⁴⁰ Vgl. Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 167-169.

⁴¹ Vgl. Gaddis, We Now Know, S. 218.

⁴² Vgl. Hildermeier, Sowjetunion, S. 997.

⁴³ Vgl. James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München 2004, S. 318. (ab hier: James, Geschichte Europas)

⁴⁴ Vgl. Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 192-193.

Politische Beratende Ausschuss des Warschauer Paktes seinerseits wiederum Anfang Juli 1966 auf seiner Tagung in Bukarest die Einberufung einer europäischen Konferenz zur Erörterung von Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und zur Anbahnung der europäischen Zusammenarbeit angeregt, was wiederum das Bestreben nach Entspannung suggerierte.⁴⁵

Der wachsenden Eigenständigkeit der sozialistischen Bruderstaaten Osteuropas wurde auch durch die neue Sowjetführung zunächst nicht vehement entgegengewirkt. Die sich verstärkenden Nationalismen in den einzelnen Staaten stärkten durchaus die Autorität der Sowjetunion als Schiedsrichter, vor allem bei territorialen Streitfragen. Der RGW hatte sich bereits unter Chrusčev als ungeeignetes Integrationselement erwiesen, weshalb dem Warschauer Pakt als Integrationsfaktor mehr Bedeutung beigemessen wurde. Die politischen Führungskräfte der Staaten der sowjetischen Einflusssphäre in Osteuropa waren bis auf Ceaușescu bereits älter und häufig abgewirtschaftet, weshalb sie sowjetische Rückendeckung zur Herrschaftssicherung von Nöten hatten. Die Veränderungen am Balkan tangierten die sowjetischen Sicherheitsinteressen nicht, da durch diese keine ernsthafte Bedrohung, im Gegensatz zu möglichen Veränderungen des *status quo* in Mitteleuropa, bestand.⁴⁶ Brežnev nahm den Autoritätsverlust der UdSSR in Osteuropa, insbesondere in Hinsicht auf die alleinige Vorherrschaft im Warschauer Pakt, nicht so tatenlos wie Chrusčev hin. Besonders Rumänien sollte diszipliniert werden. Jedoch auch ihm gelang es nicht entscheidende Erfolge zu erzielen.⁴⁷

Im Bezug auf die bündnisinternen Probleme der USA sei die Haltung Frankreichs kurz dargestellt. Frankreichs Präsident Charles de Gaulle stellte sich in einer Pressekonferenz am 14. Januar 1963 gegen einen Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ab hier EWG), das er als Satellit der Amerikaner bezeichnete, weswegen die Briten nicht gleichzeitig Europäer sein könnten. Stattdessen unterzeichnete er am 22. Jänner 1963 den vor allem symbolischen Freundschaftsvertrag (Elysée-Vertrag) mit der BRD.⁴⁸ Im Mai 1967 suchte Großbritannien erneut um eine EWG-Aufnahme an, de Gaulle lehnte ein gutes halbes Jahr später wiederum ab.⁴⁹ 1964 erkannte de Gaulle Mao Zedongs

⁴⁵ Vgl. Altrichter, Helmut/Bernecker, Walther L.: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2004, S. 351-352. (ab hier: Altrichter/Bernecker, Geschichte Europas)

⁴⁶ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 260-266.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 282-283, 288-298.

⁴⁸ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 327; vgl. Altrichter/Bernecker, Geschichte Europas, S. 232.

⁴⁹ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 344.

China an, während er die amerikanische Eskalation im Vietnam lautstark kritisierte. 1966 beendete er die militärische Kooperation mit der NATO.⁵⁰

De Gaulle und Mao Zedong sahen in der Zurückweisung äußerer Autoritäten die Möglichkeit, ihre Legitimation im Inneren zu stärken.⁵¹ Doch sowohl Mao Zedong als auch de Gaulle bekamen 1967/68 innenpolitische Schwierigkeiten.⁵² Mao Zedong hatte 1966 die Kulturrevolution in Gang gesetzt, einmal begonnen fiel es ihm schwer, sie wieder zu beenden.⁵³ De Gaulle hatte 1968 das Debakel der Pariser Mai-Unruhen erlebt.⁵⁴ In jenem Mai 1968 war es in den meisten westlichen Industrieländern zu Studentenunruhen gekommen.⁵⁵ Gegen Ende der 1960er Jahre hatten aber auch die Supermächte, wie ihre widerspenstigen Verbündeten, mit inneren Problemen zu kämpfen.

Präsident Johnson war durch den ständigen Protest gegen den Vietnamkrieg quasi im Weißen Haus festgesetzt. Deswegen und auch wegen der Rassenunruhen, bei denen im Frühjahr 1968 Martin Luther King ermordet wurde, waren ihm die Hände gebunden, weshalb er bereits im März 1968 beschlossen hatte, sich nicht der Wiederwahl zu stellen.⁵⁶

Das Konsumdenken entwickelte sich in Osteuropa in den 1960er Jahren immer stärker. Der Lebensstandard war aber im Osten Europas, im Vergleich mit dem Westen, schlecht. Viele osteuropäische Länder experimentierten in den 1960er Jahren mit Wirtschaftsreformen (so auch die ČSSR, wie noch zu zeigen sein wird). Die Stimmung verschlechterte sich aber trotz des ständig wachsenden Angebots an Konsumgütern. Die Lebenserwartung war wie im Westen Europas nach dem Zweiten Weltkrieg angestiegen, im Osten jedoch ab 1965 wieder gesunken. In den 1960er Jahren begann sich eine Desillusionierung breit zu machen.⁵⁷ Dieses Problem konnte aber nicht militärisch überwunden werden. Es galt demnach für die Sowjetunion, eine Entspannung mit den USA anzustreben, da nur so die Stabilität der sowjetischen Einflussphäre in Osteuropa sichergestellt werden konnte.⁵⁸

Die ersten unter Chruščev unternommenen Schritte auf dem Weg der Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion und zur globalen

⁵⁰ Vgl. Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 176.

⁵¹ Vgl. ebd., S. 179.

⁵² Vgl. ebd., S. 180.

⁵³ Vgl. ebd., S. 186.

⁵⁴ Vgl. Altrichter/Bernecker, Geschichte Europas, S. 299.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 414.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 299; vgl. Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 182.

⁵⁷ Vgl. James, Geschichte Europas, S. 316.

⁵⁸ Vgl. Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 192-193.

Entspannung setzten Brežnev und Kosygin fort.⁵⁹ Am 1. Juli 1968 war es zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags gekommen,⁶⁰ der am 5. März 1970 in Kraft trat.⁶¹ Gleichzeitig hatte die Sowjetunion vehement aufgerüstet, sodass 1969 grundsätzliche Parität in der Bewaffnung erreicht war. Diese Aufrüstung seitens der Sowjetunion machte die nachfolgenden beiderseitigen Abrüstungsbemühungen überhaupt erst möglich.⁶² Die Verhandlungen über eine Begrenzung von strategischen Waffen hätten noch im Jahr 1968 beginnen sollen.⁶³

Die Entspannung zwischen den beiden Supermächten sollte die Gefahr eines Atomkriegs verringern, ihre gegenseitigen Beziehungen berechenbarer gestalten und gleichzeitig helfen, ihre innenpolitischen Probleme der 1960er Jahre in den Griff zu bekommen.⁶⁴ Der machtpolitische *status quo* in Europa war anerkannt. Die *roll-back*-Phantasien zur Zurückdrängung des Kommunismus waren verblasst. Die Ansätze einer begonnenen Entspannungspolitik zur Überwindung der festgefahrenen Fronten sollten auf keinen Fall gefährdet werden.⁶⁵

⁵⁹ Vgl. Hildermeier, Sowjetunion, S. 1000.

⁶⁰ Vgl. Gaddis, *We Now Know*, S. 280.

⁶¹ Vgl. Ebert, Johannes/Schmid, Andreas: *Chronik des 20. Jahrhunderts*, Gütersloh 1999, S. 436.

⁶² Vgl. Hildermeier, Sowjetunion, S. 1000.

⁶³ Vgl. Gaddis, *Der Kalte Krieg*, S. 224-225.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 225.

⁶⁵ Vgl. Altrichter/Bernecker, *Geschichte Europas*, S. 299.

3. Der „Prager Frühling“

3.a) Die Tschechoslowakei ab 1948

Nach der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 erfolgte die willfährige Unterstellung der Tschechoslowakei unter das sowjetische Hegemonialsystem. Die letzten nichtkommunistischen Vertreter der Nachkriegstschechoslowakei Präsident Edvard Beneš, er gab die Präsidentschaft am 7. Juni auf, und Außenminister Jan Masaryk, er starb am 10. März unter ungeklärten Umständen, verschwanden noch im selben Jahr von der politischen Bildfläche. Nichtkommunistische Kräfte in Partei und Militär wurden ausgeschaltet. Wo Opposition möglich schien, kam es zu Säuberungen. Die Vormachtstellung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (ab hier KPČ) wurde gesichert, die Macht des Staatspräsidenten erheblich beschnitten. In der Einheitsliste der Nationalen Front war die KPČ überproportional vertreten, am 27. Juni 1948 erfolgte zudem die Zwangsvereinigung mit den Sozialdemokraten. Die der Slowakei zugestandene Autonomie erlangte in der praktischen Politik nie eine wirkliche Bedeutung, die Zentralregierung behielt sich die Kontrolle vor. Durch die Verfassung von 1960 wurden die Autonomierechte weiter beschnitten. Priester mussten nach dem Kirchengesetz vom 14. Oktober 1949 dem Staat einen Treueid leisten, Weigerung wurde bestraft, das Kirchenvermögen dem Staat übertragen. Bildung und Kultur wurden nach den Erfordernissen der Partei ausgerichtet, die Wirtschaft nach den sowjetischen Forderungen. Die Kollektivierung wurde zunächst behutsam, ab 1955 energisch vorangetrieben. Diese war politisch-ideologisch bedingt, jedoch volkswirtschaftlich kaum vertretbar, die Versorgung mit Lebensmitteln war unzureichend, was wiederum Unzufriedenheit in der Bevölkerung hervorrief. Die Außenpolitik wurde streng nach den sowjetischen Vorstellungen ausgerichtet. Ein Jahr nach der kommunistischen Machtergreifung traten Rivalitäten innerhalb der KPČ erstmals offen zutage. Die hauptsächlich in den 1950er Jahren folgenden Säuberungen reduzierten die Mitgliederzahl der Partei, einen Höhepunkt stellte der Schauprozess gegen Rudolf Slánský, bis 1951 Generalsekretär der KPČ, und 13 weitere Angeklagte im November 1952, der mit elf Todesurteilen endete, dar. Im Zuge der Säuberungen wurden insbesondere Schlüsselstellen in der Kommunistischen Partei der Slowakei (KPS) sukzessive mit Tschechen besetzt, der spätere Erste Sekretär und Staatspräsident Gustav Husák wurde beispielsweise wegen „Titoismus“ und „slowakischen Separatismus“ verurteilt. Chruščevs Abrechnung mit Stalin und dem Stalinismus am XX. Parteitag der KPdSU erbrachte

kaum Änderungen in der seit 1953, nach dem Ableben von Klement Gottwald, von Antonín Novotný geführten KPČ. Erst mit der zweiten Entstalinisierungswelle, die auf den XXII. Parteitag der KPdSU eingeleitet wurde, begannen die zögerlich durchgeführten Rehabilitierungen in der Tschechoslowakei.⁶⁶

3.b) Die Vorgeschichte zum „Prager Frühling“

In der Tschechoslowakei kann man bereits Ende der 1950er Jahre von ökonomischen Spannungen, bedingt durch die Neuausrichtung der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auf die Bedürfnisse der Sowjetunion nach der kommunistischen Machtergreifung im Jahr 1948, sprechen. In wirtschaftlicher Hinsicht seien der Ausbau der Schwerindustrie bei gleichzeitiger Rohstoffarmut und die zunehmende Vernachlässigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung erwähnt. Die negativen Auswirkungen des sowjetischen Planungs- und Wirtschaftssystems führten bereits 1958 zu ersten Reformanläufen, die in einer Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Planungssystems, eng verbunden mit dem Namen Ota Šik, die bis 1968 andauerte und zu einer umfassenden Kritik an diesem auswuchs, mündeten.⁶⁷

H. Gordon Skilling sieht die sich in den Jahren 1963/64 vertiefenden vielschichtigen Krisen als Beginn des Prozesses, der zum Fall von Antonín Novotný führte.⁶⁸ Der Versuch, der bereits angedeuteten wirtschaftlichen Krise durch Reformen zu begegnen, öffnete nach und nach auch den Weg für Reformen in anderen Bereichen.⁶⁹

Williams meint hierzu treffend: *„Czechoslovak rulers had to accept that they could not know or understand everything, and had to allow experts to make decisions.“*⁷⁰

Die daraufhin gebildeten Wissenschafterteams befassten sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre mit der Entwicklung der neuen Ideologie der wissenschaftlich-technischen Revolution, diese ist seit 1962 als Parteidoktrin zu sehen nach dem laut

⁶⁶ Siehe hierzu ausführlicher: Hoensch, Jörg K.: Geschichte der Tschechoslowakei, 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, S. 138-160. (ab hier: Hoensch, Tschechoslowakei)

⁶⁷ Vgl. Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes, Bremen 1995, S. 15-17. (ab hier: Pauer, Prag)

⁶⁸ Vgl. Skilling, H. Gordon: Czechoslovakia's Interrupted Revolution, Princeton 1976, S. 45-46. (ab hier: Skilling, Czechoslovakia's)

⁶⁹ Vgl. Mlynář, Zdeněk: Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus, Köln/Frankfurt a. M. 1978, S. 87. (ab hier: Mlynář, Nachtfrost)

⁷⁰ Williams, Kieran: The Prague spring and its aftermath. Czechoslovak politics, 1968-1970, Cambridge/e. a. 1997, S. 4. (ab hier: Williams, Prague spring)

Parteibeschluss von 1960 erreichten Sieg des Sozialismus.⁷¹ Die Expertenteams eröffneten den Weg zur Einflussnahme der Reformer. Eines der Wissenschafterteams befasste sich mit Fragen der Weiterentwicklung des politischen und des Rechtssystems und stand unter der Leitung von Zdeněk Mlynář. Ein weiteres unter Pavel Machonin befasste sich sogar mit soziologischen Fragestellungen. Das Team um Šik, das mit wirtschaftlichen Reformen beauftragt war, konnte bereits in den Jahren 1964/65 Vorschläge unterbreiten. Ein interdisziplinär angelegtes Team von 80 Wissenschaftlern unter der Leitung von Radovan Richta befasste sich mit der Beurteilung und den Perspektiven der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Teams produzierten teilweise beachtenswerte Forschungsergebnisse, von denen jedoch viele nicht den Weg in die Praxis fanden, Neuregelungen stießen auf den Widerstand des bürokratischen Apparats der Partei und des Staates.⁷² Mlynář beschreibt dies folgendermaßen: *„Der Parteiapparat (...) beschaffte Anregungen, die häufig sehr kritisch die tatsächlichen Probleme aufdeckten, um gleich darauf diese Anregungen zu zensurieren, die vorgeschlagenen Lösungen in einen Kompromiß umzuwandeln und damit manchmal das ganze Dokument seines ursprünglichen Sinnes zu berauben.“*⁷³

*„Die verbale Zustimmung zur Wirtschaftsreform und ihre gleichzeitige Verhinderung aus machtpolitischen Gründen durch die Novotný-Führung bildete eines der zentralen Krisenmomente, die zum «Prager Frühling» führten.“*⁷⁴ Bis zum Eintreten erster Erfolge war die ČSSR verstärkt auf die Sowjetunion in ökonomischer Hinsicht angewiesen, was die Prager Führung zu einer konservativ-moskautreuen Linie veranlasste. Die Kritik, auch von parteiinternen Gruppen, an den allgemeinen Missständen verunsicherte diese jedoch zunehmend. Der Weg zu einer tschechoslowakischen Variante des Sozialismus und einer dauerhaften Liberalisierung konnte jedoch nur aus einer parteiinternen Evolution mit breiter Unterstützung der Bevölkerung beschritten werden. Gegen daraus resultierende Forderungen nach einer größeren Weltoffenheit der Tschechoslowakei verwehrte

⁷¹ Vgl. Pauer, Prag, S. 19.

1960 wurde auch dem Sieg des Sozialismus entsprechend mit dem Inkrafttreten einer neuen Verfassung am 11. Juli der Landesname von ČSR (=Tschechoslowakische Republik) auf ČSSR (=Tschechoslowakische Sozialistische Republik) geändert. (Vgl. Hoensch, Jörg K.: Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975, Düsseldorf 1977, S. 181.)

⁷² Vgl. Teichová, Alice: Die Grenzen der Planwirtschaft in der Tschechoslowakei, in: Heiss, Gernot/Míšková, Alena/Pešek, Jíří/Rathkolb, Oliver (Hgg.): An der Bruchlinie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945, Innsbruck 1998, S. 67-71.

⁷³ Mlynář, Nachtfrost, S. 71.

⁷⁴ Pauer, Prag, S. 16.

sich Staats- und Parteichef Novotný aus ideologischen Gründen und um die Allianz mit der Sowjetunion nicht zu belasten. Auch außenpolitische Alleingänge der ČSSR in Richtung BRD wurden durch Brežnev mit Unterstützung Polens und der DDR unterbunden, sodass die erste leichte Westorientierung der ČSSR 1967 lediglich ein Abkommen über den Austausch von Handelsvertretungen zwischen Prag und Bonn zum Resultat hatte.⁷⁵

Eine Stärkung der oppositionellen Kräfte gegen Novotný in der Partei, wie zum Beispiel Husák's, erfolgte nach der langsamen und zumeist nicht vollständigen stillen Rehabilitierung der Justizopfer im Zuge der in der Tschechoslowakei lange Zeit nur zögerlich verfolgten Entstalinisierung.⁷⁶ Bis 1962 hatte Novotný eine solche gänzlich verhindert.⁷⁷ Des Weiteren ist der Kampf liberalerer Schriftsteller um eine größere Meinungsfreiheit sowie der Kampf um eine größere Pressefreiheit als ein Problem Novotnýs in den 1960er Jahren zu sehen, der zu einem unüberbrückbaren Konflikt auswuchs.⁷⁸ Diese Gruppe war ein Teil der neuen Intelligenz, die zu einem großen Teil bereits unter der kommunistischen Herrschaft ausgebildet worden oder unter ihr aufgestiegen war. Nach der kommunistischen Machtübernahme hatte sie noch Oden an Stalin geschrieben, tausende *bourgeoise* Professoren und Studenten von den Universitäten gehetzt und artig die Medien gezähmt, nun kämpften sie gegen die Zensur und prangerten die Verbrechen des politischen Terrors an.⁷⁹

Die Jugend kann als mit der allgemeinen Lage unzufrieden dargestellt werden und ihre Identifikation mit der Partei ging zurück. Die Studenten stellten 1966 nur 0,4% der Parteimitgliedschaft.⁸⁰ Viele der nach 1956 Ausgebildeten hatten einen Arbeitsplatz inne, für den sie weit überqualifiziert waren, gleichzeitig hatte eine halbe Million Menschen Posten inne, für die sie nicht qualifiziert waren, besonders im Unternehmensmanagement.⁸¹

Die innenpolitischen Entwicklungen heizten sich 1967 weiter an. Es kam wegen der generellen Unzufriedenheit und der angespannten wirtschaftlichen Lage zu ersten Protestdemonstrationen durch Intellektuelle und Studenten, die von der Polizei brutal gesprengt wurden. Novotný erhoffte sich von Brežnev, der sich auf Ersuchen von Botschafter Stepan V. Červonenko bereits ein Bild über die

⁷⁵ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 162-163.

⁷⁶ Vgl. Pauer, Prag, S. 18-19.

⁷⁷ Vgl. Williams, Prague spring, S. 8.

⁷⁸ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 62-72.

⁷⁹ Vgl. Williams, Prague spring, S. 5.

⁸⁰ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 72-77.

⁸¹ Vgl. Williams, Prague spring, S. 6.

Fähigkeiten der möglichen politischen Führer der ČSSR gemacht hatte, eine Intervention zu seinen Gunsten, jedoch ließ dieser wissen, dass sich die Sowjetunion und ihre Partei nicht in die internen Angelegenheiten der ČSSR einmischen werde.⁸² Der überlieferte Ausspruch Brežněvs: „*eto vaše delo*“, (Es ist eure Sache), impliziert aber keineswegs, dass die Sowjetführung keinen Einfluss ausüben wollte. Brežněv versuchte eher eine Eindämmung des Konflikts zu erreichen und den *status quo* zu erhalten.⁸³ Doch auch er musste erkennen, dass Novotný nicht zu halten war, da auch sein vormals engster Verbündeter Jiří Hendrych, nicht zuletzt auf Alexander Dubčeks Betreiben, nicht mehr hinter Novotný als Erstem Sekretär stand.⁸⁴ Als letzter wichtiger Faktor sei die slowakische Frage erwähnt, die speziell ab 1967 zunehmend eskalierte und letztlich zum entscheidenden Faktor für den Sturz des Novotný-Regimes durch eine Opposition aus Reformern und slowakischen Mitgliedern des Zentralkomitees (ab hier ZK) wurde.⁸⁵

Im Zuge der Eskalation war der slowakische KP-Chef Dubček immer stärker als Opponent zu Novotný aufgetreten, sodass man vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1967 von sich ausweitenden Konflikten in der Führungsebene der ČSSR sprechen kann.⁸⁶ Auf dem am 19. Dezember beginnenden ZK-Plenum forderten sieben der ersten neun Redner, angeführt von Šik, Novotný zum Rücktritt vom Posten des Ersten Sekretärs auf.⁸⁷ Nachdem auf der Sitzung vom 21. Dezember klar geworden war, dass Novotný nicht einmal mehr von einem Drittel der Mitglieder des ZKs unterstützt wurde, willigte er nach dem Prinzip der Ämtertrennung ein, seinen Posten als Erster Sekretär zur Disposition zu stellen. Das ZK wurde daraufhin auf 3. Jänner 1968 vertagt. Die letzten Versuche Novotnýs sich an der Macht zu halten scheiterten,⁸⁸ und die Novotný-Opponenten konnten sich am 5. Jänner 1968 auf Dubček als Nachfolger für den Ersten Sekretär der KPČ einigen, eine Wahl, die auch von Moskau in Erwartung einer raschen innenpolitischen Konsolidierung unterstützt wurde. Der weitere Verlauf der Ereignisse bis zum 21. August war in keiner Weise vorherzusehen.⁸⁹ Die Öffentlichkeit war über die parteiinternen Vorkommnisse der

⁸² Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 163-164.

⁸³ Vgl. Pauer, Prag, S. 34.

⁸⁴ Vgl. Dubček, Alexander: Leben für die Freiheit, München 1993, S. 181-182. (ab hier: Dubček, Leben)

⁸⁵ Vgl. Pauer, Prag, S. 20-22.

⁸⁶ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 161-168.

⁸⁷ Vgl. Williams, Prague spring, S. 64.

⁸⁸ Vgl. Dubček, Leben, S. 185-187.

⁸⁹ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 164.

letzten Monate nicht informiert und konnte die Bedeutung des Führungswechsels noch nicht erkennen.⁹⁰

3.c) Der „Prager Frühling“

Der relativ unbekannte Dubček wurde von der Bevölkerung der ČSSR abwartend positiv aufgenommen und vermied zu Beginn aufsehenerregende Aussagen und Maßnahmen.⁹¹ *„Dubčeks zwangloses Auftreten sprach vor allem die jungen Leute an, während seine unbestreitbare Loyalität gegenüber Partei und »Sozialismus« den Krenl und andere kommunistische Staatschefs, die die Vorgänge in Prag besorgt verfolgten, zunächst einmal beruhigte.“*⁹² Wenige Tage nach dem Amtsantritt Dubčeks wurde durch das Parteipräsidium ein Aktionsprogramm in Auftrag gegeben. Ein Team von 200 Parteifunktionären, Juristen, Sozialwissenschaftlern und Intellektuellen erstellte bis Mitte Februar einen Entwurf.⁹³ Die Inhalte basierten auf den Vorarbeiten der Wissenschafterteams seit Mitte der 1960er Jahre und waren teilweise mit diesen ident.⁹⁴ Bei seinem Amtsantrittsbesuch am 29./30. Jänner in Moskau erwähnte Dubček nur die Notwendigkeit von bescheidenen internen Reformen.⁹⁵ In den Wochen nach seiner Wahl zum Ersten Sekretär wurden aber bereits einschneidende Reformen wie die Abschaffung der Zensur, mehr Pressefreiheit und eine Aufarbeitung der Säuberungen der 1950er Jahre öffentlich gefordert.⁹⁶ Erst Mitte Februar kontaktierte Dubček den Direktor des staatlichen Fernsehens, Jiří Pelikán, um ihm mitzuteilen, dass die Medien die Öffentlichkeit beruhigen und die Sowjetunion nicht irritieren sollten.⁹⁷

Am 21./22. Februar sprach Dubček vor den versammelten Chefs der Bruderparteien anlässlich des 20. Jahrestags der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei von einer veränderten zukünftigen Politik und machte Aussagen, die in Richtung Demokratisierung und eigenständiger Außenpolitik gingen, jedoch keinen Eingang in die sowjetische Berichterstattung fanden. Von Kreisen außerhalb der KPČ und auch in dieser wurde nach diesen für sie ermutigenden Aussagen eine weitgehende Demokratisierung des Systems in der

⁹⁰ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 183.

⁹¹ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 165.

⁹² Judt, Geschichte Europas, S. 496.

⁹³ Vgl. Williams, Prague spring, S. 15.

⁹⁴ Vgl. Mlynář, Nachtfrost, S. 71.

⁹⁵ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 165.

⁹⁶ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 496.

⁹⁷ Vgl. Williams, Prague spring, S. 68.

ČSSR gefordert. Weitere Forderungen waren die Rehabilitierung der politischen Opfer, die Bestrafung der Täter, eine Verfassungsänderung mit dem Ziel einer stärkeren Verankerung der Menschen- und Freiheitsrechte und die Föderalisierung der Republik.⁹⁸

Die Abschaffung der Zensur, die als innenpolitisch folgenschwerste Entscheidung gesehen wird, erfolgte stufenweise, faktisch ab 4. März auf Entscheidung von Dubček, rechtlich im Juni 1968 durch Aufhebung im Parlament und hatte eine freie Presse zur Folge.⁹⁹ Laut Mlynář kann bereits die Wiederm Zulassung der Literární Listy, der Wochenzeitung des Schriftstellerverbandes, Mitte Februar 1968, nachdem Novotný sie im Herbst 1967 verboten hatte, als faktisches Ende der Zensur gesehen werden.¹⁰⁰ Dubček war bereits im Herbst gegen ihr Verbot aufgetreten.¹⁰¹ Schon vor dem faktischen Ende der Zensur hatte Dubček kaum spezielle Anweisungen über Grenzen in der Freiheit der Medien gegeben.¹⁰² In seinen Memoiren gibt er an gewusst zu haben, für seine Reformpolitik auf eine freie Presse angewiesen zu sein.¹⁰³

Am 30. März folgte General Ludvík Svoboda, ein von der UdSSR respektierter Mann, dem am 22. März abgelösten (widerstrebend zurückgetretenen) Novotný als Staatspräsident, Josef Smrkovský, der ein offener Befürworter der Reformpolitik war und eine treibende Kraft dieser wurde, übernahm dessen restliche Parteiämter.¹⁰⁴ Die Demission Novotnýs resultierte nicht zuletzt, wie auch zahlreiche andere Demissionen in dieser Zeit, aus dem neu entstandenen öffentlichen Druck.¹⁰⁵

Für die ersten drei Monate der Amtszeit Dubčeks reichen die Bewertungen, wie er in seinem Memoiren korrekterweise angibt, von der Ansicht, dass er zu langsam gehandelt hätte bis hin zu der Ansicht, dass er zu schnell vorgegangen wäre. Auf alle Fälle wusste er nicht, welche Konsequenzen aus seinem Vorgehen im weiteren Verlauf des Jahres erwachsen würden. Die Handlungsfähigkeit des Präsidiums war insofern beschränkt, da nicht alle Novotný-Opponenten reformwillig waren.¹⁰⁶

Am 5. April wurde das Aktionsprogramm der KPČ im ZK-Plenum verabschiedet, das einen „*Sozialismus mit menschlichem Antlitz*“ ermöglichen sollte und das

⁹⁸ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 165.

⁹⁹ Vgl. Pauer, Prag, S. 27.

¹⁰⁰ Vgl. Mlynář, Nachtfrost, S. 121-122.

¹⁰¹ Vgl. Dubček, Leben, S. 170.

¹⁰² Vgl. Williams, Prague spring, S. 68.

¹⁰³ Vgl. Dubček, Leben, S. 198.

¹⁰⁴ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 166.

¹⁰⁵ Vgl. Mlynář, Nachtfrost, S. 129, 145-146.

¹⁰⁶ Vgl. Dubček, Leben, S. 191-193.

Machtmonopol der KPČ erheblich beschnitt.¹⁰⁷ „Die Reform des politischen Systems zielte auf eine Demokratisierung der Partei, des Staates und der Gesellschaft auf Grundlage des Interessenpluralismus. Die führende Rolle der kommunistischen Partei sollte zwar beibehalten, aber ihre allumfassende gesellschaftliche Lenkungs- und Integrationsfunktion entlastet werden. Sie sollte wieder das Profil einer politischen Partei gewinnen und vor allem programmatische und konzeptionelle Aufgaben wahrnehmen. Auf diese Weise wollte die KSČ [=KPČ, M.G.] künftig durch eine »natürliche Autorität« wirken.“¹⁰⁸ Die Selbständigkeit der Regierung gegenüber der Parteiführung sollte gestärkt werden, dafür sollte die Regierung stärker vom Parlament kontrolliert werden. Der Staatssicherheitsdienst (Stb) sollte nicht mehr in innenpolitischen Auseinandersetzungen eingesetzt werden können. In wirtschaftlicher Hinsicht sollte eine *sozialistische Marktwirtschaft* ermöglicht werden. Langfristige Ziele waren die Eindämmung der Schwerindustrie und eine Ausweitung innovativer Wirtschaftszweige sowie der Konsumgüterindustrie. Eine Verfassungsreform mit dem Ziel eines sozialistischen Rechtsstaates war geplant. Das Prinzip der Gewaltenteilung wurde anerkannt. Die Gerichte sollten von der politischen Macht unabhängig sein. Die Rehabilitierung der Opfer politischer Verfolgung sollte das Vertrauen der Bevölkerung in die angestrebte Rechtssicherheit stärken. Die Grundorientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik sollte sich nicht verändern, lediglich wollte man eine aktivere Rolle im Bündnissystem spielen, wobei in den blockinternen Beziehungen aber das Recht auf einen eigenen Weg zum Sozialismus die Grundlage sein sollte. Längerfristig hatte man aber auch eine Europapolitik im Auge, mittelfristig sollte das Verhältnis zur BRD und zu Österreich verbessert, sowie die wirtschaftliche Kooperation ausgebaut werden.¹⁰⁹

Diese Politik des Aktionsprogramms wurde auch im Regierungsprogramm des am 8. April ernannten Ministerpräsidenten Oldřich Černík, das eine gleichberechtigte Beziehung zwischen den Tschechen und den Slowaken, Gleichberechtigung für Minderheiten, das Recht der freien Religionsausübung sowie eine Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses beinhaltete, fortgesetzt. Die Beziehungen zu den sozialistischen Bruderländern sollten auf den demokratischen Prinzipien der *Gleichheit, Unabhängigkeit, Nichteinmischung und gegenseitigem Respekt* beruhen.

¹⁰⁷ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 166.

¹⁰⁸ Pauer, Prag, S. 22-23.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 22-24.

Klare Angaben über die zukünftige Rolle der Partei fehlten.¹¹⁰ In seine Regierung berief Černík eine Reihe fachkompetenter, reformorientierter Minister, darunter unter anderen Jiří Hájek als Außenminister, Josef Pavel als Innenminister und Šik als Vizepremier.¹¹¹

Die Neuerungen des Aktionsprogramms und der neuen Regierung genügten [Teilen, M.G.] der mittlerweile reformbegeisterten Bevölkerung, die bereits nach radikaleren Reformen wie dem Verlassen des Warschauer Paktes und des RGW sowie der Einführung eines Mehrparteiensystem strebte, nicht mehr.¹¹² Skilling urteilt hierzu: „(...) *public opinion was voicing demands often going far beyond the Action Program.*“¹¹³

In der Folgezeit geriet Dubček, der nicht als radikaler Reformler eingestuft werden kann, zunehmend in Bedrängnis und hatte Probleme, die unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der Partei zu vereinen.¹¹⁴ Das ZK-Plenum, auf dem das Aktionsprogramm beschlossen wurde, repräsentierte, laut Skilling, „[a]s events were soon to indicate, (...) *only a transitional stage, preparing the way for a continuing struggle of more conservative and more progressive tendencies of party and public opinion, the outcome of which would ultimately determine the fate of the reform movement.*“¹¹⁵

Der Reformkurs war trotz der Umbildungen in der Parteiführung vom April bis zur Intervention personell nicht abgesichert. An der Parteispitze blieben die konservativen Mitglieder in der Überzahl.¹¹⁶ Insbesondere in der Diskussion über die Frage nach einem außerordentlichen Parteitag, um den Reformkurs abzusichern, zeigten sich Differenzen innerhalb der KPČ.¹¹⁷ Gesamt dominierten aber die Anhänger des Reformkurses zu etwa 80% die Partei, 10% waren konservativ und weitere 10% radikaldemokratisch. Die stärksten Kräfte, die die Konservativen daran hinderten den Reformprozess zu bremsen, waren die freie Presse und druckausübende Öffentlichkeit.¹¹⁸

Ab März häuften sich öffentliche Versammlungen und Diskussionen. Dies führte zu einer Beschleunigung der Herausbildung unabhängiger politischer und sozialer

¹¹⁰ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 166-167.

¹¹¹ Vgl. Pauer, Prag, S. 26.

¹¹² Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 167.

¹¹³ Skilling, Czechoslovakia's, S. 225.

¹¹⁴ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 167.

¹¹⁵ Skilling, Czechoslovakia's, S. 224.

¹¹⁶ Vgl. Pauer, Prag, S. 25.

¹¹⁷ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 224.

¹¹⁸ Vgl. Pauer, Prag, S. 26-27.

Initiativen. Es bildeten sich binnen weniger Wochen Bürgerbewegungen heraus, die Druck auf die KPČ ausübten. Hierzu gehörten der Klub K-231 (benannt nach dem Paragraphen 231, nach dem die politischen Häftlinge der 1950er Jahre verurteilt worden waren) und der Klub engagierter Parteiloser (KAN). Sie sahen sich als eigenständige politische Kraft neben der KPČ, aber nicht primär als politische Partei.¹¹⁹ Ebenfalls zu dieser Zeit begann die Sozialdemokratische Partei (ab hier SDP) ihre Wiederauferstehung vorzubereiten. Nachdem der sowjetische Druck größer geworden war wurde dies so lange zum Problem, bis die SDP in einem Gentlemen's Agreement am 21. Juni versicherte, auf öffentliche Aktivitäten bis zum XIV. Parteitag der KPČ zu verzichten und die KPČ versprach, Presseattacken gegen die SDP zu unterlassen.¹²⁰ Eine Wiederezulassung der SDP war schon alleine wegen der Position Moskaus den Sozialdemokraten gegenüber im Frühjahr 1968 undenkbar.¹²¹

Am 25. Mai war nach vorheriger Absprache mit Moskau und mit dem Segen Kosygins, der bis zu diesem Tag - offiziell zur Kur - in Karlovy Vary weilte, beschlossen worden, den XIV. Parteitag der KPČ vorzuziehen. Als Termin wurde der 9. September fixiert. Dieser sollte der Partei jene Autorität geben, die dem Aktionsprogramm fehlte, und hätte den Reformkurs personell absichern können,¹²² was auch das erklärte Ziel der Reformer war.¹²³

Am 26. Juni wurde die Zensur in der Presse und in den anderen Medien offiziell abgeschafft und die Regierung verkündete, dass die Tschechoslowakei ein Bundesstaat werden würde. Es sollte eine Trennung in eine Tschechische Sozialistische Republik und eine Slowakische Sozialistische Republik erfolgen. Die Föderalisierung stellte die einzige Reform des „Prager Frühlings“ dar, die die der Intervention folgende „Normalisierung“ überlebte. Das entsprechende Gesetz wurde am 28. Oktober beschlossen¹²⁴ und trat am 1. Jänner 1969 in Kraft.¹²⁵ Dies ist besonders erwähnenswert, da die Föderalisierung zunächst nicht zu den wichtigsten Themen des Reformprozesses gehörte. Zwar wurde von Husák bereits im März die Initiative ergriffen, im Aktionsprogramm gehörte sie aber nur zu den mittelfristigen

¹¹⁹ Vgl. Pauer, Prag, S. 28.

¹²⁰ Vgl. ebd. S. 28; vgl. Williams, Prague spring, S. 87-88.

¹²¹ Vgl. Dubček, Alexander: Leben für die Freiheit, München 1993, S. 227.

¹²² Vgl. Williams, Prague spring, S. 82-84.

¹²³ Vgl. Dubček, Alexander: Leben für die Freiheit, München 1993, S. 230-231.

¹²⁴ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 498.

¹²⁵ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 175.

Zielen.¹²⁶ Dennoch bestand die Föderalisierung bis zur Wende 1989 nur auf dem Papier, real wurde die Zentralgewalt wieder eingesetzt.¹²⁷

Von den übrigen Reformvorhaben wurde bis zur Intervention nur das Rehabilitierungsgesetz umgesetzt. Andere Gesetze waren bereits ausformuliert, konnten aber nach der in der Nacht vom 20. auf den 21. August erfolgten Intervention nicht mehr verabschiedet werden. Das Parlament beschloss dennoch eine Reihe von weiteren Maßnahmen, die zu einer Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung führten. Die Reallöhne stiegen 1968, die Arbeitszeit wurde durch die Einführung der Fünftagewoche verkürzt, Mindestrenten wurden angehoben, der Mutterschaftsurlaub verlängert und Reisen in den Westen spürbar erleichtert.¹²⁸

Am 27. Juni erschien das *Manifest der zweitausend Worte* des Schriftstellers Ludvík Vaculík, dessen sofortiges Verbot sowie eine Distanzierung der Parteiführung von dem Dokument Brežnev forderte, da dieses die führende Rolle der KPČ doch eindeutig in Frage stellte.¹²⁹ Die Prager Führung reagierte trotz, je nach Person mehr oder weniger starker, Empörung mit relativ milden Kommentaren.¹³⁰ Bil'ak, der das Manifest verurteilte, meint, dass die zahnlose Erklärung des Präsidiums bei den Bruderparteien den Eindruck verstärkte, dass die Führung der KPČ nicht willens oder nicht mächtens sei der Lage Herr zu werden.¹³¹

Das von vielen Künstlern und Intellektuellen unterzeichnete Manifest, das zu Zivilcourage, Selbstorganisation und Mobilisierung gegen die Gefahr einer innenpolitischen Restauration aufrief, verschob klar die politischen Diskursgrenzen, offenbarte aber auch klar die Schwächen der neu entstandenen Öffentlichkeit. Zwar wird die KPČ hart kritisiert, aber dennoch wird von einem „*Mandat*“, das „*unsere Regierung*“ von der Bevölkerung erhalten hat und „*daß wir hinter ihr stehen, wenn nötig in Waffen*“, gesprochen. Doch die Regierung hatte niemals ein Mandat von den Wählern erhalten und so konnte eine demokratische Öffentlichkeit kaum von „*unserer Regierung*“ sprechen. Die Öffentlichkeit war kritisch gegenüber der Vergangenheit

¹²⁶ Vgl. Pauer, Prag, S. 30.

¹²⁷ Vgl. Dubček, Leben, S. 229.

¹²⁸ Vgl. Pauer, Prag, S. 25.

¹²⁹ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 168; eine Abschrift des *Manifests der zweitausend Worte* in deutscher Sprache ist u. a. zu finden in: Schwarzacher, Therese: Sieg der Macht und nicht des Geistes. Der Prager Frühling aus der Sicht deutschsprachiger Quellen, Diplomarbeit Wien 2001, S. 108-115.

¹³⁰ Vgl. Williams, Prague spring, S. 90-91.

¹³¹ Vgl. Bilak, Vasil: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der >>Prager Frühling<< aus der Sicht eines Beteiligten, hg. von Klaus Kukuk, Berlin 2006, S. 90-91. (ab hier: Bilak, Wir riefen Moskau zu Hilfe)

der KPČ, die aktuelle Führung war aber beliebt. Der Sozialismus allgemein wurde weitestgehend nicht hinterfragt. Die Reformer wären auch nur bereit gewesen eine Opposition zu akzeptieren, solange diese die herrschende Gesellschaftsordnung nicht in Frage gestellt hätte.¹³² In der ersten Hälfte des Jahres 1968 waren etwa 60% der Bevölkerung mit den Versprechungen des Aktionsprogramms zufrieden, 21% forderten einen radikaleren Ansatz.¹³³

In der Zeit vom Erscheinen des *Manifests der zweitausend Worte* bis zur Intervention versuchte die Führung der ČSSR nach einigem Zögern und unter wachsendem Druck von außen, die Kontrolle mit wenig Erfolg bis zu einem gewissen Grad wieder herzustellen. Gleichzeitig erfolgten die Vorbereitungen für den XIV. Parteitag.¹³⁴ Die Intervention erfolgte in der Nacht vom 20. auf den 21. August und beendete den „Prager Frühling“, der der „Normalisierung“ weichen musste.

Der „Prager Frühling“ war der selbstständige Wandel der herrschenden KPČ, eine soziale Bewegung, die nach Demokratisierung und Modernisierung der Gesellschaft strebte und - mit Abstrichen - eine Bewegung für die nationale Emanzipation der Slowakei. Die Besonderheit des Prager Demokratisierungsprozesses war die Interaktion zwischen der Öffentlichkeit und der herrschenden Partei. Wie weit und wie lange dieser aufgrund seiner Ambivalenzen, die KPČ fungierte gleichzeitig als systemverändernde und systemerhaltende Kraft, ohne die Intervention durchgeführt hätte werden können, ist zumindest zu hinterfragen. Zum Zeitpunkt der Intervention waren auf alle Fälle wesentliche Merkmale des sowjetischen Systems destruiert und hätten ohne die Einmischung von außen kaum wiederhergestellt werden können.¹³⁵

¹³² Vgl. Pauer, Prag, S. 29.

¹³³ Vgl. Williams, Prague spring, S. 39.

¹³⁴ Vgl. ebd., S. 103-109; vgl. Pauer, Prag, S. 200.

¹³⁵ Der beschließende Absatz ist orientiert an: ebd., S. 32-33.

4. Die Intervention

4.a) Der Weg zur Intervention

„Während seines Antrittsbesuchs in Moskau Ende Januar vermied es Dubček, vor der sowjetischen Führung von seinen Reformplänen zu sprechen, sondern bat um Vertrauen für seinen Kurs und sicherte den mißtrauischen Sowjetführern zu, daß er nichts gegen die Interessen der UdSSR und des Warschauer Paktes unternehmen wolle.“¹³⁶ Brežnev sicherte Dubček die volle Unterstützung durch die Sowjetunion bei der Lösung innerer Probleme zu.¹³⁷ Auch als Dubček Ende Februar anlässlich des 20. Jahrestags der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei vor den versammelten Chefs der Bruderparteien erste Aussagen über seine geplanten Änderungen in der Politik machte,¹³⁸ wurde die sowjetische Unterstützung für Dubček wiederholt, jedoch wurden erste Bedenken ausgedrückt. Dubček soll auf Druck Brežnevs einige Passagen seiner Rede weglassen haben müssen.¹³⁹ Bil'ak bestätigt dies und gibt an, diese mit Dubček korrigiert zu haben.¹⁴⁰ Dubček spricht von unwesentlichen Änderungen.¹⁴¹

Nach der Einführung der freien Meinungsäußerung und der Abschaffung der Zensur Anfang März erfolgten erste Rufe dogmatischer Kritiker nach Moskau mit der Bitte einzuschreiten. Das Misstrauen der Sowjetunion war ohnehin bereits durch die Angst der DDR und Polens, dass die Strömungen der ČSSR auf sie übergreifen könnten, sowie durch das neue Aktionsprogramm der KPČ geweckt. Kritikpunkte waren das Streben nach einer Trennung zwischen Partei und Staat, welche die führende Rolle der KPČ zu gefährden schien, antisowjetische Ressentiments, die mit dem Erfolg der Eishockeymannschaft der ČSSR gegen jene der UdSSR bei den Olympischen Winterspielen [in Grenoble, M.G.] ständig anstiegen, die von Wirtschaftsreformern für notwendig erachtete Ausweitung des Westhandels und widersprüchliche Aussagen über die künftige Außenpolitik der ČSSR.¹⁴²

„Deshalb rief Brežnev kurzfristig für den 23. März 1968 ein Konsultativtreffen der Parteichefs der europäischen WPO-Mitglieder nach Dresden ein,“¹⁴³ nachdem er in der Politbürositzung der KPdSU vom 21. März eine verschlechterte Lage konstatiert

¹³⁶ Pauer, Prag, S. 35.

¹³⁷ Vgl. Williams, Prague spring, S. 66.

¹³⁸ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 165.

¹³⁹ Vgl. Williams, Prague spring, S. 66; vgl. Pauer, Prag, S. 35.

¹⁴⁰ Vgl. Bilak, Wir riefen Moskau zu Hilfe, S. 19.

¹⁴¹ Vgl. Dubček, Leben, S. 206.

¹⁴² Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 165-166.

¹⁴³ Ebd., S. 166.

hatte,¹⁴⁴ „die entgegen allen Versicherungen Dubčeks in der ČSSR eingetreten sei.“¹⁴⁵

Das Treffen fand am 23./24. März bereits unter Ausschluss Rumäniens statt und wurde entgegen dem vorher angekündigten Thema - wirtschaftliche Kooperation - zu einer Besprechung der Lage in der ČSSR. Die politische Führung der ČSSR wurde durch die Delegationen der späteren Interventionsmächte, der Sowjetunion, Polens, Bulgariens, der DDR und in abgeschwächter Form von Ungarn für die Entwicklungen im Land und in der Partei scharf kritisiert. Die Anschuldigungen reichten bis zu der Einschätzung, dass die Lage in der ČSSR der Weg in eine Konterrevolution sei. Die angeführten Kritikpunkte, die später großteils als Begründung für die Intervention herangezogen wurden, wurden in Dresden bereits vor der Verabschiedung des Aktionsprogramms und den einschneidenden Personalveränderungen in der tschechoslowakischen Führung vorgetragen. Zum Abschluss wurde ein relativ wenig aussagendes, Einmütigkeit vortäuschendes Kommuniqué herausgegeben, nachdem man sich nicht über ein, den wahren Grund des Treffens beinhaltendes, einigen konnte. Von sowjetischer Seite wurde das Dokument dennoch später zur Einmahnung von nicht erfüllten Abmachungen an die KPČ-Führung benutzt.¹⁴⁶ Jörg K. Hoensch bezeichnet das Treffen in Dresden für die tschechoslowakischen Vertreter als „hochnotpeinliche Befragung über ihre künftige Politik gegenüber dem RGW und dem Warschauer Pakt“¹⁴⁷

Die Prager Führung, vor allem die Reformer um Dubček, reagierten eher trotzig, sie wollten weiter einen eigenen politischen Kurs verfolgen und hievten weitere Reformer, wie zum Beispiel Smrkovský, in die Parteispitze, in der sich jedoch konservative Kräfte wie Bil'ak zwar geschockt von der sowjetischen Kritik zeigten, sich jedoch diese zu eigen machten. Jan Pauer sieht in dem Dresdner Treffen einen Grundstein für die bereits bemerkbare Spaltung des neuen Parteipräsidiums. Die politische Führung der ČSSR wollte durch Einhaltung aller Bündnisverpflichtungen und eine Außenpolitik im Sinne ihrer Partner Raum für die inneren Reformen gewinnen.¹⁴⁸ Dubček dürfte noch geglaubt haben, dass er die Unterstützung der Sowjetunion aufgrund seiner unangefochtenen Autorität in der Bevölkerung erreichen

¹⁴⁴ Vgl. Pauer, Prag, S. 36.

¹⁴⁵ Ebd., S. 36.

¹⁴⁶ Vgl. ebd., S. 37-43.

¹⁴⁷ Hoensch, Tschechoslowakei, S. 166.

¹⁴⁸ Vgl. Pauer, Prag, S. 44; zur Bewertung des Dresdner Treffens durch die konservativen Kräfte der KPČ siehe das entsprechende Kapitel in: Bilak, Wir riefen Moskau zu Hilfe, S. 22-44.

würde.¹⁴⁹ Seine positiven Erinnerungen an die Feiern zum 1. Mai des Jahres 1968, an dem keine inszenierten Veranstaltungen abgehalten werden mussten sondern die Menschen freiwillig auf die Straße gingen, deuten auf Bestätigung dieser These hin.¹⁵⁰

Die sowjetische Kritik an den Entwicklungen in der ČSSR führten zu einer Vorladung der politischen Führung nach Moskau. Am 4. und 5. Mai traf die tschechoslowakische Delegation bestehend aus Dubček, Černík, Smrkovský und Bil'ak in Moskau mit einer sowjetischen Delegation unter der Leitung Brežnevs zusammen. Es erfolgte eine vehemente Kritik an den Entwicklungen in der ČSSR, von denen beispielsweise die Medienfreiheit herausgestrichen wurde. Die tschechoslowakische Delegation verteidigte ihren Kurs nicht durch den Verweis, dass es sich bei der geäußerten Kritik um eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ČSSR handle, sondern bejahte die sowjetische Kritik vorsichtig und versprach Besserung. Hier zeigte sich auch ein offener Bruch zwischen den Reformern (Dubček, Černík, Smrkovský) und dem systemtreuen Bil'ak, der am stärksten die Ansichten der sowjetischen Führung vertrat. In seiner Bewertung des Treffens tags darauf vor dem Politbüro beurteilte Brežnev das Aktionsprogramm der KPČ und auch die Person Dubček negativ. In dieser Sitzung wurde auch die Notwendigkeit einer Militärübung in der ČSSR beschlossen, die zuvor mit der tschechoslowakischen Führung vereinbart worden war. Das am 8. Mai folgende Treffen der fünf späteren Interventionsmächte erbrachte eine Wiederholung der Kritik an den Vorgängen in der ČSSR, die erneut von allen, mit Ausnahme von János Kádár, als konterrevolutionär bezeichnet wurden. Bei der Kritik folgte Todor Živkov für Bulgarien exakt der sowjetischen Linie, Władysław Gomułka und vor allem Walter Ulbricht traten durch besonders scharfe Kritik an der politischen Führung der ČSSR hervor, Kádár zeigte sich gemäßiger. Die Fünfer-Koalition war geschaffen, jedoch sollten zunächst noch die von ihnen als *gesunde Kräfte* bezeichneten konservativen Kräfte in der ČSSR gestärkt werden, um die Konterrevolution abzuwenden. Die Notwendigkeit der Militärübung wurde bekräftigt und der Grundstein für weitere Treffen gelegt.¹⁵¹ Erkundigungen durch Dubček über die Gründe für die Abwesenheit der ČSSR bei diesem Treffen wurden von Brežnev mit scheinheiligen Argumenten

¹⁴⁹ Vgl. Mlynář, Nachtfrost, S. 156.

¹⁵⁰ Vgl. Dubček, Leben, S. 223-224.

¹⁵¹ Vgl. Pauer, Prag, S. 45-71.

erklärt.¹⁵² Am 23. Mai wurde durch das Politbüro eine Spezialkommission eingesetzt, die die Krise in der Tschechoslowakei behandeln sollte, ihr Einfluss ist aber unklar.¹⁵³

Die Versuche der tschechoslowakischen Führung in den Folgemonaten, die Führungen der späteren Interventionsmächte für ihre Reformpolitik zu gewinnen, müssen als relativ zaghaft eingestuft werden. Erfolgsaussichten waren wegen der eigenen innenpolitischen Probleme im Falle Polens und der außenpolitischen Befürchtungen der DDR wegen der *Neuen Ostpolitik* der BRD unter Außenminister Brandt ohnehin nicht wirklich gegeben. Für Ungarn verfolgte Kádár, um dessen Unterstützung sich die tschechoslowakische Führung am ehesten bemühte, wie bisher eine gemäßigte Linie und verwehrt sich des Begriffes Konterrevolution für die Entwicklungen in der ČSSR. Bis kurz vor dem Beschluss der Intervention stellte er sich gegen ein militärisches Einschreiten. Die Unterstützung der Entwicklungen in der ČSSR von westlichen kommunistischen Parteien sowie durch Rumänien und [mit Abstrichen, M.G.] Jugoslawien, die besonders für einen eigenen Weg zum Sozialismus eintraten, war zwar vorhanden, jedoch für eine Steigerung des Verständnisses der sowjetischen Führung für die Prager Reformen nicht von Bedeutung.¹⁵⁴ Die Sympathien der Weltöffentlichkeit für den Reformprozess boten keine Sicherheit, möglicherweise hätte ein großes Netzwerk außenpolitischer Beziehungen eine solche geben können.¹⁵⁵ Der KPČ-Führung war bereits im Mai klar, dass man keine wirksame Unterstützung im Falle einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion erwarten konnte.¹⁵⁶

Vom 20. bis 30. Juni wurde das in Moskau beschlossene Militärmanöver der Warschauer-Pakt-Truppen namens *Šumava* in der ČSSR abgehalten, die polnischen und sowjetischen Truppen kehrten jedoch im Gegensatz zu den ungarischen und tschechoslowakischen Truppen nicht sofort nach Beendigung des Manövers an ihre Heimatstandorte zurück. Auf Drängen der tschechoslowakischen Führung wurde mit dem Abzug der Truppen Mitte Juli begonnen, nachdem diese zunehmend für Unruhe sowohl in der Bevölkerung und den Medien als auch der politischen Führung, die durch die fortdauernde fremde Truppenpräsenz in einen Erklärungsnotstand geraten war, gesorgt hatten. Die letzten Truppen verließen die ČSSR erst am 3. August.¹⁵⁷

¹⁵² Vgl. Pauer, Prag, S. 98.

¹⁵³ Vgl. Williams, Prague spring, S. 32.

¹⁵⁴ Vgl. Pauer, Prag, S. 71-98.

¹⁵⁵ Vgl. Mlynář, Nachtfrost, S. 222-223.

¹⁵⁶ Vgl. Dubček, Leben, S. 237.

¹⁵⁷ Vgl. Pauer, Prag, S. 101-105.

Auch nach dem Ende des Manövers hielt die sowjetische Kritik, besonders an der immer stärker ausgeübten Meinungsfreiheit (z. B. *Manifest der zweitausend Worte*), der unsicheren Zukunft der führenden Rolle der KPČ und der Unwilligkeit der tschechoslowakischen Führung, ihre Reformen zurückzunehmen, an. Die Erosion des sowjetischen Vertrauens gipfelte in Dubčeks mehrmaliger Ablehnung des sowjetischen Vorschlags eines Kollektivtreffens nach Dresdner Vorbild Mitte Juli in Warschau, um über die Lage in der ČSSR zu verhandeln. Stattdessen unterbreitete dieser den Vorschlag bilateraler Treffen sowie eines möglichen späteren Kollektivtreffens unter Einbeziehung Rumäniens und Jugoslawiens. Diese Entscheidung traf Dubček gestützt auf die Mehrheit der tschechoslowakischen Führung, die an sich zu diesem Zeitpunkt bereits gespalten war. Das Treffen fand ohne Beteiligung der ČSSR am 14. und 15. Juli statt. Auf diesem wurden die bereits bekannten Kritikpunkte erneuert, die Kritik an der tschechoslowakischen Führung bekräftigt und es traten Befürchtungen über den möglichen Ausgang des für den 9. September angesetzten XIV. Parteitages zutage. Die bisher eingenommene Rollenverteilung blieb in der Fünferkoalition erhalten, es wurden Maßnahmen zur Änderung der in der ČSSR vorherrschenden Lage gefordert und betont, dass die *gesunden Kräfte* mit jeglicher Hilfe unterstützt werden müssen. Brežnev betonte, dass er das Recht habe sich in die inneren Belangen der ČSSR einzumischen, da es sich nunmehr nicht mehr um innere Angelegenheiten wie die Ablösung Novotnýs handle, sondern die gegenwärtigen Entwicklungen die Lebensinteressen des gesamten sozialistischen Systems gefährden. Die sogenannte Brežnev-Doktrin¹⁵⁸

¹⁵⁸ Brežnev-Doktrin (=die beschränkte Souveränität sozialistischer Staaten) Zur Erläuterung und zur Genese des Begriffes sei die Darstellung von Boris Meissner aus dem Jahre 1969 herangezogen, da seine Darstellung mit den Aussagen neuerer Arbeiten konform geht, die sich jedoch nicht explizit mit der Brežnev-Doktrin befassen.

Das Schicksal und der Schutz des Sozialismus in anderen Ländern wurden von den Sowjetführern bereits vor der Intervention im Jahre 1968 als außenpolitische Pflicht gesehen. Diese Idee wurde von den fünf späteren Interventionsmächten im Warschauer Brief vertieft. Die innere Entwicklung der ČSSR wurde im Warschauer Brief als gemeinsame Angelegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten bezeichnet. Als offizielle Begründungen für die Intervention wurden das Hilfesuchen, die Gefahr der Konterrevolution und die äußere Bedrohung durch das imperialistische Lager angegeben. Für alle drei Gründe konnten keine Belege geliefert werden. So wurde in Grundsatzartikeln in der Pravda zunächst von einer friedlichen (schleichenden) Konterrevolution gesprochen und schließlich auf Grundlage des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ die These der „beschränkten Souveränität“ und des „beschränkten Selbstbestimmungsrechtes“ der sozialistischen Staaten aufgestellt. Demzufolge konnte die Souveränität eines Staates nicht über die Interessen des Weltsozialismus, der revolutionären Bewegung der Welt gestellt werden. Die Selbstbestimmung wurde insofern eingeschränkt, als dass die Schwächung eines Glieds des sozialistischen Weltsystems sich direkt auf die Interessen aller sozialistischen Staaten auswirkt. Der sowjetischen Argumentation folgend wäre im Falle der Tschechoslowakei eine Abtrennung vom sozialistischen Lager einem Vorrücken der Truppen der NATO bis an die sowjetische Grenze gleichgekommen, dies hätte einen Anschlag auf die Lebensinteressen der sozialistischen Länder dargestellt und somit dem Recht dieser Völker auf

wurde endgültig ausgeprägt. Abschließend wurde ein Kommuniqué beschlossen und ein Brief an die tschechoslowakische Führung verfasst.¹⁵⁹

Dieser Brief forderte eine weitgehende Kursänderung der Führung der ČSSR. An der führenden Rolle der Partei sollte festgehalten, konterrevolutionäre Kräfte ausgemerzt und die sozialistischen Errungenschaften in jeglicher Hinsicht verteidigt werden. Es wurde den Adressaten indirekt mitgeteilt, dass die Souveränität als Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes darin besteht, sich dem Willen der Suprematsmacht - der Sowjetunion - unterzuordnen.¹⁶⁰

Exemplarisch sei hierfür aus dem Brief, in Berufung auf die Vereinigung der Länder durch Verträge und die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften, folgendes zitiert:

*„Deshalb meinen wir, daß die entschiedene Zurückweisung der Angriffe der antikommunistischen Kräfte und die entschlossene Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei nicht nur Ihre, sondern auch unsere Aufgabe ist.“*¹⁶¹

Dadurch nahmen sich die Teilnehmer des Warschauer Treffens das Recht heraus, in jedem sozialistischen Staat, wenn die sozialistische Ordnung in diesem, nach ihrer Ansicht, gefährdet sei, aufgefordert oder unaufgefordert zur Hilfe zu kommen. Die tschechoslowakische Führung wies die Vorwürfe des Briefes am 18. Juli zurück.¹⁶² In ihrer Stellungnahme versuchte sie die Kritik zu entkräften, warb um Verständnis für die Lage und den eingeschlagenen Weg der ČSSR und bekräftigte das weiterhin

„sozialistische Selbstbestimmung“ widersprochen. Die „internationalistische Pflicht“ widerspricht im Falle der Intervention in der Tschechoslowakei zwar dem Völkerrecht, dieses wurde jedoch den Gesetzen des Klassenkampfes untergeordnet.

Diese neue Linie machte sich Brežnev zu Eigen, deshalb wird von der Brežnev-Doktrin gesprochen. Auf seiner Rede am V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 12. November 1968 bezeichnete er die Intervention in der Tschechoslowakei als eine außerordentliche Maßnahme, die berechtigt sei, wenn der Sozialismus in einem Land durch Aktionen äußerer und innerer Feinde, die die gemeinsamen Interessen des sozialistischen Lagers gefährden, bedroht ist. (vgl. Meissner, Boris: Die „Breshnew-Doktrin“, in: Osteuropa 1969 (19. Jg.) Heft 9, S. 630-637.) Diese Rede Brežnevs wird gemeinhin in der Literatur als der deutlichste Ausdruck des Konzepts der begrenzten Souveränität gesehen. Ich bin der Meinung, dass bereits der Warschauer-Brief ein mehr als eindeutiger Ausdruck der Brežnev-Doktrin ist, was der im Folgenden zitierte Ausschnitt aus dem Warschauer-Brief meines Erachtens auch belegt.

¹⁵⁹ Vgl. Pauer, Prag, S. 106-124.

¹⁶⁰ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 168.

¹⁶¹ Zitiert nach: Meissner, Boris: Die »Breshnew-Doktrin«. Dokumentation, Köln 1969, S. 52. (ab hier: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«)

¹⁶² Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 168-169.

bestehende Interesse an guten Beziehungen zu den anderen sozialistischen Staaten.¹⁶³

Auszugsweise:

„Wir haben Interesse daran, daß sich unsere Beziehungen künftig nicht verschlechtern, und sind bereit, unsererseits zur Beruhigung der Lage im Interesse des Sozialismus und der Einigkeit der sozialistischen Länder beizutragen. Von unserer Seite aus werden wir nichts tun, was diesem Ziel widersprechen würde. Wir erwarten jedoch, daß die übrigen Parteien dieses unser Bemühen unterstützen und Verständnis für unsere Lage bezeigen werden.“¹⁶⁴

Nach dem Warschauer Treffen, verstärkt nach der Erklärung der tschechoslowakischen Führung, bewegte sich die interne Politik der KPdSU immer deutlicher in Richtung militärische Intervention. Am 20. Juli wurde die Alarmbereitschaft für die Truppen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten ausgerufen und unter dem Vorwand militärischer Übungen begannen die Vorbereitungen für eine mögliche Intervention.¹⁶⁵ Während die logistischen Voraussetzungen für die Intervention geschaffen wurden, trafen die tschechoslowakische und die sowjetische Parteiführung am 29. Juli zu Verhandlungen in Čierná nad Tisou¹⁶⁶ zusammen,¹⁶⁷ in deren Vorfeld der Druck von außen auf die ČSSR, vor allem durch die sowjetische Presse, stetig zugenommen hatte.¹⁶⁸ Neben den aus der ČSSR gelieferten Kritikpunkten wurden auch weitere Bedrohungen, wie angebliche Funde aus dem Ausland in die ČSSR geschmuggelter amerikanischer Waffen, konstruiert und zum Anlass für Kritik genommen.¹⁶⁹ Zudem soll die tschechoslowakische Führung auf das Treffen schlecht vorbereitet gewesen sein.¹⁷⁰ Die offenen Solidaritätsbekundungen der Bevölkerung mit ihrer Führung, unter anderem in Form von unterstützenden Briefen, beeindruckten die Sowjetführung keineswegs, Brežnev betrachtete diese als von der KPČ-Führung organisiert.¹⁷¹

¹⁶³ Vgl. Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 99-109.

¹⁶⁴ Zitiert nach: ebd., S. 109.

¹⁶⁵ Vgl. Pauer, Prag, S. 126-135.

¹⁶⁶ Čierná nad Tisou ist 1968 noch ein südostslowakischer Grenzort (ab 1969 Grenzstadt), zur Sowjetunion, genauer zur Ukrainischen SSR. Im dortigen Bahnhof fand der Schienensystemwechsel von der breiteren sowjetischen auf die europäische Normalspur in der ČSSR statt. (Vgl. zur Beschaffenheit des Bahnhofes: Dubček, Leben, S. 246.)

¹⁶⁷ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 169;

¹⁶⁸ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 297.

¹⁶⁹ Vgl. Dubček, Leben; vgl. Mlynář, Nachtfrost, S. 216-217.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 170-171.

¹⁷¹ Vgl. Dubček, Leben, S. 247.

Bei diesem bilateralen Treffen reiste die sowjetische Parteiführung jeweils nach dem Ende der Verhandlungen wieder aus der ČSSR aus, von Beginn an sollte Druck auf die tschechoslowakische Führung ausgeübt werden. Das bis zum 1. August dauernde Treffen bekräftigte die unterschiedlichen Ansichten der Konfliktparteien, vor allem aber auch die Divergenzen innerhalb der tschechoslowakischen Führung, zwischen den Reformern und den konservativen Kräften. Es brachte keine grundsätzlichen Einigungen, eher kann man von widersprüchlichen Interpretationen der Verhandlungsergebnisse sprechen. Während die sowjetische Führung gewisse Absprachen, beispielsweise die Einschränkung der Medienfreiheit, als bindende Vereinbarungen betrachtete, waren die führenden tschechoslowakischen Politiker der Meinung, ihren Kurs verteidigt zu haben. Es entstand ein abschließendes wenig aussagendes Kommuniqué. Das konkreteste Resultat des Treffens war der Beschluss eines Treffens der sechs Bruderparteien in Bratislava, welches nicht die Lage der Tschechoslowakei sondern allgemeinere Themen behandeln sollte.¹⁷² Ein von sowjetischer Seite angestrebter Bruch zwischen den Reformern und den konservativen Kräften der Führung der ČSSR konnte offenbar, vermutlich wegen der Einbeziehung von Staatspräsident Svoboda in die Verhandlungen, nicht erreicht werden.¹⁷³

Am 2. August kam es zu Vorbesprechungen für das Bratislava-Treffen der sechs Bruderparteien. Die späteren Interventionsmächte wurden über die Ergebnisse des Treffens in Čierná nad Tisou unterrichtet und Brežnev holte sich die Bestätigung für seine Sicht der Ergebnisse von der tschechoslowakischen Seite. Nach dem Treffen am folgenden Tag wurde wiederum eine sehr allgemein gehaltene Erklärung abgegeben. Diese wurde von Seiten der tschechoslowakischen Politiker als Erfolg für die eigene Politik gewertet, von den späteren Interventionsmächten als vorweggenommene Legitimation für die später erfolgte Invasion. Die beiden Treffen von Čierná nad Tisou und Bratislava können als letzter Versuch gewertet werden, die Prager Führung zu einem einschneidenden Kurswechsel zu bewegen. Allen beteiligten Parteien kann eine mangelnde Kompromissbereitschaft attestiert werden, der tschechoslowakischen Führung vermutlich auch eine Fehleinschätzung der zu erwartenden sowjetischen Politik. Im Zuge dieses Treffens wurde ein von den konservativen Kräften Bil'ak, Alois Indra, Antonín Kapek, Drahomír Kolder und Oldřich Švestka, unterzeichneter *Einladungsbrief* an die sowjetische Führung

¹⁷² Vgl. Pauer, Prag, S. 135-172.

¹⁷³ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 307.

übergeben, in dem um die erforderliche Hilfe für den Fall, dass sich die Situation in der ČSSR nicht verbessere, gebeten wurde.¹⁷⁴ In seinen Memoiren zum Zeitraum um den „Prager Frühling“ mit dem bezeichnenden Titel *Wir riefen Moskau zu Hilfe* erwähnt Bil'ak das Hilfeersuchen mit keinem Wort.¹⁷⁵ Bereits in Čierná nad Tisou soll ein ähnlicher von Kapek, Kandidat zum Präsidium der KPČ, unterzeichneter Brief übergeben worden sein. Damit war für die Sowjetführung klar, dass eine Legitimation der Militärintervention erfolgen und für Kooperation mit den Besatzungstruppen gesorgt werden würde.¹⁷⁶

Die gemeinsame Bratislava-Erklärung beinhaltete zwar die Betonung der nationalen Souveränität, jedoch fehlte eine Erwähnung des Prinzips der Nichteinmischung, und die gemeinsame internationale Pflicht aller kommunistischen Länder wurde hervorgehoben,¹⁷⁷ wodurch unterschiedliche Interpretationen des Dokuments möglich wurden. Die sowjetische Führung zog es später zur Rechtfertigung der Intervention heran¹⁷⁸ und dürfte sich auf den oberen Teil des folgenden Auszugs berufen haben. Mlynář sieht in diesem sogar die ideologische Untermauerung der Brežnev-Doktrin.¹⁷⁹

„Es ist die gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischer Länder, diese Errungenschaften, die dank den heldenhaften Anstrengungen und der selbstlosen Arbeit eines jeden Volkes erkämpft wurden, zu unterstützen, zu festigen und zu verteidigen. Dies ist die einhellige Meinung aller Beratungsteilnehmer, die ihre unbeugsame Entschlossenheit kundtaten, die sozialistischen Errungenschaften in ihren Ländern weiterzuentwickeln und zu schützen sowie neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus zu erkämpfen. (...) Die Parteien, die an der Beratung von Bratislava teilgenommen haben und diese Erklärung abgeben, sind fest davon überzeugt, daß die in ihr geäußerten Standpunkte und Ansichten den Interessen aller Bruderländer und Bruderparteien, der Sache der unverbrüchlichen Freundschaft der Völker unserer Länder, den Interessen des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus entsprechen.“¹⁸⁰

¹⁷⁴ Vgl. Pauer, Prag, S. 172-176, 193-197.

¹⁷⁵ Bilak, Vasil: *Wir riefen Moskau zu Hilfe*. Der >>Prager Frühling<< aus der Sicht eines Beteiligten, hg. von Klaus Kukuk, Berlin 2006.

¹⁷⁶ Vgl. Williams, Prague spring, S. 121-122.

¹⁷⁷ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 169; Eine gekürzte Version der Erklärung ist zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 53-56.

¹⁷⁸ Vgl. Pauer, Prag, S. 174.

¹⁷⁹ Vgl. Mlynář, Nachtfrost, S. 196.

¹⁸⁰ Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 53-56.

Der letzte Satz dürfte die tschechoslowakischen Reformer, vor allem wegen der Erwähnung der nationalen Unabhängigkeit, beruhigt haben. Er wird auch für die folgende Analyse der Reaktionen auf die Intervention von Bedeutung sein, da sich einige Kritiker, soviel sei vorweggenommen, darauf beriefen, dass das Handeln der Interventionsmächte im Gegensatz zu den eigenen erst kürzlich gegebenen Erklärungen steht.

In der Folgezeit war die tschechoslowakische Führung überzeugt, bis zum außerordentlichen Parteitag am 9. September eine Atempause zu haben, um auf diesem die eigene Politik festigen zu können und auch sowjetische Forderungen teilweise oder auch nur zum Schein umzusetzen. Auf der anderen Seite dürfte die sowjetische Führung noch zugewartet haben, ob doch noch eine radikale Veränderung der Vorgehensweise der tschechoslowakischen Politiker, nach sowjetischer Interpretation der Abkommen von Čierná nad Tisou und Bratislava, erfolgen würde. Diese Erwartungen wurden jedoch nicht erfüllt. Während man sich in Prag auf die Vorbereitung des Parteitages konzentrierte, liefen die Vorbereitungen für die Intervention ständig weiter, da man gerade die zu erwartenden Ergebnisse dieses Parteitags fürchtete. Das gegenseitige Unverständnis und die unterschiedlichen Interpretationen der Abkommen von Čierná nad Tisou und Bratislava zeigten sich auch in den letzten Maßnahmen Brežnevs im August, Dubček persönlich zu deren Einhaltung und zu einer Kursänderung zu bewegen.¹⁸¹ Von 9. bis 11. und von 15. bis 17. August erfolgten Besuche von Tito (=Josip Broz) und Nicolae Ceaușescu in der ČSSR,¹⁸² des weiteren erfolgten ein bilaterales Treffen mit der DDR und letzte Gespräche mit Kádár, die jedoch keinerlei Wandel in der Politik der Führung der ČSSR erbrachten. So dürfte spätestens am 17. August im Politbüro der KPdSU die Entscheidung zur Intervention gefallen sein, die dann am 18. August von den Parteiführungen der Interventionsmächte bestätigt wurde. Des Weiteren wurden Interventions- und Putschpläne, durch die *gesunden Kräfte* der KPČ, vorgelegt. Von Seiten der KPČ-Führung gab es bis zuletzt keine Anzeichen, die Moskauer Forderungen zu erfüllen.¹⁸³

¹⁸¹ Vgl. Pauer, Prag, S. 198-209, 219.

¹⁸² Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 169.

¹⁸³ Vgl. Pauer, Prag, S. 209-228.

4.b) Einmarsch und Putschversuch

Der Einmarsch erfolgte in der Nacht vom 20. auf den 21. August. 27 Divisionen der Interventionsmächte, rund 300 000 Soldaten (die Zahl stieg in den Folgetagen auf bis zu 800 000), 7 500 Panzer und 1 000 Flugzeuge besetzten die Tschechoslowakei. Innerhalb von 36 Stunden waren die gesamte Tschechoslowakei und ihr Luftraum unter Kontrolle. Es war die größte Militäraktion in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, jedoch stellte diese keine primäre Kampfkation dar, sondern diente zur Durchsetzung politischer Ziele. Die politische Kontrolle der UdSSR über die ČSSR sollte wieder hergestellt werden. Die Intervention sollte Druck ausüben, den Sturz der Reformer und die Machtübernahme durch die moskautreuen Funktionäre gewährleisten. Um Widerstand zu verhindern, wurden beispielsweise die bedeutendsten Institutionen der Massenmedien sowie eine Reihe ziviler Gebäude besetzt. Der gewünschte Effekt blieb aber aus. Dass die Intervention nicht zu einem Blutbad geriet, was mit Sicherheit auch von sowjetischer Seite wünschenswert war, ist vermutlich der Aufforderung des Parteipräsidiums zu verdanken, keinerlei militärischen Widerstand zu leisten.¹⁸⁴

Auszugsweise:

„Das Präsidium des Zentralkomitees ersucht alle Bürger der Republik, Ruhe zu bewahren und den vorrückenden Truppen keinen Widerstand zu leisten. Unsere Armee, die Sicherheitsverbände und die Volksmiliz haben keinen Befehl zur Verteidigung des Landes erhalten.“¹⁸⁵

Verteidigungsminister Martin Dzúr, der vermutlich über die bevorstehende Invasion informiert war, hatte bereits, ohne den Präsidenten oder das Präsidium des ZK der KPC zu konsultieren, der Armee angeordnet, keinen Widerstand zu leisten und die Interventen zu unterstützen.¹⁸⁶ Laut Anatoli Gribkow ordnete Dzúr dieses seinen Truppen auf Weisung des sowjetischen Verteidigungsministers Andrej A. Grečko, die via Sonderleitung am 21. August [sic!; Gribkow muss hier den 20. August meinen, M.G.] um 23 Uhr erfolgte, an.¹⁸⁷ Eine militärische Verteidigung der Tschechoslowakei sollte demnach im Vorhinein unterbunden werden und offensichtlich war auch niemand bereit, eine solche zu befehlen.

¹⁸⁴ Vgl. Pauer, Prag, S. 228-231.

¹⁸⁵ Zitiert nach: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 110.

¹⁸⁶ Vgl. Williams, Prague spring, S. 131.

¹⁸⁷ Vgl. Gribkow, Anatoli: Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses, Berlin 1995, S. 253. (ab hier: Gribkow, Der Warschauer Pakt)

Über die Erfolgsaussichten einer möglichen tschechoslowakischen Verteidigung gegen die Invasion urteilt Skilling folgendermaßen: „*Resistance would have been hopeless, leading only to a great loss of life and damage, without chance of success, and would have appeared to confirm the Soviet charges of Czechoslovak hostility.*“¹⁸⁸ Skilling meint hiermit, dass eine aktive Verteidigung aus sowjetischer Sicht als Bestätigung der propagandistischen Anschuldigungen einer feindlichen Haltung der Tschechoslowakei gesehen worden wäre.

Die DDR beteiligte sich nicht mit ihren Truppen der Nationalen Volksarmee (ab hier NVA) an der Invasion, sondern durch Verbindungsoffiziere und in der Logistik. Dies könnte, [vermutlich mit Rücksicht auf die historischen Erfahrungen mit dem Einmarsch deutscher Soldaten, M.G.], auf Ersuchen der moskautreuen tschechoslowakischen Politiker, aber auch aus anderen Gründen der Fall gewesen sein.¹⁸⁹ Die letzte Entscheidung darüber dürfte, laut Rüdiger Wenzke, in Moskau gefallen sein.¹⁹⁰ Die DDR-Führung hatte an sich keinerlei Einwände gegen eine militärische Lösung des Konflikts und erfüllte die ihr zugedachte Rolle bei der Vorbereitung der Intervention und beim Einmarsch selbst. Ulbricht persönlich hatte, in seiner Rolle als Oberster Befehlshaber, am 20. August den Befehl zur Teilnahme an der Militäraktion gegeben.¹⁹¹ Man hatte keinerlei Skrupel, 30 Jahre nach der Besetzung von Teilen der Tschechoslowakei durch die Wehrmacht erneut einen Befehl zum Einschreiten im Nachbarland zu erteilen. Die ausgewählten Offiziere erklärten sich mit einer Ausnahme allesamt bereit, die ihnen gestellten Aufgaben bedingungslos zu erfüllen.¹⁹² Am Abend des 20. August waren die vorgesehenen NVA-Divisionen einsatzbereit, der Befehl zum Einsatz erfolgte entgegen den Plänen nicht und auch in den Folgetagen wurden die bereitstehenden Divisionen der NVA nicht eingesetzt.¹⁹³ Faktum ist aber, dass eine aktive Beteiligung von Truppen der DDR an der Intervention, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in der gesamten Weltöffentlichkeit angenommen wurde. Dies ist für die folgende Auswertung der internationalen Reaktionen auf die Intervention von großer Bedeutung.

¹⁸⁸ Skilling, *Czechoslovakia's*, S. 715.

¹⁸⁹ Vgl. Pauer, Prag, S. 228-229.

¹⁹⁰ Vgl. Wenzke, Rüdiger: *Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung*, Berlin 1995, S. 145. (ab hier: Wenzke, *Die NVA und der Prager Frühling*)

¹⁹¹ Vgl. ebd., S. 116-120.

¹⁹² Vgl. ebd., S. 137.

¹⁹³ Vgl. ebd., S. 139-144.

Von den internationalen Zeitungen, die zu dieser Arbeit herangezogen wurden, stellte lediglich der *International Herald Tribune* bereits am 22. August in einem Artikel mit dem Titel „*E. German Invasion Role Is Uncertain. Forces May Not Have Taken Part*“ in den Raum, dass es bedeutende Anzeichen gäbe, dass keine Truppen der DDR in die ČSSR einmarschiert wären, nachdem die DDR sechs Monate lang eine Intervention gefordert hatte.¹⁹⁴

Aufgrund des massiven Truppeinsatzes konnte gemutmaßt werden, dass es nicht nur um eine Intervention in der ČSSR ginge und weitere militärische Ziele verfolgt werden würden. Jedoch haben einerseits das relative Fernbleiben sowjetischer Truppen von der westdeutschen Grenze als auch diplomatische Noten, wie unter anderen jene des sowjetischen Botschafters Anatolij F. Dobrynin an den amerikanischen Präsidenten Johnson, dem Westen versichert, dass es sich um eine Maßnahme handle, die die Blockgrenzen nicht verletzen werde. Trotz des an sich friedlichen Verlaufs der Okkupation kostete diese insgesamt 94 Tschechen und Slowaken das Leben und es gab mehrere Hundert mehr oder weniger schwer Verletzte.¹⁹⁵

Betreffend den massiven Truppeneinsatz beschreibt der österreichische Generalkonsul Liedermann in Berlin diesen als unverhältnismäßig zu den militärischen Erfordernissen der Mission. In seiner Meldung vom 28. August geht er noch von der Präsenz von DDR-Truppen in der ČSSR parallel zur Linie Zittau-Plauen aus.¹⁹⁶ Der österreichische Gesandte in Prag, Rudolf Kirchschräger, berichtete über die gemeinsam mit namentlich nicht genannten tschechoslowakischen Persönlichkeiten, Kollegen und zwei Militärattachés erörterten Gründe für das machtvolle Truppenaufgebot. Erstens hat die Sowjetunion zwar einen bewaffneten Widerstand der Armee oder eines Teils des Volkes nicht völlig ausgeschlossen, aber auch nicht mit dieser Form gewaltlosen Widerstandes (siehe: 4.c) der tschechoslowakischen Bevölkerung gerechnet. Die Sowjetunion wollte kein Risiko eingehen, sondern sofort vollendete Tatsachen schaffen. Zweitens war man sich trotz der amerikanischen Beteuerungen nicht sicher, ob nicht doch eine Intervention zugunsten der ČSSR erfolgen würde. Auch soll man nicht sicher gewesen sein, ob von westdeutscher Seite etwas unternommen werden würde. Die militärische Stärke

¹⁹⁴ Vgl. *International Herald Tribune*, 22. August 1968, S. 5: „*E. German Invasion Role Is Uncertain*“.

¹⁹⁵ Vgl. Pauer, Prag, S. 232-233.

¹⁹⁶ Generalkonsul Liedermann (Österreichische Delegation in Berlin) an BMAA, Berlin, 28. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124908, Karton 1354.

sollte eine entsprechende Machtdemonstration darstellen und für Eventualfälle vorsorgen.¹⁹⁷ Letztere Schlussfolgerung stellt eine Einschätzung dar, die mit Sicherheit treffend ist. Dass die Sowjetführung ein Eingreifen der BRD ernsthaft in Betracht gezogen hat, wage ich zu bezweifeln.

*„Im Gegensatz zur militärischen Vorbereitung und Durchführung der Intervention, die langfristig geplant war, scheint die politische Planung und Absicherung der Intervention zu kurz gekommen zu sein, so daß bei der Beurteilung der gesamten Aktion häufig von einer politischen Konzeptlosigkeit gesprochen wurde. Als Gründe wurden dabei falsche Informationen über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in der ČSSR, mangelnde Flexibilität der sowjetischen Führung oder einfach der Zeitdruck, unter dem die Entscheidung gefällt wurde, angegeben.“*¹⁹⁸ Skilling teilt diese Ansichten Pauers, stellt aber klar, dass die sowjetische Führung ohne Zweifel Kollaboration erwartete und auch wusste, welche Personen am ehesten mit ihr kooperieren würden.¹⁹⁹

Am Nachmittag des 20. August traf das Präsidium des ZK der KPČ zusammen und die prosowjetischen Führungsmitglieder versuchten einen Angriff auf das Reformprogramm durch den *Kolder-Indra-Bericht* mit der Abwahl Dubčeks zu verbinden, was ihnen jedoch nicht gelang. Der aufgrund der knappen Mehrheit der konservativen Kräfte von sechs zu fünf Stimmen erwartete interne Putsch im Präsidium des ZK, der wiederum die erfolgende Intervention hätte legitimieren sollen, gelang nicht. Die beginnende Intervention unterbrach letztendlich die Diskussionen über den *Kolder-Indra-Bericht*, der letztlich zum Putsch hätte führen sollen und so wurde über die Haltung des Parteipräsidiums zur Intervention abgestimmt. Die Hoffnung der Konservativen auf ein sowjetisches Einschreiten in die Diskussion erfüllte sich nicht und so wurde die Invasion mit den Stimmen der Reformer sowie zweier nicht ausreichend in die Interventionsplanungen eingeweihter konservativer Präsidiumsmitglieder verurteilt.²⁰⁰

„Gestern, am 20. August, überschritten gegen 23 Uhr militärische Verbände (...) die Grenzen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Dies geschah ohne das Wissen des Präsidenten der Republik, des Vorsitzenden der

¹⁹⁷ Gesandter Kirchschräger an BMAA, Prag, 31. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125058, Karton 1354.

¹⁹⁸ Pauer, Prag, S. 234.

¹⁹⁹ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 760-761.

²⁰⁰ Vgl. Pauer, Prag, S. 237-242; vgl. Williams, Prague spring, S. 126-127.

Nationalversammlung, des Premierministers und des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei. (...) Nach Auffassung des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei steht dieser Akt nicht nur im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien zwischen sozialistischen Staaten, sondern er stellt auch eine Verletzung der fundamentalen Normen des Völkerrechts dar.“²⁰¹

Diese Verurteilung der Intervention entlarvte die nachfolgende Rechtfertigung der Intervention durch die Sowjetunion mit den Worten Dubčeks als „Lüge“.²⁰²

4.c) Nach der Intervention - Ziviler Widerstand, politischer Protest und die Moskauer Verhandlungen

Weitere Versuche, anstelle der im Zuge der Intervention verhafteten und in die Sowjetunion verbrachten Reformpolitiker eine neue moskautreue Kollaborationsregierung zu bilden, scheiterten nicht zuletzt an der Ablehnung Svobodas, sodass nicht einmal eine Scheinlegitimation der Intervention erfolgte.²⁰³

Die Sowjetunion rechtfertigte die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August in einer TASS-Erklärung mit einem Hilfsersuchen durch tschechoslowakische Partei- und Staatsfunktionäre sowie mit der Notwendigkeit der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften als internationale Pflicht der an der Intervention beteiligten Staaten, da die Entwicklungen der Tschechoslowakei auch die Lebensinteressen der Sowjetunion und anderer Staaten der sozialistischen Gemeinschaft bedrohten.²⁰⁴

Auszugsweise:

„Partei- und Staatsfunktionäre der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben sich an die Sowjetunion und an andere verbündete Staaten mit der Bitte gewandt, dem tschechoslowakischen Brudervolk dringend Hilfe zu erweisen, einschließlich der Hilfe durch Streitkräfte. (...) Die Sowjetregierung und die Regierungen der verbündeten Staaten – der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik und der Polnischen Volksrepublik – haben, ausgehend von den Prinzipien der unverbrüchlichen Freundschaft und Zusammenarbeit und auf Grund der

²⁰¹ Zitiert nach: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 109-110.

²⁰² Vgl. Dubček, Leben, S. 266.

²⁰³ Vgl. Pauer, Prag, S. 243-263.

²⁰⁴ Vgl. Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 56-57.

bestehenden vertraglichen Verpflichtungen, beschlossen, der erwähnten Bitte um die erforderliche Hilfe für das tschechoslowakische Brudervolk nachzukommen. (...) Die Bruderländer stellen fest und entschlossen jeder Gefahr von außen ihre unverbrüchliche Solidarität entgegen. Es wird nie und niemandem gestattet sein, auch nur ein Glied aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten herauszubrechen.“²⁰⁵

Ihre Erklärung stand in krassem Widerspruch zur Verurteilung der Intervention durch das Präsidium der KPČ. Erkennt man die Existenz des *Einladungsbriefes* an, so war die Rechtfertigung der Intervention mit dem Hilfesuchen von Partei- und Staatsfunktionären der ČSSR, ergänzt um die Hilfe durch Streitkräfte, zumindest nicht gelogen, wenngleich verschwiegen wurde, dass es sich bei den *Hilfesuchenden* nur um einige konservative Kräfte handelte, die, wie bereits ausgeführt, innerhalb der KPČ nur eine Minderheit darstellten, jedoch noch überproportional in höheren Posten vertreten waren.

In der ČSSR kam es in Folge der Okkupation zu einem Widerstand von politischer und ziviler Seite. Es wurde ein außerordentlicher [durch die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen für illegal erklärter²⁰⁶, M.G.] Parteitag in Vysočany einberufen, um die letzten Putschversuche der konservativen Kräfte zu verhindern und die Dubček-Führung zu unterstützen. Dieser brachte auch die wahre Kräfteverteilung innerhalb der Partei zugunsten der Dubček-Führung zum Ausdruck. Auch die Nationalversammlung blieb aktiv, sie verwehrte sich jeglicher Kollaboration, protestierte gegen die unrechtmäßige Okkupation, stellte sich hinter den Parteitag und legitimierte den internationalen Protest der ČSSR bis hin zu jenem durch Außenminister Hájek am 24. August vor dem Sicherheitsrat der VN.²⁰⁷ Das Engagement der VN war im Falle der Intervention in der ČSSR weit weniger spektakulär als im Jahr 1956 nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes. Es kam zwar erneut zu einer Debatte im Sicherheitsrat, jedoch dauerte diese nur einige Tage. Zum einen hatten die VN ihre Lehren aus den Ereignissen in Ungarn 1956 gezogen, sie haben, auch wenn sie zu außerordentlichen Mitteln greifen, keine Möglichkeit etwas gegen den Willen einer Supermacht durchzusetzen, zum anderen gab es im Falle der ČSSR kein Hilfeansuchen des betroffenen Landes. Die Vertreter der ČSSR bestätigten zwar,

²⁰⁵ Zitiert nach: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 56-57.

²⁰⁶ Vgl. Pauer, Prag, S. 329.

²⁰⁷ Vgl. Pauer, Prag, S. 263-272, vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 764-772, 780-788.

dass der Einmarsch gegen den Willen der politischen Führung des Landes erfolgt sei, baten aber bald darum, die Klärung den beteiligten Ländern zu überlassen. Diese Vorzeichen machten die Aussicht auf einen diplomatischen Erfolg gering und man war nicht willens, das Spiel von 1956 zu wiederholen. Der Krieg der Worte erfolgte im Sicherheitsrat dennoch mit derselben Heftigkeit,²⁰⁸ weshalb ich diesen in meine Darstellung zu den Reaktionen auf die Intervention einfließen lassen werde. Dass es aufgrund des sowjetischen Vetos zu keiner die Intervention verurteilenden Resolution kommen würde, war auch für die internationalen Medien von Anfang an klar.²⁰⁹

Die Bevölkerung leistete zivilen Widerstand und verweigerte jegliche Kooperation mit den Okkupationsarmeen. Effiziente Propaganda und Einschüchterungen durch diese wurden verhindert, jegliche Kollaboration diskreditiert. Den Invasionstruppen wurde eine Wirkungslosigkeit verliehen. Zum Teil wurden diese durch das Verhalten der Bevölkerung sogar demoralisiert. Die Maßnahmen der Zivilbevölkerung reichten von einer nahezu hundertprozentigen Befolgung eines einstündigen Generalstreiks am 23. August, über die aktive Aufklärungsarbeit gegenüber den Besatzungssoldaten bis hin zur aktiven Sabotage, wie dem Entfernen von Straßenschildern, was den Besatzern die Orientierung erheblich erschwerte, oder auch dem Anzünden sowjetischer Panzerfahrzeuge.²¹⁰ Den besten Eindruck vom zivilen Widerstand gewinnt man durch die Bilder, die damals in allen Medien um die Welt gingen. Eine besonders eindrucksvolle Kollektion hat *Der Spiegel* in seiner Ausgabe in der Woche nach der Intervention zusammengestellt.²¹¹ Eine eindrucksvolle literarische Beschreibung bietet Milan Kundera, der in seinem Roman *Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins* immer wieder Szenen aus der Woche nach dem Einmarsch beschreibt.²¹² Auch die Bevölkerung appellierte an das Ausland. Der österreichische Gesandte in Prag, Kirchschräger, übermittelte Ende August einige Muster des tschechoslowakischen Protests, die bei der österreichischen Gesandtschaft eingegangen waren, darunter ein Protestschreiben der Škoda-Werke,

²⁰⁸ Vortrag von Mag. Dr. Georg Kastner (Universität Wien) über „Die Ostmitteleuropa-Politik der UNO 1956 und 1968“ am 2. Oktober 2007 auf dem Symposium: 100 Jahre Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, 1.-2. Oktober 2007; Veranstaltungsort: Institut für Osteuropäische Geschichte, Universitätscampus, Spitalgasse 2, Hof 3, 1190 Wien.

²⁰⁹ Vgl. u. a. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. August 1968, S. 3: „Wenig Hoffnung auf die UN“; Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 4: „Schwache Hoffnung auf die UNO“; International Herald Tribune, 23. August 1968, S. 1: „Soviet Veto Expected to Block Condemnation by UN Council“.

²¹⁰ Vgl. Pauer, Prag, S. 275-280; vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 772-780.

²¹¹ Siehe: Der Spiegel, 26. August 1968 (Nr.35), S. 86-91.

²¹² Kundera, Milan: Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins, Frankfurt a. M. 1987. (ungekürzte Taschenbuchausgabe)

das Österreich auffordert die Besatzungsmächte zu boykottieren und die diplomatischen Beziehungen zu diesen abzurechnen. Ein weiteres Beispiel stellen schwarze Glanzkartonkarten im Postkartenformat mit weißer Aufschrift in kyrillischen Lettern dar. Auf diesen ist nur das Wort „*počemu*“, (Warum?), aufgedruckt, auf der Rückseite ist der Protest gegen die Okkupation von zehn bis 20 Personen unterschrieben. Interessanterweise wurden diese Karten noch am 27. August von der tschechoslowakischen Post ordnungsgemäß abgestempelt und befördert.²¹³

Der zivile Widerstand und der internationale Protest gegen die Okkupation verhinderten einen Sturz der Dubček-Führung, die selber keinen Widerstand anordnete. Sie verschaffte dieser auch einen größeren Verhandlungsspielraum, wenngleich die Politik, die vor der Intervention geherrscht hatte, dennoch nicht fortgesetzt werden konnte. Eine Niederschlagung des zivilen Widerstandes dürfte in der sowjetischen Machtkalkulation, wenngleich diese möglich gewesen wäre, als ein zu hoher Preis angesehen worden sein.²¹⁴

Bereits am dritten Okkupationstag reiste Präsident Svoboda nach Moskau und es kam zu den Moskauer Verhandlungen, zu denen Svoboda die Hinzuziehung der im Zuge des Einmarsches verhafteten Reformer erwirkte. Die bis 26. August dauernden Verhandlungen stellten eine weitgehend erzwungene Kapitulation der Reformer dar und führten zu einer fast vollständigen Rücknahme der Reformen, die seit Jahresbeginn 1968 erfolgt waren. Lediglich geringfügige Erfolge konnten von der tschechoslowakischen Führung erzielt werden. Der Vorwurf der Konterrevolution wurde fallen gelassen, der angebliche Hilferuf nicht weiter als Rechtfertigung betont und die Reformpolitiker konnten vorerst ihre Ämter behalten, da es keine Alternativen in personeller Hinsicht gab, die das Vertrauen der Bevölkerung gehabt hätten.²¹⁵

Skilling urteilt über die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen in Unkenntnis des abschließenden Geheimprotokolls: „*As events unfolded in subsequent months and years, the grim reality of Moscow was revealed – it was not a genuine compromise, but an arbitrary and harsh edict imposed on a weak and helpless delegation. The major hopes entertained by both leaders and people were to be gradually dissipated and ultimately destroyed.*“²¹⁶ Ein Urteil, das sich durch Pauers

²¹³ Gesandter Kirchschräger an BMAA, Prag, [o. D., verfasst am 30. 8. 1968, eingelangt in Wien am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124868/Blg. 1, Karton 1352.

²¹⁴ Vgl. Pauer, Prag, S. 280-282;

²¹⁵ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 172-173.

²¹⁶ Skilling, Czechoslovakia's, S. 810.

Analyse der Moskauer Verhandlungen und des abschließenden Protokolls weitestgehend bestätigen lässt.²¹⁷

Die beschließenden Absätze über die Moskauer Verhandlungen stellen den Übergang zu den Reaktionen auf die Intervention dar. Denn die Überwindung des durch die politisch nicht abgesicherte Intervention entstandenen Vakuums durch Verhandlungen der sowjetischen mit der tschechoslowakischen Führung stellen den ersten, notwendig gewordenen, Teil der nachfolgend behandelten Reaktion der Sowjetunion in den Tagen nach der Intervention und gleichzeitig das Ende des „Prager Frühlings“ dar. Dementsprechend beginne ich das folgende Kapitel zu den internationalen Reaktionen mit dem Verhalten der Interventionsmächte in den Tagen nach der Intervention.

²¹⁷ Siehe: Pauer, Prag, S. 283-338.

5. Internationale Reaktionen auf die Intervention

Der nun folgende Part meiner Arbeit geht nach der bisher erfolgten Darlegung des zeithistorischen Kontextes sowie der Ereignisse des „Prager Frühlings“ und der darauffolgenden Intervention direkt auf meine Forschungsergebnisse zu den Reaktionen auf die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten ein. In einem ersten Schritt gilt es, einen Überblick über die Reaktionen der verschiedenen Staaten aus den verschiedenen Block- und Bündnissystemen zu schaffen, die als direkte Reaktion auf die Intervention in den ersten Tagen nach dieser gesehen werden können. Es gilt Unterschiede und Parallelen zwischen den Staaten verschiedener System- und Bündniszugehörigkeit, aber auch innerhalb dieser, aufzuzeigen. Die Gliederung erfolgt gemäß meiner unter 1.b) ausgeführten Fragestellungen. Zuerst erfolgt unter 5.a) die Darstellung des Verhaltens der Interventionsmächte in den Tagen nach der Intervention. Hierzu wird auf deren offizielle und die gleichgeschaltete mediale Rechtfertigung und Verteidigung der Intervention eingegangen, ebenso soll eine Annäherung an die Einstellung der Bevölkerung zur Intervention soll versucht werden. Den Interventionsmächten folgend werden die Reaktionen weiterer kommunistischer Staaten unter 5.b) dargelegt. Ihre Darstellung soll die unterschiedlichen Haltungen zur Intervention innerhalb der kommunistischen Welt und insbesondere auch unter Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes aufzeigen, die aufgrund der Brüche im kommunistischen Lager, wenngleich auch nicht in einem solchen Ausmaß, zu erwarten waren.

Unter 5.c) werden die Reaktionen der NATO-Mitgliedsstaaten behandelt. Diese werden, je nach Land, trotz und wegen der Entspannungspolitik der Zeit Unterschiede in ihrer Schärfe aufweisen. Des Weiteren werden unter 5.d) die Reaktionen der neutralen Staaten Europas betrachtet werden. Auch die Haltungen der verschiedenen kommunistischen Parteien in diesen beiden behandelten Staatengruppen zur Intervention werden thematisiert.

Unter den Punkten 5.e) bis 5.i) wird den Reaktionen afrikanischer, asiatischer, arabischer, lateinamerikanischer und ozeanischer Staaten Beachtung geschenkt werden, die aber keiner eingehenderen Analyse unterzogen wurden.

Die gesammelten Reaktionen werden in den zeithistorischen Kontext eingebettet und aus diesem heraus wird eine Interpretation versucht. Zusammenhänge im weltpolitischen System der 1960er Jahre sollen aufgezeigt werden. Die daraus resultierende Verschiedenheit der Reaktionen wird vergleichend untersucht.

Die folgenden Ausführungen können sich nicht immer ausschließlich auf die direkten Reaktion auf die Intervention beschränken. Die weltpolitische Stellung und die Einstellung der einzelnen Länder wird demnach, soweit als nötig erachtet, zu den Ereignissen des „Prager Frühlings“ sowie zur Intervention in einen größeren Rahmen gestellt, teilweise muss zeitlich ein wenig ausgeholt werden.

5.a) Die Interventionsmächte des Warschauer Paktes

Die Haltung der Interventionsmächte zu den als „Prager Frühling“ bezeichneten Entwicklungen in der Tschechoslowakei scheint mir durch die Ausführungen über den „Weg zur Intervention“ unter 4.a) bereits bis zu einem gewissen Grad erfolgt zu sein. Deshalb wende ich mich, gemäß der ersten Fragestellung unter 1.b), direkt ihrem Verhalten in den Tagen nach der selbst durchgeführten Intervention zu, wenngleich einige der im Folgenden erwähnten Punkte, speziell im Bezug auf die Sowjetunion, auch bereits Eingang in die Kapitel 4.a) bis 4.c) gefunden haben. In einigen Fällen wird aber auch hier noch Erklärungsbedarf zu den vorhergehenden Positionen des jeweiligen Landes zu decken sein. Der internationale Protest der Vertreter der ČSSR, nach dem sich meine Fragestellung nicht richtet, wird aber dennoch vor allem in die sowjetischen Reaktionen und die Ausführungen zur Behandlung der Intervention vor dem Sicherheitsrat der VN einfließen, um die gegensätzlichen Ansichten, wie sie bereits aus 4.b) und 4.c) hervorgehen, aufzuzeigen. Prinzipiell sind die Reaktionen der tschechoslowakischen Bevölkerung und Politik meines Erachtens bereits unter 4.c) hinreichend dargestellt.

Sowjetunion

Auf die aktive politische Reaktion auf die, bis auf den militärischen Aspekt, nicht planmäßig verlaufene Intervention, die Moskauer Verhandlungen, wird hier nicht mehr eingegangen. Die Moskauer Verhandlungen und vor allem deren Ergebnis sind durch die bisherige Forschungsliteratur, insbesondere durch Pauer,²¹⁸ ausführlich behandelt worden und unter 4.c) meines Erachtens zwar kurz aber hinreichend dargestellt. Dennoch ist es von Bedeutung, diese präsent zu haben, um die folgenden Reaktionen besser einordnen zu können. Da die Moskauer Verhandlungen erst am 23. August begannen und klar geworden war, dass eine politische Lösung mit der tschechoslowakischen Führung gefunden werden musste,

²¹⁸ Siehe: Pauer, Prag, S. 283-338.

ist gleichzeitig für die Zeit davor anzunehmen, dass die Sowjetführung noch auf die Bildung einer Kollaborationsregierung und eine damit einhergehende Scheinlegitimation der Intervention hoffte. Vor diesem Hintergrund soll hier auf die Reaktion nach außen hin, den Versuch der Rechtfertigung und Verteidigung der Intervention durch die Sowjetunion eingegangen werden. Dazu sind die mediale Rechtfertigung der Intervention in der Sowjetunion, ihre Verteidigung im Sicherheitsrat der VN, sowie die Reaktionen auf die internationale Wahrnehmung und Wertung der Intervention zu erläutern.

Der Rundfunk brachte am 21. August um 8 Uhr Früh die bereits oben unter 4.c) erwähnte TASS-Erklärung, wonach Parteifunktionäre und Staatsmänner der ČSSR die Sowjetunion und andere alliierte Staaten gebeten hätten, dem brüderlichen tschechoslowakischen Volk dringend Hilfe, einschließlich militärischer, zu gewähren.

Neben dieser Erklärung erschien in der mit siebenstündiger Verspätung erschienenen *Pravda* ein Aufsatz von Jurij A. Žukov, in welchem der Autor durch aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus westlichen Meldungen zu beweisen versuchte, dass die Prager Reformer lediglich den Weg für eine antisozialistische Machtübernahme bereiten hätten sollen. Die Schuld an den Ereignissen in der ČSSR schob er den Imperialisten, in erster Line der BRD, zu. Auffällig ist, dass der Artikel keine Angriffe auf die führenden Männer in Prag enthielt.²¹⁹ Neben Angriffen auf die imperialistischen Staaten kommt noch deutlich zum Ausdruck, dass die Bratislava-Vereinbarungen zur Rechtfertigung der Intervention als brüderliche Hilfe herangezogen wurden.²²⁰

Der österreichische Botschaftsrat Binder bringt in seinen Formulierungen zum Ausdruck, dass dieser Aufsatz für den internen Gebrauch als Rechtfertigung der ergriffenen Maßnahmen dienen sollte. Dieses Unterfangen bezeichnet er, durchaus spitz wirkend, als ein leichtes, da sich ein Sowjetbürger nicht vorstellen kann, dass eine Zeitung etwas anderes als die offizielle Meinung wiedergibt und somit die jeweiligen Zeitungszitate für die offizielle Meinung des jeweiligen Landes hält. Die Stimmung in Moskau bezeichnete er als absolut unverändert.²²¹

Bis zum Abend des 21. August brachte der sowjetische Rundfunk, der vor allem am Nachmittag häufig gestört war und erst gegen Abend wieder normal funktionierte,

²¹⁹ Botschaftsrat Binder an BMAA, Moskau, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131838, Karton 1354.

²²⁰ Botschaftsrat Binder an BMAA, Moskau, [o. D., verfasst am 21. 8. 1968, eingelangt in Wien am 29. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124836/Blg. 1, Karton 1354.

²²¹ Botschaftsrat Binder an BMAA, Moskau, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131838, Karton 1354.

nur die selbe TASS-Erklärung. Am Abend wurde dann auch berichtet, dass in der ČSSR eine Rundfunkstation ihre Arbeit aufgenommen hat, die die Bevölkerung und die Truppen der ČSSR aufruft, die sowjetischen Truppen und die der Bruderländer zu unterstützen, um die derzeitige schwierige Lage zu überwinden. Auch wurde gemeldet, dass das sowjetische Volk geschlossen hinter der Partei und der Regierung steht. Am Morgen des 22. August wurde neben der bereits bekannten TASS-Erklärung auch bestärkt, dass die Hauptschuld an der Intervention der BRD gegeben wird.²²² Diese Anschuldigung an die BRD zu verstehen, bedarf einer gewissen Erklärung der Position der Sowjetunion und der Interventionsmächte des Warschauer Paktes gegenüber der BRD und der Bewertung der Ostpolitik dieser. Im *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas* aus dem Jahre 1968 wird der deutschen Ostpolitik relativ viel Platz eingeräumt und diese wie folgt beschrieben.

Die Versuche des „westdeutschen Imperialismus“, den Sozialismus in Europa zurückzudrängen, scheiterten mit dem 13. August 1961. Dieser entwickelte im Gegensatz zur aggressiven Außenpolitik der USA eine eigene taktische Variante zur Fortsetzung der „*Revanche- und Aggressionspolitik*“. Durch „*Täuschung, Spaltung und Erpressung*“ sollen die alten „*Revancheziele*“ durchgesetzt werden, während gleichzeitig „*demagogische Friedensbeteuerungen*“ an die sozialistischen Staaten Osteuropas abgegeben werden. Besonders hervorgehoben wurden das Streben nach größerer politischer Macht, der Anspruch auf die Wiedervereinigung und das unterstellte Fernziel eines „*geeinten Westeuropas*“ als Vorstufe zu „*Vereinigten Staaten von Europa*“, beherrscht vom „westdeutschen Imperialismus“. Die UdSSR wird hingegen aufgefordert, ihre Position gegenüber Deutschland und Westeuropa freiwillig und im eigenen Interesse zu ändern oder den *status quo* mit seinen Risiken in Kauf zu nehmen. Als Hauptinstrument dieser „*Politik der Aggression*“ wurde der Alleinvertretungsanspruch (hier auch als „*Alleinvertretungsanmaßung*“ bezeichnet) der Bonner Regierung [=Hallstein-Doktrin, M.G.], der das Ziel der „*Annexion der DDR*“ verfolgt, genannt. Die Staaten des Warschauer Paktes verfolgen hingegen, wie 1966 dargelegt, eine Politik für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zu der aber auch die Anerkennung der Existenz von zwei souveränen deutschen Staaten gehört, wobei die Existenz der DDR durch die UdSSR garantiert sei.²²³ In einem

²²² Botschaftsrat Binder an BMAA, Moskau, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124442, Karton 1354.

²²³ Vgl. Laskowski, Sibylle: Der Kampf um die europäische Sicherheit und das Bündnis- und Vertragssystem der europäischen sozialistischen Staaten, in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR*

Artikel im *Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas* 1969, dem Nachfolger des oben angeführten Werks, wird die „Hilfsaktion“ der sozialistischen Bruderländer für die sozialistische Tschechoslowakei vom 21. August 1968 als bisher schwerster in einer Reihe von Rückschlägen, für die „neue“ Ostpolitik der BRD gewertet, da sich die Bonner Politiker gerade bei der Tschechoslowakei große Chancen bei der Aufweichung des sozialistischen Lagers ausgerechnet hätten.²²⁴ Soweit die auch propagandistisch in die Welt getragene Position der Sowjetunion. Die bedeutenderen Gründe lagen freilich in der wirtschaftlichen Stärke der BRD und in ihrer Anziehungskraft, besonders ab 1966. Mit der Ausweitung des Tourismus und dem verstärkten Austausch von Studenten war am Beispiel der ČSSR ein positiveres Bild der BRD entstanden, vor allem war dieses attraktiver als jenes, das die DDR zu bieten hatte.²²⁵

Als erste Reaktion der Sowjetunion nach der Intervention ist somit die Begründung der Intervention mit dem Ersuchen von tschechoslowakischen Partei- und Staatsführern zu sehen, die um die Einbeziehung militärischer Hilfe durch die sowjetische Führung ergänzt wurde. Als weitere Rechtfertigung dient der Kampf gegen den Imperialismus, mit besonderer Schärfe gegen die BRD, der wegen der eben dargelegten *Befürchtungen* propagandistisch die Hauptschuld an der Intervention zugeschoben wurde.

In der sowjetischen Presse wurde in den folgenden Tagen der Lage in der ČSSR großer Raum gewährt. Die Lage wurde zwar als *normal* bezeichnet, jedoch wurde davon berichtet, dass die antisozialistischen Kräfte ihre Wühlarbeit fortsetzen, auch durch offizielle Persönlichkeiten wie Šik, Hájek, František Vlasák und Štefan Gašparík, die erklärt hätten, auch außerhalb des tschechoslowakischen Territoriums Regierungsfunktionen auszuüben, wozu sie jedoch - nach sowjetischer Meinung - nicht bevollmächtigt wären.²²⁶

und der volksdemokratischen Länder Europas (Bd. 12), Berlin 1968, S. 31-35; siehe dazu auch mit Fokus auf die erste Hälfte der 1960er Jahre: Autorenkollektiv: Zur ersten Phase der „neuen“ Ostpolitik des westdeutschen Imperialismus in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas* (Bd. 12), Berlin 1968, S. 69-94.

²²⁴ Vgl. Behrendt, Lutz-Dieter: Die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie und die „neue“ Bonner Ostpolitik, in: *Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas* (Bd. 13/1), Berlin 1969, S. 51.

²²⁵ Vgl. Zimmermann, Volker: Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei 1945-1969: Überlegungen zur „brüderlichen Zusammenarbeit“ zweier sozialistischer Staaten, in: Mueller, Wolfgang/Portmann, Michael: Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, Wien 2007, S. 233.

²²⁶ Botschafter Wodak an BMAA, Moskau, 23. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124538, Karton 1354.

In einem ausführlichen Artikel richtete die *Pravda* am 23. August einen Rundumschlag gegen die inneren Entwicklungen in der ČSSR im Zeitraum des „Prager Frühlings“, betonte die bisher guten Beziehungen der Tschechoslowakei zur Sowjetunion und prangerte deren Verschlechterung als Schuld der veränderten Politik der Prager Führung an. Besonders die Außenpolitik und speziell die Beziehungen zur BRD unter Außenminister Hájek wurden kritisiert. Die Führung der KPČ unternahm laut der *Pravda* nichts gegen die konterrevolutionären Gruppen und die imperialistischen Kreise, einzelne sympathisierten sogar mit diesen, weshalb eine Intervention zugunsten der in der Überzahl befindlichen Personen mit prinzipientreuer Haltung unumgänglich wurde.²²⁷

Diese Pressemeldungen sind allesamt als Rechtfertigung und Erklärung für die Intervention mit natürlich stark propagandistischem Charakter zu sehen. Nun wurden die bei der Sowjetführung besonders unbeliebten Politiker der KPČ, die es - aus sowjetischer Sicht - auch noch nach der Intervention wagten, ihr politisches Engagement fortzusetzen und gegen die Intervention aufzutreten, besonders kritisiert. Die verschlechterten Beziehungen zwischen der UdSSR und der ČSSR wurden diesen Personen so wie all jenen angelastet, die diese gewähren hatten lassen.

Ebenfalls am 23. August sprach Žukov in der *Pravda* davon, dass sich die NATO-Länder im Sicherheitsrat mit der ČSSR-Frage befasst hätten. Er sprach von einer Wiederholung der Geschichte, indem er auf die Ereignisse 1956 in Ungarn rekurrierte. Die Haltung einiger kommunistischer Parteiführer [beispielsweise Ceaușescu für Rumänien oder Tito für Jugoslawien, siehe 5.b), M.G.] bezeichnete er als schwer verständlich, da diese „den aktionen der gesunden kraefte der tschechoslowakei und ihren bruederlaendern misstrauen entgegenbraechten.“²²⁸

Die Befassung des Sicherheitsrats, der am 21. August auf Ansuchen der Vertreter Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas, Paraguays und der USA einberufen wurde, um die aktuelle Situation in der Tschechoslowakei zu behandeln,²²⁹ dient ebenfalls als gutes Beispiel für die sowjetische Haltung zur Intervention, jedoch soll auch die tschechoslowakische Gegenposition aufgezeigt werden. So stellte der sowjetische Delegierte Jakov A. Malik fest, „dass der sicherheitsrat keinen anlass zur diskussion der situation in der cssr haette weil die

²²⁷ Botschaftsrat Binder an BMAA, Moskau, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124542, Karton 1354.

²²⁸ Botschafter Wodak an BMAA, Moskau, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124538, Karton 1354.

²²⁹ Vgl. Yearbook of the United Nations 1968 (Vol. 22), S. 298.

*streitkraefte der involvierten warschauer-pakt-staaten die cssr aufgrund eines ersuchens der tschechoslowakischen regierung betreten haetten um das sozialistische system der cssr, welches sowohl durch reaktionaeere kraefte vom inland und vom ausland her gefaehrdet werde zu schuetzen.*²³⁰

*„der hiesige tschechoslowakische geschaeftstraeger [in New York, M.G.] muzik [Jan Mužík, gilt auch für das Folgende, M.G.] wurde aufgrund seines ansuchens - ohne stimmrecht - zur teilnahme an der debatte zugelassen. (...) muzik erklärte, dass er auf grund [der] ausdrücklichen weisung seines aussenministers hayek [Hájek, M.G.] handle und las die erklärung des praesidiums der cssr vor.“*²³¹ (Ihr Inhalt ist bereits aus 4.b) bekannt.) Des Weiteren verlas er eine Erklärung des tschechoslowakischen Außenministers Hájek, in der die Einstellung der illegalen Besetzung der ČSSR und der Rückzug der ausländischen Streitkräfte verlangt wurden. In einem weiteren verlesenen Kommuniqué von zehn Mitgliedern seiner Regierung wurde erklärt, dass die Deklaration des Präsidiums voll unterstützt werde und die Besetzung der ČSSR illegal sei. Abschließend erklärte er, dass der Präsident der ČSSR festgestellt hat, dass der Einmarsch militärischer Truppen ohne die Zustimmung der konstitutionellen Organe des Staates durchgeführt wurde, und verlangte die ehestmögliche Zurückziehung der Truppen. Der sowjetische Vertreter Malik blieb die volle Diskussion auf dem Standpunkt, dass der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten aufgrund eines Appells einer Gruppe des tschechoslowakischen ZKs erfolgte und die Erklärung des tschechoslowakischen Delegierten nur die Meinung einer kleinen Gruppe in der ČSSR repräsentiere. Neben den USA intervenierten auch Kanada, Frankreich und Paraguay zu Gunsten des Standpunktes der ČSSR, und die Sitzung wurde auf den nächsten Tag vertagt.²³²

Des Weiteren erscheint bedeutend zu erwähnen, dass Malik häufig und ausführlich auf *imperialistische Aggressionen* verwies. Besonders griff er die Politik der USA in Vietnam, im Nahen Osten und in vielen weiteren Orten der Welt an. Im Bezug auf die Intervention in der ČSSR betonte er, neben der Rechtfertigung der Intervention durch das Ersuchen tschechoslowakischer Partei- und Staatsführer, die Gefahr, die der ČSSR von außen gedroht habe. Hierzu ging er, wie auch die bereits

²³⁰ Berufsgeneralkonsulat (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124431, Karton 1354.

²³¹ Berufsgeneralkonsulat (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124431, Karton 1354.

²³² Berufsgeneralkonsulat (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124431, Karton 1354.

erörterte sowjetische Presse, auf die *westdeutsche Gefahr* durch die BRD ein. Er führte aus, dass *neonazistische Gruppen* die Nachkriegsgrenzen und die DDR nicht anerkennen, gegen diese revanchistische Bestrebungen hegen und zudem mit aller Macht danach trachten, Atomwaffen zu erreichen. Die imperialistische Bedrohung gegenüber der ČSSR versuchte er, wie auch Žukov in der Pravda, durch Zitate aus westlichen Zeitungen zu belegen.²³³ Bereits hieraus geht hervor, dass die Rechtfertigung der Intervention vor dem Sicherheitsrat gegenüber den Vertretern, die nicht dem sozialistischen Lager angehören, auf exakt die selbe Art und Weise sowie auch mit der selben Rhetorik wie im Inland durch die Medien erfolgte.

Die Debatte im Sicherheitsrat ging in den Folgetagen weiter, ein Auftritt des tschechoslowakischen Außenministers Hájek vor dem Sicherheitsrat wurde angekündigt und es wurden von tschechoslowakischer Seite Angaben über die Lage in der ČSSR gemacht, sowie die Forderung nach der Freilassung der internierten politischen Führer bekräftigt.²³⁴ Folgende Aussagen scheinen erwähnenswert: *„der tschechoslowakische geschäftstraeger erklarte, dass es den anschein habe, dass [es] den besatzungstruppen bisher noch nicht gelungen ist dem tschechoslowakischen volk repraesentanten aufzuoktruieren [sic!], recte: aufzuoktroyieren, M.G.] die es nicht gewaehlt hat [auch die gegenwärtigen Vertreter der ČSSR waren nicht vom Volk gewählt, M.G.]. (...) muzik erklarte, dass die besetzung der cssr eine illegale sei, dass nur die vom tschechoslowakischen volk gewaehlten vertreter als echte vertreter angesehen werden können. alle akte der involvierten warschauer-pakt-staaten seien illegal und es werde die restitution der souveraenitaet verlangt.“*²³⁵ Nach dieser Erklärung verließ die tschechoslowakische Delegation den Saal.²³⁶

In der Folge versuchten die anwesenden Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten, das waren die Sowjetunion als ständiges Mitglied, Ungarn als nichtständiges Mitglied der Jahre 1968/69 sowie die Repräsentanten von Polen und Bulgarien, die zur

²³³ Vgl. hierzu die zahlreichen und ausführlichen Wortmeldungen des sowjetischen Repräsentanten bei den VN Malik (S. 2-10, 13-16, 31-52, 101-135) in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-First Meeting, Held at Headquarters. New York, Wednesday, 21 August 1968, at 5.30 p.m. (= Dokument Nr. S/PV.1441) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

²³⁴ Berufsgeneralkonsulat (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131852, Karton 1354.

²³⁵ Berufsgeneralkonsulat (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131852, Karton 1354.

²³⁶ Berufsgeneralkonsulat (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131852, Karton 1354.

Teilnahme an der Sitzung ohne Stimmrecht zugelassen worden waren, in der Abendsitzung des 22. August eine Abstimmung über den von Brasilien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Paraguay und den USA eingebrachten Resolutionsvorschlag, den mittlerweile der Senegal mittrug, zu verhindern. Die Debatte zog sich bis tief in die Nacht, die Abstimmung über die Resolution, vor der Malik noch einmal insistierte, dass diese nur dazu diene, die Tschechoslowakei aus dem sozialistischen Lager herauszureißen, endete mit einer Mehrheit von zehn Stimmen (jene der acht obenstehenden Träger der Resolution, sowie jener von Äthiopien und der Republik China [=Nationalchina, heute Taiwan, M.G.]) für die Resolution, die Sowjetunion und Ungarn stimmten dagegen und es gab drei Enthaltungen (Algerien, Indien, Pakistan). Die Resolution wurde aufgrund des Vetos der Sowjetunion, welches ihr als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates zustand, abgelehnt.²³⁷

Am 24. August trat dann Außenminister Hájek selbst vor dem Sicherheitsrat auf. In seiner Ansprache bekräftigte er die bisher vorgetragene Position der ČSSR, verteidigte die Politik der letzten Monate und trat für einen sofortigen Abzug der Truppen ein. Er betonte, dass die KPČ unter Dubček eine größere Autorität habe als je zuvor und die einzige Gefahr für den Sozialismus in der ČSSR von den fünf Interventionsmächten ausgehe, vor allem indem sie die rechtmäßige Regierung an der Ausführung ihrer Tätigkeit hindern. Dennoch stehe die ČSSR weiterhin fest zum sozialistischen Lager und hoffe, dass bald eingesehen werde, dass die Intervention ein Fehler war. Besonders hob er die Reaktionen von Rumänien und Jugoslawien (siehe 5. b) hervor und bezeichnete diese als wahren Internationalismus. Seine Berechtigung, die Intervention vor diesem Gremium anzuprangern, leitete er aus der Position der ČSSR her, die jegliche Form von Imperialismus, Kolonialismus und Aggression in Vietnam, im Nahen Osten und in der Karibik ablehnt, weshalb es ihm zustehe, die nun entstandene Situation in der ČSSR anzuklagen. Dennoch trat er deutlich für eine Verhandlungslösung mit den konstitutionellen Autoritäten der ČSSR ein.²³⁸

²³⁷ Gut die Hälfte der Sitzung machten auf Verzögerung bedachte Wortmeldungen aus (vgl. insbesondere S. 67-147), zur Abstimmung siehe S.147-167, in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Third Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 9 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1443) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

²³⁸ Vgl. hierzu die deutsche Übersetzung der Rede Hájeks vor dem Sicherheitsrat der VN in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S.113-120; vgl. ebenfalls den Originalwortlaut von Hájeks Rede (ab S. 92),

Aus der Befassung des Sicherheitsrats mit der Intervention in der ČSSR geht die grund gegensätzliche Sicht der sowjetischen und der tschechoslowakischen politischen Führung betreffend die Legitimität der erfolgten Intervention sowie die unterschiedlichen Reaktionen auf diese hervor. Während die tschechoslowakische Seite vehement gegen die Intervention protestierte, hielt der sowjetische Vertreter sogar die Debatte darüber für unzulässig. Die Debatten bis inklusive jener mit dem Auftritt Hájeks zeigen eindeutig, dass sogar die Scheinlegitimation der Intervention vollends gescheitert war und die Sowjetunion keinerlei Einfluss auf die nicht in der ČSSR greifbaren Vertreter des Landes hatte. Es blieb dem sowjetischen Vertreter nichts anderes übrig als die Position von Mužík und Hájek vor dem Sicherheitsrat als Minderheitenposition in der ČSSR abzutun. Die Sowjetunion versuchte mit Hilfe der Vertreter ihrer Satellitenstaaten des Warschauer Paktes, nachdem sie eine Debatte über die Intervention in der ČSSR vor dem Sicherheitsrat nicht verhindern konnte, zumindest eine Abstimmung über eine Resolution zu verhindern, einer Resolution, die dann ohnehin wie erwartet durch das sowjetische Veto verhindert wurde. Der Versuch, die Abstimmung hinauszuzögern dürfte mit ziemlicher Sicherheit den Grund gehabt haben Zeit zu gewinnen, in der die Interventionsmächte noch eine Scheinlegitimation der Intervention zu erreichen hofften, nach der eine Diskussion vor dem Sicherheitsrat auch seitens der ČSSR offiziell als grundlos angesehen worden wäre.

Nach der Vertagung des Sicherheitsrates nach Hájeks Auftritt auf den 26. August,²³⁹ wurde diese ohne weitere Debattenbeiträge auf tschechoslowakischen Wunsch erneut ohne Festsetzung eines weiteren Termins vertagt, da man keine weiteren Debatten vor dem Abschluss der Moskauer Verhandlungen wünschte.²⁴⁰ Mužík erklärte dies damit, dass man die Ergebnisse aus Moskau abwarten wolle.²⁴¹ Nach Abschluss der Moskauer Verhandlungen hatte die tschechoslowakische Führung Hájek auf Befehl der Sowjetführung anzuweisen, dafür zu sorgen, dass die Tschechoslowakei als Thema von der Tagesordnung des Sicherheitsrates gestrichen

in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Fourth Meeting, Held at Headquarters. New York, Saturday, 24 August 1968, at 11.30 a.m. (=Dokument Nr. S/PV.1445) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

²³⁹ Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, 25. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124653, Karton 1355.

²⁴⁰ Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, 27. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124719, Karton 1355.

²⁴¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 27. August 1968, S. 1: „Sicherheitsrat vertagt sich“.

werde.²⁴² Dieses Bestreben wurde in weiterer Folge auch aktiv verfolgt. Beispielsweise im Oktober betonte der geschäftsführende Außenminister der Tschechoslowakei Václav Pleskot bei den VN, dass durch die Moskauer Verhandlungen eine Lösung gefunden wurde und forderte deshalb eine Streichung.²⁴³

In den weiteren Tagen direkt nach der Intervention zeigte sich in sowjetischen Reaktionen, wie bereits in der Debatte im Sicherheitsrat angeklungen, eine gewisse Schockiertheit über die Weltreaktionen auf die Intervention (in den folgenden Abschnitten 5.b) bis 5.i) ausgeführt), die jedoch propagandistisch ausgeschlachtet wurde.

Gegenüber der tschechoslowakischen Führung betonte Brežnev im Zuge der Moskauer Verhandlungen aber, dass ihnen diese Reaktionen nicht helfen werden. Die USA würden nicht einschreiten, Ceaușescu und Tito mögen ihre Reden halten und der kommunistischen Bewegung in Westeuropa sprach er gar jegliche Bedeutung innerhalb der letzten 50 Jahre ab. Krieg würde jedenfalls keiner für sie führen.²⁴⁴

Die *„sowjetische fuehrung ist offenkundig ueber [die] scharfe weltreaktion auf [den] einmarsch in die tschechoslowakei beunruhigt, insbesondere traf sie die scharfe reaktion einzelner kommunistischer laender und kommunistischer parteien westeuropas unerwartet.“*²⁴⁵ Eine TASS-Erklärung vom 24. August²⁴⁶ sprach davon, dass den antisozialistischen Kräften, die ihre konterrevolutionären Pläne früher als geplant aufdecken mussten, nun die imperialistischen Kreise zur Hilfe eilen, die in den VN eine politische Hysterie entfesseln. Der Umstand, dass sich die Führer Rumäniens und Jugoslawiens dem imperialistischen Chor anschlossen und den antisozialistischen Kräften aktive Hilfe leisteten, wurde als bemerkenswert bezeichnet. Es wurde von politischen Abenteurern gesprochen, die außerhalb der Grenzen der Tschechoslowakei in Belgrad und Bukarest ihre Intrigen spinnen. Neben der jugoslawischen Position wurde auch jene Pekings als mit jener der USA konform

²⁴² Vgl. Dubček, Leben, S. 314.

²⁴³ Botschafter Haymerle (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, 6. 10. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 127197, Karton 1355.

²⁴⁴ Vgl. Mlynář, Nachtfrost, S. 301.

²⁴⁵ Botschafter Wodak an BMAA, Moskau, 26. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124654, Karton 1354.

²⁴⁶ Zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 59-60.

und die jugoslawische Erklärung vor den Vereinten Nationen als voll und ganz den Standpunkt der NATO-Länder teilend gesehen.²⁴⁷

Die Pravda vom 25. August befasste sich in Person Žukovs mit der chinesischen Reaktion. Er berichtete von den Ausführungen Zhou Enlais in der rumänischen Botschaft in Peking anlässlich des rumänischen Nationalfeiertags am 23. August (siehe hierzu genauer 5.b). Dieser hätte die Sowjetunion und die anderen der ČSSR zur Hilfe eilenden Staaten ungeheuerlich beschimpft, der tschechoslowakischen Führung Vorhaltungen gemacht, dass sie das tschechoslowakische Volk aufgefordert hat kein Blut zu vergießen und davon gesprochen, dass auch Rumänien die Gefahr einer internationalen Intervention drohe. Die chinesischen Reaktionen wurden als Beweis gesehen, dass Mao Zedong um eine gemeinsame antisozialistische Front gegen die sozialistischen Länder bemüht ist.²⁴⁸

Die Reaktion der sowjetischen Bevölkerung auf die Intervention ist kaum zu erfassen. Durch den österreichischen Botschaftsrat Binder wurde, wie bereits oben erwähnt, am 21. August angedeutet, dass die Rechtfertigung der Intervention gegenüber der Bevölkerung mit der in den Medien vorgebrachten Argumentation kein Problem sei und die Stimmung in Moskau absolut unverändert wäre.²⁴⁹ So urteilte auch die *Neue Zürcher Zeitung* am 25. August, dass in der Sowjetunion keine Bestürzung der Bevölkerung feststellbar sei.²⁵⁰ Die *New York Times* berichtete, dass sich die Bevölkerung der Sowjetunion auf dem freundlichen Empfang für Svoboda nach seiner Ankunft in Moskau am 23. August schlecht informiert gezeigt haben soll. Großteils wurde die Intervention mit der offiziellen Propaganda erklärt. Einige sollen Verärgerung über die Intervention geäußert haben.²⁵¹ *The Economist* berichtete, dass es zu einer kleinen Demonstration auf dem Roten Platz gekommen sein soll, im Zuge derer sechs Personen verhaftet wurden.²⁵²

Zusammenfassend muss man die sowjetischen Reaktionen in den Tagen nach der Intervention als großteils um deren Legitimation durch den Verweis auf das Ersuchen um diese durch tschechoslowakische Führungspersonlichkeiten sowie die imperialistische Gefahr, insbesondere durch die BRD, bemüht sehen. Die innere

²⁴⁷ Botschafter Wodak an BMAA, Moskau, 26. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124654, Karton 1354. Auszug aus der TASS-Erklärung in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 59-60.

²⁴⁸ Botschafter Wodak an BMAA, Moskau, 26. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124654, Karton 1354.

²⁴⁹ Botschaftsrat Binder an BMAA, Moskau, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131838, Karton 1354.

²⁵⁰ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 25. August 1968, S. 3: „Maskenhaftes russisches Publikum“.

²⁵¹ Vgl. The New York Times, 24. August 1968, S. 15: „Crowds in Moscow Found Ill-Informed On Czech Events“.

²⁵² Vgl. The Economist, 31. August 1968, S. 26-34: „After Czechoslovakia“, hier S. 29.

Legitimation durch die Medien war ein verhältnismäßig einfaches Unterfangen, wenn auch das Ausmaß des erzielten Erfolgs hier nicht endgültig beurteilt werden kann. Der Versuch, die Intervention vor der Weltöffentlichkeit mit den selben Argumenten, ohne zumindest eine Scheinlegitimation in der Tasche zu haben, zu legitimieren, wurde zur Unmöglichkeit, wie der erste Einblick in die Debatten des Sicherheitsrats zeigt. Weitere Einblicke in diese sowie die im Weiteren folgende Darstellung der internationalen Reaktionen werden diese Aussage bekräftigen. Die scheinbar unerwartet harte Weltreaktion, auch kommunistischer Länder, wie in den folgenden Abschnitten 5.b) bis 5.i) ausgeführt, wurde zum Anstoß für Kritik an den jeweiligen Ländern genommen und propagandistisch ausgeschlachtet. Besonders hart wurden die kommunistischen Staaten kritisiert. Die Zurückweisung der harten Kritik der Weltöffentlichkeit erfolgte stur im antiimperialistischen Jargon.

Bulgarien

In der Ära Živkov kann Bulgarien als der treueste Vasall der Sowjetunion bezeichnet werden. Živkov hatte der sowjetischen Führung seine Machtposition zu verdanken und zahlte dies, wie von dieser angenommen, durch seine absolute Bündnistreue zurück. Im Gegenzug genoss Bulgarien den Schutz der Supermacht, was angesichts der exponierten geographischen Lage für dieses ebenfalls von Bedeutung war. In wirtschaftlicher Hinsicht erfolgte eine strenge Anlehnung an den RGW und die Sowjetunion, die Weltwirtschaft wurde aus mangelnder Konkurrenzfähigkeit auch in Phasen der Entspannung zwischen Ost und West gemieden.²⁵³ Bulgarien beteiligte sich vor allem in den Monaten vor der Intervention mit massiver Kritik nach sowjetischem Vorbild an den Vorgängen in der ČSSR.²⁵⁴ Die Beteiligung an der Invasion war marginal, sollte jedoch die absolute Blocksolidarität des Landes mit einem sehr konservativen sozialistischen System unter Beweis stellen, auch wenn es, nicht zuletzt aufgrund der geographischen Lage, nicht direkt die selben Ängste wie andere Interventionsmächte hegen konnte.²⁵⁵

Zu einer ähnlichen Bewertung kommt der österreichische Botschaftsrat Blechner: *„Die Beteiligung Bulgariens an der Invasion soll vor allem die absolute Loyalität des Landes und seiner Führung gegenüber der Sowjetunion unterstreichen, sie*

²⁵³ Vgl. Härtel, Hans-Joachim/Schönfeld, Roland: Bulgarien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg 1998, S. 246-249.

²⁵⁴ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 695-698.

²⁵⁵ Vgl. ebd., S. 745.

*entspricht aber auch den engen Verbindungen, die zwischen der Roten Armee und den bulgarischen Militärs bestehen.*²⁵⁶ Von Seiten der Armee wurde seit Beginn der Krise eine besonders harte Tonart angeschlagen, und auch in der Verteidigung der Intervention tat sie sich hervor.²⁵⁷

*„Die Darstellung der Vorgänge in der Tschechoslowakei, die in der bulgarischen Presse und im Rundfunk geboten wurde, ähnelt aufs Haar jener in der Sowjetunion; auch soweit sie nicht auf TASS- oder Prawda-Meldungen beruhte, folgte sie der vorgezeichneten Linie.“*²⁵⁸

Des Weiteren fehlte es nicht an Betriebsversammlungen und öffentlichen Kundgebungen, die den eingeschlagenen Kurs guthießen. Was die Bevölkerung wirklich dachte, steht laut dem österreichischen Botschaftsrat auf einem anderen Blatt.²⁵⁹ Aus der Presse war es jedenfalls nicht möglich eine andere Ansicht zu gewinnen als jene, dass es in der Tschechoslowakei nur Konterrevolutionäre gebe.²⁶⁰ Zur Interventionsbegründung wurden, wie auch von den anderen Interventionsmächten, exakt die sowjetischen Argumente übernommen. Tschechoslowakische Politiker wurden durch die Presse besonders hart attackiert. Das Verhalten Rumäniens und Jugoslawiens wurde in den Medien und auch durch Živkov in einer Rede am 25. August angeprangert.²⁶¹ Die Beziehungen zu den Nachbarländern Jugoslawien und Rumänien haben, wie der österreichische Botschaftsrat Blechner folgerichtig annimmt, aufgrund der differenten Haltung zur Intervention eine Verschlechterung erfahren. Im Zeitraum der Intervention sind Artikel in einer noch nie da gewesenen Tonart gegen Jugoslawien gerichtet, die Frage einer mazedonischen Nation²⁶² betreffend, veröffentlicht worden. Dennoch wurde der Wunsch nach guten Beziehungen zu Jugoslawien betont, die jedoch auch vom guten Willen des Nachbarn abhängen. Die Glückwunschsbotschaften anlässlich des

²⁵⁶ Botschaftsrat Blechner an BM Waldheim, Sofia, [o.D., verfasst am 27. 8. 1968, eingelangt in Wien am 30. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124966, Karton 1354

²⁵⁷ Botschaftsrat Blechner an BM Waldheim, Sofia, [o.D., verfasst am 27. 8. 1968, eingelangt in Wien am 30. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124966, Karton 1354.

²⁵⁸ Botschaftsrat Blechner an BM Waldheim, Sofia, [o.D., verfasst am 27. 8. 1968, eingelangt in Wien am 30. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124966, Karton 1354.

²⁵⁹ Botschaftsrat Blechner an BM Waldheim, Sofia, [o.D., verfasst am 27. 8. 1968, eingelangt in Wien am 30. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124966, Karton 1354.

²⁶⁰ Vgl. Die Presse, 28. August 1968, S. 3: „Auch Rumänien hat seinen Helden“.

²⁶¹ Vgl. Lindner, Robert: Bulgarien – betont orthodox. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 774-775.

²⁶² Bulgarien weigerte sich, Mazedonien als eigenständige Volksrepublik in der SFR Jugoslawien anzuerkennen, und beharrte auf der These des bulgarischen Charakters Mazedoniens und seiner Bevölkerung (Siehe z. B.: Stanković, Slobodan: Die Konsequenzen für Belgrad. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 780.)

rumänischen Nationalfeiertags [am 23. August, M.G.] wurden dennoch traditionell freundlich gehalten.²⁶³

Erste außenpolitische Konsequenzen für Bulgarien waren die Besuchsabsage des britischen Außenministers Michael Stewart in Bulgarien sowie die Absage der bereits vereinbarten Gegenbesuche Živkovs in Norwegen und Dänemark durch die beiden Länder.²⁶⁴

In der Sicherheitsratssitzung der Vereinten Nationen vom 22. August 1968 vertrat der bulgarische Repräsentant Milko Tarabanov, der ohne Stimmrecht zur Teilnahme an der Sitzung zugelassen worden war, ganz die bulgarische Position und erwies sich als treuer Gehilfe bei dem sowjetischen Ansinnen, eine Abstimmung über eine Resolution im Sicherheitsrat zu verzögern. Dieses Bestreben manifestierte sich darin, dass er zunächst ersuchte erst am Folgetag vor dem Sicherheitsrat sprechen zu können, jedoch bevor es zu einer Abstimmung über die Resolution kommen würde. Nachdem dieses Vorhaben lang und breit diskutiert wurde, jedoch nicht durchgesetzt werden konnte, gab er dann noch ein äußerst langes Statement²⁶⁵ zur bulgarischen Position, in dem er auch auf die bulgarischen Erfahrungen mit Interventionen von imperialistischen Ländern verwies. Um seine Treue zur sowjetischen Linie zu veranschaulichen seien folgende Ausschnitte zitiert:

„If we are present in Czechoslovakia it is in order only to assist the people of that socialist country to overcome the obstacles that have been placed in their way through foreign intervention and by the internal counterrevolution, the latter supported by reactionary counterrevolutionary forces from outside the country.“

Er wies die im Sicherheitsrat vorgetragenen Anschuldigungen von Ländern, die selbst eine imperialistische Politik betreiben, aufs schärfste zurück und betonte: *„Bulgaria would never interfere in the domestic affairs of the Socialist Republic of Czechoslovakia.“*²⁶⁶

²⁶³ Botschaftsrat Blechner an BM Waldheim, Sofia, [o.D., verfasst am 27. 8. 1968, eingelangt in Wien am 30. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124966, Karton 1354.

²⁶⁴ Botschaftsrat Blechner an BM Waldheim, Sofia, [o.D., verfasst am 27. 8. 1968, eingelangt in Wien am 30. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124966, Karton 1354.

²⁶⁵ Tarabanovs Statement soll 50 Minuten gedauert haben. (Vgl. The New York Times, 23. August 1968, S. 1, 20: “Security Council Balked In Condemnation Effort”.)

²⁶⁶ Vgl. insbesondere das Statement von Tarabanov (S. 128-147, wörtliche Zitate S. 129-131), in: Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Third Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 9 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1443) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

Die bulgarische Haltung in den Tagen nach der Intervention erfolgte demnach streng nach sowjetischem Vorbild, sowohl in der Begründung der Intervention als auch in der Kritik an dem Verhalten Rumäniens und Jugoslawiens, wobei bei Letzterem die eigenen Differenzen die Frage einer mazedonischen Nation betreffend mit diesem vor der Bühne der Intervention ausgetragen wurden. Die Teilnahme des bulgarischen Repräsentanten an den Sitzungen des Sicherheitsrates der VN ist als ein weiteres Beispiel für die besonders hohe Solidarität Bulgariens zur Sowjetunion zu sehen, auch wenn die gemeinsam verfolgten Ziele nicht erreicht werden konnten.

Lediglich in der Frage der politischen Lösung ging Živkov nicht mit Brežnev konform, er lehnte Verhandlungen mit Dubček ab, forderte eine Revolutionsregierung und schlug vor, die tschechoslowakische Armee gegen die protestierende Bevölkerung einzusetzen, eine Taktik die Brežnev ablehnte.²⁶⁷

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Bereits für die Jahre 1963 bis 1967 kann man von einer ernsthaften Krise in den Parteibeziehungen zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der KPČ sprechen. Ursachen für diese waren die Kritik der SED an ideologisch-kulturellen Defiziten in der ČSSR sowie Differenzen über die Kontakte zur Bundesrepublik und der unterschiedlichen Bewertung dieser. In dieser Zeit liegen die Wurzeln für den im „Prager Frühling“ offen ausbrechenden Konflikt.²⁶⁸ Während die DDR auf den Führungswechsel in der ČSSR anfangs offiziell zurückhaltend reagierte, war innerhalb der SED bereits von Beginn an Misstrauen gegen die neue Führung vorhanden.²⁶⁹ Nicht umsonst meinte Ulbricht nach dem Treffen der späteren Interventionsmächte am 8. Mai in Moskau, dass er wie Brežnev der Meinung sei die derzeitige Situation hätte sich bereits in den letzten zehn Jahren, vor allem wegen der intensiven Verbindungen von Künstlern, Wissenschaftlern und Journalisten in den Westen, abgezeichnet.²⁷⁰ Die DDR steigerte ihre Angriffe auf die Entwicklungen und die politische Führung der ČSSR mit Fortdauer des Jahres 1968 stetig und wurde zum schärfsten Kritiker neben der Sowjetunion. Propagandistisch wurde das

²⁶⁷ Vgl. Williams, Prague spring, S. 139.

²⁶⁸ Vgl. Schwarz, Wolfgang: Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961-1968, München 2004, S. 322. (ab hier: Schwarz, Brüderlich entzweit)

²⁶⁹ Vgl. Ivaničková, Edita: Die Krise der Beziehungen der ČSSR zur DDR im Zusammenhang mit der Intervention von 1968. in: Lemberg, Hans/Křen, Jan/Kováč, Dušan (Hgg.): Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948-1989, Essen 1998, S. 156. (ab hier: Ivaničková, Die Krise der Beziehungen der ČSSR zur DDR)

²⁷⁰ Vgl. Schwarz, Brüderlich entzweit, S. 300-301.

Verhältnis der ČSSR zum Westen, insbesondere zur BRD, kritisiert, und die Angst vor dem *westdeutschem Revanchismus, Militarismus und Neonazismus* als Gründe dafür angeführt. Die inneren Entwicklungen in der ČSSR wurden permanent als konterrevolutionär angegriffen.²⁷¹ Die Polemiken gegen die ČSSR wurden im Parteimedien *Neues Deutschland*, wie auch im sowjetischen Gegenstück, der *Pravda*, am 1. August in Erwartung des Bratislava-Treffens eingestellt. Die Erwartungen an die ČSSR-Führung erfüllten sich in der Folgezeit jedoch nicht.²⁷² Am Abend der Intervention, dem 20. August, wurde bereits unter Berufung auf die Bratislava-Vereinbarungen in *Neues Deutschland* von neuen Varianten des Eingreifens gesprochen.²⁷³ Die DDR hatte gegenüber der Tschechoslowakei, neben der Sowjetunion, die feindlichste Position eingenommen.²⁷⁴ Die scharfe Position war jedoch auf die spezifischen Ängste der DDR zurückzuführen, die ihre Thesen über den Revisionismus und den Weg in die Konterrevolution jedoch aus selektiv gewählten Quellen, unter anderem von tschechoslowakischen *gesunden Kräften* oder den tschechoslowakischen Medien, bildete, wodurch sie mit Fortschreiten des Jahres immer mehr einer wirklichen Grundlage entbehrten.²⁷⁵

Im Nationalen Verteidigungsrat wurde bereits am 29. Juli unter der Leitung von Ulbricht die Einbindung der NVA in eine mögliche Intervention vorbereitet. Am 30. Juli signalisierte das SED-Politbüro endgültig sein Einverständnis mit militärischen Maßnahmen.²⁷⁶ Die NVA war militärisch und politisch vorbereitet und hätte jeden sowjetischen Befehl erfüllt. Die Intervention wurde aktiv unterstützt, auch wenn keine Gefechtstruppen der NVA in die ČSSR einmarschierten und es nur einzelne völkerrechtswidrige Grenzübertritte gab. Das Ausmaß der Beteiligung der NVA an der Intervention ist aber unerheblich, die DDR war von Anfang an mit schuld an der Unterdrückung der Reformbewegung und trug auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Invasion eine politische und militärische Mitverantwortung. Die Haltung der DDR und ihre Aktivitäten waren eindeutig gegen die Souveränität der ČSSR gerichtet und somit das Völkerrecht verletzend.²⁷⁷

Neues Deutschland brachte am 21. August auf der Titelseite groß die bereits erwähnte TASS-Meldung sowie einen Brief an die Bevölkerung der DDR, der das

²⁷¹ Vgl. Skilling, *Czechoslovakia's*, S. 675-681.

²⁷² Vgl. Schwarz, *Brüderlich entzweit*, S. 314.

²⁷³ Vgl. Skilling, *Czechoslovakia's*, S. 681.

²⁷⁴ Vgl. ebd., S. 740-741.

²⁷⁵ Vgl. Ivaničková, *Die Krise der Beziehungen der ČSSR zur DDR*, S. 160-162.

²⁷⁶ Vgl. Schwarz, *Brüderlich entzweit*, S. 311-312.

²⁷⁷ Vgl. ebd., S. 315-316.

Eingreifen erklärte und mit konterrevolutionären politischen Tätigkeiten in der ČSSR, inspiriert vom *westdeutschen Imperialismus*, rechtfertigte.²⁷⁸ Die Folgetage der Intervention waren in *Neues Deutschland* geprägt von der Wiedergabe einiger TASS-Meldungen sowie der Übernahme von *Pravda*-Meldungen zur Intervention und zur Lage in der ČSSR. Die Thematisierung der *westdeutschen Gefahr* war konstant,²⁷⁹ am 23. August wurde sogar ein angeblicher westdeutscher Blitzkriegsplan sowie ein Naziaufmarschplan abgedruckt.²⁸⁰ Am 24. August wurde der auswärtsgeleiteten Gefahr für die ČSSR eine ganze Seite gewidmet.²⁸¹ Kritik an der chinesischen Reaktion wurde am 26. August in Verwendung eines, bereits erwähnten, *Pravda*-Artikels bekundet.²⁸² Die Kritik besonders an der BRD blieb im Monat nach der Intervention, sowie das Thema ČSSR allgemein, ein äußerst intensiv behandeltes Thema in *Neues Deutschland*.²⁸³

Die Reformen in der Tschechoslowakei sollen bei der Bevölkerung der DDR für ein gewisses Maß an Hoffnung gesorgt haben.²⁸⁴ Nach dem Einmarsch drückten SED-Mitglieder ihre Befriedigung über diesen aus, die übrige Bevölkerung reagierte unterschiedlich. Teilweise befürwortete sie die Intervention aus ideologischer Überzeugung, Informationsmangel oder opportunistischen Motiven. Teilweise reagierte sie bestürzt, Ängste vor einem Krieg sollen zutage getreten sein. Auch Gleichgültigkeit und Desinteresse waren zu finden. Bereits am 21. August tauchten Flugzettel auf, die den Einmarsch ablehnten. Propagandistisch wurde versucht, eine weitreichende Unterstützung für die Intervention durch die Bevölkerung zu suggerieren. Solidaritätsbekundungen wurden organisiert. Viele Bürger tolerierten letztendlich die Maßnahme als „friedenssichernd“, dazu hat die manipulierte Meinungsbildung der Bevölkerung beigetragen. Viele DDR-Bürger, besonders jene, die Westfernsehen empfangen konnten, sowie die ältere Bevölkerung, erkannten bald die wahren Begebenheiten und scheuten sich nicht, Analogien mit dem Einmarsch Hitlers in der Tschechoslowakei 1938/39 herzustellen. Aktive Widerstandshandlungen blieben selten, die Zahl der Proteste in den Folgewochen der Intervention war aber ungewöhnlich hoch. Der Protest reichte von Flugzetteln über Schmierereien bis hin zu seltenen öffentlichen Protesten. Einzig die Kirche

²⁷⁸ Neues Deutschland, 21. August 1968, S. 1.

²⁷⁹ Neues Deutschland, 22.-23. August 1968.

²⁸⁰ Neues Deutschland, 23. August 1968, S. 6.

²⁸¹ Neues Deutschland, 24. August 1968, S. 5 (mehrere Artikel).

²⁸² Neues Deutschland, 26. August 1968, S. 4: „Ungebetene Schulmeister“.

²⁸³ Siehe: Neues Deutschland, 25. August bis 30. September 1968 (sämtliche Ausgaben).

²⁸⁴ Vgl. Die Presse, 24./25. August 1968, S. 3: „Der Schock sitzt tief“.

missbilligte die Intervention öffentlich. Oppositionelle Haltung gegen den Einmarsch in der ČSSR stand unter Strafandrohung und wurde in nichtöffentlichen Strafverfahren landesweit verfolgt.²⁸⁵ Von kritischen Stimmen in der DDR-Bevölkerung wurde auch im Westen berichtet, die Angst vor Repressionen im Falle öffentlicher Kritik wurde in den internationalen Medien folgerichtig angenommen.²⁸⁶ Zudem wurde von einem Autor der *Neuen Zürcher Zeitung* in Berufung auf seine Erlebnisse in der ČSSR attestiert, dass die jüngere Bevölkerung keine Vorstellung über die Reaktion des Westens anlässlich der Annahme, dass deutsche Soldaten in die ČSSR einmarschiert wären, hatte. Die offizielle Information über die Ereignisse in der ČSSR war, wie bereits aufgezeigt, so gehalten, dass sich die Bevölkerung keinerlei Bild über die Vorgänge in der ČSSR machen konnte.²⁸⁷

Die Krise zwischen der DDR und der ČSSR war mit der Intervention auf einem Höhepunkt angekommen und dauerte mindestens bis zwei Jahre danach an, was sich auch in der schärfsten Kritik an den Entwicklungen in der ČSSR während der beginnenden „Normalisierung“ zeigte.²⁸⁸ Exemplarisch hierfür kann die anhaltende Kritik der DDR-Presse auch nach den Moskauer Verhandlungen gegenüber den Verhältnissen in der ČSSR vor allem in Bezug auf das Fernsehen gesehen werden.²⁸⁹ Nach den Reaktionen der tschechoslowakischen Bevölkerung auf den Tod Jan Palachs²⁹⁰ und die Eishockeyduelle zwischen der ČSSR und der UdSSR lebte sie Anfang 1969 wieder verstärkt auf.²⁹¹

Auch die DDR erfüllte indirekt ihre Aufgabe, das Fortschreiten der Debatte im Sicherheitsrat zu verzögern, indem sie durch den sowjetischen Repräsentanten ein Ansuchen des Außenministers der DDR Otto Winzer bezüglich der Möglichkeit der Teilnahme eines Vertreters der DDR stellte. Dieser Verzögerungsversuch am 24. August dürfte das Ziel verfolgt haben, den Auftritt des tschechoslowakischen

²⁸⁵ Vgl. Wenzke, Die NVA und der Prager Frühling, S. 160-172.

²⁸⁶ Siehe z. B.: Süddeutsche Zeitung, 26. August 1968, S. 6: „Besuche in der CSSR-Botschaft“; Neue Zürcher Zeitung, 24. August 1968, S. 8: „Antisowjetische Flugblätter in Ostberlin“; Neue Zürcher Zeitung, 26. August 1968, S. 2: „Verbotene Kritik am Vorgehen gegen Prag“; Neue Zürcher Zeitung, 28. August 1968, S. 4: „Sympathiekundgebung für die CSSR in Ostberlin“; Vgl. Die Presse, 24./25. August 1968, S. 2: „Erste Proteste in Ostberlin“.

²⁸⁷ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 1. September 1968, S. 3: „Die DDR im Schatten des 21. August“.

²⁸⁸ Vgl. Ivaničková, Die Krise der Beziehungen der ČSSR zur DDR, S.164.

²⁸⁹ Generalkonsul Liedermann an BMAA, Berlin, 9. 9. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125579, Karton 1354.

²⁹⁰ Der 21-jährige Philosophiestudent Jan Palach hatte sich am 16. Jänner 1969 aus Protest gegen die aktuelle politische Situation, die „Normalisierung“ noch unter Dubček, selbst verbrannt und war drei Tage später an den Folgen gestorben. Zu der darauf folgenden friedlichen Trauerdemonstration am 25. Jänner kamen 500 000 Menschen. (vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 176; vgl. Williams, Prague spring, S. 188-189.)

²⁹¹ Vgl. Ivaničková, Die Krise der Beziehungen der ČSSR zur DDR, S.165.

Außenministers Hájek vor dem Sicherheitsrat hinauszuzögern. Durch die, aus dem sowjetischerseits überbrachten Ansuchen ausgelöste, langwierige Debatte gelang zwar eine Verzögerung von Hájeks Auftritt, verhindert werden konnte er, wie bereits dargestellt, jedoch nicht. Da die DDR, wie auch die BRD, 1968 noch nicht Mitglied der VN war, stellte sich die Mehrheit der vertretenen Länder gegen die Teilnahme eines DDR-Repräsentanten an der Sitzung. Sie rechtfertigten ihre Position damit, dass sie die DDR beziehungsweise ihre Autoritäten nicht anerkennen, der dänische Repräsentant fügte (treffend) hinzu, dass eine solche Teilnahme unkonstruktiv wäre.²⁹²

Die Haltung in der DDR, in den Tagen nach der Intervention, war stark an der sowjetischen Position orientiert, die Intervention wurde nach ihrem Vorbild legitimiert und mit bereits bekannten Argumenten begründet, wobei die *westdeutsche Gefahr* besonders betont wurde. Ulbricht lehnte als einzige Abweichung von der Position Brežnevs, wie auch Živkov, direkte Verhandlungen mit Dubček ab und forderte eine revolutionäre Regierung.²⁹³ In *Neues Deutschland* wurde die *westdeutsche imperialistische* Gefahr besonders hervorgehoben. Die heftige Propaganda gegen die BRD hielt auch über die erste Zeit nach der Intervention hinaus an. Auch die Kritik an den inneren Entwicklungen in der ČSSR blieb, wenn auch abgeschwächt während der beginnenden „Normalisierung“ bestehen. Die Bevölkerung war zumindest teilweise der Intervention gegenüber negativ eingestellt.

Polen

Während die politische Linie Polens, vertreten durch Gomułka, relativ früh kritisch gegen die Reformprozesse in der ČSSR eingestellt war, wurde Kritik zunächst nur intern geäußert. Die Bevölkerung stand teilweise, besonders die Studenten, den Entwicklungen in der ČSSR positiv gegenüber, was zu internen Problemen führte, und auch die politische Ablehnung der Reformen von polnischer Seite verstärkt haben dürfte. Die öffentliche Kritik in den Medien wuchs erst mit Näherkommen der Intervention stetig an.²⁹⁴ Gomułka hatte sich für die Intervention stark gemacht, um

²⁹² Die Debatte soll ungefähr drei Stunden gedauert haben; vgl. insbesondere die S. 2-92, in: Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Fourth Meeting, Held at Headquarters. New York, Saturday, 24 August 1968, at 11.30 a.m. (=Dokument Nr. S/PV.1445) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

²⁹³ Vgl. Williams, Prague spring, S. 139.

²⁹⁴ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 681-688.

seine Kritiker im Lande zum Schweigen zu bringen, was ihm auch kurzfristig gelang, er musste erst im Dezember 1970 vom Posten des Ersten Sekretärs zurücktreten.²⁹⁵

*„Die polnische Öffentlichkeit erfuhr von dem Einmarsch in die Tschechoslowakei, nachdem Radio Warschau um 5 Uhr morgens am 21. August seine Sendungen begonnen hatte. Es wurde eine Regierungserklärung verlesen, die inhaltlich mit den Erklärungen der anderen vier Interventionsmächte übereinstimmte. Gleichzeitig erschien die Verlautbarung in den Morgenzeitungen, denen sie schon am Abend zugestellt worden sein mußte.“*²⁹⁶

Die Regierungserklärung stützte sich demnach, wie auch aus dem Bericht des österreichischen Botschaftssekretärs Stolberg zu ersehen ist, auf die Bitte um brüderliche, auch militärische, Hilfe, um den Sozialismus in der ČSSR gegen die konterrevolutionären, feindlichen und revanchistischen Kräfte von innen und von außen zu beschützen.²⁹⁷

Harald Laeuen schreibt in der Zeitschrift *Osteuropa*: „Völlig überraschend war für die polnische Bevölkerung die Besetzung der Tschechoslowakei nicht“²⁹⁸ und begründet diese Aussage unter anderem mit der in einem Militärblatt von polnischen Soldaten beschriebenen Gefahr, die dem Land drohe, für den Fall, dass der Feind in die Familie der sozialistischen Länder einzubrechen versuchen würde.²⁹⁹ Dem entgegen steht die Meldung des österreichischen Botschaftssekretärs Stolberg, der am 22. August [er tut dies auch bereits am 21. August³⁰⁰, M.G.] die Intervention für die Polen selbst als Überraschung bezeichnete, deren Folgen für den Sozialismus unabschätzbar seien. Er attestierte seinen polnischen Gesprächspartnern eine besondere Betroffenheit darüber, dass 30 Jahre nach der deutschen Okkupation der Tschechoslowakei, diesmal wieder [wie fälschlicherweise angenommen wurde, M.G.] deutsche Soldaten und an ihrer Seite diesmal polnische Soldaten einmarschiert

²⁹⁵ Vgl. Wagner, Helmut: Das Ende der Ära Gomułka. Die polnische „Sechs-Tage-Woche“ im Dezember 1970, in: Lemberg, Hans (Hg.): Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost Ostmitteleuropa 1956-1970. Marburg/Lahn 1993, S. 122-124.

²⁹⁶ Laeuen, Harald: Polens Theorie der „Südflanke“. in: *Osteuropa* 1968 (18.Jg.), S.769.

²⁹⁷ Botschaftssekretär Stolberg an BMAA, Warschau, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131840, Karton 1354.

²⁹⁸ Laeuen, Harald: Polens Theorie der „Südflanke“. in: *Osteuropa* 1968 (18.Jg.), S. 769.

²⁹⁹ Vgl. ebd., S. 769.

³⁰⁰ Botschaftssekretär Stolberg an BMAA, Warschau, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131840, Karton 1354.

seien.³⁰¹ Auch polnische Diplomaten sollen sich im Ausland, vor allem wegen der Beteiligung deutscher Truppen, bestürzt über die Intervention gezeigt haben.³⁰²

Am Tag nach der Intervention hielten sich die polnischen Kommentare streng an die von Moskau vorgegebene Linie. Als die Hauptursachen für die Intervention wurden der rechte Flügel der Parteiführung, die Nichtdurchführung der Beschlüsse von Čierná nad Tisou und Bratislava sowie das Vorhandensein von antisowjetischer und antipolnischer Propaganda entgegen getroffener Abmachungen angegeben. Zudem wurde berichtet, dass ein Staatsstreich vorbereitet worden wäre, der der Konterrevolution den Weg geöffnet hätte, [womit vermutlich der befürchtete Ausgang des XIV. Parteitags gemeint war, M.G.]. Der Nutznießer der Entwicklungen wäre der erbitterteste Feind Polens, der *westdeutsche Revanchismus und Militarismus*, gewesen.³⁰³ Die Argumentationslinie, mit der die Intervention der eigenen Bevölkerung erklärt wurde, verlief sowohl durch die Medien als auch durch Gomułka in den Wochen nach der Intervention in sich verstärkender Art und Weise in Richtung einer *westdeutschen Bedrohung* für die Tschechoslowakei bis hin zu kriegesischen Absichten der BRD. Die Bevölkerung dürfte die Okkupation der Tschechoslowakei, wie bereits dargelegt, zumindest teilweise als Ungerechtigkeit aufgefasst haben.³⁰⁴ Die innenpolitischen Probleme Polens berücksichtigend kann man auch, Hoensch folgend, innerhalb der polnischen Politik unterschiedliche Haltungen ausmachen. Während sich Gomułka streng an die sowjetische Argumentationslinie der Begründung der Invasion hielt, da die sowjetische Führung seinen Verbleib in seinen Positionen gegen innenpolitische Widerstände absicherte, hielten sich seine Gegner stärker an die Argumentation mit der *westdeutschen Gefahr*. Auch Hoensch attestiert der Bevölkerung Bestürzung und sogar Enttäuschung über die polnische Beteiligung an der Intervention.³⁰⁵ Der *New York Times* folgend, die ebenfalls von einer ablehnenden Haltung der Bevölkerung sprach, sei erwähnt, dass es auch Stimmen gab, die ganz der Propagandalinie folgend vor der *westdeutschen Bedrohung* warnten und den Entwicklungen in der ČSSR skeptisch gegenüberstanden.³⁰⁶

³⁰¹ Botschaftssekretär Stolberg an BMAA, Warschau, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131841, Karton 1354.

³⁰² Vgl. The New York Times, 28. August 1968, S. 8: "Soviet Diplomacy Seems Damaged".

³⁰³ Botschaftssekretär Stolberg an BMAA, Warschau, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131841, Karton 1354.

³⁰⁴ Vgl. Laeuen, Harald: Polens Theorie der „Südflanke“, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S.769-772.

³⁰⁵ Vgl. Hoensch, Jörg K.: Gegen „Revisionismus“ und „Zionismus“. Gomułka, die „Partisanen“ und die Intellektuellen, 1964-1968, in: Lemberg, Hans (Hg.): Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost Ostmitteleuropa 1956-1970. Marburg/Lahn 1993, S. 90-91.

³⁰⁶ Vgl. The New York Times, 21. August 1968, S. 14: "Poles get News of the Invasion".

Einzig in der Frage der Niederschlagung der Proteste der tschechoslowakischen Bevölkerung wich Gomulka von Brežnevs Position ab und wollte, wie Živkov, eine Niederschlagung dieser durch die tschechoslowakische Armee. Verhandlungen mit Dubček lehnte er nicht direkt ab, freilich hätte er sich als Resultat dieser eine Verurteilung der Konterrevolution und somit eine Legitimation für die Intervention durch Dubček gewünscht.³⁰⁷ Bezüglich des Wunsches der Niederschlagung des zivilen Widerstandes durch die tschechoslowakische Armee könnte auch eine Überlegung Gomulkas mitgespielt haben, dass eine Niederschlagung unter Beteiligung der polnischen Verbände, wäre es zu einer solchen gekommen, für ihn mit einem äußerst unangenehmen innenpolitischen Echo verbunden gewesen sein hätte können.

Hierfür würde auch sprechen, dass die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* attestierte, dass die polnischen Zeitungen versuchten, die Bevölkerung auf die Eventualität einer Niederschlagung vorzubereiten.³⁰⁸

Im Sicherheitsrat der VN war am 22. August auch der polnische Repräsentant Leszek Kasprzyk, als Teilnehmer an der Debatte ohne Stimmrecht, zugegen, jedoch war dieser nicht in gleichem Ausmaß wie die sowjetischen und des bulgarischen Repräsentanten an der Verzögerungspolitik des sozialistischen Lagers beteiligt. In seinem Statement folgte er, der offiziellen polnischen Linie entsprechend, exakt der Position der Sowjetunion und verband dieses mit einem vehementen Angriff auf die NATO-Staaten. Die Diskussion bezeichnete er als reines Ablenkungsmanöver von deren eigener gescheiterter Weltpolitik, für die er als Beispiele den Vietnam, den Nahen Osten, Südrhodesien [das heutige Zimbabwe, M.G] und Namibia anführte.³⁰⁹

Als erste außenpolitische Konsequenz wurde die Rückkehr des britischen Botschafters, der zum Zeitpunkt der Intervention in England auf Urlaub war, nach Warschau zunächst bis Ende Oktober aufgeschoben. Dänemark, Schweden und

³⁰⁷ Vgl. Williams, Prague spring, S. 139.

³⁰⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. August 1968, S. 2: „Polnische Touristen „brutal behandelt““.

³⁰⁹ Vgl. hierzu die Wortmeldung von Kasprzyk (S. 26-30), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Third Meeting, Held at Headquarters, New York, Thursday, 22 August 1968, at 9 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1443) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

Norwegen sagten alle kulturellen und sportlichen Programme ab.³¹⁰ Frankreich sagte den für die zweite Oktoberhälfte geplanten Besuch Gomułkas in Paris ab.³¹¹

Nachdem der polnischen Führung Ablehnung und der Bevölkerung zumindest teilweise Sympathie für den „Prager Frühling“ attestiert werden kann, so kann auch die Einstellung zur Intervention auf der politischen Seite als der sowjetischen Linie folgend, in der Bevölkerung als doch eher überwiegend kritisch betrachtet werden. In der Begründung der Intervention spielt im Falle Polens auf alle Fälle neben der sowjetischen Argumentationslinie auch speziell das Argument der *westdeutschen Bedrohung* aus nationalen (historisch bedingten) Gründen besonders stark mit. Bei der Bevölkerung dürfte besonders die Annahme, dass polnische Soldaten gemeinsam mit deutschen in die ČSSR einmarschiert wären, für Abscheu gesorgt haben.

Ungarn

Ungarns differenzierte Haltung zu den Ereignissen des „Prager Frühlings“ und auf dem Weg zur Intervention in der ČSSR sind aus meinen Ausführungen unter 4.a) ansatzweise zu erkennen. So sträubte sich Kádár die längste Zeit, die Entwicklungen in der ČSSR als Konterrevolution zu brandmarken, und war auch bis zuletzt gegen ein militärisches Einschreiten. Hoensch attestiert Ungarn bedingt durch die eigenen Erfahrungen von 1956 eine besondere Anteilnahme am Schicksal der Tschechoslowakei.³¹² Der politischen Führung würde ich eine solche, trotz Zurückhaltung, weniger zuschreiben, von der Bevölkerung wäre eine solche eher zu erwarten.

Kádár hatte in Ungarn selbst ein gewisses Maß an echten Reformen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, zugelassen. Ihm war es jedoch gelungen, der sowjetischen Führung glaubhaft zu machen, dass Ungarn kein eigenes Modell des Sozialismus anstrebte, sondern seine Maßnahmen lediglich begrenzte praktische Lösungen für örtliche Schwierigkeiten darstellten.³¹³ Ungarn unter Kádárs Führung hatte zwar eine moderatere Haltung gegenüber den Entwicklungen der ČSSR, jedoch war die

³¹⁰ Botschafter Proksch an BMAA, Warschau, [o.D., verfasst am 29.8.1968, eingelangt in Wien am 4. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125267, Karton 1354.

³¹¹ Botschafter Proksch an BMAA, Warschau, [o.D., verfasst am 29. 8. 1968, eingelangt am 4. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125220, Karton 1354.

³¹² Vgl. Hoensch, Jörg K.: Geschichte Ungarns 1867-1983, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984, S. 227.

³¹³ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 482.

Solidarität gegenüber der Sowjetunion ein bedeutender Bestandteil der Politik Kádárs, wodurch eine Beteiligung an der Intervention selbstverständlich war.³¹⁴

Die Darstellungen der ungarischen Presse nach der Intervention erfolgten im Vergleich mit den anderen Interventionsmächten, wenn auch in geringem Ausmaß, differenzierter. Die Intervention wurde zwar voll und ganz gebilligt, und auch die Begründung dieser durch das Ersuchen tschechoslowakischer Persönlichkeiten der Partei und des Staates um Hilfe, zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften gegen antisozialistische und äußere imperialistische Kräfte, entsprach jener der anderen Interventionsmächte. In einzelnen Kommentaren ging man sogar so weit, die Intervention als Mittel zur Absicherung des Nachjanuarkurses in der ČSSR zu rechtfertigen. Über die Lage in der ČSSR wurden hauptsächlich TASS-Meldungen und Artikel der *Pravda* zitiert. Jedoch fanden bereits direkt nach der Intervention die kritischen Stellungnahmen anderer kommunistischer Länder und Parteien Eingang in die Presse, Angriffe auf die tschechoslowakische Führung unterblieben zunächst.³¹⁵ Dafür kritisierte das Zentralorgan der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), *Népszabadság*, besonders die Reaktion von US-Präsident Johnson, da dieser angesichts seines brutalen Kriegs im Vietnam kein Recht hätte, den Abzug der Truppen zu fordern.³¹⁶

In den Tagen nach der Intervention attestierte der österreichische Botschaftsrat Maschke am 23. August eine Unwilligkeit der ungarischen Politiker, die weder Auskunft über die Gründe für die Intervention geben wollten noch in der Lage waren, die Persönlichkeiten zu nennen, auf deren Wunsch interveniert wurde.³¹⁷ Das Fehlen einer öffentlichen Äußerung eines namhaften ungarischen Politikers wurde auch am 24. August durch Maschke kritisiert und er berichtete von einer ZK-Sitzung am 23. August zur gegenwärtigen Lage, über welche jedoch nur die Mitglieder der USAP entsprechend informiert werden sollten. Die Presse war weiterhin bezüglich der Lage in der ČSSR mit der sowjetischen gleichgeschaltet. Es wurde über die besonders scharfe Kritik auf die rumänische Reaktion auf die Intervention berichtet. Sie kritisierte diese ebenfalls, insbesondere die Aussagen Ceaușescus, da diese als jenen der *imperialistischen Führer* entsprechend und somit als Unverständnis erzeugend gesehen wurden. Die ungarische Grußbotschaft anlässlich des

³¹⁴ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 744-745.

³¹⁵ Vgl. Lindner, Robert: Ungarns differenziertere Haltung. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 772-774.

³¹⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24./25. August 1968, S. 9: „Rechtfertigungsversuche der Invasoren“.

³¹⁷ Botschaftsrat Maschke an BMAA, Budapest, 22. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131833, Karton 1354.

rumänischen Nationalfeiertags soll dementsprechend kühl ausgefallen sein.³¹⁸ Am 25. August enthielt sich die ungarische Presse im Gegensatz zur sowjetischen der Angriffe auf Rumänien und Jugoslawien. Die Artikel waren darauf abgestimmt, eine öffentliche Billigung der Intervention zu erreichen, da diese ein zweites Ungarn 1956 verhindert und das Gleichgewicht der Kräfte aufrechterhalten hätte.³¹⁹ In den folgenden Tagen erfolgten aber erneut Angriffe auf Rumänien und auch auf Jugoslawien, wobei die Kritik vor allem auf die im Vergleich zu den imperialistischen Staaten ähnliche Haltung zur Intervention hinauslief. Besonders harte Kritik erfolgte am Auftreten des chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai in der rumänischen Botschaft in Peking. Seine Ausführungen wurden als Aufforderung zum Blutvergießen in der ČSSR gesehen.³²⁰

Nach den Moskauer Verhandlungen wurde in den Kommentaren des 28. und 29. August Befriedigung darüber zum Ausdruck gebracht, dass eine politische Lösung gefunden wurde, für die Ungarn bis zuletzt eingetreten war.³²¹ Ende August stieg auch die Gesprächsbereitschaft ungarischer Politiker zum Thema der Intervention³²² und am 30. August nahm Ministerpräsident Lajos Fehér in Rundfunk und Fernsehen zu den Ereignissen in der ČSSR Stellung, wobei er die offiziellen Interventionsgründe wiederholte, jedoch erklärte, dass die Soldaten nur einmarschiert seien, um eine politische Lösung zu ermöglichen.³²³ Abschließend betonte er, *„dass die politischen und gesellschaftlichen Probleme der Tschechoslowakei nun mit politischen Mitteln gelöst werden müssten.“*³²⁴

Im Sicherheitsrat der VN kam Ungarn, als nichtständigem Mitglied der Jahre 1968/69, eine besondere Rolle bei der Unterstützung der Sowjetunion in den Debatten unmittelbar nach der Intervention zu. In der ersten die Intervention betreffenden Sitzung am 21. August griff der ungarische Repräsentant József Tardos beispielsweise den amerikanischen Repräsentanten George W. Ball an, nachdem dieser den Vergleich zu den Ereignissen in Ungarn 1956 gezogen und die derzeitige Regierung Ungarns als *„Regime“* bezeichnet hatte, und hielt ihm vor Augen, dass die

³¹⁸ Botschaftsrat Maschke an BMAA, Budapest, 24. 8. 1968, ÖStA, AdR, II POL, GZ 131834, Karton 1354.

³¹⁹ Botschaftsrat Maschke an BMAA, Budapest, 25. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124603, Karton 1354.

³²⁰ Botschafter Enderl an BMAA, Budapest, 27. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124741, Karton 1354.

³²¹ Botschafter Enderl an BMAA, Budapest, 29. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124978, Karton 1354.

³²² Botschafter Enderl an BMAA, Budapest, 30. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125014, Karton 1354.

³²³ Botschafter Enderl an BMAA, Budapest, [o.D., verfasst am 3.9.1968, eingelangt in Wien am 6. 9. 1968], AdR, II Pol, GZ 125379, Karton 1354.

³²⁴ Botschafter Enderl an BMAA, Budapest, [o.D., verfasst am 3.9.1968, eingelangt in Wien am 6. 9. 1968], AdR, II Pol, GZ 125379, Karton 1354.

USA mit Ungarn heute diplomatische Beziehungen unterhielten und der US-Botschafter Martin J. Hillenbrand derzeit in Ungarn zugegen sei. Selbst auf Ungarn 1956 Bezug nehmend erklärte Tardos dann, dass man aus den Ereignissen von 1956 gelernt habe, weshalb man durch die durch subversive Kräfte aus dem Westen beeinflussten Entwicklungen in der ČSSR beunruhigt gewesen sei.³²⁵ In der Vormittagssitzung des 22. August warnte Tardos, dass die Verabschiedung einer Resolution zu einer Verschlimmerung der Lage in der ČSSR beitragen könnte und merkte an, dass der Vertreter der ČSSR nicht zugegen sei, was darauf hindeuten könnte, dass dieser bereits andere Instruktionen habe.³²⁶ Die Hoffnung auf eine Scheinlegitimation dürfte demnach noch intakt gewesen sein. In der Abendsitzung des 22. August, in der es schlussendlich zur Abstimmung über den Resolutionsvorschlag betreffend die Intervention kam, stimmte Tardos, der Linie seines sowjetischen Kollegen Malik folgend, gegen die Resolution und beteiligte sich, wenn auch nicht so ausgiebig wie der sowjetische und der bulgarische Repräsentant, an dem Bestreben, eine Abstimmung hinauszuzögern. Er stellte sich damit deutlich auf die sowjetische Seite, die die Position vertrat, dass überhaupt keine Abstimmung stattfinden sollte.³²⁷

Ungarns moderatere Haltung gegenüber den Entwicklungen in der ČSSR, die sich im gesamten Verlauf der Zuspitzung des Konfliktes, der zur Intervention führte, zeigte, scheint sich auch bis zu einem gewissen Grad in den Reaktionen auf die Intervention fortzusetzen. Ein Indiz hierfür ist, dass kein namhafter ungarischer Politiker in den Tagen nach der Intervention zu einer Stellungnahme zu dieser bereit war. Die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen wurden besonders positiv aufgenommen, da aufgrund dieser eine politische Lösung anstatt einer radikal

³²⁵ Vgl. das Statement von Tardos (S. 96-100), in: Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-First Meeting, Held at Headquarters. New York, Wednesday, 21 August 1968, at 5.30 p.m. (= Dokument Nr. S/PV.1441) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

³²⁶ Vgl. das Statement von Tardos (S. 47), in: Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Second Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 10.30 a.m. (= Dokument Nr. S/PV.1442) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

³²⁷ Vgl. die Statements von Tardos (S. 13-26, 157-160), zur Abstimmung allgemein siehe: S. 147-167 in: Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Third Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 9 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1443) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

militärischen erhofft wurde. Für die ungarische Haltung in den Debatten des Sicherheitsrates über die Intervention in der ČSSR kann von einem moderateren Auftreten jedoch keine Rede sein. Der ungarische Repräsentant folgte sowohl in seinen Wortmeldungen als auch in seinem Abstimmungsverhalten getreu der vorgegebenen sowjetischen Linie. Dieses Verhalten korreliert auch mit der medialen Rechtfertigung der Intervention, die im Großen und Ganzen der sowjetischen Linie folgte. Offiziell stand Ungarn für die unverbrüchliche Einigkeit der Interventionsmächte ein, wenngleich es im Inneren mit ziemlicher Sicherheit eine gewisse Opposition zur sowjetisch diktierten Vorgehensweise gegeben haben mag. Die absolute Blocksolidarität wurde mit Sicherheit auch betont, um den eigenen politischen Weg nicht zu gefährden. Hätten sich ungarische Politiker gegen die Intervention gestellt, wäre wohl eine sowjetische Kampagne gegen die ungarischen Reformen gefolgt.

Zusammenfassung der Reaktionen der Interventionsmächte

Generell kann man von einer relativ einheitlichen Strategie der Rechtfertigung und Verteidigung der Intervention durch die politischen Führer und Presseorgane der Interventionsmächte nach dem von der Sowjetunion gegebenen Vorbild sprechen. Die Legitimation im Inneren erfolgte ebenfalls nach sowjetischem Vorbild auf Basis der offiziell abgegebenen Begründung für die Intervention. Jedoch können in den einzelnen Ländern an die nationalen Gegebenheiten angepasste Legitimationsschwerpunkte erkannt werden. Beispielsweise wird in Polen und in der DDR die *westdeutsche Bedrohung* nach sowjetischem Vorbild besonders herausgestrichen. Ein weiterer Punkt der Reaktionen, der relativ einheitlich ist, ist die besonders heftige Kritik an den Reaktionen Rumäniens und Jugoslawiens auf die Intervention, die dem sowjetischen Vorbild folgte. In der Debatte im Sicherheitsrat der VN rechtfertigten die Interventionsmächte, die Sowjetunion als ständiges Mitglied, Ungarn als nichtständiges Mitglied der Jahre 1968/69 sowie die Repräsentanten Bulgariens und Polens, die als Teilnehmer an den Sitzungen ohne Stimmrecht zugelassen worden waren, die Intervention mit den sowjetisch vorgegebenen offiziellen Argumenten. Als ihr erklärtes Ziel der ersten beiden Tage ist die Verhinderung einer Abstimmung über den eingebrachten Resolutionsvorschlag zu sehen, in dem die Intervention verurteilt werden sollte. Vermutlich hatte man gehofft, vor einer Abstimmung darüber zumindest eine Scheinlegitimation der Intervention zu

erreichen. Die reale Möglichkeit des Beschlusses einer Resolution war durch die Rolle der Sowjetunion als Vetomacht ohnehin nicht gegeben. Somit wird man zusammenfassend von einer nahezu einheitlichen Reaktion der fünf Interventionsstaaten auf ihre eigene Intervention und die Reaktionen darauf sprechen können, auch wenn naturgemäß auch die jeweiligen nationalen und innenpolitischen Interessen in den offiziellen Ausführungen dazu Platz gefunden haben.

Die Reaktionen der Bevölkerung variierten von Land zu Land. Dies ist unter anderem auf die unterschiedlichen eigenen historischen Erfahrungen sowie auf die unterschiedliche Effizienz der Propaganda zurückzuführen. Besonders für Polen und die DDR scheint die Bestürzung von Teilen der Bevölkerung belegbar. Offener Protest fand im Vergleich zu den inszenierten, die Intervention befürwortenden Veranstaltungen kaum statt. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da mit Repressionen zu rechnen war.

5.b) Rumänien, Jugoslawien, China, Albanien und andere kommunistische Staaten

Nachdem bisher nur auf die harte Kritik der Interventionsmächte auf die Reaktionen weiterer kommunistischer Staaten eingegangen wurde, soll nun hier deren ausführliche Darstellung erfolgen. Diese Staaten gehörten ungeachtet der inneren Spaltung dem kommunistischen Lager an. Deshalb soll der Auswertung ihrer Reaktionen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die, um es ein weiteres Mal vorwegzunehmen, offene Opposition gegen die Intervention bedarf einer eingehenden Erklärung und regt zum Vergleich mit den Reaktionen nichtkommunistischer Staaten an. In der Überblicksliteratur werden die Reaktionen der nichtintervenierenden kommunistischen Staaten zumeist mit einem kargen Satz abgetan, der besagt, dass die vier im Folgenden ausführlicher behandelten kommunistischen Staaten die Intervention verurteilten.

So schreibt Gribkow in seinem Werk zur Geschichte des Warschauer Paktes: *„Die Aktion der verbündeten Truppen wurde von den Regierungen der sozialistischen Länder Jugoslawien, Albanien, Rumänien und China scharf verurteilt.“*³²⁸ Ähnlich hierzu Gaddis, der auch die kommunistischen Parteien Westeuropas erwähnt, auf die weiter unten eingegangen wird, in seiner Geschichte über den Kalten Krieg: *„Aus Jugoslawien, Rumänien und China kam ebenso Protest wie von den*

³²⁸ Gribkow, Der Warschauer Pakt, S. 256.

*kommunistischen und anderen linken Parteien in Westeuropa, die sich den Moskauer Beschlüssen für gewöhnlich widerspruchslos fügten.*³²⁹

Diese Darstellungen versäumen es, die unterschiedliche Motivation hinter der Verurteilung sowie auch die Unterschiedlichkeit der Verurteilung der Intervention durch diese Staaten darzustellen, auch wenn aus diesen Werken erkennbar ist, warum es zu diesen Reaktionen kam. Trotz der formalen Zurechnung dieser vier Staaten zum kommunistischen Lager hatte jedes dieser Länder zur Zeit der Intervention eine unterschiedliche Rolle in diesem gespielt und die Intervention hatte eine unterschiedliche, mehr oder weniger direkte, Bedeutung für sie. Die Vorgeschichte zu diesen unterschiedlichen Haltungen ist unter 2. teilweise bereits angerissen, hier erscheint es mir aber notwendig, die Position der behandelten Staaten ausführlicher zu erläutern. Ebenso ist es von Bedeutung, die Haltung der behandelten Staaten zum „Prager Frühling“ auszuführen.

Rumänien

Rumänien sorgte im Rahmen des Warschauer Paktes immer wieder für Probleme, da es eine immer eigenständigere Außenpolitik führte und eigene Haltungen vertrat. So setzte Rumänien 1958 den Abzug sowjetischer Truppen durch und schlug einen zunehmend eigenständigen Weg ein. Gheorghiu-Dej und ab 1965 Ceaușescu ließen Rumänien nicht in den Streit zwischen Moskau und Peking hineinziehen und duldeten nicht einmal mehr Manöver des Warschauer Paktes auf rumänischem Territorium. Eher wurden Tito verstärkte Avancen gemacht.³³⁰ Laut Harold James war die 1966 erfolgte Kritik Ceaușescus am Warschauer Pakt eine Reaktion auf Frankreichs Austritt aus den Militärstrukturen der NATO, da man sich selbst als Frankreich Osteuropas verstand.³³¹ Dass dies keine einseitige Wahrnehmung war, dafür zeugt die Charakterisierung Ceaușescus als de Gaulle Osteuropas durch die britische Wochenzeitschrift *The Economist* im August 1966. Durch die Politik, sich von Moskau zu distanzieren, hatte das kommunistische Rumänien international ein positiveres Image erhalten. De Gaulle bezeichnete bei seinem Besuch im Mai 1968 den Kommunismus als den für Rumänien wahrscheinlich richtigen Weg. Durch die Distanzierung von der Sowjetunion hatte Rumänien die Entstalinisierung aber nicht

³²⁹ Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 192.

³³⁰ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 484-485; vgl. Galaction, Virgil: Bukarest bleibt Stein des Anstosses. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 781-782.

³³¹ Vgl. James, Geschichte Europas, S. 318.

mitgemacht, im Gegensatz zu anderen sowjetischen Satellitenstaaten wurde nicht die geringste Kritik in Inneren geduldet. Die Beziehungen zum Westen wurden nach der Anerkennung der BRD und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu dieser im Jahr 1967, nachdem sich Rumänien über das dementsprechende sowjetische Veto hinweggesetzt hatte, noch besser.³³² Des Weiteren brach Rumänien die diplomatischen Beziehungen zu Israel nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 nicht wie die anderen Warschauer-Pakt-Staaten ab, obwohl es sich wie auch diese gegen die Besetzung arabischer Gebiete wandte.³³³ Die Sowjetführung sah aber, da die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion durch das rumänische Handeln nicht betroffen waren, keine Notwendigkeit den Sonderweg Rumäniens zu unterbinden.³³⁴ Es gab keine Befürchtungen, dass Rumänien aus dem Warschauer Pakt austreten könnte. Öffentliche Drohungen von Seiten Moskaus unterblieben, die Sowjetführung dürfte aber dennoch Druck auf Rumänien ausgeübt haben. Rumänien konnte seinen Kurs innen- wie außenpolitisch fortsetzen. Der Westen verkannte den wahren Charakter Rumäniens und seiner politischen Führung.³³⁵

Die Entwicklungen des „Prager Frühlings“ wurden von Rumänien großteils positiv aufgenommen, vor allem aufgrund des Rechts auf eigenständige und unabhängige Entwicklung jeder einzelnen kommunistischen Partei und jedes sozialistischen Staates. Durch Ceaușescu wurde diese Meinung offen vertreten.³³⁶ Dementsprechend scharf fiel die rumänische Reaktion auf die Intervention aus.³³⁷

Am Morgen des 21. August vermeldete der rumänische Rundfunk den Einmarsch der sowjetischen, polnischen, bulgarischen, ungarischen und [fälschlicherweise der, M.G.] ostdeutschen Truppen in der ČSSR. Die Nachrichtenstationen beschränkten sich auf die Wiedergabe der Aussendungen der ČSSR-Nachrichten (Nachrichtenagentur ČTK).³³⁸

Das ZK, der rumänische Staatsrat und die rumänische Regierung traten wie von Ceaușescu angekündigt zusammen, und um zirka 13 Uhr verlas das Mitglied des Exekutiv-Komitees Paul Niculescu-Mizil ein über sämtliche Radiostationen des

³³² Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 484-485; vgl. Galaction, Virgil: Bukarest bleibt Stein des Anstosses. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 781-782.

³³³ Vgl. Völkl, Ekkehard: Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Regensburg 1995, S. 182. (ab hier: Völkl, Rumänien)

³³⁴ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 264.

³³⁵ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 282-298.

³³⁶ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 698-702.

³³⁷ Eine kurze Darstellung hierzu siehe in: ebd., S. 747-748.

³³⁸ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 21. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131835, Karton 1354.

Landes verbreitetes Kommuniqué, in dem der Staatsrat und der Ministerrat einstimmig ihre Besorgnis über diesen Akt der offenen Einmischung in einen sozialistischen Staat zum Ausdruck brachten. Es wurde mitgeteilt, dass die bewaffnete Einmischung einen schweren Schlag für das Prestige der sozialistischen Bewegung darstelle und die Situation nur durch den raschen Rückzug der Truppen und der Schaffung von Bedingungen, die dem tschechoslowakischen Volk alleine ohne Einmischung von außen erlauben, ihre inneren Angelegenheiten zu regeln, wieder legitimiert werden könne.³³⁹ „*die partei die regierung und das gesamte rumaenische volk manifestiere seine vollkommene solidaritaet mit dem tschechoslowakischen volk und der kpc.*“³⁴⁰ Ceaușescu bekräftigte im Anschluss mit bewegter Stimme diese Positionen und erklärte gleichzeitig, dass ein fremdes Eindringen in Rumänien keinesfalls geduldet werden würde. Der österreichische Botschaftssekretär Rainer folgerte daraus, dass ein sowjetisches Eindringen in Rumänien jedenfalls auf bewaffneten Widerstand stoßen würde und er erachtete, dass die breite Masse der Bevölkerung hinter Ceaușescu steht.³⁴¹

Aus Ceaușescus Rede sei folgender Auszug zitiert:

*„Es wurde gesagt, daß in der Tschechoslowakei die Gefahr einer Konterrevolution bestünde; es werden sich morgen vielleicht einige finden, die sagen, daß sich auch hier auf dieser Versammlung, konterrevolutionäre Tendenzen kundgetan haben. Wir antworten allen: Das ganze rumänische Volk wird es niemanden gestatten, das Territorium unseres Vaterlandes zu verletzen.“*³⁴²

Diese Rede Ceaușescus³⁴³ fand in Bukarest auf einer Massenkundgebung statt³⁴⁴ und bekräftigte einerseits, dass er die Tendenzen in der ČSSR nicht für konterrevolutionär hielt und andererseits brachte sie klar zum Ausdruck, dass eine Intervention in Rumänien auf Widerstand stoßen würde.

Das Verhältnis Rumäniens zu den anderen Warschauer-Pakt-Staaten kann nach dieser Rede als sehr gespannt bezeichnet werden, die Hoffnungen der Sowjetunion, dass Rumänien nach der Intervention auf die sowjetische Linie einschwenken würde,

³³⁹ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 21. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131835, Karton 1354.

³⁴⁰ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 21. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131835, Karton 1354.

³⁴¹ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 21. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131835, Karton 1354.

³⁴² Zitiert nach: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 149.

³⁴³ Eine gekürzte Version der Rede ist zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 147-149.

³⁴⁴ Vgl. Lindner, Robert: Rumänien – erzwungene Zurückhaltung. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 781. Fast 100 000 Menschen sollen der Kundgebung beigewohnt haben. (Vgl. The New York Times, 22. August 1968, S. 18: "Ceausescu Cautions Moscow; Tito Terms Invasion a Blow".)

wurden zunichte gemacht. Ceaușescu erklärte am 22. August noch einmal die wichtigsten Punkte in seiner Rede vor der [Großen, M.G.] Nationalversammlung³⁴⁵ und diese beschloss eine grundsätzliche Erklärung.³⁴⁶ In dieser wurde zwar die große Bedeutung der Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Staaten betont, der Warschauer Pakt aber als reines Militärbündnis gegen die Bedrohung eines sozialistischen Staates von Seiten imperialistischer Mächte gesehen. Die Intervention wurde verurteilt, der Rückzug der Truppen sowie die Schaffung von Bedingungen der Nichteinmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten der ČSSR gefordert. Des Weiteren wurde bekräftigt, dass die Entwicklungen in der ČSSR den Prinzipien des Sozialismus entsprochen haben. Botschaftssekretär Rainer sprach davon, dass die Reaktion der Regierung in der Bevölkerung Beunruhigung ausgelöst hätte, da diese eine erneute sowjetische Besetzung befürchtete und diese auch von Mitgliedern des Außenministeriums sowie Militärattachés westlicher Botschaften in Bukarest nicht ausgeschlossen wurde. Die Missionschefs der Botschaften jener Staaten, die in der ČSSR interveniert hatten, sollen diesbezüglich ausweichend geantwortet und davon gesprochen haben, dass die weitere Entwicklung in Rumänien abgewartet werden müsse.³⁴⁷

Gänzlich unbegründet waren die Befürchtungen einer möglichen Intervention des Warschauer Paktes in Rumänien nicht. In den Tagen nach der Intervention wurde die Konzentration von sowjetischen Truppen an der ungarisch-rumänischen Grenze vor allem im Großraum Szeged (der Dreiländerecke, an der Jugoslawien, Rumänien und Ungarn aneinandergrenzen) bestätigt. Zudem gab es unbestätigte Meldungen, wonach im sowjetischen Grenzraum zu Rumänien [dem Gebiet der Ukrainischen SSR, M.G.] mehrere sowjetische [im Original: russische, M.G.] Divisionen zusammengezogen wurden.³⁴⁸ In den internationalen Medien wurde eine Gefahr für Rumänien beständig thematisiert, sowohl in den ersten Tagen nach der Intervention als auch erneut in verstärkter Form vor allem in der ersten Septemberwoche.³⁴⁹

³⁴⁵ Ein Auszug der Rede ist zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 149-150.

³⁴⁶ Eine gekürzte Version der Erklärung ist zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 151-158.

³⁴⁷ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131836, Karton 1354.

³⁴⁸ BM Landesverteidigung (Gruppe Nachrichtenwesen) an BM Waldheim, Information Nr. 6, Betr.: ČSSR; Besetzung durch WP-Truppen, 24. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ], Karton 1355.

³⁴⁹ Hierzu ist auf die tägliche Berichterstattung über eine mögliche Bedrohung für Rumänien der unter 7.b) in der Bibliographie angeführten internationalen Zeitungen und Zeitschriften ab dem 22. August bis Mitte September zu verweisen.

Der rumänische Staatsfeiertag am 23. August stand im Zeichen von Solidaritätskundgebungen mit der ČSSR und Ceaușescu. Der Staatsratsvorsitzende Ion Gheorghe Maurer empfing mit Šik und Vlasák zwei Mitglieder der tschechoslowakischen Regierung.³⁵⁰ Die Militär- und Zivilparaden wurden wie geplant abgehalten. Es wurden, laut westlichen Militärattachés, die selben Waffen wie im Vorjahr gezeigt, neu war hingegen der Vorbeimarsch von zirka 5000 Arbeiter- und Bauernmilizionären, die seit dem 21. August aufgestellt worden waren.³⁵¹ Auf dem anlässlich des rumänischen Nationalfeiertages gegebenen Empfang des rumänischen Botschafters Aurel Duma in Peking prangerte der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai die sowjetische Intervention scharf an und sprach auch von einer Gefahr für Rumänien.³⁵² Neda [sic!, M.G.], der rumänische Botschaftsrat in Washington, bezeichnete das Verhalten des chinesischen Ministerpräsidenten in der rumänischen Botschaft sowie seine Anwesenheit überhaupt als bemerkenswert, da dieser dort für den Fall einer Intervention der Sowjetunion in Rumänien eine in ihrer Art nicht präzisierte Hilfe zusagte.³⁵³

Hier dürfte Neda auf folgende Aussage von Zhou Enlai anspielen:

*„Rumänien steht gegenwärtig vor der Gefahr einer Intervention und Aggression von außen her. Die rumänische Regierung ist im Begriff, das Volk zum Kampf (...) zu mobilisieren. Das durch die große proletarische Kulturrevolution noch härter gestählte chinesische Volk unterstützt Euch.“*³⁵⁴

Am 24. August kam es zu einem Zusammentreffen zwischen Ceaușescu und Tito in der jugoslawischen Stadt Vršac [im Original: Werschetz, M.G.]; von rumänischer Seite wurde verlautbart, dass keine gemeinsamen Aktionen beschlossen wurden. Jedoch waren sich beide Staaten einig, dass sie beide aufgrund der gegenwärtigen Lage gezwungen wären, Maßnahmen, inklusive militärischer Art, für sich zu ergreifen.³⁵⁵ Die *Süddeutsche Zeitung* mutmaßte wie auch andere Zeitungen zum

³⁵⁰ Vgl. Lindner, Robert: Rumänien – erzwungene Zurückhaltung, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 781.

³⁵¹ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 27. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124885, Karton 1354.

³⁵² Attaché Türk an BMAA, Hongkong, [o.D., verfasst am 3. 9. 1968 eingelangt in Wien am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125473, Karton 1354.

³⁵³ Botschaftsrat Hinteregger an BMAA, Washington, 27. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124707, Karton 1354.

³⁵⁴ Zitiert nach: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 171.

³⁵⁵ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 27. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124885, Karton 1354.

Treffen zwischen Tito und Ceaușescu, dass auf diesem Absprachen betreffend eine mögliche Intervention in einem der beiden Länder getroffen worden wären.³⁵⁶

Am 25. August sprach der sowjetische Botschafter Aleksandr V. Basov bei Ceaușescu vor, wobei er eine für Rumänien beruhigende Erklärung abgegeben haben soll.³⁵⁷ Tags darauf erfolgte eine gemäßigte Rede Ceaușescus in Begleitung von hohen Funktionären in Brașov. Ohne von den grundsätzlichen Positionen Rumäniens abzugehen forderte er in dieser die Herstellung guter Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Staaten und betonte, dass es keine Hindernisse für eine enge Zusammenarbeit Rumäniens mit den anderen sozialistischen Staaten gäbe.³⁵⁸

Botschaftssekretär Rainer berichtete, dass Rumänien seit der Verhandlungsaufnahme zwischen der ČSSR und der Sowjetunion in Moskau bemüht war, alles zu vermeiden, was den Fortgang der Verhandlungen erschweren hätte können. In der Presse wurden nur offizielle Nachrichten wiedergegeben und der Militärattaché der britischen Botschaft in Bukarest konnte beobachten, dass Truppenbewegungen nur nachts stattfanden. Rainer bemerkte, dass die rumänischen Staatsführer im Ton gemäßiger wurden und Rumänien den Verhandlungsausgang und die Aufnahme des Ergebnisses durch die verfassungsmäßigen Staats- und Parteiorgane in Prag abwartete. Jedoch wurden die Entwicklungen in der ČSSR als in Zukunft für Rumänien bedeutend bleibend gesehen.³⁵⁹ Am 29. August berichtete Rainer, dass die Haltung Rumäniens in der ČSSR-Frage unverändert sei, der Ton der Veröffentlichungen war jedoch weiter gemäßigt, da durch die Rückkehr der tschechoslowakischen Führer nach Prag die Voraussetzung geschaffen wurde, die anstehenden Aufgaben in der ČSSR in Angriff zu nehmen. Des Weiteren wurden die guten Beziehungen und die Solidarität mit den sozialistischen Staaten bekräftigt.³⁶⁰ Robert Lindner sprach 1968 in der Zeitschrift Osteuropa von einer modifizierten rumänischen Haltung im Sinne der Einstellung der Kritik an der Sowjetunion ab dem 25. August und begründet diese mit dem Abschluss

³⁵⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 26. August 1968, S. 5: „Gemeinsame Front gegen die “Brüder““.

³⁵⁷ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 27. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124885, Karton 1354.

³⁵⁸ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 27. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124885, Karton 1354.

³⁵⁹ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 27. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124885, Karton 1354.

³⁶⁰ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 29. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124921, Karton 1354.

der Moskauer Verhandlungen.³⁶¹ Virgil Galaction bringt im selben Heft eine dritte Variante für die möglichen Gründe der Einstellung der rumänischen Kritik am sowjetischen Vorgehen zum Ausdruck. Diese könnte nach dem Besuch des sowjetischen Botschafters bei Ceaușescu am 25. August erzwungen gewesen sein.³⁶² Ekkehard Völkl schreibt in seiner Geschichte Rumäniens zur sich verändernden Haltung Rumäniens in den Tagen nach der Intervention: *„Die lautstarken, auch in der Presse erhobenen Proteste brachen in den nächsten Tagen ab. Die rumänische Regierung war offenbar zur Erkenntnis gekommen, daß die Reizschwelle gegenüber Moskau erreicht war.“*³⁶³

In den internationalen Medien wurde ebenfalls vielerlei gemutmaßt. Die Ideen reichten von der bereits angeklungenen Möglichkeit, dass Rumänien gegen sowjetische Garantien zu Konzessionen bereit war,³⁶⁴ bis zur Vermutung, dass Ceaușescu dem sowjetischen Botschafter dargelegt hätte, dass eine Intervention in Rumänien auf jeden Fall auf militärischen Widerstand stoßen würde.³⁶⁵

Aus den möglichen Varianten die wahren Gründe für das Ende der offenen Kritik an der Sowjetunion herauszufinden ist anhand des verwendeten Quellenmaterials nicht möglich. Die Annahme, die eigene Sicherheit gegen die Aufgabe der direkten Kritik zu tauschen, erscheint jedoch plausibel.

Ende August wurde vor allem von ausländischen Journalisten vermutet, dass die Sowjetunion Rumänien die Abhaltungen eines Manövers des Warschauer Paktes in Rumänien für Ende September vorgeschlagen hat.³⁶⁶ Rumänien dementierte diese Meldungen und erklärte, dass man in den letzten Jahren zwar an einigen Manövern teilgenommen habe, die Teilname jedoch vielfach nur symbolisch war.³⁶⁷

Abschließend kann man somit die rumänischen Reaktionen als zunächst direkt nach der Intervention stürmisch gegen diese auftretend, möglicherweise auch durch die angeklungenen Befürchtungen einer Intervention im eigenen Land geleitet, bezeichnen. Die anfangs offene Kritik am Vorgehen des Warschauer Paktes gegen die ČSSR, die ja ein Mitglied dieser Organisation war, kann auf alle Fälle als ein

³⁶¹ Vgl. Lindner, Robert: Rumänien – erzwungene Zurückhaltung. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 781.

³⁶² Vgl. Galaction, Virgil: Bukarest bleibt Stein des Anstosses. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 782.

³⁶³ Völkl, Rumänien, S. 182.

³⁶⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 2. September 1968, S. 5: „Konzessionen Bukarests an Moskau?“, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. August 1968, S. 3: „Bukarest lenkt gegenüber Moskau ein“.

³⁶⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 26. August 1968, S. 2: „Rumänien verlangt Garantien von Moskau“.

³⁶⁶ Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, 30. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125012, Karton 1354.

³⁶⁷ BM Landesverteidigung (Gruppe Nachrichtenwesen) an BM Waldheim, Information Nr. 13, Betr.: CSSR; Besetzung durch WP-Truppen, 29. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ], Karton 1355.

weiterer Höhepunkt in der oppositionellen Haltung Rumäniens gegenüber der Sowjetunion gesehen werden. Die Gründe für die Einstellung der offenen Kritik an dieser, bei gleichzeitiger Beibehaltung der generellen Haltung zu dieser, können, wie bereits ausgeführt, hier nicht endgültig geklärt werden. Die Annahme, dass direkt ausgeübter sowjetischer Druck dafür verantwortlich war, ist aber die plausibelste Erklärung. Auf alle Fälle muss man der rumänischen Reaktion einen Bruch im Zuge des Zeitraums der Moskauer Verhandlungen attestieren. Auch wenn auf eine offene Kritik an dem Vorgehen der Interventionsmächte, insbesondere der Sowjetunion, in weiterer Folge verzichtet wurde, blieb die prinzipielle Kritik an diesem bestehen und wurde nicht revidiert. Die rumänische Haltung infolge der Intervention ist somit als Kontinuität in der rumänischen Politik gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt, insbesondere ab Mitte der 1960er Jahre, zu sehen. Rumäniens bereits gestiegenem internationalen Ansehen hat die bezogene Haltung zweifellos weiteren Auftrieb verliehen.

Ceaușescus entschlossenes Auftreten dürfte seine Position im Inneren gefestigt haben. Die rumänische Politik gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt folgte, durchaus zum Ärgernis der Sowjetführung, dem in den 1960er Jahren eingeschlagenen Weg. Diese kritisierte zwar das rumänische Verhalten im Bereich der Außenpolitik, jedoch gab dieses, da es die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion nicht ernstlich berührte, keinen Anlass zu drastischeren Maßnahmen ihrerseits, sodass ich nicht wie Hoensch von einer Abrechnung der Sowjetunion mit Rumänien infolge der Intervention in der ČSSR sprechen würde.³⁶⁸

Jugoslawien

1948 war es zum endgültigen Bruch zwischen Tito und Stalin gekommen. Dieser war nicht von Tito bewusst provoziert worden, jedoch weigerte er sich, die nationale Souveränität für die internationale Solidarität zu opfern, wozu er auch im Gegensatz zu den meisten anderen osteuropäischen Staaten nicht gezwungen war. In der kurz darauf von den USA angebotenen Hilfe sah er zwar eine gewisse Sicherheit, jedoch wollte er sich nicht darauf verlassen, dass ihm diese Annäherung Sicherheit gegenüber der Sowjetunion garantiert. Um sich die Möglichkeit einer Versöhnung mit der Sowjetunion offen zu halten wollte er daher nicht zu stark von den USA abhängig werden. Die Politik der Blockfreiheit, sich keiner Seite im Kalten Krieg anzuschließen,

³⁶⁸ Vgl. hierzu: Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 348-359.

war geboren und konnte fortan für den Fall zu hohen Drucks einer Supermacht auf einen kleinen Staat insofern eingesetzt werden, als dieser mit dem Anschluss an die andere Supermacht drohen konnte. Als die Versöhnung mit Tito von Seiten der Sowjetunion nach dem Tod Stalins 1953 durch Chruščev gesucht wurde, sprach Tito mit diesem als gleichrangiger Staatsmann und nicht als unterwürfiger Vasall. Als bestes Beispiel für dieses neue Verhältnis gilt, laut Gaddis, der Volksaufstand 1956 in Ungarn, für dessen Niederschlagung man sich die Zustimmung Titos einholte,³⁶⁹ oder über dessen bevorstehende Niederschlagung man, laut Judt, Tito zumindest informierte. Über das Vorgehen der Sowjetunion in Ungarn und gegen Imre Nagy war Tito dann eher verärgert, offiziell unterstützte er aber die neue Regierung unter Kádár.³⁷⁰ Das Verhältnis zur Sowjetunion blieb wechselhaft, zunächst kühlte dieses nach Ungarn 1956 und den Folgen der Krise wieder ab, gegen Ende der Ära Chruščev suchte dieser erneut den Ausgleich mit Jugoslawien.³⁷¹

Jugoslawien verfolgte unter Tito eine Außenpolitik, die streng nach den Grundsätzen der Blockfreiheit ausgerichtet war. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die Lösung internationaler Streitfragen auf friedlichem Wege sowie die Befolgung der Charta der VN waren somit Grundsätze der trotz einiger ausgezeichneten Berater im Endeffekt ausschließlich von Tito bestimmten Außenpolitik.³⁷² Unter diesen Voraussetzungen ist die jugoslawische Haltung zum „Prager Frühling“ und zur Intervention des Warschauer Paktes zu betrachten.

Die Unterstützung der Nachjahrenentwicklung in der ČSSR war durch die jugoslawischen Medien von Beginn an gegeben und blieb ungebrochen. Die politischen Vertreter des Landes waren, laut Skilling, zunächst zurückhaltend, aber den Entwicklungen gegenüber positiv eingestellt. Im weiteren Verlauf des „Prager Frühlings“ wandelte sich diese förmliche Zurückhaltung immer mehr, auch durch Tito selbst, in eine offene Unterstützung.³⁷³ Soweit die bisweilen gängige Version. Unter Einbeziehung neuer Archivalien wird das Bild von Titos Position gegenüber dem „Prager Frühling“ ambivalenter, wie Jan Pelikán darlegt. Tito hatte bereits vor seinem Besuch in der ČSSR vom 9. bis zum 11. August 1968 im Verlauf des Jahres über

³⁶⁹ Vgl. Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 158-159.

³⁷⁰ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 367.

³⁷¹ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 163-168, 221-224.

³⁷² Vgl. Petković, Ranko: Zur Gestaltung und Durchführung der jugoslawischen Außenpolitik, in: Neuhold, Hanspeter (Hg.): Grundsatzfragen der Außenpolitik Österreichs und Jugoslawiens, Wien 1988, S. 33, 39, 42-43.

³⁷³ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S.702-708.

diplomatische Kanäle auf eine Festigung der Macht der KPČ, eine strikte Kontrolle der Medien, das Verbot von Organisationen, die nicht unter direktem Einfluss der KPČ standen, und auf die Verhaftung von Führern prowestlicher Parteien und antisozialistischer Gruppen gedrängt. Ein Bestreben, das den sowjetischen Forderungen nicht fern war. Freilich waren seine Empfehlungen durch die politischen und inneren Gegebenheiten in der ČSSR des Jahres 1968 kaum umzusetzen. Jedoch hatte er auch bereits im April betont, dass die KPČ mit ihren internen Problemen ohne Hilfe von außen fertig werden wird. Von der Bevölkerung der Tschechoslowakei wurde Tito als Symbol des Widerstandes gegen sowjetischen Druck gesehen, nicht zuletzt deswegen wurde er von den Massen bei seinem Besuch in der ČSSR auf den Straßen Prags herzlich empfangen. Kaum jemand kannte seine tatsächliche Einstellung zum „Prager Frühling“. Der Besuch hatte keinerlei bedeutende offizielle Inhalte, aber Tito, der gegenüber Dubček seine Empfehlungen zur Stabilisierung der Lage in der ČSSR wiederholte und dazu riet, einen *modus vivendi* mit Moskau zu finden, wusste, dass sein Besuch in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und in den westlichen Ländern als expliziter Ausdruck seiner Sympathie für den „Prager Frühling“ gesehen werden würde. Er wollte dessen Liquidation durch eine Intervention von außen verhindern. Diese Unterstützung, die er den tschechoslowakischen Reformern zu Teil werden ließ, stärkte sein internationales Prestige, gleichzeitig wollte er, dass sein Besuch in der ČSSR nicht zu Konflikten mit Moskau führt. Abschließend beurteilte Tito, nicht zuletzt wegen des ihm entgegengebrachten Enthusiasmus, den Besuch in der ČSSR positiv und stellte fest, dass der Sozialismus in der Tschechoslowakei nicht gefährdet sei. Dieselbe Position wurde auch dem sowjetischen Botschafter in Belgrad Ivan A. Benediktov vorgetragen, als dieser Erkundigungen über die Gespräche der jugoslawischen Delegation in der ČSSR anstellte. Gegenüber dem jugoslawischen Botschafter in Moskau Dobrivoje Vidić wurde vom Stellvertreter des sowjetischen Außenministers Andrej A. Gromyko, Leonid F. Il'ičev, der ebenfalls über die jugoslawische Position informiert wurde, Kritik an der Berichterstattung der jugoslawischen Medien über die Ereignisse in der ČSSR geübt. Trotz erster warnender Hinweise in den Botschaftsberichten aus Moskau kam die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August überraschend.³⁷⁴

³⁷⁴ Vgl. Pelikán, Jan: Yugoslavia and the Prague Spring on the Eve of the Soviet Occupation of Czechoslovakia (Manuskript) erscheint als Artikel in: Skřivan, Aleš/Suppan, Arnold (Hgg.): Prague Papers on the History of International Relations, Prague 2007.

Die jugoslawische Reaktion auf die Intervention war mit der rumänischen der ersten Tage vergleichbar.³⁷⁵ Robert Lindner spricht in der Zeitschrift *Osteuropa* davon, dass die Okkupation der ČSSR in keinem anderen osteuropäischen Land eine so einmütige Empörung wie in Jugoslawien hervorrief, und der Angriff auf die Tschechoslowakei auch als Angriff auf den eigenen Reformkurs gesehen wurde. Zudem wurden Parallelen mit der Aktion der Kominform gegen Jugoslawien 20 Jahre zuvor gezogen.³⁷⁶ Ich würde seine Ansichten bezüglich der Einzigartigkeit der jugoslawischen Reaktion im Vergleich zu Rumänien vor allem mit der Beständigkeit der jugoslawischen Kritik an der Intervention sehen. Im Folgenden sei zunächst auf die politischen Reaktionen auf die Intervention eingegangen.

In seiner Erklärung am 21. August gegenüber dem Direktor der Tanjug³⁷⁷ [=offizielle Nachrichtenagentur Jugoslawiens, M.G.] sprach Tito von einem Einmarsch fremder Militäreinheiten ohne Aufforderung und Genehmigung der gesetzlichen Regierung und drückte seine tiefe Besorgnis darüber aus. Weiters sprach er davon, dass die Souveränität eines sozialistischen Landes verletzt wurde und die Invasion einen schweren Schlag für die sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte in der Welt darstelle. Die Entwicklungen in der ČSSR betreffend meinte er, dass Dubček und seine Führung entschlossen waren, jedem Versuch von antisozialistischen Kräften, eine normale Entfaltung der Demokratie und der sozialistischen Entwicklung zu verhindern, wirksam entgegenzutreten, wovon er sich bei seinem jüngsten Aufenthalt in der ČSSR überzeugen konnte. Abschließend sagte er, dass die Entscheidungen des Sechsertreffens in Bratislava durch die Ereignisse in der ČSSR annulliert wurden.³⁷⁸

Zudem kam es am 21. August wegen des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR zu einer Sitzung des Präsidiums, der Exekutive des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) unter dem Vorsitz Titos. Dieses drückte seine Beunruhigung und Verbitterung über die Vorgänge aus, prangerte die Verletzung der Souveränität eines freien Landes an und erklärte seine volle Solidarität mit den tschechoslowakischen Völkern und ihrer Führung. Ebenso hielt man die Forderungen der legitimen Vertreter der ČSSR nach Abzug der Truppen, der

³⁷⁵ Eine kurze Darstellung hierzu siehe: Skilling, *Czechoslovakia's*, S. 748-749.

³⁷⁶ Vgl. Lindner, Robert: Jugoslawien – empört und besorgt. in: *Osteuropa* 1968 (18.Jg.), S. 775.

³⁷⁷ Ein Auszug der Erklärung ist zu finden in: Meissner, *Die »Breshnew-Doktrin«*, S. 122.

³⁷⁸ Dokumentation: Präsident Tito zur Besetzung der CSSR, [o.D.], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

Respektierung des Souveränitäts- und Unabhängigkeitsprinzips,³⁷⁹ „zur Ermöglichung einer normalen Tätigkeit der auf demokratischem Wege gewählten Partei“³⁸⁰ [Die KPČ war natürlich nicht demokratisch gewählt. M.G.] und nach der Freilassung der ihrer Freiheit beraubten Vertreter des Volkes und der Partei für berechtigt.³⁸¹

Am 22. August gab der Bundesvollzugsrat [=die jugoslawische Regierung, M.G.] eine Erklärung ab.³⁸² Diese drückte höchste Besorgnis über den illegalen Einmarsch der Armeen der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und [fälschlicherweise der, M.G.] DDR aus und verurteilte diesen, da die Intervention ohne Aufforderung und gegen den Willen der Regierung erfolgt sei, und eine Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität eines unabhängigen Landes gegen die Prinzipien der Charta der VN darstelle. Jegliche Rechtfertigung wurde abgelehnt, vor allem, da es keinerlei Bedrohung durch die ČSSR gab. Die Regierung bekräftigte ihre Solidarität mit den Völkern der Tschechoslowakei sowie ihre Forderung nach normalen Arbeitsmöglichkeiten für die verfassungsmäßigen Organe der politischen Führer der ČSSR und wandte sich mit dieser Erklärung an die Regierungen der Okkupationsstaaten in Erwartung von Maßnahmen zur Beendigung der Okkupation.³⁸³

Die Sitzung des ZK des BdKJ vom 23. August hatte eine Resolution³⁸⁴ zur Folge, die eine ausführliche Bekräftigung der Erklärung Titos war. Besonders hervorgehoben wurde die internationale Bedeutung des Ereignisses der Intervention. Es wurde betont, dass ein vom Zentrum geformter Sozialismus sich nicht weiterentwickeln kann. Die ČSSR versuchte, in der jugoslawischen Sicht der Dinge, Widersprüche in der gesellschaftlichen Entwicklung zu lösen, da dies notwendig war, um den Sozialismus und die Interessen der Völker im bürokratisch-etatistischen Rahmen zu verwirklichen. Es wurde betont, dass das Volk die tschechoslowakische Führung unterstützte, antisozialistische Strömungen in der Tschechoslowakei keinen Fuß fassen konnten, und die Intervention einen Schlag gegen die Entwicklung des

³⁷⁹ Dokumentation: Präsident Tito zur Besetzung der CSSR, [o.D.], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

³⁸⁰ Dokumentation: Präsident Tito zur Besetzung der CSSR, [o.D.], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

³⁸¹ Dokumentation: Präsident Tito zur Besetzung der CSSR, [o.D.], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

³⁸² Zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 122-123.

³⁸³ Dokumentation: Präsident Tito zur Besetzung der CSSR, [o.D.], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

³⁸⁴ Zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 124-131.

Sozialismus darstellte. Die Resolution trat gegen Hegemonie und Gewalt auf und für eine Überwindung der Blockteilung der Welt ein. Jegliche Rechtfertigung der Intervention durch die Warschauer-Pakt-Staaten wurde abgelehnt und der ČSSR wurde die volle Unterstützung für die Unabhängigkeit des Landes zugesagt. Der BdKJ verlangte eine Beendigung der Okkupation, die Freilassung der verhafteten Vertreter und Führer des tschechoslowakischen Volkes sowie die Schaffung von Vorbedingungen für eine von außen ungestörte Entwicklung des Sozialismus. Auch die *chauvinistische* Kampagne Bulgariens gegen Jugoslawien, insbesondere wegen der Sozialistischen Republik Mazedonien wurde erwähnt.³⁸⁵

Ebenfalls am 23. August trug der jugoslawische Vertreter bei den VN, Anton Vratusa, der zur Teilnahme an der Sitzung ohne Stimmrecht zugelassen worden war, die Position der jugoslawischen Regierung zur Intervention in der ČSSR, wie bereits oberhalb zur Genüge ausgeführt, vor. In seinen Erklärungen zur Position Jugoslawiens führte er aus, dass die Aktion der fünf Interventionsmächte eine ernsthafte Gefährdung der Sicherheit in Europa und anderswo darstellt, und beweist, dass die Politik der Blöcke keine Garantie für die Sicherheit und freie Entwicklung ihrer Mitglieder bedeutet. Es kommt dadurch sogar im Gegenteil zur Unterwerfung der Interessen und der unabhängigen Politik des Einzelnen unter die Interessen von anderen Mitgliedern der Gruppe. Des Weiteren verurteilte er im Stil der moskautreuen sozialistischen Länder die amerikanische Intervention im Vietnam und trat für eine Verbesserung der Sicherheit kleiner Staaten ein.³⁸⁶

Am 24. August kam es noch zum bereits erwähnten Treffen Titos mit Ceaușescu in Vršac, bei dem laut jugoslawischer Seite bilaterale Fragen und internationale Probleme, die beide Länder interessierten, besprochen wurden.³⁸⁷ Am selben Tag wurde eine stille Teilmobilmachung der Streitkräfte angeordnet, man wollte der Sowjetführung beweisen, dass man kampfbereit sei.³⁸⁸

„Die jugoslawische Presse reagierte auf die Okkupation der CSSR rasch und heftigst. Die Sowjetunion wurde über Nacht wieder Feind Nummer 1. Die Geister aus 1948 erwachten neuerlich. Was man bei Tito seinerzeit nicht erreichte und wozu man

³⁸⁵ Dokumentation: Präsident Tito zur Besetzung der CSSR, [o.D.], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

³⁸⁶ Vgl. das Statement von Vratusa (S. 54-62), in: Provisional Verbatim Record of the fourteen hundred and forty-fourth Meeting, Held at Headquarters. New York, Friday, 23 August 1968, at 5 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1444) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

³⁸⁷ Vgl. Lindner, Robert: Jugoslawien – empört und besorgt. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 776

³⁸⁸ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 343.

China nicht zu zwingen vermochte, daß [sic!, recte: das, M.G.] sollte in der CSSR nicht passieren. Die kommunistische Erneuerung der CSSR mußte daher zerschlagen werden und der alleinseligmachenden sowjetischen Ideologie weichen. Die Faust im Nacken verspürend, verurteilt die jugoslawische Presse mit äußerster – gelegentlich mutiger – Härte die sowjetische Aggression und verfißt die „heiligen Ideale“ der Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität in einer Weise, wie sie der westlichen Presse zur Ehre gereichen würde, jener Ideale, die nicht vor langer Zeit auch in diesem Land noch mit Füßen getreten wurden.“³⁸⁹

Die Reaktionen in den Zeitungen waren hart und mutig gegen die Sowjetunion. Es wurde von einer Verletzung der Unabhängigkeit und Souveränität eines kleinen Staates gesprochen, die Frage nach den nächsten Opfern wurde laut, die eigene Lage 1948 in Erinnerung gerufen und es kam zu einer Verurteilung der Intervention auch durch die jugoslawische Bevölkerung. Auch Radio und Fernsehen hielten in der vorgegeben Schärfe mit, besonders Letzteres, welches mit Bildern des österreichischen Fernsehens arbeitete.³⁹⁰

Gegen die jugoslawische, rumänische und chinesische Kritik wurde von der Sowjetunion am 24. August eine bereits unter 5.a) erwähnte TASS-Erklärung veröffentlicht, die das Verhalten dieser Länder, die ihrer Ansicht nach zu Verteidigern der antisozialistischen Kräfte geworden waren, kritisierte.³⁹¹

Bereits am 22. August fand in Belgrad eine Protestkundgebung gegen die Besetzung der ČSSR statt, an der offiziell 250 000 Menschen teilnahmen.³⁹² Unabhängige Beobachter sprachen von 50 000 Teilnehmern.³⁹³ Unter den Demonstranten sollen mindestens 1 000 tschechoslowakische Urlauber gewesen sein.³⁹⁴ Weitere Solidaritätskundgebungen folgten, und den rund 50 000 tschechoslowakischen Touristen, die die Intervention in Jugoslawien erlebten, wurde von Betrieben und Privatpersonen Hilfe angeboten.³⁹⁵ Tito lehnte offiziell ab, diese in die Tschechoslowakei zurückzuschicken.³⁹⁶ Polnische und ungarische Touristen in Jugoslawien sollen sich über die Invasion beschämt gezeigt haben und es soll zu

³⁸⁹ Botschafter Peinsipp an BMAA, Belgrad, [o.D., verfasst am 29. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

³⁹⁰ Botschafter Peinsipp an BMAA, Belgrad, [o.D., verfasst am 29. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

³⁹¹ Vgl. Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 59-60.

³⁹² Vgl. Lindner, Robert: Jugoslawien – empört und besorgt. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 776.

³⁹³ Vgl. The New York Times, 23. August 1968, S. 18: "Protest Rally in Belgrade".

³⁹⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 5: „Bukarest und Belgrad verurteilen Moskau“.

³⁹⁵ Vgl. Lindner, Robert: Jugoslawien – empört und besorgt. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 776.

³⁹⁶ Vgl. Lampe, John R.: Yugoslavia as History, Twice there was a country, Cambridge 1996, S. 294. (ab hier: Lampe, Yugoslavia)

Verbrüderungen mit Tschechen und Slowaken gekommen sein.³⁹⁷ Von slowenischer Seite gab es besondere Empörung und Erbitterung gegenüber den Ereignissen in der ČSSR. Diese zeigte sich besonders stark bei Studenten, aber es gab auch einen Protest der slowenischen Regierung sowie vieler Verbände und Organisationen.³⁹⁸ Man könnte der Einschätzung der österreichischen Tageszeitung *Die Presse* folgend schließen, dass sich die Einstellung der Bevölkerung von *gelenkter Solidarität* auf der Kundgebung vom 22. August auf dem Belgrader Marx-Engels-Platz zu einer echten Solidarität der Bevölkerung entwickelt hatte, die sich in der Unterstützung für die tschechoslowakischen Touristen manifestierte.³⁹⁹

Wie auch am Beispiel Rumäniens gezeigt, war die weltweite Annahme der Gefahr einer Intervention für Jugoslawien bis Mitte September konstant. Vor allem westliche Medien befürchteten, dass auch gleich mit dem jugoslawischen Weg zum Sozialismus abgerechnet werden könnte.⁴⁰⁰ Diese Befürchtungen äußerte beispielsweise am 27. August die *Süddeutsche Zeitung*. Jedoch führte diese aus, dass die Sowjetführung vor einem solchen Schritt zurückschrecken könnte, da sich sowohl Rumänien als auch Jugoslawien abwehrbereit zeigten. Besonders im Falle Jugoslawiens wurde der zu erwartende Partisanenkampf für Moskau allein in Anbetracht der Situation der USA im Vietnam als nicht erstrebenswert bezeichnet.⁴⁰¹ Eine, wie ich meine, mit Sicherheit zu berücksichtigende Einschätzung. Laut Hoensch hätten auch die USA und die NATO eine Intervention in Jugoslawien mit anschließendem Partisanenkrieg schwerlich hinnehmen können.⁴⁰² Den Erinnerungen des österreichischen Außenministers Kurt Waldheim zur Folge, der Ende September bis Anfang Oktober gemeinsam mit Bundespräsident Franz Jonas auf Staatsbesuch in Jugoslawien weilte, hatte Tito noch zu dieser Zeit Angst, dass eine Bedrohung für Jugoslawien existieren könnte.⁴⁰³

³⁹⁷ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24. August 1968, S. 3: „Beschämte Polen und Ungarn“.

³⁹⁸ Generalkonsul Riesenfeld an BM Waldheim, Ljubljana, [o.D., verfasst am 22. 8. 1968, eingelangt in Wien am 28. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124801, Karton 1354.

³⁹⁹ Vgl. Die Presse, 24./25. August 1968, S. 2: „Keine Nervosität in Belgrad“.

⁴⁰⁰ Hierzu ist auf die tägliche Berichterstattung über eine mögliche Bedrohung für Jugoslawien der unter 7.b) in der Bibliographie angeführten internationalen Zeitungen und Zeitschriften ab dem 22. August bis Mitte September zu verweisen.

⁴⁰¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 27. August 1968, S. 1: „Belgrad und Bukarest abwehrbereit“; S. 6: „Geharnischte Warnung aus Belgrad“; siehe auch: The New York Times, 27. August 1968, S. 6: „Yugoslavia Bolstering Defense Against a Soviet Intervention“.

⁴⁰² Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 343.

⁴⁰³ Vgl. Tozzer, Kurt/Kallinger, Günther: »Marschmusik für Glockenspiel«. 1968. Österreich am Rande des Krieges, St. Pölten/Wien 1998, S. 280. (ab hier: Tozzer/Kallinger, »Marschmusik für Glockenspiel«)

Die Kritik Jugoslawiens an der Intervention und der sowjetischen Politik, welche die Interventionen verteidigte, dauerte zumindest bis weit in den September durch Politik und Medien⁴⁰⁴ und darüber hinaus an. Am 5. September erschien ein Artikel von Mirko Tepavac mit dem Titel „*Dem Sozialismus steht kein Recht auf Gewalttätigkeit zu*“, in dem vor allem die Tatsache kritisiert wird, dass die Sowjetunion kein anderes Modell des Sozialismus als ihr eigenes akzeptiert, weshalb sie das tschechoslowakische Modell des demokratischen Sozialismus mit Gewalt zu Fall bringen musste.⁴⁰⁵ Am 17. Oktober erschien im Belgrader *Kommunist* ein Artikel mit dem Titel „*Was von der These der verschiedenen Wege geblieben ist*“, in dem der Autor die Okkupation der Tschechoslowakei als Negation der These der verschiedenen Entwicklungswege des Sozialismus und als Wiederherstellung einiger Elemente stalinistischer Blockpolitik bezeichnete.⁴⁰⁶ Ein Beispiel unter vielen für die über den Jahreswechsel hinaus anhaltende Kritik durch Medien und Politik.⁴⁰⁷

Zusammenfassend können nun die jugoslawischen Reaktionen auf alle Fälle als die schärfsten Reaktionen aller sozialistischer Staaten auf die Intervention in der ČSSR bezeichnet werden, da diese die anhaltendsten waren und sowohl durch Tito, die Organe von Staat und Partei und vor dem Sicherheitsrat, wie auch durch die Bevölkerung und die Medien in aller Schärfe und Härte erfolgten. Lediglich durch Rumänien sind die Reaktionen in den ersten Tagen nach der Intervention von vergleichbarer Schärfe. John R. Lampe urteilt in seiner Darstellung zur Geschichte Jugoslawiens: „*The Soviet invasion of Czechoslovakia in August 1968 pulled both public and party opinion closer together.*“⁴⁰⁸

Die Reaktion Jugoslawiens ist eindeutig als Teil der Betonung des eigenen Wegs zum Sozialismus zu sehen. So wie man den eigenen Weg beschritt, forderte man das gleiche Recht für jenen in der ČSSR, wenngleich man mit diesem selbst nicht vollständig übereinstimmte. Mit der heftigen Reaktion sollte mit Sicherheit auch auf die eigene Lage aufmerksam gemacht werden, wie groß auch immer die Gefahr für Jugoslawien war, man fühlte sich nicht vor einer sowjetischen Intervention gefeit. Wie die bestehenden Ängste blieb auch die Kritik an der Intervention anhaltend. Wenn man in Rumänien bereit war, die lautstarke Kritik gegen die eigene Sicherheit einzutauschen, um eine mögliche Intervention zu vermeiden, so erzielte Jugoslawien

⁴⁰⁴ Vgl. Lindner, Robert: Jugoslawien – empört und besorgt. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 777-778.

⁴⁰⁵ Auszug zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 131-132.

⁴⁰⁶ Gekürzt zu finden in: ebd., S. 133-134.

⁴⁰⁷ Einige weitere Beispiele sind zu finden in: ebd., S. 134-145.

⁴⁰⁸ Lampe, Yugoslavia, S. 294.

mit dem gegenteiligen Rezept für den Fall, dass eine ernsthafte Gefahr bestand, den gleichen Erfolg. International wurde das Verhalten Jugoslawiens positiv rezipiert.

Trotz heftiger Pressekampagnen auf beiden Seiten wurde von sowjetischer Seite relativ bald, vor allem aufgrund der jugoslawischen Position zwischen den Blöcken, die Tito in den Folgejahren im Eigeninteresse auch ausspielte, Entspannung in den gegenseitigen Beziehungen gesucht. Dessen ungeachtet, dass die Folgejahre der Intervention zweifelsohne von einem angespannten Klima geprägt waren, entschloss sich Tito Anfang der 1970er Jahre aus innenpolitischen Gründen und dank außenpolitischer Zusagen die Beziehungen zur Sowjetunion zu entspannen.⁴⁰⁹

China

Von chinesischer Seite erfolgte lange Zeit erstaunlicherweise gar keine Reaktion auf die politischen Vorgänge in der ČSSR. Eine ablehnende Haltung gegen die Reformpolitik in der ČSSR wäre wenig überraschend gewesen, da diese allgemein auf Ablehnung durch Mao Zedong hätte stoßen müssen und vor allem im Bereich der Wirtschaft für chinesische Begriffe als revisionistisch gelten musste. Jedoch wurde von chinesischer Seite auch erkannt, dass die Entwicklungen in der ČSSR eine weitere Schwächung des sowjetischen Einflusses bringen würde, was wiederum als ein Ziel der chinesischen Außenpolitik zu sehen ist.⁴¹⁰ Der Bruch mit der Sowjetunion war, wie bereits unter 2. erläutert, lange vollzogen und der Konflikt war immer weiter eskaliert. Eine ablehnende Haltung gegenüber dem sowjetischen Vorgehen war demnach erwartungsgemäß gegeben.

Die chinesische Zurückhaltung änderte sich mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die ČSSR. Die Nachrichtenagentur *Neues China* gab am 22. August eine langatmige Darstellung der Geschehnisse heraus, in der auch die Vorgeschichte [der „Prager Frühling“, M.G.] aufgerollt wurde. Am folgenden Tag brachte die *Pekinger Volkszeitung* einen ausführlichen Kommentar zu den Ereignissen unter dem Titel „*Totaler Bankrott des sowjetischen modernen Revisionismus*“. In diesem wurde die Intervention als Träger *faschistischer* Züge und Zeugnis der Schwäche der *sowjetischen revanchistischen Verräterclique* sowie als Resultat des Imperialismus der Sowjetunion und der USA gesehen.⁴¹¹

⁴⁰⁹ Siehe hierzu ausführlicher: Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 343-348.

⁴¹⁰ Vgl. Glaubitz, Joachim: Peking: Nackte Piraterie. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 783-784.

⁴¹¹ Attaché Türk an BMAA, Hongkong, [o.D., verfasst am 3.9.1968 eingelangt in Wien am 9.9.1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125473, Karton 1354.

Der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai sprach in seiner Rede am 23. August⁴¹² auf einem vom rumänischen Botschafter Aurel Duma gegebenen Empfang anlässlich des rumänischen Nationalfeiertages vom *sowjetischen Revanchismus*, von einem Zusammenspiel der Sowjetunion und der USA, sowie einem gegenseitigen Einverständnis bezüglich der Politik der USA im Vietnam und der Sowjetunion in der ČSSR. Dem tschechoslowakischen Volk wurde jedoch die Möglichkeit zugesprochen, gegen den sowjetischen und gegen den eigenen Revanchismus anzukämpfen. Den Aufruf der politischen Führung, keinen Widerstand zu leisten, bezeichnete er als himmelschreiendes Verbrechen gegen das Volk. Des Weiteren sprach er, wie bereits erwähnt, über die von ihm angenommene aktuelle Gefahr für Rumänien, Opfer einer sowjetischen Intervention zu werden.⁴¹³ Die diplomatischen Vertreter der Sowjetunion, Bulgariens, der DDR, Polens und Ungarns verließen den Empfang, der Vertreter der Mongolei schloss sich an.⁴¹⁴

Die chinesische Führung zeigte Optimismus, dass das tschechoslowakische Volk gegen den eigenen und den sowjetischen Revanchismus ankämpfen werde, wobei außer Acht gelassen wurde, dass ja gerade das Volk eine Revision der bisherigen kommunistischen Herrschaft anstrebte. Die Folgen von andauerndem aktivem Widerstand, über den von der tschechoslowakischen Bevölkerung geleisteten zivilen Widerstand hinausgehend, wurden, wie auch durch den chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai, außer Acht gelassen oder als in Kauf zu nehmend betrachtet. Joachim Glaubitz stellte die Vermutung an, dass China möglicherweise nicht ungern eine Wiederholung der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes von 1956 gesehen hätte.⁴¹⁵

Am 26. August kam es zu einem Protest durch das chinesische Außenministerium beim sowjetischen Botschafter, da in die chinesische Botschaft in Prag eingedrungen worden war. Am 29. August wurde von der Nachrichtenagentur *Neues China* eine ausführliche Darstellung der Moskauer Verhandlungen gebracht und das darüber veröffentlichte Kommuniqué angegriffen. Die *Pekinger Volkszeitung* bezeichnete dieses in ihrer Ausgabe vom 30. August als typisches offizielles Dokument des Imperialismus. Unter dem Titel „*Gipfelpunkt der Schamlosigkeit*“ wurde der Inhalt, wonach es um eine Sicherung der Interessen der gesamten sozialistischen

⁴¹² Auszüge zu finden bei: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 170-171.

⁴¹³ Attaché Türk an BMAA, Hongkong, [o.D., verfasst am 3.9.1968 eingelangt in Wien am 9.9.1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125473, Karton 1354.

⁴¹⁴ Vgl. Glaubitz, Joachim: Peking: Nackte Piraterie. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 785.

⁴¹⁵ Vgl. ebd., S. 786.

Gemeinschaft, in Wirklichkeit aber um die Aufrechterhaltung der kolonialen Interessen der *sowjetischen revisionistischen Verräterclique* in Osteuropa gehe, angegriffen. Die Errungenschaften des Sozialismus in der ČSSR wurden von sowjetischer Seite als revisionistisch eingestuft und mussten deshalb beseitigt werden. Dubček und die anderen Führer der ČSSR wurden als „*Bande von Verrätern*“ an der Nation bezeichnet, die vor dem *sowjetischen Revisionismus* kapituliert hätten. Am 2. September nützte Ministerpräsident Zhou Enlai den Empfang des nordvietnamesischen Botschafters in China, Ngo Miuh-Loan [sic!, M.G.], anlässlich des 23. Jahrestags der Demokratischen Republik Vietnam, zu einem erneuten Rundumschlag gegen die *revisionistischen Cliques* der Sowjetunion und der ČSSR, worauf die Vertreter der Sowjetunion, Polens, Ungarns, der DDR, Bulgariens, der Mongolei und diesmal auch der ČSSR den Empfang verließen.⁴¹⁶ Die verbalen Angriffe gingen in der Folgezeit beständig weiter.⁴¹⁷

Dem Kommentar des, in Hongkong residierenden, österreichischen Attachés Türk zu Folge war die chinesische Reaktion nicht erstaunlich, in ihrer Heftigkeit übertraf sie jedoch das erwartete Ausmaß. Die Situation in der ČSSR brachte China in eine schwierige Lage, da die sowjetische Politik in ihrer Sicht Revisionismus darstellte und die tschechoslowakische Politik an sich positiv gesehen wurde, weil sie eigenständig war, jedoch jede Art von Liberalisierungsbestrebungen für China wiederum schlimmster Revisionismus waren. Die Invasion und die Verhandlungen in Moskau halfen China und stützten seinen Standpunkt, beide Seiten als revisionistisch zu bezeichnen.⁴¹⁸ Eine Einschätzung, die als schließende Bewertung der chinesischen Reaktion auf den „Prager Frühling“ und die Intervention bestehen bleiben kann. Diese zeigt deutlich die tiefe Spaltung des kommunistischen Lagers zwischen der Sowjetunion und China sowie ihren Verbündeten auf, die in den zehn Jahren zuvor immer stärker zu Tage getreten war. Einerseits wird die sowjetische Politik als Kolonialismus im eigenen Block gesehen und ihr Vorherrschaftsanspruch über die kommunistische Welt abgelehnt, andererseits konnte China natürlich auch den Demokratisierungsprozess nicht gutheißen, der im „Prager Frühling“ in der, zum Lager der Sowjetunion gehörenden, ČSSR losgetreten wurde.

⁴¹⁶ Attaché Türk an BMAA, Hongkong, [o.D., verfasst am 3.9.1968 eingelangt in Wien am 9.9.1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125473, Karton 1354.

⁴¹⁷ Siehe hierzu einige Beispiele in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 174-190.

⁴¹⁸ Attaché Türk an BMAA, Hongkong, [o.D., verfasst am 3.9.1968 eingelangt in Wien am 9.9.1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125473, Karton 1354.

Der sino-sowjetische Konflikt eskalierte wie bereits erwähnt im Jahr 1969 durch blutige Grenzkonflikte am Ussuri, danach blieb das Verhältnis kühl, wurde aber auch zurückhaltender, Verhandlungen blieben ohne großartige Ergebnisse. China wurde 1971 Mitglied der VN und trachtete nach einer Verbesserung der Beziehungen zum Westen. Sowjetische Ausgleichsversuche wurden immer wieder zurückgewiesen, da China durchaus aus seiner Opposition zur Sowjetunion Kapital zu schlagen, imstande war.⁴¹⁹

Albanien

Albanien war wie bereits erwähnt dem chinesischen Kurs gefolgt. Seit Mitte der 1950er Jahre hatten die Verstimmungen mit Moskau zugenommen, am Ende der 1950er Jahre wurde die zukünftige Orientierung an China zunehmend offensichtlich.⁴²⁰ Der endgültige Bruch erfolgte 1960/61, China ersetzte fortan die Unterstützung, die Albanien bisher durch die Sowjetunion und ihre Satelliten zuteil geworden war.⁴²¹ Am 3. Dezember 1961 brach Moskau die diplomatischen Beziehungen zu Albanien ab. Das Ausmaß der Isolierung wurde 1962 klar, als Albanien nicht mehr zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer-Paktes und zum Treffen des RGW gebeten wurde.⁴²² Auch nach dem Sturz Chruščëvs verbesserte sich das Verhältnis Albaniens zur Sowjetunion, vornehmlich wegen der ablehnenden albanischen Haltung, nicht, sowjetische Annäherungsversuche wurden in aller Schärfe zurückgewiesen.⁴²³

Albanien war gegenüber allen osteuropäischen kommunistischen Parteien negativ eingestellt, sodass zunächst kein Unterschied zwischen diesen gemacht wurde. Im Verlauf des Jahres 1968 bis hin zur Intervention verschob sich das albanische Bild der ČSSR. Aus albanischer Sicht orientierte sich die ČSSR durch ihre Reformen schneller als die anderen osteuropäischen kommunistischen Länder in Richtung Westen und Kapitalismus und somit in Richtung eines ebenso wie die Sowjetunion revanchistischen, aber in Opposition zur Sowjetunion stehenden Landes.⁴²⁴

⁴¹⁹ Siehe dazu ausführlicher: Brahm, Heinz: Der sowjetisch-chinesische Konflikt, in: Geyer, Dietrich (Hg.): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 523-536.

⁴²⁰ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 177-179.

⁴²¹ Vgl. ebd., S. 184-187.

⁴²² Vgl. ebd., S. 224-225.

⁴²³ Vgl. ebd., S. 281-282.

⁴²⁴ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 708-710.

„Albania's reaction was consistent with her earlier condemnation of both the Soviet and Czechoslovak parties.“⁴²⁵ Die albanische Führung verurteilte die Intervention äußerst scharf. Die albanische Nachrichtenagentur ATA sprach am 22. August von einem Überfall auf die ČSSR, warf aber deren Führung, die sie als revisionistisch bezeichnete, eine Kapitulation gegenüber der Sowjetunion vor und rief das Volk zum Widerstand auf.⁴²⁶ Dementsprechend einhellig verurteilten die albanischen Medien die Intervention als imperialistischen Angriffsakt, griffen die sowjetische und die tschechoslowakische Führung an und forderten die tschechoslowakische Bevölkerung auf, sich zu erheben.⁴²⁷

Am 23. August wurde von allen Zeitungen eine Erklärung des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und des Ministerrats der Volksrepublik Albanien [vom 22. August⁴²⁸, M.G.] abgedruckt, in welcher die Invasion als brutale Aggression sowie die Aufforderung der Dubček-Führung, keinen Widerstand zu leisten, verurteilt wurden. Des Weiteren wurde der Wandel des Warschauer Paktes von einem Vertrag des Friedens zum Schutz gegen den Imperialismus und westdeutschen Revanchismus zu einem aggressiven Vertrag des Krieges gegen die sozialistischen Länder selbst angeprangert. Am 13. September wurde in der Volksversammlung der Volksrepublik Albaniens einstimmig ein Gesetz über die Kündigung der Mitgliedschaft im Warschauer Pakt beschlossen,⁴²⁹ aus dem man bereits seit 1961 *de facto* exkludiert war.⁴³⁰ Zu den Beratungen des Warschauer Paktes auf dem Weg zur Intervention in der ČSSR war Albanien natürlich nicht hinzugezogen worden.⁴³¹ Neben der Intervention wurden auch noch systematische Vertragsverletzungen gegen Albanien als Austrittsgrund angegeben.⁴³² Von chinesischer Seite wurde der Austritt in einer Grußbotschaft an Enver Hoxha und Mehmet Shehu ausdrücklich als weiterer Schlag gegen die „sowjetrevisionistische Renegatenclique“ gutgeheißen und zugleich bekräftigt, dass China für den Schutz Albaniens einstehe.⁴³³ Auch Albanien dürfte nicht sicher gewesen sein, ob von sowjetischer Seite nicht doch etwas unternommen

⁴²⁵ Skilling, Czechoslovakia's, S. 749.

⁴²⁶ Vgl. Lindner, Robert: Tirana: Aufruf zum Widerstand. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 786.

⁴²⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 5: „Italienisch-französisches KP-Treffen“.

⁴²⁸ Auszüge zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 161-162.

⁴²⁹ Vgl. Lindner, Robert: Tirana: Aufruf zum Widerstand. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 786-787.

⁴³⁰ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 749.

⁴³¹ Vgl. Umbach, Das rote Bündnis, S. 186-187.

⁴³² Gesetz zu finden in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 162-163.

⁴³³ Auszug zu finden in: ebd., S. 174-175.

werden würde, die Abwehrbereitschaft wurde erhöht.⁴³⁴ Die albanische Führung wiederholte ihre Kritik an der Intervention auch in den Folgemonaten.⁴³⁵

Die albanische Reaktion kann als ident mit der chinesischen gesehen werden, lediglich mit der Unterscheidung, dass die ablehnende Haltung gegenüber beiden Konfliktseiten der Intervention bereits vor dieser deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Diese Haltung korreliert mit Albaniens eingeschlagenem Weg auf der Seite Chinas zu stehen und die Sowjetunion und den Warschauer Pakt abzulehnen, was im Austritt aus diesem gipfelte.

Albanien blieb auch in ruhigeren Zeiten zwischen China und der Sowjetunion konsequent gegen letztere eingestellt, eine reale Chance auf einen Ausgleich bestand nicht.⁴³⁶

Weitere Reaktionen kommunistischer Staaten

Die asiatischen regierenden kommunistischen Parteien und Kuba zeigten, wie auch am Beispiel Chinas gesehen, kein besonderes Interesse für die Vorgänge in Prag vor der Intervention. Lediglich in kubanischen Massenmedien wurde ab Mitte Juli über die Ereignisse in der ČSSR berichtet, die politische Führung bezog jedoch keine Position.⁴³⁷ Nach der Intervention wurde diese von der Mongolei, Nordkorea und von Nordvietnam gebilligt. Die kubanische Position ähnelte der chinesischen und der albanischen in der Frage nach dem Revisionismus in der ČSSR, jedoch legalisierte Fidel Castro die Intervention mit Vorbehalten, wie der Verletzung der Souveränität der Tschechoslowakei, als notwendig, da es rechtens sei, einen Staat, um sein Abfallen vom Sozialismus zu verhindern, in der einen oder anderen Weise davor zu beschützen.⁴³⁸ Im Falle der ČSSR erkannte er ein Abrutschen in Richtung Kapitalismus.⁴³⁹ Castros vage Zustimmung soll bei seinen Anhängern, die den Gewaltakt offen ablehnten, Ablehnung hervorgerufen haben.⁴⁴⁰ Noch vor der offiziellen Reaktion durch den *Máximo Líder* war es auf Kuba zu einer kleinen Demonstration unter der Führung des tschechoslowakischen Botschafters gekommen, an der sich einige Kubaner beteiligten. Demgegenüber forderte das

⁴³⁴ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 359-360.

⁴³⁵ Beispiele hierzu in: Meissner, Die »Breshnew-Doktrin«, S. 163-166.

⁴³⁶ Vgl. Hoensch, Sowjetische Osteuropa-Politik, S. 359-362.

⁴³⁷ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 710-711.

⁴³⁸ Vgl. ebd., S. 750-751.

⁴³⁹ Vgl. Le Monde, 25./26. August 1968, S. 4: « La Havane : M. Fidel Castro justifie l'intervention par le « glissement » de Prague vers le capitalisme ».

⁴⁴⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. August 1968, S. 5: „Rückschlag für Moskau in Südamerika“.

sozialistische Burma die Interventionsmächte nüchtern aber eindeutig auf aus der ČSSR abziehen.⁴⁴¹

Zusammenfassung der Reaktionen kommunistischer Staaten

Die vier ausführlicher betrachteten Reaktionen von Rumänien, Jugoslawien, China und Albanien verurteilen, wie eingangs des Kapitels aufgezeigt, die Intervention allesamt schwer. Jedoch waren ihre Reaktionen unterschiedlich konstant und von unterschiedlichen Motiven getrieben. Weitere kommunistische Länder, wie die Mongolei, Nordkorea, der Nordvietnam oder Kuba, sahen die Intervention eher als notwendig an.

Bei Rumänien und Jugoslawien ist die Reaktion in den ersten Tagen, trotz ihrer unterschiedlichen Stellung im Verhältnis zur Sowjetunion und Einstellung zum „Prager Frühling“ von vergleichbarer Schärfe, wobei die Verurteilung der Intervention durch beide Staaten auch länger anhielt, von rumänischer Seite jedoch direkte Angriffe auf die Sowjetunion und die anderen Interventionsmächte nach einigen Tagen, vermutlich auf sowjetischen Druck, unterblieben. Beide Länder waren keinesfalls sicher, dass sie selbst nicht auch Opfer einer Intervention werden könnten. China und Albanien verurteilten die Intervention ebenfalls scharf und anhaltend, jedoch ist die Position dieser beiden Länder zum Unterschied jener Rumäniens und Jugoslawiens auch dem vorhergehenden Reformprozess in der ČSSR und der Dubček-Führung gegenüber negativ eingestellt, wobei von albanischer Seite bereits vor der Intervention Kritik an den Entwicklungen der ČSSR geübt wurde. Die Reaktionen von China und Albanien sind klar in den Kontext des eskalierenden sino-sowjetischen Konfliktes einzuordnen. Albanien beendete nach der Intervention auch die formal noch bestehende Mitgliedschaft im Warschauer Pakt. Rumäniens Verhalten ist als Kontinuität seiner eigenständigeren Politik zu sehen. Jugoslawiens Politik der Blockfreiheit wandte sich infolge der Intervention erneut mehr dem Westen zu, weshalb Moskau wieder eine Verbesserung des Verhältnisses anstrebte.

⁴⁴¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24./25. August 1968, S. 6: „Die Moskauer Führer sind Faschisten“; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. August 1968, S. 2: „Die meisten kommunistischen Parteien stellen sich gegen Moskau“.

5.c) NATO-Mitgliedsstaaten

Im ständigen NATO-Rat wurden nach der Intervention in der ČSSR Beratungen der Vertreter der Mitgliedsstaaten abgehalten. Dort vertrat man jedoch die Meinung, dass der Schwerpunkt der Behandlung des Ereignisses bei den VN liegen sollte. Die Intervention wurde als politischer Fehler gesehen, der auch nicht ohne Rückwirkungen auf das sozialistische Lager und die Sowjetunion selbst bleiben werde. Die bis zur Intervention angestrebte Verbesserung der Ost-West-Beziehungen im Rahmen des sogenannten Harmel-Plans sollte aufgrund der Ereignisse in der ČSSR neu beurteilt werden.⁴⁴² Die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen wurden dann vom ständigen NATO-Rat mit größter Vorsicht aufgenommen. Man war der Meinung, dass die „Sache“ noch nicht ausgestanden sei. Eine Fortsetzung der Beratungen zu den Konklusionen der Gemeinschaft wurde angekündigt, man blieb aber der Ansicht, dass die zurückhaltende Einstellung der Allianz richtig gewesen sei. Die Entspannungspolitik der NATO wurde weiterhin als Maxime bezeichnet, auch wenn diese aufgrund der Ereignisse modifiziert werden sollte.⁴⁴³ Die Position des ständigen NATO-Rates ist beispielhaft für die folgende Darstellung der Reaktionen der NATO-Mitgliedsstaaten. Es herrschte eine Phase der Entspannung, die wie die bevorstehenden Abrüstungsbemühungen nicht gefährdet werden sollte. Die Intervention wurde zwar eindeutig verurteilt und auch die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen wurden mit Skepsis aufgenommen, an eine über das Rhetorische und diplomatische Einschränkungen hinausgehende Reaktion wurde nicht gedacht.

Gemäß der Diktion des NATO-Rates wird im Folgenden, wie auch bisher, auf die erfolgte Behandlung der Intervention im Sicherheitsrat der VN eingegangen, jedoch soll die Behandlung der Reaktionen, wie bisher, innerhalb der gewählten Staatengruppen auch hier nach Ländern getrennt erfolgen. So werden auch hier Unterschiede erkennbar werden, die aus dem zeithistorischen Kontext erklärt und eingeordnet werden sollen.

Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

Wie im einleitenden Kapitel zur weltpolitischen Lage der 1960er Jahre beschrieben war nach der Kuba-Krise von 1962 langsam eine Phase der Entspannung zwischen

⁴⁴² Botschaftsrat Cornaro an BMAA, Brüssel, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131858-6/68, Karton 1354.

⁴⁴³ Botschaftsrat Cornaro an BMAA, Brüssel, 28. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124913, Karton 1354.

den beiden Supermächten, der Sowjetunion und den USA, eingetreten. Der machtpolitische *status quo* in Europa war akzeptiert und es wurde mit einer Entspannungspolitik zur Überwindung der festgefahrenen Fronten begonnen. Diese manifestierte sich in ersten gemeinsamen Verträgen, jenem zur teilweisen Beendigung von Kernwaffenversuchen 1963 und dem Atomwaffensperrvertrag im Sommer 1968. Noch im selben Jahr hätten erste Verhandlungen zur Begrenzung strategischer Waffen beginnen sollen. Selbst waren die USA im Vietnam-Krieg engagiert, für den Präsident Johnson von innen wie von außen unter massiver Kritik stand. Wie reagierten nun die USA vor diesem zeithistorischen Hintergrund?

Am 21. August gab Präsident Johnson zu Mittag eine Erklärung zur bewaffneten Intervention der Sowjetunion und ihrer Alliierten in der Tschechoslowakei ab. Er sprach darüber, dass die tragischen Neuigkeiten aus der Tschechoslowakei, wo die Sowjetunion und ihre Alliierten ein wehrloses Land eingenommen haben um das Wiederaufleben normaler menschlicher Freiheit zu verhindern, die Welt schockieren. Er bezeichnete es als eine schlimme Nachricht, dass ein Zeichen von Freiheit in der Tschechoslowakei als fundamentale Bedrohung für das sowjetische System angesehen werde. Die Begründungen der Sowjetunion, dass die tschechoslowakische Regierung um eine Intervention der Sowjetunion und ihrer Alliierten gebeten hätte, sah er (folgerichtig) als erfunden und meinte, dass keine Intervention gefordert worden wäre und auch keine äußere Aggression [durch den Westen, M.G.] die Tschechoslowakei gefährdete. In der Aktion der Warschauer-Pakt-Staaten sah er eine klare Verletzung der Charta der VN und teilte mit, dass über die zu unternehmenden Schritte derzeit mit anderen Staaten beraten werde. Abschließend rief Johnson die Sowjetunion im Namen der Hoffnung der Menschheit auf Frieden auf, ihre Truppen aus der Tschechoslowakei zurückzuziehen, und drückte seine Hoffnung aus, dass andere verantwortliche Sprecher von Regierungen diese Aufforderung unterstützen werden. Botschafter Ball [der amerikanische Vertreter bei den VN, M.G.] wurde instruiert, im Sicherheitsrat der VN mit anderen Ländern zusammenzukommen und auf die Rechte der Charta der VN für die Tschechoslowakei und ihre Bevölkerung zu bestehen.⁴⁴⁴

In der Debatte im Sicherheitsrat vom 21. August bezeichnete Ball die Invasion, der offiziellen Reaktion seines Präsidenten folgend, als einen Verstoß gegen die Charta der VN. Die Erklärung der Sowjetunion, dass die Invasion gewollt war, bezeichnete

⁴⁴⁴ Österreichische Botschaft an BMAA, Washington, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430, Karton 1354.

er als nicht richtig, betonte, dass die Invasion ohne Wissen der politischen Führung der ČSSR erfolgte und forderte ihre Beendigung.⁴⁴⁵ In einem weiteren Statement brachte er den Vergleich mit den Ereignissen in Ungarn 1956 ein, kritisierte, dass die Sowjetunion keine Namen der Personen nennen konnte, die die Invasion gewollt hatten, und rief dazu auf die Charta der VN zu respektieren. Außerdem sprach er eine Warnung an alle Staaten aus, die einen großen kommunistischen Nachbarn haben.⁴⁴⁶ In den Folgetagen trug Ball heftige Polemiken mit dem sowjetischen Repräsentanten Malik aus. Auszugsweise sei aus der Vormittagssitzung des 22. August seine zynische Anspielung auf die Feststellung des sowjetischen Repräsentanten Malik, der bemerkte, dass nur Imperialisten die Intervention verurteilen, zitiert:

*„Let me call the roll of those imperialists. That imperialist the Prime Minister of India; that imperialist His Holiness Pope Paul; that imperialist President Ceausescu of Romania; that imperialist President Tito of Yugoslavia, that imperialist President Nyerere of Tanzania; those imperialists the leaders of the communist Parties of France and Italy. These are only a very few of a very long list, a list that is growing hour by hour and day by day.“*⁴⁴⁷

In der abendlichen, bis spät in die Nacht dauernden, zweiten Sitzung des 22. August zeigte sich Ball bereits früh durch den offensichtlichen Versuch der anwesenden Vertreter sozialistischer Staaten, eine Abstimmung über den durch die USA unterstützten Resolutionsvorschlag zur Verurteilung der Intervention in der ČSSR zu verhindern, genervt und empörte sich nach dem Scheitern der Annahme der Resolution, trotz Mehrheit im Sicherheitsrat, am sowjetischen Veto über das Verhalten des sowjetischen Repräsentanten.⁴⁴⁸ In seinem Statement in der Debatte vom 24. August, in der wie bereits dargestellt ausführlich über die Möglichkeit der

⁴⁴⁵ Text of Statement by Amb. Ball in Security Council, am 21.8. [1968], keine Ortsangabe, [o.D], ÖStA, AdR, II Pol, [o.GZ], Karton 1354.

⁴⁴⁶ Text of Second Statement by Ambassador Ball in Security Council, am 21.8. [1968], keine Ortsangabe, [o.D], ÖStA, AdR, II Pol, [o.GZ], Karton 1354.

⁴⁴⁷ Statement von Ball (S.27), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Second Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 10.30 a.m.(= Dokument Nr. S/PV.1442) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁴⁴⁸ Siehe hierzu die gesamte Debatte (insbesondere das Statement von Ball auf S. 37, und zur Abstimmung S. 147-167), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Third Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 9 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1443) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

Teilnahme eines Vertreters der DDR an der Sitzung diskutiert wurde, verwies Ball auf den [damals angenommenen, M.G.] Einmarsch deutscher Streitkräfte in der ČSSR und erinnerte an das Jahr 1938.⁴⁴⁹ Bereits am 23. August wurde in der *Süddeutschen Zeitung* Kritik am amerikanischen Verhalten geübt effektiv tatenlos zu bleiben, aber vor den VN die Weltmeinung zu vertreten und den Sicherheitsrat zu nützen, um nun das sowjetische Vorgehen anzuprangern, nachdem man in diesem Gremium seit Jahren wegen des Vietnam-Krieges angegriffen wurde.⁴⁵⁰ Eine Kritik, die treffend die gegensätzlichen Sichtweisen wie sie in den Debatten im Sicherheitsrat zutage traten auf den Punkt bringt. Nicht nur sowjetische Satelliten sondern auch Länder, die die Intervention prinzipiell verurteilten, weigerten sich aus je nach Land unterschiedlichen Gründen mit den USA gemeinsam die Intervention zu verurteilen, da diese selbst einen Interventionskrieg führten. *Die Presse* stellte am 23. August fest, dass keine Revision der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion erfolgen würde. Der Auftritt im Sicherheitsrat wurde als Pflichtübung ohne Aussicht auf Erfolg bezeichnet.⁴⁵¹ Thomas Chorchherr verglich die amerikanische Politik in einem Kommentar in *Die Presse* sogar mit jener der USA nach dem Münchener-Abkommen 1938.⁴⁵²

Am 22. August fand im State Department eine Informationssitzung für die Botschafter westeuropäischer Nicht-NATO-Staaten, der hierorts vertretenen arabischen Länder, Israels und einer Reihe von asiatischen Ländern statt, bei der Charles E. Bohlen (Deputy Under Secretary for Political Affairs) die amerikanische Einschätzung der Lage in der ČSSR darlegte. Für NATO-Länder hatte eine solche Sitzung bereits am Vortag stattgefunden. Bohlen brachte die Genugtuung der amerikanischen Regierung über die Reaktion der Weltöffentlichkeit zum Ausdruck, die die Politik der Sowjetunion in einem schweren Ausmaß verurteilte, wie es seit der „Ungarnkrise“ nicht mehr da gewesen war. Besonders erwähnt wurden auch die deutlichen Erklärungen der neutralen Staaten Westeuropas (siehe: 5.d) und vieler afrikanischer (siehe: 5.e) und asiatischer Länder, darunter Indien und Japan (siehe 5.f). Aufgrund der Reaktion von Jugoslawien, Rumänien (siehe: 5.b) und der

⁴⁴⁹ Vgl. hierzu das Statement von Ball (S. 16-18); für die gesamte Debatte (siehe: S. 2-92), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Fourth Meeting, Held at Headquarters. New York, Saturday, 24 August 1968, at 11.30 a.m. (=Dokument Nr. S/PV.1445) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁴⁵⁰ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 23. August 1968, S. 6: „Washington dringt auf Abzug der Truppen“.

⁴⁵¹ Vgl. *Die Presse*, 23. August 1968, S. 3: „Milde Worte und wenig Emotion“.

⁴⁵² Vgl. *Die Presse*, 27. August 1968, S. 1: „Partnerschaft trotz allem“.

kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs (siehe hierzu: die weiter unten in diesem Kapitel folgenden Darstellungen zu Frankreich und Italien) sah er einen tiefen Riss im kommunistischen Lager. Neben den beteiligten Staaten habe, laut Bohlen, lediglich der Nordvietnam [auch die Mongolei und Nordkorea, vermutlich nach dem 22. August, sowie Castro mit Abstrichen für Kuba am 23. August, M.G.] die sowjetische Aktion gebilligt. Weiters wurde darauf eingegangen, dass in der an Präsident Johnson, wie auch an die britische und westdeutsche Regierung überreichten Note der jeweiligen Botschafter erklärt wurde, dass die Intervention auf Ersuchen erfolgt sei. Er attestierte folgerichtig, dass es schiene, als ob bei den politischen Plänen der Sowjetunion etwas schief gegangen sei. Es sei auf alle Fälle bemerkenswert, dass es bisher [bis zum 22. August, M.G.] nicht gelang, zumindest eine Marionettenregierung zu installieren, um zumindest den Schein der Legalität zu wahren. In Ungarn war Kádár von der Sowjetunion noch für ihre Zwecke verwendet worden, in der Sache der ČSSR sei man nicht einmal in der Lage, einen einzigen Politikernamen zu nennen, der zu einer von Moskau akzeptierten Regierungsbildung bereit sei. Weiters führte Bohlen aus, dass nach der Bildung eines Marionettenkabinetts sich die Frage der Legitimierung der neuen Vertreter ergeben würde, im Falle Ungarns dauerte die Anerkennung der Vertreter der Regierung Kádárs zwei Jahre. Die USA hätten nicht die geringste Eile, eine mögliche neue Regierung der ČSSR anzuerkennen. Über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen urteilte er, dass es zu einer beträchtlichen Abkühlung des Verhältnisses kommen werde. Jedoch betonte er, dass nach der Bedeutung der Bereiche entschieden werden müsse, wie zwischen solchen einer symbolischen Frage, wie dem kulturellen Austausch, und einer existenzwichtigen, wie der Abrüstungsfrage. Künftige Vereinbarungen mit der Sowjetunion wurden auf alle Fälle als schwieriger werdend bezeichnet.⁴⁵³

Am 24. August wurde anlässlich erschienener Presseberichte über ein Zusammenspiel der USA und der Sowjetunion in Bezug auf die Einflussphären in einer Erklärung des Außenministeriums klargestellt, dass die Regierung der Vereinigten Staaten keine Abkommen über Einflussphären getroffen hätte. Es gab hierzu keine Gespräche in der Frage der ČSSR und auch keine Regierung versuchte irgendeine Form eines solchen Einverständnisses von den USA zu erreichen. Auch auf den Konferenzen von Malta und Jalta wären keine Einflussphären beschlossen

⁴⁵³ Botschaftsrat Hinteregger an BMAA, Washington, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, [o.GZ], Karton 1354.

worden, wie aus darüber veröffentlichten Dokumenten hervorgeht.⁴⁵⁴ Natürlich entspricht diese Darstellung des amerikanischen Außenministeriums weder dem *common sense* noch der Realität der damaligen weltpolitischen Lage, in der klare Blockgrenzen und dazugehörige Einflusssphären vorhanden waren.

In weiterer Folge kam es noch wegen der anhaltenden Besetzung der ČSSR zu einer Prüfung der gemeinsamen Sicherheitsvorkehrungen durch die USA und ihre NATO-Verbündeten.⁴⁵⁵ Am 30. August warnte Johnson bei einer Rede in San Antonio die Sowjetunion vor weiteren Interventionen, da es in einem solchen Fall keine Beschwichtigungspolitik mehr geben würde.⁴⁵⁶ Dies wurde vielfach als Warnung an die Sowjetführer gedeutet, von einem möglichen Einmarsch in Jugoslawien, Rumänien aber auch Österreich abzusehen.⁴⁵⁷

Der amerikanische Präsidentschaftsanwärter und spätere Nachfolger Johnsons, Richard Nixon, bezog ebenfalls bereits früh eindeutig gegen die Intervention Stellung und bezeichnete diese als „*Abscheulichkeit gegen das Weltgewissen*“.⁴⁵⁸ Innenpolitisch wurde Nixon deshalb als Gewinner der ČSSR-Krise gesehen, da sein demokratischer Konkurrent um die Präsidentschaft Hubert Humphrey es vermieden hatte, zu den Ereignissen in der ČSSR Stellung zu nehmen.⁴⁵⁹ Auch innerhalb der amerikanischen Politik gab es kritische Stimmen. Einige US-Politiker, hier am Beispiel des Senators George S. McGovern, meinten, dass die USA ihre Intervention im Vietnam bei einer so großen Distanz kaum mit der Bedrohung ihrer Sicherheit rechtfertigen und gleichzeitig die sowjetische Intervention in einem Land an deren Grenze verurteilen könnten.⁴⁶⁰

In den USA kam es zu Protesten vor der sowjetischen Vertretung, im Zuge derer einige jugendliche Demonstranten die sowjetische Aggression mit dem Vorgehen der USA im Vietnam verglichen. Hierzu waren die Ansichten aber divergierend. Gegenstimmen verurteilten den Vergleich, gerade in diesen Tagen.⁴⁶¹

⁴⁵⁴ Erklärung des US-Außenministeriums, Washington, 24. 8. [1968], keine Ortsangabe, [o.D], ÖStA, AdR, II Pol, [o.GZ], Karton 1354.

⁴⁵⁵ State Department: NATO prüft militärische Sicherheitsvorkehrungen, Washington, 3. 9. 1968, keine Ortsangabe, [o.D.], ÖStA, AdR, II Pol, [o.GZ], Karton 1354.

⁴⁵⁶ Vgl. The New York Times, 31. August 1968, S. 1, 3: „Johnson Cautions Soviet Rumors of a New Invasion“; vgl. Süddeutsche Zeitung, 2. September 1968, S. 1-2: „Präsident Johnson warnt die Kremlführer“.

⁴⁵⁷ Vgl. z. B.: The Economist, 31. August 1968, S. 26-34: „After Czechoslovakia“, hier S. 29.

⁴⁵⁸ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 6: „Nixon: Eine brutale Tat der Sowjets“.

⁴⁵⁹ Vgl. Die Presse, 24./25. August 1968, S. 3: „Nur aufgeschoben“.

⁴⁶⁰ Vgl. The New York Times, 24. August 1968, S. 19: „Senator Decries Vietnam Politics“.

⁴⁶¹ Vgl. The New York Times, 22. August 1968, S. 19: „Youths Demonstrate at the Soviet Mission Here“.

Die Intervention in der ČSSR stellte lediglich eine vorübergehende Irritation im an sich von Krisen relativ unabhängig geführten Abrüstungsdialog zwischen den USA und der Sowjetunion dar.⁴⁶² Die bilateralen Kontakte wurden in Moskau eingestellt, der normale Kontakt aber binnen weniger Monate wieder aufgenommen.⁴⁶³ Die bestehenden kulturellen Programme erfuhren aufgrund der gespannten internationalen Lage zunächst keine Ausweitung.⁴⁶⁴

Die Reaktionen der USA sind als eindeutige Verurteilung der Intervention zu werten. Dennoch spielen in den Überlegungen der USA wichtige außenpolitische Faktoren wie die Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion mit, die sie auf keinen Fall durch einen Bruch mit dieser zu gefährden trachteten. Die nicht in Erfüllung gegangenen Pläne der Sowjetunion, eine Scheinlegitimation der Intervention zu erreichen, wurden richtigerweise angenommen.

Der rumänische Botschaftsrat Neda [sic!, M.G.] zeigte sich beispielsweise in Washington über die Reaktion der USA enttäuscht, da Rumänien als kommunistisches Land bei Weitem schärfer als die USA auf die Intervention reagiert hätte.⁴⁶⁵ Folgt man seiner Sicht, kann man den USA trotz der generellen Verurteilung der Intervention richtigerweise eine bewusste Zurückhaltung aus Eigeninteresse unterstellen. Die Entspannung zwischen den Supermächten sollte durch die Intervention auf keinen Fall gefährdet werden. Man verurteilte die Intervention zwar eindeutig in der Weltöffentlichkeit und vor dem Sicherheitsrat der VN. Johnson protestierte gegen das sowjetische Vorgehen und warnte vor Wiederholung andernorts. Zudem sagte er das noch für 1968 geplante Gipfeltreffen, auf dem die Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen hätten beginnen sollen,⁴⁶⁶ zwischen ihm und Kosygin bereits am 22. August ab,⁴⁶⁷ nachdem der sowjetische Botschafter Dobrynin erst zwei Tage vor der Intervention Kosygins Zustimmung zum Beginn dieser Gespräche und eine damit verbundene Einladung in die Sowjetunion

⁴⁶² Vgl. Gasteyger, Curt: Konfrontation und Koexistenz mit den Vereinigten Staaten. In: Geyer, Dietrich (Hg.): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 42.

⁴⁶³ Vgl. Mayers, David: The Ambassadors and America's Soviet Policy, Oxford 1995, S. 220-221.

⁴⁶⁴ Angaben über die kulturelle Tätigkeit mehrerer ausländischer Vertretungsbehörden in der SU, verfasst von Kulturrat Auer am 28. 10. 1968, Moskau, an BMfU und BMAA, [o. GZ.], in: Die kulturellen Beziehungen einiger Länder zur Sowjetunion nach der sowjet. Intervention in der CSSR., gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 7. 11. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 129102/68, Karton 1404.

⁴⁶⁵ Botschaftsrat Hinteregger an BMAA, Washington, 27. 8.1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124707, Karton 1354.

⁴⁶⁶ Vgl. Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 224-225. Das Treffen hätte angeblich bereits in der Woche nach der Intervention stattfinden sollen. (Vgl. Die Presse, 24./25. August 1968, S. 3: „Nur aufgeschoben“.)

⁴⁶⁷ Vgl. International Herald Tribune, 23. August 1968, S. 1: „Invasion Upset Johnson Talks With Kosygin“.

überreicht hatte.⁴⁶⁸ *The Economist* bezeichnete das Nichtstattfinden der Gespräche zwischen Johnson und Kosygin als größtes Opfer der Invasion.⁴⁶⁹ Erste Verhandlungen begannen jedoch im November des darauffolgenden Jahres 1969.⁴⁷⁰

Großbritannien

Die britische Regierung reagierte am 21. August scharf und eindeutig auf die Intervention des Warschauer Paktes:

“Her Majesty’s Government regard the action taken by the Soviet Government and certain of her allies in invading Czechoslovakia as a flagrant violation of the United Nations Charter and of all accepted standards of international behaviour. The action is also in sharp conflict with the often-repeated statements by the Soviet Government about non-interference with the sovereign rights of independent States.

This is a tragedy not only for Czechoslovakia but for Europe and the whole world. It is a serious blow to the efforts which so many countries have been making to improve relations between East and West.

*In the light of these grave events we are naturally in close consultation with our friends.”*⁴⁷¹

Zudem beschloss die Regierung, eine mögliche Marionettenregierung nicht anzuerkennen.⁴⁷²

In Bezug auf die Erklärung seiner Regierung, die er auch im Sicherheitsrat der VN verlesen hatte, spielte der britische Repräsentant Lord Caradon auf den Widerspruch zwischen den Prämissen der sowjetischen Führung und ihrem Handeln gegenüber der ČSSR wie folgt an:

„In justifying the inscription of the item on our agenda I shall quote only the words of the Foreign Minister of the Soviet Union. Many of us will remember him saying: ‘The front-line in the struggle against violations of national sovereignty is everywhere. This struggle is going on in all continents at different levels of international relations

⁴⁶⁸ Vgl. Bohlen, Charles E.: *Witness to History 1929-1969*, London 1973, S. 531-532.

⁴⁶⁹ Vgl. *The Economist*, 7. September 1968, S. 49-58: “American Survey”, hier S. 49.

⁴⁷⁰ Vgl. Hildermeier, Sowjetunion, S. 1000.

⁴⁷¹ Britische Publikation über die Behandlung der ČSSR-Krise im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen übermittelt durch Botschafter Schöner an BMAA, London, [o. D., verfasst am 9. 10. 1968, eingelangt am 17. 10. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 127886/Blg. 1, Karton 1355.

⁴⁷² Undatierte maschinengeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: ČSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354; vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. August 1968, S. 3: „London erkennt nur Regierung Dubcek an“; vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 25. August 1968, S. 3: „Feste Haltung Londons“.

and in a variety of forms. It is one in which the United Nations is required to play an active role.' That is the judgement of Mr. Gromyko."

Daraufhin betonte er auf Maliks Anklagen gegen die imperialistischen Politik, insbesondere der USA, dass es am heutigen Tag nur eine imperiale Aktion zu behandeln gilt und zwar jene der Sowjetunion [im Original: jene Russlands, M.G.].⁴⁷³ In den Folgetagen ist seine entschlossene Position mit jener des US-Repräsentanten Ball vergleichbar, der Diskussionsverlauf ist durch obenstehende Erläuterungen zur Debatte im Sicherheitsrat bereits hinlänglich dargestellt.

Alle britischen Parteien verurteilten die Invasion, sie sollen sich bedrückt gezeigt haben, dass sie nichts weiter zugunsten der ČSSR unternehmen haben können außer zu demonstrieren. Bereits am 21. August kam es zur ersten Demonstration vor der sowjetischen Botschaft.⁴⁷⁴ Die britischen Kommunisten reagierten vorsichtiger, sie verurteilten zwar die Intervention, betonten aber die Notwendigkeit von Gesprächen und griffen andere imperiale Akte, wie jene der USA im Vietnam sowie die britischen Waffenlieferungen an Nigeria, an.⁴⁷⁵ Die britische Regierung rief zu einer Massenkundgebung im Londoner Hyde Park auf. Eine einmütige Verurteilung der Intervention durch die Demonstration am 26. August, an der 10 000 Personen teilgenommen haben sollen, gelang aber nicht, es gab zahlreiche Zwischenrufe und es wurde gegen alles mögliche Andere mitdemonstriert. So wurde die amerikanische Politik im Vietnam, die britischen Waffenlieferungen an Nigeria und der Kashmir-Konflikt thematisiert, zudem soll es sowjetfreundliche Zwischenrufe gegeben haben.⁴⁷⁶ Im Zuge der Proteste in Großbritannien wurden zwei sowjetische Handelszentren beschädigt und eine sowjetische Ausstellung durch Feuerwerkskörper und Stinkbomben gestört.⁴⁷⁷

Durch Premierminister Wilson erfolgte zwar bereits am 26. August eine mäßigende Stellungnahme, in der er vorgeschlagene Boykottmaßnahmen als übereilte und untaugliche Schritte bezeichnete. Die Fortsetzung der

⁴⁷³ Vgl. das Statement von Lord Caradon (S. 26-30, zum wörtlichen Zitat siehe S. 28) in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-First Meeting, Held at Headquarters. New York, Wednesday, 21 August 1968, at 5.30 p.m. (= Dokument Nr. S/PV.1441) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁴⁷⁴ Vgl. The Economist, 24. August 1968, S. 13-21: "Czechoslovakia", hier S. 21.

⁴⁷⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. August 1968, S. 2: „Die meisten kommunistischen Parteien stellen sich gegen Moskau“.

⁴⁷⁶ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 27. August 1968, S. 4: „Gestörte Kundgebung im Londoner Hyde Park“; vgl. The Times, 26. August 1968, S. 4: "Thousands in Hyde Park pledge their support".

⁴⁷⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 26. August 1968, S. 7: „Italien läßt Ostpolitik "abkühlen"“.

Entspannungspolitik bezeichnete er als Notwendigkeit, da man aufgrund der Ereignisse keinesfalls zur starren Bewegungslosigkeit des Kalten Krieges zurückkehren dürfte. Dennoch ließ er wie auch die anderen Regierungsmitglieder in der Öffentlichkeit keinen Zweifel an der Verurteilung des sowjetischen Vorgehens.⁴⁷⁸ Die britischen Medien kritisierten Wilsons Betonung des Festhaltens an der Politik der Entspannung.⁴⁷⁹ Auch die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen wurden von der britischen Presse pessimistisch kommentiert.⁴⁸⁰

Auf diplomatischer Ebene wurde gegen die weiteren Interventionsmächte vorgegangen. Der britische Botschafter in Warschau kehrte aus seinem Urlaub zunächst nicht dorthin zurück⁴⁸¹ und die Besuche von Außenminister Stewart, die für September in Bulgarien und Ungarn geplant waren, wurden abgesagt, jener in Rumänien nicht.⁴⁸² Der Gewerkschaftskongress machte seine Einladung an eine sowjetische Delegation für Anfang September rückgängig.⁴⁸³

Die unterschiedliche Bewertung der Intervention ließ Spannungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion hinsichtlich des britischen Beitrittswunsches zur EWG und der Haltung in der Deutschlandfrage sichtbar werden, die in den Jahren zuvor durch die bereits weggefallene Vermittlerrolle Großbritanniens im Vietnamkonflikt und die weltweiten Entspannungsbemühungen, eher überdeckt waren. Moskau reagierte auf die britische Kritik äußerst empfindlich und die unterschiedliche Beurteilung der Ereignisse wirkte auf die sowjetisch-britischen Beziehungen besonders stark zurück. Eine echte Verbesserung der Beziehungen erfolgte erst nach den Wahlen zum britischen Unterhaus 1970, die mit einem Sieg der Konservativen endeten, und dem damit verbundenen Regierungswechsel.⁴⁸⁴ Großbritannien verurteilte die Intervention demnach in aller Schärfe, aber dennoch im

⁴⁷⁸ Vgl. Altrichter/Bernecker, Geschichte Europas, S. 298-299; vgl. Bonwetsch, Bernd: Sowjetische Westeuropapolitik: II, in: Geyer, Dietrich (Hg.): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 158; (ab hier: Bonwetsch, Sowjetische Westeuropapolitik: II)

⁴⁷⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. August 1968, S. 2: „Stimmen der Anderen“.

⁴⁸⁰ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 31. August 1968, S. 6: „Britische Pressekommentare zu Moskauer Diktat“.

⁴⁸¹ Botschafter Proksch an BMAA, Warschau, [o.D., verfasst am 29. 8. 1968, eingelangt in Wien am 4. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125267, Karton 1354.

⁴⁸² Botschaftssekretär Rainer an BMAA, Bukarest, [o.D., verfasst am 2. 9. 1968, eingelangt in Wien am 4. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125268, Karton 1354.

⁴⁸³ Undatierte maschinengeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, gezeichnet Legationsrat Staffelmayr, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁴⁸⁴ Vgl. Bonwetsch, Sowjetische Westeuropapolitik: II, S. 155-159.

Zeichen der Politik der Entspannung. Die Beziehungen zur Sowjetunion wurden dadurch auf verhältnismäßig längere Zeit beeinträchtigt.

Frankreich

Frankreich gehörte, wie bereits dargelegt, seit 1966 nicht mehr den NATO-Militärstrukturen an, war jedoch weiterhin politisches Mitglied der NATO.⁴⁸⁵ In aller Stille wurden aber Verträge mit der NATO abgeschlossen, die eine Beteiligung französischer Kräfte im Krisenfall regeln sollten, jedoch hatte Frankreich die Option nicht Krieg führen zu müssen offengehalten.⁴⁸⁶ 1967 hatte de Gaulle erneut das britische Ansuchen auf eine Aufnahme in die EWG abgelehnt.⁴⁸⁷ Frankreich war in den 1960er Jahren auf Distanz zu den USA und Großbritannien gegangen, was wiederum die BRD im Bezug auf das Verhältnis zu den USA und gegenüber einem britischen EWG-Beitritt zu einem Gegenspieler Frankreichs machte. Das Verhältnis zur Sowjetunion hatte Frankreich verbessert, Altrichter/Bernecker sprechen sogar von einer „exklusiven“ Entspannungspolitik Frankreichs gegenüber der Sowjetunion.⁴⁸⁸ Diese Mitte der 1960er Jahre begonnene Entspannungspolitik mit Osteuropa wurde von der Sowjetunion, wenn auch mit einer aus ihrer Sicht gesunden Skepsis, positiv bewertet. Seit 1965 kam es zu regelmäßigen Konsultationen auf höchster politischer Ebene, 1966 zu gegenseitigen Staatsbesuchen von de Gaulle und Kosygin. Aus den verbesserten Beziehungen resultierte eine aktive Zusammenarbeit in den verschiedensten Gebieten, besonders im wissenschaftlich-technischen und im kulturellen Bereich. Bereits 1964 war ein langfristiger Handelsvertrag (1965-1969) abgeschlossen worden, der eine starke Belebung des Handels mit sich brachte und zur Gründung einer gemeinsamen sowjetisch-französischen Handelskommission 1967 führte. Positiv hervorgehoben wurde von sowjetischer Seite die weitgehende französische Anerkennung der weltpolitischen Ordnung, insbesondere de Gaulles Eintreten für die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze und sein Auftreten gegen eine atomare Bewaffnung der BRD. Nicht jedoch stimmte man in der Frage der DDR überein, da Frankreich den

⁴⁸⁵ Vgl. Martens, Stefan: Frankreich seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. in: Hinrichs, Ernst (Hg.): Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2002, S. 349-350.

⁴⁸⁶ Vgl. Gordon, Philip H.: A Certain Idea of France. French Security Policy and the Gaullist Legacy, Princeton/New Jersey 1993, S. 74. (ab hier: Gordon, A Certain Idea of France)

⁴⁸⁷ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 344.

⁴⁸⁸ Vgl. Altrichter/Bernecker, Geschichte Europas, S. 234.

Alleinvertretungsanspruch der BRD unterstützte. Die amerikanische Politik im Vietnam verurteilten sowohl die Sowjetunion als auch Frankreich.⁴⁸⁹

Die französische Regierung äußerte sich am 21. und 24. August, Präsident de Gaulle am 9. September unmissverständlich gegen die Intervention in der ČSSR.⁴⁹⁰ Der sowjetische Botschafter Valerian A. Zorin hatte Präsident de Gaulle bereits eine Stunde vor Beginn der Intervention über diese unterrichtet und betont, dass es sich um eine rein interne Angelegenheit der sozialistischen Staaten handle.⁴⁹¹ Die französische Präsidentschaftskanzlei gab am 21. August ein Kommuniqué zum Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in der ČSSR heraus. In diesem wurde das Verhalten der Sowjetunion als ein Beweis für das Festhalten an der Politik der Blöcke, der de Gaulle die Hauptschuld an der Intervention zuwies, gesehen und es wurde festgestellt, dass die Rechte einer befreundeten Nation verletzt wurden sowie angemerkt, dass die europäische Entspannung in Frage zu stellen ist. Die Reaktion Frankreichs wurde in ersten Kommentare als zurückhaltend und vorsichtig gesehen, diese meinten, dass de Gaulle sein internationales Gewicht und Prestige stärker zugunsten der ČSSR in die Waagschale hätte werfen können.⁴⁹²

Der französische Repräsentant im Sicherheitsrat der VN Armand Béard stellte sich zwar, wie die USA und Großbritannien, klar gegen die Intervention und trug den Resolutionsvorschlag zu deren Verurteilung mit. Aus seinen Ausführungen geht klar hervor, dass Frankreich von der Sowjetunion eine Fortführung der Entspannungspolitik und ein dementsprechendes Verhalten in der ČSSR wünschte. Des Weiteren betonte er, dass die Tschechoslowakei eine mit Frankreich befreundete und seit Jahrhunderten verbundene Nation sei.⁴⁹³ Im Zuge der Debatten in den Folgetagen der Intervention fiel er allerdings nicht durch besonders häufige und ausführliche Wortmeldungen auf.

Die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) hatte die Reformbestrebungen der ČSSR-Führung unterstützt und im Zuge der Zuspitzung des tschechoslowakisch-sowjetischen Konflikts in Person des Generalsekretärs der französischen KP

⁴⁸⁹ Vgl. Dankert, Jochen/Quilitzsch, Siegmund: Zu den sowjetisch-französischen Beziehungen der Gegenwart, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas (Bd. 12), Berlin 1968, S. 39-67.

⁴⁹⁰ Vgl. Bonwetsch, Sowjetische Westeuropapolitik: II, S. 174.

⁴⁹¹ Botschaftsrat Fischer an BMAA, Paris, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131857, Karton 1354.

⁴⁹² Botschaftsrat Fischer an BMAA, Paris, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131856, Karton 1354.

⁴⁹³ Vgl. das Statement von Béard (S. 88-91), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-First Meeting, Held at Headquarters. New York, Wednesday, 21 August 1968, at 5.30 p.m. (= Dokument Nr. S/PV.1441) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

Waldeck Rochet zu vermitteln versucht. Nach der Intervention zeigte sie sich anfangs über diese bestürzt und verurteilte sie trotz gewisser Bedenken gegenüber den Entwicklungen in der ČSSR. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung hatte sich die KPF offen gegen eine Aktion der Sowjetunion gestellt. Diese Reaktion war jedoch nicht nur mit der die Intervention verurteilenden Stimmung in Frankreich begründet, sondern wurzelte auch im Scheitern der eigenen Vermittlungsbemühungen. Eine Billigung des sowjetischen Vorgehens, wie im Falle der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes 1956, hätte der KPF mit ziemlicher Sicherheit jegliche innenpolitische Bedeutung geraubt. Das Zentralorgan der KPF *L'Humanité* verurteilte die Intervention am 22. August unter dem Titel „*Überraschung und Verwerfung*“ und strich die scharfen Reaktionen Jugoslawiens und Rumäniens sowie der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) besonders heraus.⁴⁹⁴ Die Moskauer Verhandlungen bewertete *L'Humanité* jedoch bereits am 26. August positiv.⁴⁹⁵ Einen offenen Bruch mit Moskau riskierte die KPF nicht, indem sie dann die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen, vermutlich auf sowjetischen Druck, Anfang September positiv wertete, worauf auch die sowjetische Kritik an ihr verstummte.⁴⁹⁶ Die vergleichbare Haltung der KPI, welche im nächsten Abschnitt (Italien) behandelt wird, sei vorab angemerkt.

Die französische Öffentlichkeit war über die Intervention empört,⁴⁹⁷ ebenso waren es die Medien.⁴⁹⁸ *Le Monde* sprach am 22. August von stalinistischer Logik und davon, dass Frankreich die Tschechoslowakei, für die es vor 50 Jahren Pate gestanden hatte, vor 30 Jahren und heute noch viel weniger beschützen konnte.⁴⁹⁹

Frankreich wünschte, dass die Sowjetunion auf den Weg der Entspannung, Verständigung und Zusammenarbeit zurückkehrt, den sie mit de Gaulle bei einem Besuch vereinbart hatte, indem sie ihre Truppen abzieht und dem tschechoslowakischen Volk wieder die Möglichkeit verschafft über sein eigenes

⁴⁹⁴ Vgl. König, Helmut: Die Katzen auf dem heißen Blechdach. KPF und KPI im Angesicht der sowjetischen Intervention in der ČSSR. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 788-792; die erste Erklärung des Politbüros ist zu finden in: Le Monde, 22. August 1968, S. 1, 3: « La prise de position du P.C.F. »; die ausführlichere Erklärung des ZKs ist zu finden in: Le Monde, 24. August 1968, S. 7: « La résolution ».

⁴⁹⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 27. August 1968, S. 4: „Blick in die Presse“.

⁴⁹⁶ Vgl. König, Helmut: Die Katzen auf dem heißen Blechdach. KPF und KPI im Angesicht der sowjetischen Intervention in der ČSSR. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 792-793.

⁴⁹⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 22. August 1968, S. 9: „Stimmungsumschwung in Frankreich“.

⁴⁹⁸ Vgl. hierzu die Berichterstattung und Kommentare in Le Monde in den ersten beiden Wochen nach der Intervention; weitere Zeitungen, wie Le Figaro oder Les Echos verurteilten die Intervention ebenfalls eindeutig. (Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 4: „Blick in die Presse“.)

⁴⁹⁹ Vgl. Le Monde, 22. August 1968, S. 1: « La vérité vaincra ».

Schicksal zu bestimmen.⁵⁰⁰ De Gaulle teilte diese Position dem sowjetischen Botschafter in Paris mit. Dennoch sollte die französische Außenpolitik gegenüber Osteuropa langfristig keine Veränderung erfahren. Die technischen, wirtschaftlichen, kommerziellen und bis zu einem gewissen Grad die kulturellen Kontakte wurden nicht unterbrochen.⁵⁰¹ Lediglich für Veranstaltungen in Frankreich wurde betont, dass Vorsicht wegen des möglichen Echos der Bevölkerung geboten sei.⁵⁰² Die Fortsetzung der politischen Kooperation wurde jedoch vorläufig ausgesetzt und in Frage gestellt.⁵⁰³ Als eine erste diplomatische Maßnahme wurde der Besuch Gomulkas, der für die zweite Oktoberhälfte in Paris geplant war, verschoben,⁵⁰⁴ und der Besuch einer sowjetischen Flotteneinheit in Cherbourg abgesagt.⁵⁰⁵ In Pariser Regierungskreisen hielt sich die Angst vor einem Wiederaufflammen des Kalten Krieges.⁵⁰⁶ In den Ergebnissen der Moskauer Verhandlungen wurde kein Ende der Krise gesehen.⁵⁰⁷ De Gaulle verurteilte die Intervention zwar, gleichzeitig beabsichtigte aber er nicht, seine Entspannungspolitik zu ändern. Die Schuld an der Intervention sah er im Fortbestehen der Blockpolitik und der Hegemonie in den Blöcken.⁵⁰⁸ Infolge der Intervention entradikalisierte de Gaulle sein Haltung gegenüber der NATO und den USA, was aber auch an den wirtschaftlichen Problemen und den Währungsschwierigkeiten als Folgen der Mai-Unruhen lag. Der Zeitpunkt war günstig, denn mit der Intervention in der ČSSR war seine Idee eines *Europa vom Atlantik bis zum Ural* und der Überwindung der Blöcke zumindest

⁵⁰⁰ Vgl. Altrichter/Bernecker, Geschichte Europas, S. 298-299.

⁵⁰¹ Die tschechoslowakische Krise und ihre internationalen Folgen in französischer Sicht (verfasst von der Österreichischen Botschaft), Paris, [o.D., verfasst am 5. 10. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 127480, Karton 1354; Undatierte maschinegeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁵⁰² Angaben über die kulturelle Tätigkeit mehrerer ausländischer Vertretungsbehörden in der SU, verfasst von Kulturrat Auer am 28. 10. 1968, Moskau, an BMfU und BMAA, [o. GZ.], in: Die kulturellen Beziehungen einiger Länder zur Sowjetunion nach der sowjet. Intervention in der CSSR., gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 7. 11. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 129102/68, Karton 1404.

⁵⁰³ Die tschechoslowakische Krise und ihre internationalen Folgen in französischer Sicht (verfasst von der Österreichischen Botschaft), Paris, [o.D., verfasst am 5. 10. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 127480, Karton 1354; Undatierte maschinegeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁵⁰⁴ Botschafter Proksch an BMAA, Warschau, [o.D., verfasst am 29. 8. 1968, eingelangt am 4. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125220, Karton 1354.

⁵⁰⁵ Undatierte maschinegeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁵⁰⁶ Die tschechoslowakische Krise und ihre internationalen Folgen in französischer Sicht (verfasst von der Österreichischen Botschaft), Paris, [o.D., verfasst am 5. 10. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 127480, Karton 1354.

⁵⁰⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 29. August 1968, S. 5: „Frankreich ist nicht beruhigt“.

⁵⁰⁸ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 26. August 1968, S. 7: „Schärfere Sprache in Paris“.

gegenwärtig ins Reich der Träume verbannt.⁵⁰⁹ Die Sowjetunion betrachtete die französische Kritik an der Intervention zurückhaltender, was mit Sicherheit an den in den Jahren zuvor entwickelten Beziehungen mit Frankreich, sowie dessen Haltung gegenüber der NATO und auch seiner EWG-Politik lag, deren grundlegende Änderung von Frankreich nicht beabsichtigt wurde. Eine Störung der Beziehungen war nicht im sowjetischen Interesse. Die sowjetisch-französischen Kontakte fanden bald ohne merkliche Beeinträchtigung ihre Fortsetzung.⁵¹⁰

Italien

Am 21. August fanden sich in der italienischen Presse, wenn überhaupt, nur kurze aber dafür groß aufgemachte Meldungen zu den Vorgängen in der ČSSR. Das kommunistische Zentralorgan *L'Unità* hatte bereits eine riesige Schlagzeile, wonach die dramatische Nachricht aus Prag Bewegung und tiefe Besorgnis in der italienischen und internationalen Arbeiterbewegung hervorgerufen hätte.⁵¹¹

Der italienische Ministerrat veröffentlichte, nachdem er ein ausführliches Referat von Außenminister Giuseppe Medici zu den Vorgängen in der ČSSR zur Kenntnis genommen hatte, eine die Intervention verurteilende Erklärung.

Auszugsweise:

*„die invasion der tschechoslowakei, seitens der sowjetunion und anderer kommunistischer staaten osteuropas stellt eine flagrante verletzung, der natuerlichen rechte der voelker, der normen des voelkerrechts und der charta der vereinten nationen dar.“*⁵¹²

Die weiteren Ausführungen sprachen davon, dass die Invasion mit Waffengewalt den Prozess der Demokratisierung in der ČSSR unterdrückt und der Freiheit und Unabhängigkeit des tschechoslowakischen Volks sowie dem Prozess der internationalen Entspannung einen überaus harten Schlag versetzt hätte. Abschließend wurde die Solidarität des italienischen Volks mit dem tschechoslowakischen Volk und seine Entrüstung über die Invasion ausgedrückt und die italienische Regierung forderte die Sowjetunion auf, durch Rückziehung ihrer

⁵⁰⁹ Vgl. Gordon, A Certain Idea of France, S. 64-65.

⁵¹⁰ Vgl. Bonwetsch, Sowjetische Westeuropapolitik: II, S. 174.

⁵¹¹ Presseattaché Schuengel an BMAA, Rom, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124432, Karton 1354.

⁵¹² Presseattaché Schuengel an BMAA, Rom, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124465, Karton 1354.

Truppen die internationale Legalität wieder herzustellen.⁵¹³ Auch Staatspräsident Giuseppe Saragat verurteilte die Intervention.⁵¹⁴

Bereits am Abend des 21. August hatte Ministerpräsident Giovanni Leone den sowjetischen Botschafter Ryjov [sic!, M.G.] zu sich zitiert und diesem seine Entrüstung mitgeteilt. Sämtliche Parteien Italiens und die Presse verurteilten das sowjetische Vorgehen, auch die KPI stellte sich gegen die Intervention und hielt sie für ungerechtfertigt, da sie mit den Grundsätzen der Autonomie und Unabhängigkeit jeder KP und jedes sozialistischen Staates sowie der Notwendigkeit einer Verteidigung einer Einheit der internationalen Bewegung und der Arbeiterbewegung nicht in Einklang gebracht werden könne. Die KPI begrüßte beispielsweise das Abkommen von Bratislava und zeigte Unverständnis dafür, wie unter den gegebenen Umständen die ernste Entscheidung einer militärischen Intervention habe getroffen werden können. Weiters sprach die KPI von einer schwerwiegenden Meinungsverschiedenheit und der brüderlichen Pflicht diese aufzuzeigen. Auch der kommunistisch-sozialistische Gewerkschaftsbund reagierte mit eindeutiger Ablehnung und sprach von einer unzulässigen militärischen Intervention, die eine Unterstützung der alten Bürokratie sei und den Entwicklungsprozess der Kräfte bremse, die eine echte Verstärkung der sozialistischen Gesellschaft in der Demokratie anstreben. Zudem drückte der kommunistisch-sozialistische Gewerkschaftsbund seine Solidarität mit dem tschechoslowakischen Volk aus und bekräftigte die Hoffnung auf eine Lösung unter voller Beachtung der Autonomie des tschechoslowakischen Volkes.⁵¹⁵ Lediglich die Italienische Sozialistische Partei der proletarischen Einheit (PSIUP), die sich links der KPI sah, weigerte sich die Intervention zu verurteilen.

Zur KPI ist anzumerken, dass diese wie die französische den Reformprozess in der ČSSR unterstützte und im Zuge des Konflikts zwischen der sowjetischen und der tschechoslowakischen Führung, insbesondere durch ihren Generalsekretär Luigi Longo, zu vermitteln versuchte. Die Intervention wurde, wie bereits ausgeführt, verurteilt. Man hatte wie die KPF zum ersten Mal seit der Parteigründung eine sowjetische Aktion öffentlich verurteilt. Dies war aus denselben Gründen wie im Falle der KPF erfolgt. Einen endgültigen Bruch riskierte die KPI jedoch nicht, die

⁵¹³ Presseattaché Schuengel an BMAA, Rom, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124465, Karton 1354.

⁵¹⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 9: „Proteste und spontane Kundgebungen“.

⁵¹⁵ Presseattaché Schuengel an BMAA, Rom, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124465, Karton 1354.

Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen wurden bereits am 27. August positiv aufgenommen.⁵¹⁶

Nach der Intervention wurde angekündigt, dass geplante Besuche von italienischen Ministern in den an der Intervention beteiligten Warschauer-Pakt-Staaten nicht stattfinden und auch kulturelle Veranstaltungen in diesen Ländern nicht durchgeführt werden sollten.⁵¹⁷ Konkret reagierte Italien mit Besuchsabsagen, wie jener von Außenhandelsminister Carlo Russo, der Anfang September Moskau und Brünn besuchen hätte sollen. Die bisher ausgeführten Kritikpunkte wurden in den Tagen nach der Intervention vor allem durch Außenminister Medici bekräftigt.⁵¹⁸ Das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen wurde durch den Generalsekretär des Außenministeriums Roberto Gaja negativ beurteilt. Es wurde folgerichtig vermutet, dass Dubček und seinesgleichen bald verschwinden werden und betont, dass es wichtig sei der Sowjetunion zu zeigen, dass die freie Welt diese Gewalt nicht hinnimmt. Ein Mittel hierzu sei beispielsweise die Unterbrechung der Besuchsdiplomatie, wie sie Italien praktiziert.⁵¹⁹

Am 31. August sprach der sowjetische Botschafter erneut bei Außenminister Medici vor und legte noch einmal die sowjetischen Argumente für das Eingreifen in der ČSSR dar, stellte fest, dass die Sowjetunion eine aufklärende Aktion Italiens bei den Westmächten begrüßen würde, und wies darauf hin, dass politische Spannungen den wirtschaftlichen Beziehungen schaden könnten, möglicherweise wurde auch versucht Druck auszuüben.⁵²⁰ Medici dementierte die Gerüchte, wonach Italien dem sowjetischen Druck nachgegeben und seinen Standpunkt zur Intervention abgemildert hätte, nachdem der Führer der liberalen Partei Giovanni Malagodi diesbezüglich in einer dringlichen Anfrage im Parlament von ihm Aufklärung verlangt hatte. Medici erklärte, dass der sowjetische Botschafter bei ihm lediglich darum ersucht hätte, den Beschluss, dass der italienische Außenhandelsminister Russo von der italienischen Industrieausstellung in Moskau

⁵¹⁶ Vgl. König, Helmut: Die Katzen auf dem heißen Blechdach. KPF und KPI im Angesicht der sowjetischen Intervention in der ČSSR. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 788-793.

⁵¹⁷ Botschaftssekretär Walser an BMAA, Rom, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124554, Karton 1354.

⁵¹⁸ Botschaftssekretär Walser an BMAA, Rom, 26. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124737, Karton 1354.

⁵¹⁹ Botschafter Löwenthal an BMAA, Rom, 31. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125103, Karton 1354.

⁵²⁰ Botschafter Löwenthal an BMAA, Rom, 3. 9. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125187, Karton 1354.

fernbleibt, rückgängig zu machen. Diesem Bestreben wurde aber nicht nachgekommen.⁵²¹

Die Anteilnahme der italienischen Bevölkerung war direkt nach Bekanntwerden der Intervention groß.⁵²² In Rom wurde die sowjetische Botschaft im Zuge von ersten Protesten mit Eiern beworfen.⁵²³

Abschließend kann man die italienischen Reaktionen auf die Intervention als einhellig diese verurteilend bezeichnen, mit dem Abschluss der Moskauer Verhandlungen verstummte jedoch die Kritik der KPI. Die Intervention brachte eine vorübergehende aber keine ernsthafte Belastung der bilateralen Beziehungen mit der Sowjetunion, die sich zuvor hauptsächlich in der in den 1960er Jahren intensivierten wirtschaftlichen Kooperation abgespielt hatten.⁵²⁴

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Bereits vor der Intervention erfolgte, wie oben dargelegt, von sowjetischer Seite, [von Seiten der DDR und durch Polen, M.G.] eine heftige Kampagne gegen die BRD, die bis hin zu Anschuldigungen konkreter Kriegsplanungen dieser gegen die ČSSR und die DDR reichte.⁵²⁵ Dies erfolgte in einer Zeit, in der Deutschland insbesondere durch die *Neue Ostpolitik* unter Außenminister Brandt durchaus mit ersten Erfolgen, wie der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Rumänien 1967 und im drauffolgenden Jahr auch zu Jugoslawien, Entspannung mit den Staaten Osteuropas gesucht hatte.⁵²⁶

Die deutsche Regierung verurteilte die Intervention ebenso wie die französische und britische,⁵²⁷ jedoch wollte die deutsche Bundesregierung alles vermeiden, was zu einer Verhärtung der Situation führen hätte können und übte sich in Zurückhaltung gegenüber den Vorgängen in der ČSSR. Bereits am 21. August wurde beschlossen an der Entspannungspolitik festzuhalten.⁵²⁸

Die erste Stellungnahme der Bundesregierung vom 21. August verurteilte die Aktion der Warschauer-Pakt-Staaten, nachdem sie ihr Bedauern für die Bevölkerung

⁵²¹ Botschafter Löwenthal an BMAA, Rom, 5. 9. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125363, Karton 1354.

⁵²² Vgl. Die Presse, 22. August 1968, S. 2: „Zwiespältige Haltung der KPI“.

⁵²³ Vgl. The New York Times, 22. August 1968, S. 16: „Wave of Anger Sweeps World; Some Soviet Embassies Raided“.

⁵²⁴ Vgl. Bonwetsch, Sowjetische Westeuropapolitik: II, S. 181-185.

⁵²⁵ Vgl. Schulz, Eberhard: Die sowjetische Deutschlandpolitik, in: Geyer, Dietrich (Hg.): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 279.

⁵²⁶ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 564.

⁵²⁷ Vgl. Skilling, Czechoslovakia's, S. 755.

⁵²⁸ Botschafter Ender an BMAA, Bonn, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131853, Karton 1354

der ČSSR zum Ausdruck gebracht hatte, als völkerrechtswidrige Aktion und unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei. Die angebliche Mitschuld der BRD als äußerer Urheber wurde zurückgewiesen und die zurückhaltende Politik der vergangenen Monate betont. Weiters wurde erklärt, dass man davon ausgeht, dass die abgegebene Erklärung der sowjetischen Regierung, dass es sich um eine begrenzte Aktion handle, zutreffend sei. Abschließend wurde das Bestreben nach Frieden in Europa bekräftigt.⁵²⁹

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Außenminister Brandt betonten in ihren Stellungnahmen, dass sich die BRD bereits in den vergangenen Wochen zu den Entwicklungen in der ČSSR äußerste Zurückhaltung auferlegt hatte.⁵³⁰ Die Erklärungen dieser beiden Hauptprotagonisten der bundesdeutschen Außenpolitik der Regierung der Großen Koalition sei nun dargestellt.

In einem Interview mit dem *Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF)* vom 21. August, hob Kiesinger die weltweite Verurteilung der Intervention, auch durch die kommunistischen Parteien, hervor, betonte zudem die Zurückweisung der sowjetischen Anschuldigungen gegenüber der BRD, verteidigte die Entspannungspolitik der Bundesregierung und wies auf die Notwendigkeit des Strebens der westlichen Welt, speziell der westeuropäischen Staaten, nach einer Friedensordnung in diesem Erdteil hin. In diesem Zusammenhang betonte er besonders die Verantwortung der Mitgliedstaaten der NATO und die Bedeutung der europäischen Einigung, bei der er sich ein schnelleres Voranschreiten wünschte. Dem sowjetischen Botschafter Semen K. Carapkin, der bei ihm vorgesprochen hatte, entgegnete er auf dessen Bemerkung, dass der Einmarsch auf Ersuchen der tschechoslowakischen Regierung erfolgt sei, dass die tschechoslowakische Führungsgremien dagegen protestiert hätten.⁵³¹ Am 25. August verteidigte Kiesinger in einem Interview des Südwestfunks erneut ausführlich die Entspannungspolitik der BRD und legte dar, dass ihr Erfolg zweifelsfrei von der Einstellung Moskaus gegenüber dieser abhängt. Eine mögliche Isolierung der Sowjetunion als Konsequenz für ihr Vorgehen in der ČSSR lehnte er ab, da die BRD ja mit der

⁵²⁹ Vgl. Auswärtiges Amt der BRD (Hg.): Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1995, S. 321-322.

⁵³⁰ Kurzauszug: Die deutsche Bundesregierung zu Okkupation der CSSR, gezeichnet Botschafter Ender, [Ort nicht angegeben, vermutlich Bonn], [o.D., verfasst am 29.8 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125232, Karton 1354.

⁵³¹ Vgl. das Interview des Zweiten Deutschen Fernsehens mit Bundeskanzler Kiesinger am 21. August 1968, in: Meissner, Boris: Die deutsche Ostpolitik 1961-1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation, Köln 1970, S. 274-277. (ab hier: Meissner, Die deutsche Ostpolitik 1961-1970)

Sowjetführung zu einem späteren Zeitpunkt über die „*Deutschlandfrage*“ verhandeln müsse. Zudem betonte er die Notwendigkeit der Stärkung der NATO.⁵³²

Der österreichische Botschafter in Bonn Ender fasste die Reaktion Kiesingers treffend zusammen: *„Der Bundeskanzler verteidigt nach wie vor die Entspannungspolitik der Bundesregierung, aber eine Festigung der NATO, Ausbau und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft seien notwendig, da man nur aus der Stärke heraus mit dem Gegner verhandeln könne.“*⁵³³

Die Forderungen Kiesingers nach einer NATO-Gipfelkonferenz und einer Straffung der Allianz wurden von den meisten NATO-Mitgliedsstaaten ohne Begeisterung aufgenommen. Sie zeigten aber Verständnis für das Bestreben der BRD, die Ereignisse dazu zu nutzen, eine NATO-Truppenreduzierung zu verhindern beziehungsweise auszugleichen.⁵³⁴

In seiner Erklärung vom 21. August verurteilte Außenminister Brandt die Intervention schwer, verteidigte seine eigene Außenpolitik und griff neben der Sowjetunion besonders scharf die DDR und Ulbricht für ihr Vorgehen an. Besonderes Bedauern drückte er aufgrund der Annahme aus, dass deutsche Soldaten aus der DDR an der Intervention beteiligt gewesen wären.⁵³⁵

Botschafter Ender fasste Brandts Reaktionen wie folgt zusammen: Außenminister *„Brandt findet starke Worte gegen die Okkupation, wendet sich gegen primitiven Antiamerikanismus. Die Regierung der CSSR habe um keine Hilfe gebeten und die USA hätten keine Hilfe in Aussicht gestellt. Der Schutz der NATO reiche nur bis zu den Grenzen seiner Mitglieder. Die Sowjets hätten [ein] neues Schisma des Kommunistischen Lagers in Kauf genommen, weil sie die Folgen der Reformbestrebungen in der CSSR noch mehr befürchteten.“*⁵³⁶

⁵³² Vgl. die Auszüge aus dem Interview des Südwestfunks mit Bundeskanzler Kiesinger am 25. August 1968, in: Meissner, Die deutsche Ostpolitik 1961-1970, S. 279-283.

⁵³³ Kurzauszug: Die deutsche Bundesregierung zu Okkupation der CSSR, gezeichnet Botschafter Ender, [Ort nicht angegeben, vermutlich Bonn], [o.D., verfasst am 29.8.1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125232, Karton 1354.

⁵³⁴ Botschaftsrat Cornaro an BMAA, Brüssel, 28. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124913, Karton 1354.

⁵³⁵ Vgl. die gekürzte Fassung der Erklärung des SPD-Vorsitzenden Brandt am 21. August 1968, in: Meissner, Die deutsche Ostpolitik 1961-1970, S. 277-278.

⁵³⁶ Kurzauszug: Die deutsche Bundesregierung zu Okkupation der CSSR, gezeichnet Botschafter Ender, [Ort nicht angegeben, vermutlich Bonn], [o.D., verfasst am 29.8.1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125232, Karton 1354.

Am 28. August äußerte sich die Bundesregierung der BRD erneut in einer Erklärung⁵³⁷ zur Intervention, die Botschafter Ender, wie folgt treffend zusammenfasste:

„Die Bundesregierung erklärt, die Intervention müsse rückgängig gemacht werden, sie hoffe, dass auch die Sowjetunion dies erkenne. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland sei durch die Nato gewährleistet. Die Bundesregierung setzt ihre Friedenspolitik auf der verstärkten Grundlage der EG und der NATO fort.“ Zudem bemerkte Ender: *„Die Bundesregierung rechnet in naher Zukunft mit heftiger sowjetrussischer Verleumdungskampagne.“*⁵³⁸ Wie bereits unter 5.a) dargelegt fand diese durch die Interventionsmächte auch statt, unter anderem, um von der eigenen Intervention abzulenken.⁵³⁹

Der Christdemokrat Kiesinger sowie die Sozialdemokraten, Außenminister Brandt und der Minister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner, verschworen sich, für Ruhe in den eigenen Reihen und eine Fortsetzung der Entspannungspolitik zu sorgen. Brandts Ostpolitik sollte nicht wegen der erhobenen Vorwürfe gegen die BRD als gescheitert dargestellt werden.⁵⁴⁰

Der sowjetische Botschafter Carapkin wurde am 21. August bei seiner Abfahrt von der sowjetischen Vertretung in Rolandswerth am Rhein in Richtung Bonn von Demonstranten mit Transparenten empfangen, die seine Reise erheblich verzögerten. Das Botschaftsgebäude war von Demonstranten, deren Zahl im Lauf des Tages auf über 1 200 anwuchs, umzingelt und wurde mit Tomaten und Eiern beworfen. Ein von Vorgelassenen unter der Türe durchgeschobener Protestbrief wurde von einem Botschaftsvertreter demonstrativ auf die Straße zurückgeworfen. Bei seiner Rückkehr in die Botschaft wurde Carapkin erneut beworfen, die Heckscheibe seines Wagens zersplitterte.⁵⁴¹ Der sowjetische Botschafter protestierte heftig gegen die Demonstrationen vor seiner Botschaft und forderte Schadenersatz

⁵³⁷ Erklärung der Bundesregierung zu Lage in der Tschechoslowakei vom 28. August 1968, in: Meissner, Die deutsche Ostpolitik 1961-1970, S. 277-278.

⁵³⁸ Kurzauszug: Die deutsche Bundesregierung zu Okkupation der CSSR, gezeichnet Botschafter Ender, [Ort nicht angegeben, vermutlich Bonn], [o.D., verfasst am 29.8.1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125232, Karton 1354.

⁵³⁹ Siehe zur Wahrnehmung der sowjetischen Propaganda in der deutschen Presse, z. B.: Süddeutsche Zeitung, 30. August 1968, S. 6: „Bonn bleibt weiter Zielscheibe“.

⁵⁴⁰ Der Spiegel, 26. August 1968(Nr.35), S. 33-38: „Neue Ostpolitik“ soll nicht sterben“, hier: S. 36-37.

⁵⁴¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 22. August 1968, S. 3: „Tomaten und eine Protestschrift“; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. August 1968, S. 6: „Demonstrationen gegen Zarapkin“.

sowie eine bessere Sicherung der Botschaft.⁵⁴² Die Bundesregierung erklärte am 26. August ihr Bedauern und versprach, die Schäden zu ersetzen.⁵⁴³

In allen größeren deutschen Städten kam es zu Protestkundgebungen gegen das Vorgehen der intervenierenden Warschauer-Pakt-Staaten.⁵⁴⁴ Eine Demonstration in Berlin soll bis zu 10 000 Teilnehmer gehabt haben.⁵⁴⁵ Die Empörung in der Bevölkerung über die Intervention war einhellig. Auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft verurteilte die Intervention und rief dazu auf, Flüchtlingen aus der ČSSR zur Seite zu stehen.⁵⁴⁶

Wegen der Anschuldigungspolitik der Interventionsmächte, die die BRD zum Hauptschuldigen von außen für die Entwicklungen in der ČSSR machten, sah sich die BRD zwar gezwungen, vor wie nach der Intervention eine Verhärtung der Situation zu vermeiden um den eingeschlagenen Entspannungskurs fortsetzen zu können; dennoch wurde die Intervention klar verurteilt. An einen echten Dialog war in dieser Phase der besonders vehementen Angriffe der Interventionsmächte gegen die BRD nicht zu denken.

Der Durchbruch in den Entspannungsbemühungen sollte jedoch nicht mehr lange auf sich warten lassen, in den Folgejahren gelang unter dem seit der Wahl 1969 als Bundeskanzler amtierenden Willy Brandt die bereits vor der Intervention eingeleitete ersehnte Annäherung an die Staaten Osteuropas. Diese manifestierte sich in zahlreichen Verträgen und Besuchen in Osteuropa, darunter auch mit und in der DDR.⁵⁴⁷

Norwegen

Zur norwegischen Reaktion sei die am 22. August durch den Verfassungsausschuss des Parlaments einstimmig gebilligte Erklärung zur Situation in der ČSSR angeführt:

„die norwegische regierung hat die nachricht über die militaerische okkupation der tschechoslowakei mit bestuerung aufgenommen, die invasion welche von truppen der sowjetunion, polen, ungarn und bulgarien sowie [fälschlicherweise angenommen, M.G.] der ddr vorgenommen wurde bedeutet einen klaren bruch der un-charter

⁵⁴² Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 9: „Demonstranten machen Zarapkin Ärger“; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. August 1968, S. 1: „Moskau protestiert in Bonn“.

⁵⁴³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. August 1968, S. 1: „Bonn bedauert Belästigung Zarapkins“.

⁵⁴⁴ Vgl. The New York Times, 22. August 1968, S. 19: „Wilde Protest in West Germany“.

⁵⁴⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 9: „Sympathiekundgebung in Berlin“.

⁵⁴⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 22. August 1968, S. 8: „Empörung in der Bundesrepublik“.

⁵⁴⁷ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 563-568.

[Charta der VN] und des voelkerrechts und stellt eine offene und ungesetzliche einmischung in die inneren verhaeltnisse eines anderen landes dar.“⁵⁴⁸ Die Invasion wurde als ein ernstlicher Rückschlag für die Entwicklung der Entspannung in Europa gesehen.⁵⁴⁹ „die regierung drueckt ihre unterstuetzung und sympathie für die tsl. [tschechoslowakischen] behoerden aus die zum zeitpunkt der okkupation im amte waren und die weiterhin das tsl. [tschechoslowakische] volk repraesentieren.“⁵⁵⁰ Die Regierung verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass dem tschechoslowakischen Volk die Selbstbestimmung gewahrt bleibe, und ersuchte dringlich, dass die fremden Truppen unverzüglich zurückgezogen werden. Der Staatssekretär im Außenministerium F. Jacobsen [sic!, M.G.] rief die sowjetischen und polnischen Botschafter sowie die ungarischen und bulgarischen Geschäftsträger ins Außenamt, um ihnen die Erklärung zu überreichen. Diese lehnten die Annahme mit der Begründung, dass es sich um eine innere Angelegenheit der ČSSR handle, ab.⁵⁵¹ Als erste diplomatische Maßnahmen sagte Norwegen den für September geplanten Besuch des bulgarischen Ministerpräsidenten Živkov sowie kulturelle und sportliche Programme mit den fünf Interventionsmächten ab.⁵⁵² Zu einer Demonstration vor der sowjetischen Botschaft kamen tausende Teilnehmer, das Gebäude wurde mit Steinen und Flaschen beworfen.⁵⁵³

Griechenland

Nachdem sich in den 1960er Jahren die innenpolitische Krise Griechenlands zusehends verschärft hatte, und Neuwahlen einen weiteren Linksruck hätten bringen können kam es im April 1967 zum Putsch durch das Militär, Georgios Papadopoulos wurde zum Ministerpräsidenten in der neu eingerichteten Militärdiktatur ernannt. Die Junta, die ihr Vorgehen mit der *kommunistischen Gefahr* gerechtfertigt hatte, erklärte sich selbst zum *Retter der Nation*.⁵⁵⁴ Trotz des verschärft antikommunistischen

⁵⁴⁸ Österreichische Botschaft an BMAA, Oslo, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124540, Karton 1354.

⁵⁴⁹ Österreichische Botschaft an BMAA, Oslo, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124540, Karton 1354.

⁵⁵⁰ Österreichische Botschaft an BMAA, Oslo, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124540, Karton 1354.

⁵⁵¹ Österreichische Botschaft an BMAA, Oslo, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124540, Karton 1354.

⁵⁵² Undatierte maschinegeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁵⁵³ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 5: „Antisowjetische Demonstrationen in Skandinavien“.

⁵⁵⁴ Vgl. Judt, Geschichte Europas, S. 575-576.

innenpolitischen Kurses Griechenlands unterließ die Sowjetunion bis auf die rhetorische Unterstützung der Opposition alles, was das zwischenstaatliche Verhältnis hätte belasten können.⁵⁵⁵ Am 7. Juni 1968 wurde berichtet, dass die Ereignisse in der ČSSR, die anlaufenden Friedensverhandlungen der kriegsführenden Parteien im Vietnam-Krieg und die Studentenunruhen in Paris das außenpolitische Interesse der Welt an der griechischen Militärjunta erheblich verringert haben, was zu einer weiteren Festigung dieser geführt haben soll.⁵⁵⁶

Der griechische Außenminister Panagiotis Pipinelis bezeichnete die Intervention in einem Interview vom 21. August als entscheidendes politisches Ereignis, das weitgehende Auswirkungen im Osten und Westen haben werde. Er sprach von einer moralischen Niederlage der UdSSR, die von einer doppelten moralischen Niederlage des Westens begleitet werde, wenn dieser das *fait accompli* hinnehme, und betonte, dass nun Tatsachen geschaffen seien und die Illusionen einer Koexistenz mit der Sowjetunion und dem Kommunismus begraben werden müsse. Für Griechenland stellte er mit Zufriedenheit fest, dass es in jenem Teil Europas, zu dem es gehört, Ruhe und Frieden bewahren kann.⁵⁵⁷ Pipinelis nahm die Intervention zur Rechtfertigung des eigenen Putsches her. Er merkte an, dass man zwar für das eigene Handeln angegriffen wurde, heute würde man aber um so schwerer angegriffen werden, wenn es nun statt einer Tschechoslowakei zwei gäbe.⁵⁵⁸ Griechenland bemühte sich aber bereits Ende August wieder um eine Normalisierung der Beziehungen zu den kommunistischen Nachbarn.⁵⁵⁹

Türkei

In der Türkei kam es zu einer einstimmigen Verurteilung der Intervention von offizieller Seite. Diese wurde als konträr zur nationalen Unabhängigkeit eines Landes und als Verletzung des internationalen Rechts bezeichnet. Politische Parteien, Studenten und Gewerkschaften verurteilten die Intervention. Die Intervention verfehlte es nicht, jene (linken) Kräfte zu schwächen, deren Hauptargument für einen Rückzug der Türkei aus der NATO war, dass die UdSSR keine Bedrohung mehr

⁵⁵⁵ Vgl. Bonwetsch, Sowjetische Westeuropapolitik: II, S. 199-200.

⁵⁵⁶ Österreichische Botschaft an BM Waldheim, Athen, [o. D., verfasst am 7. 6. 1968, eingelangt am 17. 6. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 120157, Karton 1359.

⁵⁵⁷ Undatierte maschinengeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁵⁵⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24. August 1968, S. 8: „Der Sowjetcoup in Prag als Alibi für die Athener Junta“.

⁵⁵⁹ Vgl. Die Presse, 31. August/1. September 1968, S. 2: „Gute Beziehungen Athens zu Bulgarien“.

darstellen würde.⁵⁶⁰ In Istanbul kam es zu Protesterklärungen durch Studentenorganisationen, Gewerkschaften und politische Parteien. Vor dem sowjetischen Konsulat wurde ein schwarzer Kranz niedergelegt.⁵⁶¹

Reaktionen weiterer NATO-Staaten

Belgien

Entwicklungsminister Raymond Scheyven brachte am Tag der Intervention in Vertretung von Außenminister Pierre Harmel die belgische Bestürzung über den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR zum Ausdruck.⁵⁶² Nach der Beschäftigung des Ministerrats mit der Intervention und der Verurteilung dieser in Sondersitzungen der außenpolitischen Ausschüsse von Senat und Kammer gab Außenminister Harmel am Nachmittag des 23. August die belgische Konklusion der Ereignisse bekannt. Es wurde beschlossen, obwohl er die Notwendigkeit abzuwarten betonte, dass offizielle bilaterale Kontakte mit den die ČSSR besetzenden Staaten nicht abgehalten werden. Beispielsweise wurden die Treffen gemischter Kulturkommissionen mit Polen und Bulgarien abgesagt, und von Reisen in die intervenierenden Länder wurde abgeraten. Des Weiteren stellte Außenminister Harmel fest, dass kein Zweifel bestehe, dass Organe von Staat und Partei in der ČSSR ihre Gegnerschaft gegen den Einmarsch bekundet hätten. Die Verletzung des internationalen Rechts und der Charta der VN stehe daher fest, auch gab es keinerlei auswärtsgeleitete Subversionsbedrohung.⁵⁶³ Die Belgische KP verurteilte die Intervention und betonte die Unabhängigkeit der kommunistischen Bruderparteien als Vorbedingung für die Stärkung der internationalen kommunistischen Bewegung.⁵⁶⁴

Dänemark

Die Erklärung der dänischen Regierung vom 21. August äußerte tiefe Besorgnis über die Ereignisse in der ČSSR, sprach von einem Rückschlag für die Entspannungspolitik und forderte den Abzug der Truppen der Interventionsmächte. Als erste diplomatische Maßnahme reagierte Dänemark mit Besuchsabsagen. Die für Anfang bis Mitte September angesetzten Besuche des bulgarischen

⁵⁶⁰ Vgl. Le Monde, 23. August 1968, S. 5: « Ankara : condamnation unanime ».

⁵⁶¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24./25. August 1968, S. 9: „Steinwürfe auf Sowjetbotschaften“.

⁵⁶² Österreichische Botschaft an BMAA, Brüssel, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131854, Karton 1354.

⁵⁶³ Botschaftsrat Cornaro an BMAA, Brüssel, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124562, Karton 1354.

⁵⁶⁴ Vgl. Die Presse, 26. August 1968, S. 2: „Auch Belgier protestieren“.

Ministerpräsidenten Živkov und des ungarischen Außenministers János Péter wurden ebenso wie der Besuch einer polnischen Flotteneinheit in Kopenhagen sowie eine dänisch-polnische Tagung über Abrüstungsfragen, die für Anfang Oktober angesetzt war, abgesagt.⁵⁶⁵

Im Sicherheitsrat der VN verurteilten die dänischen Vertreter Otto R. Borch und Skjold G. Mellbin die Intervention und stimmten für die die Intervention verurteilende Resolution.

Kanada

Die kanadische Regierung reagierte auf die Intervention durch ihren Außenminister Mitchell Sharp, wie der kanadische Vertreter bei den VN George Ignatieff im Sicherheitsrat darlegte, folgendermaßen:

*"The Canadian Government views the invasion of Czechoslovakia with shock and dismay. We condemn this use of force. All Canadians feel the deepest concern for the courageous people of Czechoslovakia in this hour of trial. The invasion constitute a flagrant breach of the principle of non-intervention to which the Soviet Union itself professes to subscribe (...) I am sure that all of us will be anxious to keep in mind our ultimate goal of seeking a durable East-West accommodation, but no one can doubt that the Soviet occupation of Czechoslovakia constitutes a serious setback to rational dialogue (...)."*⁵⁶⁶

Der Verurteilung der Invasion durch die Regierung entsprechend wurden Kommuniqués an die Botschafter Bulgariens, Polens und der Sowjetunion übergeben. Gegenüber dem tschechoslowakischen Geschäftsträger wurde Anteilnahme ausgesprochen. Außenminister Sharp betonte jedoch auch, dass der Weg für Verhandlungen offen bleiben müsse und warnte vor falschen Hoffnungen, die zu einer Tragödie wie in Ungarn 1956 führen könnten. Premierminister Pierre Trudeau erklärte, dass der kanadische Verteidigungsbeitrag zur NATO aufrecht bleiben müsse und eine früher befürwortete Truppenreduzierung kanadischer Kontingente in Europa nicht stattfinden werde. Die kanadische Öffentlichkeit

⁵⁶⁵ Undatierte maschinengeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁵⁶⁶ Siehe die durch Ignatieff vorgetragene Reaktion der kanadischen Regierung (S. 87), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-First Meeting, Held at Headquarters. New York, Wednesday, 21 August 1968, at 5.30 p.m. (= Dokument Nr. S/PV.1441) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

verurteilte die Intervention ebenfalls.⁵⁶⁷ Bereits wenige Stunden nach Bekanntwerden des Einmarsches wurde die Botschaft der UdSSR mit Steinen beworfen.⁵⁶⁸

Im Sicherheitsrat der VN trug Kanada durch Ignatieff das Bestreben, eine die Intervention verurteilende Resolution zu fassen, aktiv mit⁵⁶⁹ und stimmte, wie bereits dargelegt, am 22. August zugunsten dieser ab.

Niederlande

Der niederländische Premierminister Piet de Jong verurteilte das Vorgehen der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR in einer Regierungserklärung scharf und stellte fest, dass die von der Regierung verfolgte Entspannungspolitik dadurch bedauerlicherweise zum Stillstand gekommen sei und einer Neuüberprüfung bedürfe. Vor weiteren Entspannungsbemühungen müssten laut de Jong die weitere Entwicklung und vielleicht auch Konsultationen mit den Verbündeten abgewartet werden. Bezüglich der Bestimmungen über die Zulassung von tschechoslowakischen Flüchtlingen meinte er, dass diese großzügig angewendet werden müssten. Ähnlich äußerte sich de Jong vor dem Parlament und bezeichnete die Ereignisse als weiteren Beweis für die Unentbehrlichkeit der NATO.

Die sozialistische Opposition warnte vor einer voreiligen Isolierung der Warschauer-Pakt-Staaten und trat für eine Fortführung der Entspannungspolitik auf lange Sicht hin ein und betonte, dass den kleineren Staaten Europas bei dieser eine bedeutende Rolle zukommen könnte.

Die Resolution der Abgeordnetenkammer verurteilte das sowjetische Vorgehen scharf. Die niederländischen Kommunisten distanzieren sich von dieser Resolution trotz ihrer Ablehnung gegenüber der sowjetischen Haltung.⁵⁷⁰ Bereits am 21. August hatten sie die Intervention als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der

⁵⁶⁷ Undatierte maschinegeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, sowie eine weitere undatierte maschinegeschriebene Zusammenfassung der Reaktion Kanadas in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁵⁶⁸ Vgl. The New York Times, 22. August 1968, S. 17: "Embassy in Montreal Stoned".

⁵⁶⁹ Siehe hierzu z. B. die Statements von Ignatieff (S. 23-26, 87-88), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-First Meeting, Held at Headquarters. New York, Wednesday, 21 August 1968, at 5.30 p.m. (= Dokument Nr. S/PV.1441) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁵⁷⁰ Kurzauszug[der Erklärung der niederländischen Regierung] Österreichische Botschaft, Den Haag, [o. D.], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125164, Karton 1354; Undatierte maschinegeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

ČSSR bezeichnet.⁵⁷¹ Die Verurteilung dieser durch Imperialisten bezeichneten sie jedoch als Heuchelei zum eigenen Nutzen.⁵⁷² Als erste diplomatische Reaktion wurde ein für September geplanter sowjetischer Flottenbesuch in Amsterdam als unerwünscht abgesagt.⁵⁷³ Auch in den Niederlanden kam es zu Demonstrationen vor den diplomatischen Missionen der Interventionsmächte.⁵⁷⁴

Portugal

Portugal reagierte durch ein Kommuniqué des Außenministeriums vom 22. August. Dieses betonte die Tragweite der Invasion in der ČSSR insbesondere wegen der zu erwartenden Verzögerung einer eventuellen Verständigung zwischen den westlichen Ländern und Osteuropa und sprach von einem schweren Schlag für das System der kollektiven Sicherheit und der friedlichen Koexistenz, das man in den letzten 20 Jahren zu errichten versucht hatte. Die Intervention wurde als neuerlicher Beweis gesehen, dass nationale Unabhängigkeit mit der von Moskau vorgezeichneten Linie unvereinbar ist. Eine förmliche Verurteilung der Intervention enthielt das Kommuniqué allerdings nicht.⁵⁷⁵

Da Portugal weder mit der Sowjetunion noch mit den übrigen *Ostblockstaaten* diplomatische oder konsularische Beziehungen unterhielt, haben in Lissabon keine öffentlichen Demonstrationen stattgefunden. In der Presse wurde das Vorgehen gegenüber der ČSSR aber schärfster Kritik unterzogen.⁵⁷⁶

Von den restlichen NATO-Mitgliedsstaaten Island und Luxemburg sind mir keine offiziellen Reaktionen bekannt. Mit ziemlicher Sicherheit dürften diese, von deren Vorhandensein auszugehen ist, der allgemeinen Verurteilung der Intervention folgen. In Reykjavik wurden durch Demonstranten die Fenster der sowjetischen Botschaft eingeworfen.⁵⁷⁷ Zu Luxemburg ist mir die Meldung untergekommen, wonach die

⁵⁷¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 22. August 1968, S. 6: „KPI: Moskaus Entscheidung unverständlich“.

⁵⁷² Vgl. Die Presse, 27. August 1968, S. 2: „Kritik der KP Hollands“.

⁵⁷³ Kurzauszug[der Erklärung der niederländischen Regierung] Österreichische Botschaft, Den Haag, [o. D.], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125164, Karton 1354; Undatierte maschinengeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁵⁷⁴ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 30. August 1968, S. 5: „Holland und der Ueberfall auf die CSSR“.

⁵⁷⁵ Botschaftssekretär Seifert an BMAA, Lissabon, [o. D., verfasst am 23. 8. 1968, eingelangt in Wien am 27. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124684/Blg. 1, Karton 1354.

⁵⁷⁶ Botschaftssekretär Seifert an BMAA, Lissabon, [o. D., verfasst am 23. 8. 1968, eingelangt in Wien am 27. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124684, Karton 1354.

⁵⁷⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 5: „Antisowjetische Demonstrationen in Skandinavien“.

luxemburgische KP, als einzige westeuropäische, die Intervention gebilligt haben soll.⁵⁷⁸

Zusammenfassung der Reaktionen der NATO-Mitgliedsstaaten

Einleitend, um die Reaktionen der Mitgliedsstaaten der NATO zusammenzufassen, sei folgende Einschätzung aus *The Economist* erwähnt. „*Ten days after the Russian [sic!] attack, the western allies, united in condemning it, are far from certain what other response it calls for.*“⁵⁷⁹ Genaugenommen wurde kaum weitreichender reagiert. Gemein ist den offiziellen Reaktionen der NATO-Staaten, dass sie die Intervention verurteilten, jedoch die eingetretene Phase der Entspannung sowie ihre eigene Entspannungspolitik nicht gefährden wollten. An eine Abkehr der Politik gegenüber der Sowjetunion wurde nicht gedacht. Eine Haltung, die von der Bevölkerung und in den Medien keineswegs vorbehaltlos unterstützt wurde. Die Medien stellten sich einhellig gegen die Intervention. Die Menschen reagierten mit wütenden Protesten, die Botschaften der Interventionsmächte wurden in den ersten Tagen nach der Intervention nahezu überall belagert. Besonders die Haltung der USA wurde aufgrund deren eigener Politik im Vietnam ambivalent betrachtet.

Die USA reagierten neben der öffentlichen Verurteilung der Intervention mit der Absage des Beginns der Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen, dieser Beginn wurde jedoch lediglich bis ins folgenden Jahr aufgeschoben. Dies steht als eindrucksvollstes Beispiel dafür, dass man die Intervention zwar verurteilte jedoch nicht bereit war, den Entspannungsprozess und die beginnende Abrüstung durch weiterreichende Reaktionen und Maßnahmen zu gefährden.

Frankreich hatte seinen eigenen Weg der Entspannung mit Osteuropa begonnen, von dem de Gaulle nicht abzuweichen gedachte. Nach den innenpolitischen Problemen infolge der Mai-Unruhen schwächte er seine zuvor eingeschlagene Politik einer kritischen Haltung gegenüber der NATO und den USA jedoch ab. Von der Sowjetunion wurden die Reaktionen Frankreichs eher ignoriert, da die Politik Frankreichs durchaus im Interesse der Sowjetunion lag. Die BRD setzte konsequent ihre Entspannungspolitik fort, auch wenn in direkter Folge der Intervention wie auch im Zuge der Zuspitzung des Konflikts an ernsthafte Gespräche nicht zu denken war. Die übrigen NATO-Staaten reagierten in ähnlicher Weise, mit mehr oder weniger

⁵⁷⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. August 1968, S. 2: „Die meisten kommunistischen Parteien stellen sich gegen Moskau“.

⁵⁷⁹ The Economist, 31. August 1968, S. 26-34: „After Czechoslovakia“, hier S. 33.

Rücksicht auf die Sowjetunion, auch sie trachteten, die Entspannung nicht zu gefährden.

5.d) Neutrale Staaten Europas

Die Betrachtung der Reaktionen der neutralen Staaten Europas wird sowohl die unterschiedlichen Formen der Interpretation der Neutralität sowie auch die Gründe für deren unterschiedliche Auslegung zutage bringen. Die Unterschiede in den offiziellen Reaktionen sollen aufgezeigt werden, die Reaktionen der Medien und der Bevölkerung werden einander, wie auch am Beispiel der NATO-Staaten erläutert, eher gleichen. Dementsprechend erfolgt die Betrachtung wieder nach Staaten getrennt, die Auswertung der österreichischen Reaktionen wird, bedingt durch den Entstehungsort der Arbeit, etwas mehr Platz einnehmen als jene der Schweiz, Schweden und Finnlands, die der österreichischen vorangestellt werden. Abschließend soll noch kurz auf die Reaktion Irlands auf die Intervention und die Stellungnahmen des Papstes zu dieser eingegangen werden.

Schweiz

In schweizerischen militärischen Kreisen war eine militärische Maßnahme der Sowjetunion für möglich gehalten worden, dennoch war man von der sowjetischen Vorgehensweise überrascht und bestürzt. In Radio und Zeitung gab es am 21. August zunächst noch keine Meldungen über den Einmarsch.⁵⁸⁰

Der Bundesrat gab am 21. August nach der Parteisitzung erste Erklärungen zu den Ereignissen in der ČSSR ab. Die Schweizer Botschaft in Moskau wurde angewiesen zu protestieren, da die Schweizer Botschaft in Prag, am Hradčín gelegen, bei Schießereien in Mitleidenschaft gezogen worden war. Bereits am 21. August gab es in Bern erste harmlose Demonstrationen, die von der Polizei jedoch rasch zerstreut wurden. Der Präsident des Nationalrats Hans Konzett gab ein bewegtes und eindrucksvolles Interview im Radio, in dem er sein Bedauern über die Vorgänge in der ČSSR ausdrückte und seiner Sympathie gegenüber dem tschechoslowakischen Volk Ausdruck verlieh. Der schwedische Verteidigungsminister Sven Andersson brach seinen Besuch in der Schweiz ab und flog heim.⁵⁸¹

⁵⁸⁰ Botschafter Bielka an BMAA, Bern, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131846, Karton 1354.

⁵⁸¹ Botschafter Bielka an BMAA, Bern, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131847, Karton 1354.

Die Presseerklärung des Bundesrats nach der routinemäßigen Sitzung am 21. August besagte, dass die Entwicklung in der ČSSR besprochen wurde und teilte Folgendes mit: *„im verlaufe der letzten monate hat die bevölkerung der tschechoslowakei unzweideutig ihrem wunsche ausdrück verliehen, grössere freiheiten auf dem gebiete der persoenlichen rechte zu geniessen.“*⁵⁸² Dies hat das Schweizer Volk mit Sympathie und Interesse verfolgt. Zudem wurde betont, dass man sich mit diesem Tag fragen muss, ob Unabhängigkeit und Lebensrechte der kleinen Länder in der heutigen Welt neuerlich bedroht sind.⁵⁸³

Am 22. August reagierten führende Politiker und Regierungsparteien wesentlich entrüsteter und schärfer als der Bundesrat am Vortag. Es wurden Forderungen nach einer Revision der gegenüber osteuropäischen Staaten kontaktfreudiger gewordenen Schweizer Außenpolitik und nach einer größeren Zurückhaltung beim Osthandel sowie nach einer deutlichen Verurteilung der sowjetischen Aggression laut. Des Weiteren wurde erklärt, dass eine Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags sowie der mögliche Beitritt zu den „*ohnmächtigen*“ VN zu überdenken seien. In einigen größeren Städten wurden von den Regierungsparteien Protestveranstaltungen organisiert. Zu einer großen Demonstration am Abend des 22. August riefen alle Parteien, auch die Kommunistische, auf.⁵⁸⁴ Alle Parteien verurteilten die Intervention, nur eine 1967 gegründete KP, stalinistischer Prägung und chinesischer Richtung, begrüßte die Intervention.⁵⁸⁵ Nach der Großkundgebung in Bern marschierten bis zu 10 000 der ursprünglich 15 000 Teilnehmer Richtung sowjetische Botschaft, wo es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.⁵⁸⁶ In den Folgetagen kam es zu Kundgebungen in allen Landesteilen.⁵⁸⁷ Die Demonstrationen in der Schweiz sollen mit besonderer Schärfe Ulbricht und die DDR attackiert haben.⁵⁸⁸ Die Hilfe für tschechoslowakische Touristen erfolgte auf Bundeskosten.⁵⁸⁹ Die Medien verurteilten die Intervention ebenfalls eindeutig.⁵⁹⁰ Den allseitigen

⁵⁸² Fernschreiben d. Österreichischen Botschaft an BMAA, Bern, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131850, Karton 1354.

⁵⁸³ Fernschreiben d. Österreichischen Botschaft an BMAA, Bern, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131850, Karton 1354.

⁵⁸⁴ Botschafter Bielka an BMAA, Bern, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131848, Karton 1354.

⁵⁸⁵ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 23. August 1968, S. 25-26: „Stellungnahme der Parteien“.

⁵⁸⁶ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24. August 1968, S. 35: „Zusammenstöße mit der Polizei vor der Sowjetbotschaft in Bern“.

⁵⁸⁷ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24. August 1968, S. 35: „Kundgebungen in allen Landesteilen“.

⁵⁸⁸ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 9: „Proteste und spontane Kundgebungen“.

⁵⁸⁹ Vgl. Die Presse, 26. August 1968, S. 1: „Sympathiewelle in der Schweiz“.

⁵⁹⁰ Vgl. hierzu die Berichterstattung der Neuen Zürcher Zeitung vom 22. August bis Mitte September. Für Beispiele aus anderen Schweizer Blättern vgl. auch: Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 4: „Blick in die Presse“.)

schweizerischen Reaktionen wurde durch *Die Presse* bereits am 23. August eine ungewöhnliche Spontaneität attestiert.⁵⁹¹

Die Außenpolitische Kommission der Eidgenössischen Räte hielt am 23. August eine außerordentliche Tagung ab und beschloss eine Verlautbarung, die in sehr scharfer Weise den brutalen Überfall der Warschauer-Pakt-Staaten verurteilte. Nach Sympathieerklärungen für das tschechoslowakische Volk wurde festgestellt, dass nur der unverzügliche und vollständige Abzug der Besatzungstruppen sowie die Freilassung der verhafteten Staatsmänner und Politiker die Souveränität der ČSSR wiederherstellen könne. Fast alle Redner meinten, dass die Erklärung des Bundesrates deutlicher hätte sein müssen. Bundespräsident Willy Spühler wies darauf hin, dass die Aussicht auf die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags nun schlecht und eine neue Überprüfung notwendig geworden sei. Das Politische Departement erklärte, dass Spühler nicht an der Eröffnung der Genfer Konferenz der nichtnuklearen Staaten teilnehmen werde.⁵⁹²

Am 27. August erklärte Bundespräsident Spühler, dass das sowjetische Vorgehen in der Schweizer Öffentlichkeit eine spontane und außerordentlich scharfe Reaktion hervorgerufen hat, welcher, wie er meinte, der Bundesrat in der künftigen Außenpolitik Rechnung tragen werde müssen. Auch zeigte sich Spühler bezüglich der weiteren Entwicklung der Lage in der ČSSR skeptisch.⁵⁹³ Bezüglich der weiteren Kulturbeziehungen mit der Sowjetunion wollte man von schweizerischer Seite die weiteren Entwicklungen abwarten.⁵⁹⁴

Die Reaktionen der Schweiz kann man somit sowohl von politischer als auch von Seiten der Öffentlichkeit als heftige Verurteilung der Intervention sehen, mit der eine vehemente Solidaritätsbekundung mit der Bevölkerung der Tschechoslowakei einherging.

Schweden

Schweden verfolgte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nachdem die Idee einer skandinavischen Verteidigungsallianz gescheitert war, eine Politik der bewaffneten

⁵⁹¹ Vgl. *Die Presse*, 23. August 1968, S. 2: „Schweiz nimmt regen Anteil“.

⁵⁹² Botschafter Bielka an BMAA, Bern, 24. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 131849, Karton 1354.

⁵⁹³ Kurzauszug: Auswirkungen des sowjetischen Vorgehens in der CSSR auf die schweizer Ostpolitik; Gespräch mit Bundespräsident Spühler, Bern, [o. D., verfasst am 27. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125165, Karton 1354.

⁵⁹⁴ Angaben über die kulturelle Tätigkeit mehrerer ausländischer Vertretungsbehörden in der SU, verfasst von Kulturrat Auer am 28. 10. 1968, Moskau, an BMfU und BMAA, [o. GZ.], in: Die kulturellen Beziehungen einiger Länder zur Sowjetunion nach der sowjet. Intervention in der CSSR., gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 7. 11. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 129102/68, Karton 1404.

Neutralität und trat in keines der beiden sich entwickelnden Militärbündnisse ein. Jedoch verfolgte Schweden eine Politik der „aktiven Neutralität“, welche durch die schwedische Politik so ausgelegt wurde, dass man sich zu außenpolitischen Fragen eindeutig äußern konnte. Der Vietnam-Krieg wurde beispielsweise scharf kritisiert.⁵⁹⁵ Vor diesem kurz angerissenen Hintergrund muss man die schwedischen Reaktionen auf die Intervention in der ČSSR betrachten.

Bereits am 21. August meldete sich Außenminister Torsten Nilsson mit einer Rede auf einer Demonstration für die Tschechoslowakei in Stockholm zur Intervention zu Wort. Er betonte in seiner Rede, die auch viele historische Exkurse enthielt, dass die Intervention entgegen dem Bratislava-Abkommen sowie entgegen der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes stünde und die Liberalisierungsentwicklung in der ČSSR beendet hätte. Die Politik der ČSSR sah er nicht als Abkehr von den sozialistischen Staaten und dem Warschauer Pakt und führte aus, dass die zurückhaltenden Prager Maßnahmen, wie die ohnedies vorsichtige Kooperation mit Staaten mit anderen politischen Systemen, bereits zuviel für Moskau wären. Des Weiteren rief er zur Solidarität mit dem tschechoslowakischen Volk auf.⁵⁹⁶

Der außenpolitische Ausschuss des Reichstages hieß eine Erklärung der Regierung einstimmig gut, in welcher diese die Bestürzung über die militärische Invasion in der ČSSR, die die gewaltsame Unterbrechung der Entwicklung zu größerer Freiheit darstellte, ausdrückte. Die Invasion wurde als im Widerspruch zu allen Versicherungen der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder gesehen, die noch beim jüngsten Besuch Kosygins, ein Monat zuvor in Schweden gegeben wurden, und es wurde davon gesprochen, dass die Entwicklungen zur Annäherung von Ost und West in Europa abgebrochen worden sind. Dem tschechoslowakischen Volk wurde die Teilnahme an Trauer und Enttäuschung versichert und es wurde bekräftigt, dass die Sehnsucht nach Freiheit letztendlich siegen wird. Diese Erklärung wurde an die Botschafter aller [in Schweden vertretenen, M.G.] Staaten, die in die ČSSR einmarschiert waren überreicht, der polnische und der bulgarische Botschafter weigerten sich die Erklärung

⁵⁹⁵ Vgl. Andrén, Nils: Sweden: Neutrality, Defense and Disarmament, in: Neuhold, Hanspeter/ Thalberg, Hans (Hgg.): The European Neutrals in International Affairs, Wien 1984, S. 40-43, 46-47. (ab hier: Andrén, Sweden: Neutrality, Defense and Disarmament)

⁵⁹⁶ Speech by Foreign Minister Torsten Nilsson at a demonstration for Czechoslovakia in Stockholm on 21st August 1968, [o.D.], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

anzunehmen,⁵⁹⁷ vom ungarischen Botschafter und vom sowjetischen Geschäftsträger wurde diese zwar angenommen, jedoch am folgenden Tag zurückgestellt.⁵⁹⁸

Die militärische Bereitschaft erfuhr in Schweden eine gewisse Erhöhung. Alle politischen Parteien, auch die Kommunistische, veranstalteten öffentliche Kundgebungen, die die Invasion scharf verurteilten.⁵⁹⁹ Diese sollen bis zu 10 000 Teilnehmer gehabt haben.⁶⁰⁰ Der schwedische Kommunistenführer Carl-Henrik Hermansson forderte sogar den Rücktritt der sowjetischen Regierungs- und Parteispitze und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion.⁶⁰¹ Der für 26. August vorgesehene Besuch der schwedischen Luftwaffe in der Sowjetunion wurde als Reaktion auf die Intervention verschoben.⁶⁰² Die Moskauer Verhandlungen und ihr Ergebnis wurden von Außenminister Nilsson in weiterer Folge negativ beurteilt und der Widerstand der tschechoslowakischen Bevölkerung positiv herausgestrichen.⁶⁰³ Auch die schwedische Presse beurteilte die Moskauer Verhandlungen negativ.⁶⁰⁴ Von größeren kulturellen Veranstaltungen mit der Sowjetunion in Schweden wurde Abstand genommen, da das Image der Sowjetunion nach der Intervention in der schwedischen Bevölkerung sehr schlecht war und solche negativ aufgenommen hätten werden können, was wiederum zu einer Belastung der Beziehungen zur Sowjetunion hätte führen können.⁶⁰⁵

Die schwedische Reaktion auf die Intervention bringt eine mit jener der Schweizer vergleichbare Heftigkeit zu Tage, die sowohl durch die Politik als auch durch die Bevölkerung getragen wurde. Die politische Reaktion steht in der Tradition der

⁵⁹⁷ Botschafter Luegmayer an BMAA, Stockholm, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124450, Karton 1354.

⁵⁹⁸ Österreichische Botschaft an [BMAA], Stockholm, [o.D., verfasst am 23. 8. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124939, Karton 1354.

⁵⁹⁹ Botschafter Luegmayer an BMAA, Stockholm, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124450, Karton 1354.

⁶⁰⁰ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 5: „Antisowjetische Demonstrationen in Skandinavien“.

⁶⁰¹ Vgl. König, Helmut: Die Katzen auf dem heißen Blechdach. KPF und KPI im Angesicht der sowjetischen Intervention in der ČSSR. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 788.

⁶⁰² Undatierte maschinengeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der neutralen Staaten Europas, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der neutralen Staaten Europas; Einschaltung der VN, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124428-6(Pol)/68, Karton 1354.

⁶⁰³ Rede des schwedischen Außenministers Torsten Nilsson bei einer Versammlung der Sozialistischen Vereinigung in Stockholm am 28. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1354.

⁶⁰⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 28. August 1968, S. 4: „Blick in die Presse“.

⁶⁰⁵ Angaben über die kulturelle Tätigkeit mehrerer ausländischer Vertretungsbehörden in der SU, verfasst von Kulturrat Auer am 28. 10. 1968, Moskau, an BMfU und BMAA, [o. GZ.], in: Die kulturellen Beziehungen einiger Länder zur Sowjetunion nach der sowjet. Intervention in der CSSR., gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 7. 11. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 129102/68, Karton 1404.

engagierten schwedischen Außenpolitik, die man Nils Andrén folgend „aktive Neutralität“ nennen kann.

Finnland

Um die finnischen Reaktionen besser einordnen zu können, muss kurz auf die Nachkriegsgeschichte Finnlands und insbesondere auf das Verhältnis zur Sowjetunion, das zuvor negativ war, eingegangen werden. Auch wenn nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1948 kein kommunistischer Umsturzversuch gelang war Finnland durch den sowjetisch-finnischen Freundschafts-, Kooperations- und Beistandsvertrag von 1948 doch unter erheblichen sowjetischen Einfluss gelangt. Hieraus ergab sich für die weitere politische Vorgehensweise ein kompliziertes Wechselspiel zwischen der Sowjetunion, Finnland und den anderen skandinavischen Staaten, das vor allem in sicherheitspolitischen Fragen von allen beteiligten Ländern beachtet werden musste.⁶⁰⁶ Eine skandinavische Verteidigungsallianz konnte nach dem oben genannten Vertrag von 1948 nicht realisiert werden, Schweden beschritt seinen Weg zur „Neutralität“, Norwegen und Dänemark schlossen sich der NATO an.⁶⁰⁷ Die finnisch-sowjetischen Beziehungen waren jedoch, bis auf kleinere politische Krisen, auch in Zeiten eines sich verschärfenden Ost-West-Konflikts, im Großen und Ganzen konfliktfrei. Man hatte schließlich einen dauerhaften *modus vivendi*, auch in sicherheitspolitischen Fragen, mit der Sowjetunion gefunden. Gegen Ende der 1960er Jahre war Finnland für seine Neutralitätspolitik weitestgehend anerkannt und begann sich stärker im Bereich der internationalen Friedenspolitik zu engagieren. In Ost und West anerkannt zu sein war diesen Bemühungen zuträglich.⁶⁰⁸ Im Kontext der Beziehungen Finnlands zur Sowjetunion sind die finnischen Reaktionen auf die Intervention zu betrachten.

Am 21. August sprach der sowjetische Botschafter um 8 Uhr Ortszeit beim finnischen Staatspräsidenten Urho Kekkonen vor, um im Auftrag seiner Regierung

⁶⁰⁶ Vgl. Bonwetsch, Sowjetische Westeuropapolitik: II, S. 209-211; vgl. Hakovirta, Harto: An Interpretation of Finland's Contributions to European Peace and Security, in: Neuhold, Hanspeter/Thalberg, Hans (Hgg.): The European Neutrals in International Affairs, Wien 1984, S. 26-27. (ab hier: Hakovirta, Finland's Contributions to European Peace and Security)

⁶⁰⁷ Vgl. Andrén, Sweden: Neutrality, Defense and Disarmament, S. 42-43.

⁶⁰⁸ Vgl. Hakovirta, Finland's Contributions to European Peace and Security, S. 27-28.

über die Situation in der ČSSR zu informieren.⁶⁰⁹ Die finnische Regierung gab nach einer Sondersitzung ein Kommuniqué mit folgendem Inhalt heraus:

*„die finnische regierung bedauert, dass die zwischen einigen osteuropäischen staaten entstandenen meinungsverschiedenheiten nicht durch verhandlungen geklaert wurden. die finnische regierung verfolgt die situation genau und nimmt dazu [der] finnischen neutralitaetspolitik entsprechend stellung. die regierung unterstreicht ihr oft betontes Prinzip, demzufolge der gegenwaertig auch in europa herrschenden situation alle streitfragen zwischen den staaten friedlich durch verhandlungen und durch vermeidung einer intensivierung der internationalen spannung geloest werden sollten.“*⁶¹⁰

Der finnische Außenminister Athi Karjalainen gab am gleichen Abend eine offizielle Erklärung ab, in der er feststellte, dass die Verfolgung der Geschehnisse in der ČSSR in den letzten Monaten gezeigt habe, dass die Entwicklungen in der ČSSR Unruhe unter den sozialistischen Ländern hervorgerufen und Verhandlungen offenbar zu keiner Lösung geführt hätten. Finnland hoffe, dass sich die friedliche europäische Entwicklung fortsetzt, da diese auch aus dem eigenen Gesichtswinkel lebenswichtig ist. Deshalb sei man über Ereignisse besorgt, die eine solche Entwicklung stören. Finnland selbst hält durch die Regierung konsequent an der Außenpolitik fest, Frieden zu fordern und gute Beziehungen zu allen Ländern, speziell zu den Nachbarländern, zu erhalten.⁶¹¹

Die ersten offiziellen politischen Reaktionen Finnlands können somit als äußerst zurückhaltend, auf die eigene Neutralitätspolitik verweisend und bedeutend weniger kritisch als beispielsweise jene der anderen skandinavischen Staaten, darunter das ebenfalls neutrale Schweden, oder auch der Schweiz gesehen werden.

Betrachtet man nun die Einstellungen der einzelnen Parteien Finnlands zur Intervention, so zeigt sich eine weitaus kritischere Haltung gegenüber dieser. Die meisten Parteien, auch solche mit kommunistischen Einflüssen, verurteilten die Intervention. Sie bezeichneten diese als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ČSSR und Verletzung des Völkerrechts und erklärten ihre

⁶⁰⁹ Fernschreiben der Österreichischen Botschaft an BMAA, Helsinki, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124428, Karton 1354.

⁶¹⁰ Fernschreiben der Österreichischen Botschaft an BMAA, Helsinki, 21. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124428, Karton 1354.

⁶¹¹ Österreichische Botschaft an BMAA, Helsinki, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124439, Karton 1354.

Solidarität mit dem tschechoslowakischen Volk.⁶¹² Man könnte ihre Reaktionen als dem westlichen Grundtenor folgend bezeichnen, wenngleich ihnen von der *Neuen Zürcher Zeitung*, vermutlich wegen der positiveren Aufnahme der Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen, eine gewisse Vorsicht attestiert wurde.⁶¹³

Die Kommunistische Partei Finnlands (KPFi) sah die Maßnahmen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten als Schaden für die internationale Arbeiterbewegung und bezeichnete es als unerlässlich, dass die Beziehungen der sozialistischen Staaten und aller kommunistischen Parteien untereinander auf Unabhängigkeit, Gleichheit und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder sowie auf gegenseitigen Beistand und Solidarität bauen. Bezüglich der Notwendigkeit des Eingriffs wollte sich die KPFi, aufgrund der für sie teilweise widersprüchlichen Informationen, jedoch am 22. August noch nicht festlegen.⁶¹⁴ Die Jubiläumsfeiern anlässlich ihres 50jährigen Bestehens, die am 23. August beginnen hätten sollen, sagte die KPFi wegen der ernsten internationalen Lage, die durch die Okkupation der ČSSR entstanden sei, ab. Zahlreiche bereits angereiste Vertreter anderer KPs waren vergebens nach Finnland gekommen.⁶¹⁵ Lediglich der sozialdemokratische Bund der Arbeiter und Kleinbauern bezeichnete die Intervention als eine interne Angelegenheit der sozialistischen Staaten und betonte die Wichtigkeit eines freundschaftlichen und vertrauensvollen Verhältnisses zur Sowjetunion.⁶¹⁶

Von der gesamten finnischen Presse mit Ausnahme der Blätter des sozialdemokratischen Bundes der Arbeiter und Kleinbauern wurde die Besetzung der ČSSR verurteilt. Das kommunistische Zentralorgan zeigte sogar offene Sympathie für Prag.⁶¹⁷ Dennoch wurde auch den Medien von der *Neuen Zürcher Zeitung* eine gewisse Vorsicht attestiert.⁶¹⁸

⁶¹² Österreichische Botschaft an BMAA, Helsinki, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124440, Karton 1354.

⁶¹³ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 29. August 1968, S. 6: „Finnland und die Vorgänge in der Tschechoslowakei“.

⁶¹⁴ Österreichische Botschaft an BMAA, Helsinki, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124440, Karton 1354.

⁶¹⁵ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 25. August 1968, S. 3: „Verzicht der finnischen Kommunisten auf Jubiläumsfeiern“.

⁶¹⁶ Österreichische Botschaft an BMAA, Helsinki, 22. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124440, Karton 1354.

⁶¹⁷ Österreichische Botschaft an BMAA, Helsinki, 23. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124536, Karton 1354.

⁶¹⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 29. August 1968, S. 6: „Finnland und die Vorgänge in der Tschechoslowakei“.

Die Bevölkerung war über die Intervention eindeutig empört, in Helsinki kam es zu Demonstrationen mit mehreren tausend Beteiligten.⁶¹⁹ Es wurde von einer spontanen und heftigen Reaktion gesprochen, antisowjetische Aktionen mussten unterbunden werden.⁶²⁰ In Finnland soll sich in der Bevölkerung eine besondere „*Ohnmacht*“ breitgemacht haben, da ihr nach Ungarn 1956 neuerlich bewusst wurde, wie brüchig Versprechen von Koexistenz sein können,⁶²¹ was im eigenen geographischen und historischen Kontext natürlich besonders beunruhigend wirken musste.

Nach den Moskauer Verhandlungen zeigten sich die finnischen Politiker allgemein erfreut. Ministerpräsident Mauno Koivisto sprach davon, dass die ČSSR-Krise keine ernsthafte Bedrohung für den Frieden in der Welt und die Sicherheit in Europa dargestellt hat, Außenminister Karjalainen davon, dass trotz allem noch eine Verhandlungslösung gefunden werden konnte.⁶²² Außenminister Karjalainen von der Zentrumspartei betonte noch einmal die Neutralitätspolitik Finnlands, weshalb man keine Rolle als Richter übernehmen werde. Die Sozialdemokraten verurteilten die Intervention weiterhin, drückten jedoch ihre Hoffnung nach Beruhigung der Lage nach der politischen Lösung aus. Die KPFi begrüßte das Abkommen zwischen der Sowjetunion und der ČSSR. Für den sozialdemokratischen Bund der Arbeiter und Kleinbauern betonte Justizminister Aarre Simonen die wichtige geopolitische Lage der ČSSR, die vor allem deshalb nicht außer Acht gelassen werden dürfe, da Westdeutschland und andere NATO-Staaten stets nach einer Änderung der weltpolitischen Stellung der ČSSR trachten würden.⁶²³ Hieraus ist zu erkennen, dass der sozialdemokratische Bund der Arbeiter und Kleinbauern definitiv am stärksten auf der politischen Linie der Interventionsmächte stand. Die offizielle Politik gab sich gemäßigt, um der Neutralitätspolitik gerecht zu werden. Die Reaktionen fast aller Parteien sowie der finnischen Medien und vor allem der Bevölkerung zeigten jedoch, dass man der Intervention prinzipiell negativ gegenüberstand. Nach außen hin wurde auf alle Fälle aus Rücksicht auf die Beziehungen zur Sowjetunion eine neutrale

⁶¹⁹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 5: „Antisowjetische Demonstrationen in Skandinavien“.

⁶²⁰ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 29. August 1968, S. 6: „Finnland und die Vorgänge in der Tschechoslowakei“.

⁶²¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. August 1968, S. 3: „Skandinavien sieht Hoffnungen getäuscht“.

⁶²² Österreichische Botschaft an BMAA, Helsinki, 28. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124894, Karton 1354.

⁶²³ Österreichische Botschaft an BMAA, Helsinki, 2. 9. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125093, Karton 1354.

Politik verfolgt, die die Intervention nicht wertete, sondern lediglich für eine Entspannungspolitik zur Sicherung des europäischen Friedens eintrat.

Am 8. Oktober forderte Außenminister Karjalainen vor der Vollversammlung der VN den Rückzug der Warschauer-Pakt-Truppen, das sowjetisch-finnische Verhältnis wurde jedoch nicht sonderlich, auch nicht durch die zuvor sogar von der KPFI geäußerten Kritik, belastet, und Kosygin vergewisserte sich bei einem Besuch in Finnland vom 7. bis zum 9. Oktober bei Präsident Urho Kekkonen, dass die gegenseitigen Beziehungen weiterhin auf dem Beistandsvertrag von 1948 basieren.⁶²⁴ Dieser bereits länger geplante und zuvor wegen der Krise in der ČSSR verschobene Besuch war zunächst wegen der Kommunalwahlen am 6./7. Oktober, um diese nicht zu beeinflussen, geheim gehalten worden. Die KPFI erlitt dennoch wegen der Intervention des Warschauer Paktes in der ČSSR Verluste.⁶²⁵ Kekkonen soll sich im Zuge des Besuches bei Kosygin über die unrichtigen Angaben des sowjetischen Botschafters bezüglich der Rechtfertigung der Intervention enttäuscht gezeigt haben, da er sich als Staatsoberhaupt eines befreundeten Staates korrekte Angaben erwartet hätte.⁶²⁶

Österreich

Seit den Nationalratswahlen 1966 hatte Österreich, nach der fast zwanzigjährigen Nachkriegstradition einer Koalitionsregierung zwischen den beiden großen Parteien, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), eine ÖVP-Alleinregierung unter dem Bundeskanzler Josef Klaus. Die langjährige Kooperation zwischen ÖVP und SPÖ war aber nicht plötzlich in totale Konfrontation umgeschlagen. Die Rezessionserscheinungen im Wirtschaftswachstum und parteinterne Querelen hatten der ÖVP bald nach den Wahlen einen Popularitätsverlust beschert, der sich Ende 1967, Anfang 1968 auszuwirken begann. Im Jänner 1968 war es zu einer weitreichenden Regierungsumbildung gekommen, im Zuge derer der parteilose Waldheim Außenminister wurde. Die SPÖ, bereits unter der Führung von Bruno Kreisky, begann von den Schwächen der Regierung zu profitieren. Die außenpolitischen Zielsetzungen, eine Annäherung an die EWG zu erreichen und zu einer Lösung der Südtirolfrage zu gelangen, waren an der

⁶²⁴ Vgl. Bonwetsch, Sowjetische Westeuropapolitik: II, S. 224-225.

⁶²⁵ Botschafter Lemberger an BM Waldheim, Washington, [o. D., verfasst am 18. 10. 1968, eingelangt in Wien am 25. 10. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 128369/Blg. 1, Karton 1404.

⁶²⁶ Botschaftssekretär Palla an BM Waldheim, Stockholm, [o. D., verfasst am 11. 10. 1968, eingelangt in Wien am 17. 10. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 127904, Karton 1404.

sowjetischen Ablehnung beziehungsweise an dem nach Terroranschlägen besonders gespannten Verhältnis zu Italien gescheitert. Das dritte große außenpolitische Ziel, die Intensivierung der Ostkontakte, war langsam aber doch spätestens im Frühjahr 1968 von effektiven Erfolgen gekrönt und hatte einen aktiven Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West geleistet.⁶²⁷ Beredtes Zeugnis über die internationale Stellung Österreichs im Jahr 1968 legen unter anderem die Berichte von Bundeskanzler Klaus und Außenminister Waldheim über ihre Besuche bei den beiden Supermächten, der Sowjetunion und den USA, ab.

Im Zuge des Besuchs Waldheims von 18. bis 23. März in der Sowjetunion wurde ein Kulturabkommen unterzeichnet und über eine engere wirtschaftliche Kooperation gesprochen, bezüglich der beabsichtigten Annäherung Österreichs an die EWG war der sowjetische Standpunkt jedoch unverändert ablehnend geblieben. Von sowjetischer Seite wurde ausdrücklich die gute Entwicklung des Verhältnisses zwischen Österreich und der Sowjetunion seit dem Staatsvertrag von 1955 und das hohe internationale Ansehen der österreichischen Neutralität betont.⁶²⁸ Der amerikanische Präsident Johnson brachte gegenüber Klaus, der mit Waldheim in die USA gefahren war, seine Genugtuung über die österreichische Ostpolitik zum Ausdruck und betonte das Bestreben der USA, einen ähnlichen Weg einzuschlagen.⁶²⁹ Der zweite Besuch Waldheims im Mai 1968 in der Sowjetunion gemeinsam mit Bundespräsident Jonas bekräftigte den Eindruck, den der erste hinterlassen hatte. Wie aus dem folgenden Ausschnitt aus seinem mündlichen Bericht an den Ministerrat hervorgeht, bemerkte Waldheim auch deutlich die Sorgen der Sowjetführer betreffend die gegenwärtige Lage in der ČSSR und erkannte die möglichen Konsequenzen.

Auszugsweise:

„(...) Über die EWG-Frage wurde nichts gesprochen. Eine Unruhe war hinsichtlich der Entwicklung in der CSSR festzustellen. Bei den Gesprächen mit Podgorny [Podgornyj, M.G.], Gromyko und einem stellvertretenden Außenminister wurde die Meinung geäußert, daß die Sowjetunion Vertrauen zu Dubcek [Dubček, M.G.] und

⁶²⁷ Vgl. Eger, Reiner: Krisen an Österreichs Grenzen. Das Verhalten Österreichs während des Ungarnaufstandes 1956 und der tschechoslowakischen Krise 1968. Ein Vergleich, Wien/München 1981, S. 77-83. (ab hier: Eger, Krisen an Österreichs Grenzen)

⁶²⁸ Mündlicher Vortrag an den Ministerrat von BM Waldheim über seinen Besuch in der Sowjetunion, ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 77/Beilage B vom 26. März 1968, Karton 268.

⁶²⁹ ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 79/ATO (außerhalb der Tagesordnung) vom 17. April 1968, Karton 269; ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 81/ATO vom 30. April 1968, Karton 269; Schriftlicher Bericht von BK Klaus über seine Besuche in den USA und Japan, ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 89/Beilage 8 vom 2. Juli 1968, Karton 273.

*der jetzigen Regierung habe, jedoch fürchte, daß die Entwicklung in der CSSR außer Kontrolle geraten könne. Das sei der Grund für den Besuch Kossygins [Kosygins, M.G.] in Prag gewesen. Man werde in keiner Weise dulden, daß die CSSR ein nichtsozialistisches Land werde. Die Russen [sic!] werden eingreifen, wenn eine Abkehr der CSSR vom Kommunismus stattfindet. In diesem Zusammenhang wurde Genugtuung geäußert, daß in Österreich Ruhe herrsche. Man erwähnte auch lobend die Neutralität. Ebenso wurde Befriedigung über die Bereitschaft Österreichs geäußert, den Atomsperrvertrag zu unterschreiben. (...)*⁶³⁰

Wie reagierte nun die Österreichische Bundesregierung vor diesem Hintergrund?

Bundeskanzler Klaus wurde von seinem Sekretär, dem späteren Bundespräsidenten Thomas Klestil, um 4 Uhr 30 in Wolfpassing aufgesucht und über die Ereignisse in der ČSSR informiert. Auf dem Weg nach Wien war er mit dem Generaldirektor des österreichischen Rundfunks Gerd Bacher zusammengetroffen, auf dessen Ersuchen er um 7 Uhr eine Erklärung im Rundfunk abgab.⁶³¹ Klaus betonte in seiner ersten Stellungnahme die immerwährende Neutralität Österreichs als Ergebnis konsequenter Unabhängigkeitspolitik. Bei der Bewertung der Ereignisse hielt er sich sehr zurück. Auf Betreiben von Außenminister Waldheim, der selbst betonte, dass Österreich Einmischungen in blockinterne Auseinandersetzungen strikt ablehnt, wurde seine Stellungnahme, die auf deutlich mutigere Erklärungen von Bundeskanzler Julius Raab während der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands 1956 Bezug genommen hätte, entschärft.⁶³² Die zurückhaltende Erklärung von Klaus im Vergleich mit jener von Raab 1956 wurde auch von den internationalen Medien bemerkt.⁶³³

Auszugsweise:

„(...) Österreich hat dank seiner immerwährenden Neutralität und dank einer konsequenten Neutralitäts- und Unabhängigkeitspolitik sich das Vertrauen aller vier Signatarmächte des Staatsvertrags, aber auch das Vertrauen seiner Nachbarländer erworben. (...) Das bedeutet aber nicht, daß uns das Schicksal anderer Länder und Völker gleichgültig ist. Wir sind am Frieden und der friedlichen Entwicklung unserer Nachbarländer interessiert und haben daher mit großer Aufmerksamkeit die

⁶³⁰ ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 85/ATO vom 28. Mai 1968, Karton 271.

⁶³¹ ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 91a vom 21. August 1968, Karton 274.

⁶³² Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 1, Innsbruck 2005, S. 341. (ab hier: Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik)

⁶³³ Vgl. z. B.: Neue Zürcher Zeitung, 24. August 1968, S. 7: „Österreich unter dem Eindruck des Dramas in der CSSR“.

*Vorgänge und die Entwicklung in der Tschechoslowakei in den letzten Wochen und insbesondere in der heutigen Nacht verfolgt. Angesichts der Ereignisse hat die Bundesregierung daher alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen. (...)*⁶³⁴

Auch eine weitere Erklärung durch Klaus verurteilte die Invasion in der ČSSR nicht, die dritte drückte lediglich Besorgnis über die Respektierung des Völkerrechts, der Achtung der Charta der VN und der Wahrung der Rechte kleiner Staaten aus.⁶³⁵

Um 12 Uhr 30 hatte der sowjetische Botschafter Boris F. Podcerov den Bundeskanzler aufgesucht und ihm die Erklärung der sowjetischen Regierung mit bereits hinlänglich bekanntem rechtfertigenden Inhalt übergeben. Gegenüber diesem betonte Klaus, dass Österreich an seiner Neutralitätspolitik festhalten werde, und protestierte gegen die ersten Verletzungen der österreichischen Lufthoheit, worauf dieser technische Gründe als Ursache angab und versprach, dass keine weiteren Luftraumverletzungen mehr erfolgen würden.⁶³⁶ Die Luftraumverletzungen gingen in den Folgetagen weiter und entpuppten sich als lupenreine Aufklärungsflüge über österreichischem Territorium. Der österreichische Botschafter in Moskau Walter Wodak wurde angewiesen zu protestieren, dies gelang ihm erst mit einigen Tagen Verspätung. Allen Versicherungen zum Trotz kam es am 1. September erneut zu einer Luftraumverletzung, gegen die erneut protestiert wurde. Dies zeigt, dass die österreichische Neutralität von der Sowjetunion den Eigeninteressen hintangestellt wurde. Auch die USA beanstandeten die Neutralitätsverletzung nicht.⁶³⁷

Um 13 Uhr 25 trat der Ministerrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Das ausgesprochen dünne Protokoll, das in keinem Verhältnis zur angegebenen Sitzungsdauer von über zwei Stunden steht, lässt darauf schließen, dass einiges außer Protokoll gesprochen wurde. In der offiziellen Verhandlungsniederschrift erklärte Waldheim in aller Deutlichkeit, dass man jeglichen provokatorischen Ton vermeiden sollte, da dies gefährlich sein könnte. Er verteidigte die Erklärung des Bundeskanzlers vom Morgen, obwohl er einräumte, dass diese mäßigend war. Man sollte gegenüber der Sowjetunion keinen falschen Eindruck erwecken. Deswegen riet er auch von größeren Truppenbewegungen in Grenznähe ab. Weitere Berichte der Bundesminister über die bisherigen Maßnahmen ihrer Ressorts wurden vorgetragen.

⁶³⁴ ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 91a/Beilage 1 vom 21. August 1968, Karton 274.

⁶³⁵ Vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, S. 345.

⁶³⁶ ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 91a vom 21. August 1968, Karton 274.

⁶³⁷ Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 91-93.

Einen Passus über das Asylrecht zum Bestandteil des Kommuniqués zu machen, wurde von Vizekanzler Hermann Withalm angeregt.⁶³⁸

Auszugsweise der beschließende Absatz des veröffentlichten Kommuniqués:

*„(...) Die Bundesregierung stellte fest, dass sie strikte an den im Jahre 1955 freiwillig eingegangenen Neutralitätsverpflichtungen festhalten wird. Ebenso werde sie ihren Verpflichtungen auf dem Gebiete des Asylrechtes, wie sie es immer getan habe, unverändert nachkommen.“*⁶³⁹

In den ersten offiziellen Erklärungen sowie auch im Protokoll des Ministerrats findet sich keine Verurteilung der Intervention in der ČSSR. Von Klaus und Waldheim wurde später betont, dass man von Anfang an überzeugt war, dass keine Gefahr für Österreich bestanden hat.⁶⁴⁰ Waldheim tat dies beispielsweise am 10. September vor dem Ministerrat, als er seinen Bericht über die Intervention in der ČSSR vortrug.

*„Die militärische Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei kam für uns – ebenso wie für die übrige Welt – überraschend. Man hatte nach den Vereinbarungen von Schwarza an der Theiss [Čierná nad Tisou] und Preßburg [Bratislava] gehofft, dass es gelungen wäre, einen brauchbaren Kompromiss zu erzielen und dass daher eine militärische Intervention vorläufig nicht mehr aktuell sei. (...) Die österreichischen Überlegungen basierten von Anfang an auf der Annahme, dass die Sowjetunion ihre militärische Intervention auf die CSSR beschränken würde und eine Ausweitung – wenn überhaupt – sich höchstens innerhalb des Ostblocks ergeben werde. Diese Annahme ist weiterhin aufrecht. (...)“*⁶⁴¹

In der außerordentlichen Sitzung des Ministerrats vom 21. August wurde von Waldheim jedoch eindeutig betont, dass man die Sowjetunion auf keinen Fall provozieren sollte. Zumindest nach außen hin verfolgte er konsequent den seinem Neutralitätsverständnis entsprechenden Kurs, sich nicht in blockinterne Auseinandersetzungen einzumischen.⁶⁴² Trotz der angeblichen Gewissheit, dass keine Gefahr für Österreich bestünde, holte man sich eine zusätzliche Rückversicherung durch Kontaktgespräche des österreichischen Botschafters in Moskau Wodak. Die ersten Versicherungen dürfte der sowjetische Botschafter

⁶³⁸ ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 91a vom 21. August 1968, Karton 274.

⁶³⁹ ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 91a/Beilage 5 vom 21. August 1968, Karton 274.

⁶⁴⁰ Siehe hierzu: Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 88-89.

⁶⁴¹ Mündlicher Vortrag an den Ministerrat von BM Waldheim betreffend die Besatzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer-Paktes, ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 92/Beilage B vom 10. September 1968, Karton 275.

⁶⁴² Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 88-89.

Podcerov am 21. August in seinem Gespräch mit Klaus ausgesprochen haben.⁶⁴³ Die zurückhaltende Reaktion der österreichischen Bundesregierung ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass im Gegensatz zu 1956 keine offiziöse Andeutung der USA bestand, für Österreichs Souveränität einzutreten.⁶⁴⁴ Tito, in Kenntnis des Aufmarschplanes des Warschauer Paktes, *Polárka*, der von dem Anfang 1968 aus der ČSSR geflüchteten tschechoslowakischen General Jan Šejna verraten worden war, soll über diplomatische Kanäle nach Wien vermeldet haben, dass die Sowjetunion über Österreich nach Jugoslawien einmarschieren wollte. Die österreichische Bundesregierung wusste über den Plan kaum und dies zunächst nur durch amerikanische Andeutungen Bescheid, die als wenig glaubwürdig eingestuft wurden.⁶⁴⁵ All dies deutet drauf hin, dass die Regierung keineswegs sicher war, dass Österreich keine Gefahr drohte. Die Annahme der beiden Journalisten Kurt Tozzer und Günther Kallinger, dass es im Falle von Widerstand durch die tschechoslowakische Armee und deren Zurückweichen auf österreichisches Territorium auf alle Fälle zur Ausweitung der Kampfhandlungen auf österreichischem Staatsgebiet gekommen wäre, erscheint durchaus plausibel.⁶⁴⁶ Klaus bestätigte diesbezügliche Ängste nach seinem Ausscheiden aus der Politik.⁶⁴⁷

Auch im weiteren Verlauf der Krise dürfte sich die Nervosität der Regierung nur zeitweise gelegt haben. Sogar die Verlegung des Regierungssitzes nach Westösterreich wurde diskutiert.⁶⁴⁸ Dieser hätte nach Hall in Tirol verlegt werden können und die Bundesregierung soll sich auf eine mögliche Flucht vorbereitet haben. Im Osten waren diese Pläne durch Spionage bekannt. Zudem soll eine Ernennungsurkunde für einen neuen Bundeskanzler, für den Fall von Ausfällen in der Regierungsmannschaft, blanko unterschrieben durch den Bundespräsidenten, existiert haben.⁶⁴⁹

Im Ministerrat vom 10. September wurde, nach einiger Diskussion, auf Ersuchen des Bundesministers für Landesverteidigung Georg Prader die Rückverlegung des bevorstehenden Abrüstungstermins für Präsenzdiener um vier Wochen beschlossen, da ansonsten eine der derzeitigen Lage widersprechende vorübergehende Schwächung der Einsatzbereitschaft eingetreten wäre. Enthält das Protokoll der

⁶⁴³ Vgl. Eger, *Krisen an Österreichs Grenzen*, S. 91.

⁶⁴⁴ Vgl. Gehler, *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik*, S. 350-351.

⁶⁴⁵ Vgl. Tozzer/Kallinger, »Marschmusik für Glockenspiel«, S. 16, 179-186, 233-234, 258-261.

⁶⁴⁶ Vgl. ebd., S. 172.

⁶⁴⁷ Vgl. ebd., S. 153.

⁶⁴⁸ Vgl. Eger, *Krisen an Österreichs Grenzen*, S. 109.

⁶⁴⁹ Vgl. Tozzer/Kallinger, »Marschmusik für Glockenspiel«, S. 19-20, 168-170.

Sitzung vom 21. August noch keine offiziellen Aufzeichnungen über eine mögliche Gefahr für Österreich, so argumentierte Staatssekretär Karl Pisa im Ministerrat vom 10. September, dass man die Verlängerung des Präsenzdienstes gegenüber den Chefredakteuren und dem Rundfunk in einem Informationsgespräch mit dem Argument, dass direkt nach dem Einmarsch in der ČSSR eine akute Gefahr für Österreich bestand, erklären müsste. Wörtlich: „(...) *Man müßte den Journalisten klarmachen, daß unmittelbar nach dem Einmarsch in die CSSR eine akute Gefahr bestand und daß wir uns derzeit eine militärische Präsenz, wie sie durch den Ausfall der Abrüstenden entstehen würde, nicht leisten können.*“⁶⁵⁰ Dies stellt die einzige offizielle Äußerung in den Protokollen des Ministerrats dar, die zugibt, dass man direkt nach der Intervention sehr wohl von einer Gefahr für Österreich ausgegangen war.

Am 1. Oktober wurde nach einer Anregung des Bundespräsidenten beschlossen, die Aufschiebung der Rückversetzung der Präsenzdiener in die Reserve vorzeitig aufzuheben.⁶⁵¹

Entgegen der offiziellen Überraschung Österreichs über die Intervention hatte die militärische Führungsspitze bereits sechs Wochen vor der Intervention die Meinung vertreten, dass der Einmarsch des Warschauer Paktes nur noch eine Frage der Zeit sei. Im Juli wurden zwischen Innen- und Verteidigungsministerium Maßnahmen für den Fall eines bewaffneten Konflikts koordiniert, da vor den Verhandlungen in Čierná nad Tisou und Bratislava durchaus eine Intervention in der ČSSR befürchtet wurde. Die Vorbereitungen verliefen in aller Stille und streng geheim, im Osten dürften sie dennoch durch Spionage bekannt gewesen sein. Der besprochene Einsatzplan funktionierte dann aber am Morgen der Intervention nur bedingt.⁶⁵² Zwar war der Einsatzplan in Abwesenheit von Verteidigungsminister Georg Prader eigenmächtig in Wien in den frühen Morgenstunden des 21. August ausgelöst worden, die Regierung rief jedoch einige Maßnahmen zurück, um keinesfalls provozierend auf die Sowjetunion zu wirken.⁶⁵³ Beispielsweise wurde das österreichische Bundesheer erst am Nachmittag des 21. August mit Respektabstand von 25 bis 30 Kilometern zur Grenze postiert um, so der Eindruck des Armeekommandanten Emil Spanocchi,

⁶⁵⁰ ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 92/ATO vom 10. September 1968, Karton 275.

⁶⁵¹ ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 95/26d vom 1. Oktober 1968, Karton 276.

⁶⁵² Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 104-106; vgl. Tozzer/Kallinger, »Marschmusik für Glockenspiel«, S. 95-108.

⁶⁵³ Vgl. ebd., S. 149-150, 153-154, 156-157, 160-165, 197.

nicht anzudeuten, dass man zur Gegenwehr bereit sei.⁶⁵⁴ Eine Maßnahme, die klar im Zeichen der Politik der Vermeidung einer Provokation gegenüber der Sowjetunion steht. Der verspätete Einsatz des Bundesheeres widerspricht den Erklärungen von Bundeskanzler Klaus, wonach die österreichische Bundesregierung alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen hätte.

Nachdem in der österreichischen Gesandtschaft in Prag Reisepässe gestohlen worden waren und es deswegen Befürchtungen der Sicherheitsdirektion gab, dass mit diesen Pässen osteuropäische Spione nach Österreich eingeschleust werden könnten, wurde am 21. August kurzfristig die Weisung erteilt, keine Visa an tschechoslowakische Staatsbürger auszustellen. Die österreichische Gesandtschaft ignorierte diese Anweisung, die ohnehin nach 24 Stunden wieder aufgehoben wurde. Eine weitere ähnlich lautende Weisung vom 25. August setzte der Gesandte Kirchschräger solange nicht um, bis diese schließlich widerrufen wurde. Dies war ihm auch aufgrund der im Zuge der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands 1956 erworbenen humanitären Tradition Österreichs wichtig.⁶⁵⁵ Die Angst, dass mit den gestohlenen Pässen Spione eingeschleust werden hätten können, war insofern hinfällig, da sich solche, wie auch in Österreich angeworbene, bereits zur Genüge im Lande befanden, was auch für die Bundesregierung kein Geheimnis gewesen sein dürfte.⁶⁵⁶

Die Reaktionen der Parteien wichen deutlich von der zurückhaltenden Position der Bundesregierung ab. Die ÖVP verteidigte zwar das Verhalten der Regierung, jedoch stellte sie auch klar, dass sie als Partei die Ereignisse in der Tschechoslowakei mit derselben Anteilnahme wie die anderen Parteien verfolge. Die Oppositionsparteien verurteilten die Intervention klar, enthielten sich zunächst aber jeglicher Kritik an der Regierung.⁶⁵⁷ Die SPÖ reagierte bereits am Vormittag des 21. August mit einer eindeutigen Aussendung.

„(...) Die militärische Aktion der Warschauer Pakt-Mächte ist eine Einmischung in die innenpolitischen Verhältnisse eines Nachbarlandes Österreichs. Die österreichischen Sozialisten verzeichnen dieses mit Bestürzung und verurteilen es als einen Schlag gegen die sich anbahnende Demokratisierung in unserem

⁶⁵⁴ Vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, S. 347.

⁶⁵⁵ Vgl. ebd., S. 348-349.

⁶⁵⁶ Vgl. Tozzler/Kallinger, »Marschmusik für Glockenspiel«, S. 15-16, 58-66, 128-134, 224-226, 290-295.

⁶⁵⁷ Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 104-106; siehe zur Position der ÖVP als Partei auch: Die Presse, 23. August 1968, S. 1-2: »Vorsichtige Klaus-Erklärung«.

*Nachbarstaat. Die Sozialistische Partei Österreichs drückt, fest auf dem Boden der Neutralität Österreichs stehend, dem leidgeprüften Volk der CSSR in dieser schweren Stunde ihre volle Sympathie aus.*⁶⁵⁸

Im Laufe der Woche nach der Intervention wandelte sich die Zurückhaltung der Opposition, insbesondere jene Kreiskys, zu offener Kritik an der zurückhaltenden Reaktion der Regierung.⁶⁵⁹ In einem Kommentar in *Die Presse* vom 28. August wurde Kreisky wegen seiner klaren Worte als eindeutiger Gewinner der Intervention in der Öffentlichkeit bezeichnet.⁶⁶⁰ Die *Neue Zürcher Zeitung* wertete die Haltung der Regierung als Plus für die Opposition, insbesondere für Kreisky.⁶⁶¹

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) bezog ebenfalls eindeutig Stellung und beschuldigte die Sowjetunion, die von ihr betonte Politik der Nichteinmischung nicht befolgt und ihre angebliche Friedenspolitik demaskiert zu haben.⁶⁶²

Die an sich streng moskauhörige Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) verurteilte, zur allgemeinen Überraschung, die Invasion in der ČSSR. Diese Haltung führte auch zu innerparteilichen Turbulenzen. Der real existierende Panzerkommunismus bedeutete für sie das definitive innenpolitische Aus.⁶⁶³ Im Dezember besuchte eine KPÖ-Delegation die Sowjetunion, im abschließenden Kommuniqué fehlte weiterhin jegliche Gutheißung der Intervention. Bezüglich der künftigen Entwicklungen in der ČSSR wurde aber Einigkeit ausgedrückt.⁶⁶⁴

Der erwartete große Flüchtlingsstrom nach Österreich blieb aus. Von den 130 000 bis 160 000 Tschechoslowaken, die nach Österreich kamen, waren rund ein Drittel Touristen, die über oder aus Österreich in die ČSSR zurückkehrten. Der Großteil aller Tschechoslowaken, die sich in den Wochen nach der Intervention in Österreich aufgehalten hatten, kehrten wieder in die ČSSR zurück, zirka 10 000 blieben in Österreich, bei weitem nicht alle stellten einen Antrag auf politisches Asyl.⁶⁶⁵ Von denen, die aus Österreich zu emigrieren trachteten, fanden einige Tausend Aufnahme in der Schweiz. Wie die Berichte von Innenminister Franz Soronics vor dem österreichischen Ministerrat bezeugen, stellten die, wenn auch nur für kurze

⁶⁵⁸ Die SPÖ zu den Vorgängen in der CSSR, ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 91a/Beilage 2 vom 21. August 1968, Karton 274.

⁶⁵⁹ Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 115.

⁶⁶⁰ Vgl. *Die Presse*, 28. August 1968, S. 1: „Gewinner Kreisky“.

⁶⁶¹ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 7. September 1968, S. 3: „Österreich im Bann der tschechoslowakischen Ereignisse“.

⁶⁶² Vgl. *Die Presse*, 22. August 1968, S. 2: „KPOe gegen Sowjetinvasion“.

⁶⁶³ Vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, S. 345.

⁶⁶⁴ Botschaftsrat Binder an BMAA, Moskau, 6. 12. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 130689, Karton 1404.

⁶⁶⁵ Vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, S. 341; vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 113.

Zeit, in Österreich befindlichen Tschechoslowaken eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Zudem waren die von zahlreichen Hilfsorganisationen betriebenen Auffanglager überlastet.⁶⁶⁶

Die Berichterstattung der österreichischen Medien führte zu energischen sowjetischen Protesten, die Kampagne in der sowjetischen Presse erreichte aber bei weitem nicht das Ausmaß jener im Jahre 1956. Die offenkundig erfundenen Anschuldigungen gegen Österreich, wonach beispielsweise amerikanische Spezialeinheiten nach Ausbildung in Österreich als Touristen mit großen Mengen von Waffen in die ČSSR geschmuggelt worden wären, wurden aufs Schärfste zurückgewiesen, Botschafter Wodak protestierte in Moskau. Die Anschuldigungen sollten, Reiner Eger zur Folge, dazu dienen, die österreichische Regierung dazu zu bringen, die Berichterstattung der österreichischen Medien einzuschränken. Dieses Bestreben blieb ohne Erfolg.⁶⁶⁷ Die Bundesregierung wurde für ihre Versuche, die Berichterstattung zu dämpfen, heftig kritisiert.⁶⁶⁸ Eine vernichtende mediale Kritik an der Haltung der österreichischen Bundesregierung nach der Intervention allgemein lieferte Otto Schulmeister, der damalige Herausgeber der Tageszeitung *Die Presse*. Vergleichend mit anderen neutralen Staaten meinte er, dass ja nicht die Heftigkeit der Schweizer Reaktion nötig wäre, Österreich sich jedoch auch nicht in eine finnische Neutralitätsposition hineinmanövrieren lassen sollte, da die Neutralität nur solange mehr als das Wort wert sei, solange man bereit ist, für sie zu kämpfen.⁶⁶⁹

Als die Deutsche Presseagentur (dpa) am 10. September die Befürchtung in die Welt setzte, dass ein möglicher sowjetischer Durchmarsch in Richtung Jugoslawien über österreichisches Staatsgebiet erfolgen könnte, wurde diese Meldung umgehend durch das Außenministerium dementiert und die Regierung betonte, dass von Anfang an keine Gefahr für Österreich bestanden habe.⁶⁷⁰ In der heimischen und in der internationalen Presse waren bereits vor dem 10. September zahlreiche Meldungen über solche Befürchtungen aufgetaucht.⁶⁷¹ Maßnahmen zur Sicherung

⁶⁶⁶ Vortrag von BM Soronics an den Ministerrat betreffend die Betreuung der tschechoslowakischen Flüchtlinge und Staatsangehörigen, ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 92/Beilage A vom 10. September 1968, Karton 275; Vortrag von BM Soronics an den Ministerrat betreffend die Betreuung der tschechoslowakischen Flüchtlinge und Staatsangehörigen, ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 94/Beilage A vom 24. September 1968, Karton 276.

⁶⁶⁷ Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 94-97, 111-112.

⁶⁶⁸ Vgl. *Die Presse*, 26. August 1968, S. 1: „Was heißt „dramatisieren“?“, vgl. *Die Presse*, 26. August 1968, S. 2: „OeVP will Presse dämpfen“.

⁶⁶⁹ Vgl. *Die Presse*, 31. August/1. September 1968, S. 1: „Bilanz für Österreich“.

⁶⁷⁰ Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 97.

⁶⁷¹ Am 1. September erläuterte Ernst Trost in der Kronen Zeitung unter dem Titel „Gesetzt den Fall...“ das mögliche Bedrohungsszenario für Österreich im Falle eines Eingreifens in Jugoslawien. Ihm

der Flughäfen waren in Österreich getroffen worden,⁶⁷² ein weiterer Beweis dafür, dass derartige und andere Befürchtungen sehr wohl ernst genommen wurden.

Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR löste bei vielen Österreichern das Gefühl einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr für das eigene Land aus.⁶⁷³ Dies geht auch aus den zahlreichen Gesprächen, die ich im Zuge der Beschäftigung mit diesem Thema mit Menschen, die die Intervention in der ČSSR 1968 von Österreich aus verfolgt haben, hervor. Jedoch würde ich eher von einem Gefühl der Beunruhigung und nicht der Bedrohung sprechen, wie sie die *Kronen Zeitung* in ihrer Extraausgabe vom 21. August darstellte. Die Schlagzeile im Blattinneren „An unseren Grenzen stehen Sowjetpanzer, die Geschütze sind auf Oesterreich gerichtet“ mag jedoch, wenn man die auch damals schon enorme Breitenwirkung der *Kronen Zeitung* bedenkt, das Gefühl vieler Österreicher ausgedrückt haben. In dem dazugehörigen Artikel wurde aber keine besondere Angstmake betrieben. Die zu erwartenden Flüchtlingsströme wurden erwähnt.⁶⁷⁴

Die österreichische Bevölkerung verurteilte die Intervention durchwegs mit aller Schärfe und war größtenteils der Meinung, dass die Bundesregierung von Beginn an klar gegen die Intervention Stellung hätte nehmen müssen.⁶⁷⁵ Am 21. August wurde die sowjetische Botschaft in Wien um 13 Uhr mit zwei Molotov-Cocktails beworfen.⁶⁷⁶

Das Präsidium des Österreichischen Fußballbundes (ÖFB) zeigte Konsequenz und sagte das für den 8. September angesetzte Länderspiel gegen Ungarn ab.

zufolge hätte die österreichische Neutralität, wenn auch unter Vorwänden, keinerlei Bedeutung gehabt. (Vgl. *Kronen Zeitung*, 1. September 1968, S. 3: „Gesetzt den Fall...“); für die internationale Presse vgl. z. B.: *The Times*, 2. September 1968, S. 6: „Cold wind of fear in Vienna“; Zudem wurde die mediale Berichterstattung über eine mögliche Gefahr für Österreich besonders nach der Meldung der dpa vom 10. September u. a. in den Berichten der österreichischen Vertretungen in Dänemark, Italien Jugoslawien und Norwegen erwähnt. (Siehe: Botschafter Manz an BMAA, Kopenhagen, 10. 9. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125670, Karton 1355; Österreichische Botschaft an BMAA, Rom, 11. 9. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125665, Karton 1355; Botschafter Peinsipp an BMAA, Belgrad, 11. 9. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125752, Karton 1355; Österreichische Botschaft an BMAA, Oslo, 10. 9. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125608, Karton 1355; Österreichische Botschaft an BMAA, Oslo, 14. 9. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125903, Karton 1355.) Zu den Befürchtungen vor dem 10. September siehe beispielsweise: Botschafter Schöner an BMAA, London, 27. 8. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124743, Karton 1355. Botschafter Schöner hatte von Oppositionsführer Edward Heath am 26. August im britischen Unterhaus geäußerte Befürchtungen über eine mögliche Gefahr für Österreich auf einem abendlichen Empfang der offiziellen Sprachregelung folgend dementiert.

⁶⁷² Vgl. Tozzer/Kallinger, »Marschmusik für Glockenspiel«, S. 274-275.

⁶⁷³ Vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, S. 341.

⁶⁷⁴ Vgl. *Kronen Zeitung*, 21. August 1968 (Extraausgabe), S. 2-3: „An unseren Grenzen stehen Sowjetpanzer, die Geschütze sind auf Oesterreich gerichtet“.

⁶⁷⁵ Vgl. *Die Presse*, 23. August 1968, S. 10: „Überall herrschen Mitleid und Entrüstung“.

⁶⁷⁶ Vgl. *Die Presse*, 22. August 1968, S. 7: „Anschlag auf Botschaft“; BM Soronics erwähnte den Sachverhalt brandaktuell in der außerordentlichen Sitzung des Ministerrats am 21. August; ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 91a vom 21. August 1968, Karton 274.

Stattdessen wurde ein Match gegen die Schweiz vereinbart, die ihrerseits ein Länderspiel gegen Polen abgesagt hatte.⁶⁷⁷

Auch nach dem Abschluss der Moskauer Verhandlungen blieb die österreichische Politik zurückhaltend, um keinesfalls provozierend auf die Sowjetführung zu wirken.⁶⁷⁸ Wenngleich Waldheim vor dem Ministerrat betonte, „*dass der dort erzielte Kompromiss noch keine Lösung des Problems bedeutet.*“⁶⁷⁹ Der Ausbau der Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion erlitt keine größere Beeinträchtigung, insbesondere nicht die bilaterale wirtschaftliche Kooperation.⁶⁸⁰ Entsprechende bilaterale Kontakte wurden ohne großes Aufsehen bereits weniger als ein Monat nach der Intervention wieder unterhalten.⁶⁸¹ Die einzige konkrete Reaktion auf bilateraler Ebene stellte die Verschiebung des Besuchs von Nationalratspräsident Alfred Maleta in der Sowjetunion dar.⁶⁸² Bereits ab Anfang September wurde durch Kontaktgespräche in Moskau Entspannung gesucht.⁶⁸³ Auch mit den übrigen Interventionsmächten trat keine Verschlechterung der Beziehungen ein, es kam lediglich zu einigen Besuchsverschiebungen, betroffen waren die Besuche des ungarischen und des bulgarischen Ministerpräsidenten, Jenő Fock und Živkov.⁶⁸⁴

Irland

Der irische Außenminister Frank Aiken bezeichnete die Invasion der ČSSR als einen klaren Fall der Gewaltanwendung gegen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der Tschechoslowakei und betonte, dass es die Pflicht des Sicherheitsrats sei den Abzug der Truppen und das Ende der Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu fordern. Die offizielle irische Reaktion wurde von der österreichischen Botschaft als recht farblos bezeichnet.⁶⁸⁵

⁶⁷⁷ Vgl. Die Presse, 27. August 1968, S. 6: „Länderspiel gegen Ungarn abgesagt“.

⁶⁷⁸ Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 97.

⁶⁷⁹ Mündlicher Vortrag an den Ministerrat von BM Waldheim betreffend die Besatzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer-Paktes, ÖStA, AdR, BKA, MRP 2. Republik Klaus II Nr. 92/Beilage B vom 10. September 1968, Karton 275.

⁶⁸⁰ Vgl. Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, S. 346, 351.

⁶⁸¹ Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 101.

⁶⁸² Vgl. ebd., S. 97.

⁶⁸³ Botschafter Wodak an BM Waldheim, Moskau, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, [o. GZ.], Karton 1404; Botschafter Wodak an BMAA, Moskau, 1. 10. 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 127120, Karton 1404.

⁶⁸⁴ Vgl. Eger, Krisen an Österreichs Grenzen, S. 103.

⁶⁸⁵ Undatierte maschinengeschriebene Zusammenfassung der ersten Reaktionen der NATO-Staaten, in: CSSR-Krise; erste Reaktionen der NATO-Staaten, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 3. 1. 1969, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 124430-6(Pol)/68, Karton 1354. (Die Einordnung Irlands in die NATO-Staaten ist, da Irland nicht der NATO angehörte, für mich nicht verständlich.)

Heiliger Stuhl

Für den Vatikanstaat reagierte erstmals am 21. August Papst Paul VI. Dieser drückte vor seinem Abflug nach Bogota, Kolumbien, seine große Bestürzung über die Intervention aus und betonte, dass er sofort bereit wäre, seine Reise abzusagen, wenn er wüsste, dass er damit helfen könnte. Die Intervention bezeichnete er als einen schweren Schlag für den Frieden in Europa und der Welt und drückte seine Hoffnung aus, dass Blutvergießen vermieden wird.⁶⁸⁶ Auf einer Pressekonferenz während seines Heimflugs aus Bogota am 27. August erklärte der Papst seine Besorgnis über die Ereignisse und die weitere Entwicklung in der ČSSR.⁶⁸⁷ Nach seiner Rückkehr aus Lateinamerika gab er am 28. August eine erste Audienz, in der er seine Zufriedenheit damit ausdrückte, dass die Situation in der ČSSR nicht so tragisch verlaufen sei wie zu befürchten war, und betonte, dass die Bevölkerung Ruhe bewahren solle.⁶⁸⁸ Am 1. September verurteilte der Papst die Intervention in der schärfsten ihm zur Verfügung stehenden Sprache und bat für die Bevölkerung der ČSSR zu beten.⁶⁸⁹

Zusammenfassung der Reaktionen der neutralen Staaten Europas

Die Reaktionen der beiden neutralen Staaten Schweden und Schweiz erfolgten mit besonderer Schärfe durch die Politik, die Medien und die Bevölkerung. Die schwedische Reaktion war der „aktiven Neutralität“ des Landes entsprechend, die Heftigkeit der Reaktion der Schweiz vermochte zu überraschen. Die finnische Reaktion war auf offizieller politischer Ebene des Landes gemäß seiner Neutralitätspolitik auf weiterhin gute Beziehungen zur Sowjetunion bedacht, weshalb man sich verwehrt, eine die Intervention wertende Position einzunehmen. Bei den Reaktionen der einzelnen politischen Parteien, der Medien und der Bevölkerung zeigte sich jedoch größtenteils Ablehnung und Verurteilung der Intervention. Vergleichbar stellte sich die Reaktion Österreichs auf die Intervention dar. Die Regierung verurteilte die Intervention mit keinem Wort. Dies dürfte darauf

⁶⁸⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. August 1968, S. 5: „Papst: Dem Frieden wurde ein harter Schlag versetzt“; vgl. International Herald Tribune, 22. August 1968, S. 3: „Pope Expresses Trepidation Over Soviet Invasion“.

⁶⁸⁷ Vgl. Die Presse, 26. August 1968, S. 1: „Papst dringt auf Gehorsam“.

⁶⁸⁸ Vgl. International Herald Tribune, 29. August 1968, S. 2: „Pope Paul Tells Czechs to Stay Patient, United“.

⁶⁸⁹ Vgl. The New York Times, 2. September 1968, S. 3: „Pope, Assailing Invasion, Asks Prayers for the Czechoslovaks“.

zurückzuführen sein, dass man sich keineswegs, wie offiziell ständig verlautbart, sicher war, dass nicht auch Österreich Opfer eines Durchmarsches, Gefechtszone oder einer zeitweiligen Okkupation ausgesetzt werden könnte. Einerseits wurden die getroffenen Vorbereitungen auf den Ernstfall mit Eintreten der Intervention nur teilweise eingeleitet, andererseits der Bevölkerung dennoch versichert, dass alle notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind. Wie real die Gefahr für Österreich war, lässt sich in Unkenntnis der Planungen des Warschauer Paktes nicht beurteilen. Deshalb bleibt auch die Frage unbeantwortet, ob die Reaktion der österreichischen Bundesregierung, die angesichts der durchaus angenommenen Gefahr verständlich ist, auch real notwendig war.

Gesamt gesehen verurteilten die neutralen Staaten Europas die Intervention eindeutig, in Finnland und Österreich unterblieb direkt nach der Intervention, um die Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu belasten, beziehungsweise aus eigenen Ängsten eine offizielle Verurteilung gänzlich. Die Parteien, die Medien und die Bevölkerung verurteilten die Intervention in allen betrachteten Staaten gleichermaßen, auch wenn den finnischen Medien eine gewisse Zurückhaltung attestiert wurde. Die Parteien dieser Länder beteiligten sich, mit wenigen Ausnahmen, wenn auch mit unterschiedlicher Schärfe, an der allgemeinen Verurteilung der Intervention.

5.e) Afrika

Von allen afrikanischen Staaten äußerten sich Klaus Mehnert zufolge 31 offiziell zu der Intervention, die anderen waren zur Zeit der Intervention, grob zusammengefasst, mit innenpolitischen Problemen (größtenteils Bürgerkriege) beschäftigt. 27 dieser 31 Staaten verurteilten die Intervention in ihren offiziellen Äußerungen eindeutig, drei gaben keine eindeutig Position beziehenden Erklärungen ab und lediglich Mali verteidigte die Intervention nach einigem Zögern. Mali wurde zur Zeit der Intervention von einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei regiert und bezeichnete erst am 30. August, nach der Rückkehr des Außenministers von einem Besuch in der Sowjetunion, die Intervention schließlich als völlig gerechtfertigt, da diese ein Schlag gegen die Imperialisten gewesen sei. Als Gegenbeispiel kann Tanzania gesehen werden, welches die Invasion bereits wenige Stunden nach bekannt werden dieser, und somit früher als die meisten Staaten der Welt, am 21. August in einer Regierungserklärung in aller Schärfe verurteilte. Die Erklärung

sprach von einer unmittelbaren Verletzung der Charta der VN und unterstrich, dass sich die Regierung Tanzanias jeglichem Kolonialismus widersetze. Die Ablehnung kam auch in medialer Sicht im Regierungsblatt zum Ausdruck und die Bevölkerung reagierte mit vehementen Protesten vor den Botschaften der Sowjetunion und der ČSSR. Weitere Staaten wie Uganda, Malawi, der Senegal, die Elfenbeinküste und Ghana reagierten ebenfalls, wenn auch nicht ganz so rasch, mit ähnlicher Schärfe.⁶⁹⁰ Zur Veranschaulichung der afrikanischen Reaktionen seien noch die Reaktionen einiger weiterer Länder angeführt. Die Stellungnahme der Regierung Zambias in der Nationalversammlung vom 22. August durch Außenminister Reuben Kamanga besagte, dass die Regierung und Präsident Kenneth Kaunda die Intervention als nackte Aggression und Einmischung in die internen Angelegenheiten der ČSSR verurteilen und einen Truppenabzug fordern. Interessant für eine Einordnung der afrikanischen Reaktionen erscheint eine Passage, die Bezug auf die eigene koloniale Vergangenheit nimmt:

*„This country, which has known what foreign domination can mean expresses its deepest sympathies to the people of Czechoslovakia in their hour of great trial. We shall never fail to express our solidarity with the oppressed on the globe, believing that justice will always triumph in the end.“*⁶⁹¹

Für das Kaiserreich Äthiopien, das nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Jahre 1967/68 war, trug der äthiopische Vertreter Lij Endalkachew Makonnen in der Vormittagssitzung des 22. August den Standpunkt seines Kaisers Haile Selassie I. vor, in dem dieser seine Unterstützung für die Politik der Nichteinmischung und Nichtintervention zum Ausdruck brachte, sich über die Intervention verärgert zeigte und den sofortigen Truppenabzug sowie eine Lösung der entstandenen Missverständnisse durch friedliche Mittel forderte.⁶⁹²

Ein abschließendes Beispiel muss natürlich die Reaktion des Senegal als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Jahre 1968/69 darstellen, da dieser,

⁶⁹⁰ Vgl. Mehnert, Klaus: Afrika reagierte empört. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 793-797.

⁶⁹¹ Letter Dated 23 August 1968 From the Permanent Representative of Zambia (Vernon J. Mwaanga) Addressed to the President of the Security Council (= Dokument Nr. S/8770) übermittelt durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁶⁹² Vgl. hierzu das Statement von Lij Endalkachew Makonnen (S. 2-7, hier S. 7), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Second Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 10.30 a.m.(= Dokument Nr. S/PV.1442) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

wie bereits erwähnt, ab dem 22. August als offizieller Unterstützer der die Intervention verurteilenden Resolution fungierte. Die Regierung Senegals bedauerte und verurteilte die militärische Intervention in der ČSSR, da diese ihrer Beurteilung nach jene Politik der Entspannung in Gefahr bringe, die sich in der Welt verbreitet zu haben scheint und wofür der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen ein Zeichen ist. Weiters wurde die Intervention als Schlag für das Konzept der friedlichen Koexistenz und Gefährdung der Prinzipien der Selbstbestimmung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von souveränen Staaten gesehen, die die heiligen Prinzipien der Menschenrechte verletzt.⁶⁹³

Von den Staaten, aus denen keine offiziellen Äußerungen vorhanden sind, was wie oben bereits erwähnt auf innenpolitische Probleme wie auch auf eine gewisse Angewiesenheit auf die Sowjetunion beispielsweise in Form von Waffenlieferungen zurückzuführen ist, bezogen zumindest teilweise die Medien ebenfalls eine kritische Haltung gegenüber dem Vorgehen der Warschauer-Pakt-Staaten. Als Beispiel hierfür kann Nigeria genannt werden. Dieses befand sich zum Zeitpunkt der Intervention im Kampf gegen Biafra und war auf sowjetische Waffenlieferungen angewiesen. Offiziell kommentierte Nigeria die sowjetische Intervention daher nicht, medial wurde sie hingegen verurteilt.⁶⁹⁴ Somit kann man abschließend zumindest die Haltungen der Regierungen Afrikas, die relativ vollständig erfassbar sind, als im wesentlichen, für Mehnert überraschend, einheitlich die Intervention verurteilend sehen.⁶⁹⁵

Die einmütige Verurteilung der Intervention durch einen großen Teil der afrikanischen Staaten ist ebenso wie die offizielle Zurückhaltung eines kleineren Teils aus dem zeithistorischen Kontext erklärbar. Gerade die jungen postkolonialen Staaten Afrikas, von denen sich viele an der Politik der Blockfreiheit orientierten, waren durch die eigene koloniale Vergangenheit für das Schicksal der ČSSR sensibilisiert und traten für die Achtung ihrer Souveränität ein. In Staaten, die mit vehementen innenpolitischen Problemen bis hin zu Bürgerkriegen zu kämpfen hatten, hatten die Offiziellen andere Sorgen, als sich zur Intervention in der ČSSR zu

⁶⁹³ Vgl. hierzu das Statement des senegalesischen Vertreters Ibrahima Boye (S. 11-12), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Third Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 9 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1443) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁶⁹⁴ Vgl. Mehnert, Klaus: Afrika reagierte empört. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 797-798; zu Nigeria vgl. auch: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. August 1968, S. 6: „Nigeria kommentiert die sowjetische Intervention nicht“.

⁶⁹⁵ Vgl. Mehnert, Klaus: Afrika reagierte empört. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 798.

äußern, andere waren wiederum auf sowjetische Unterstützung angewiesen und hielten sich deshalb zurück.

5.f) Asien

Exemplarisch seien in diesem Kapitel die Reaktionen von Japan, Indien, Pakistan und der Republik China [=Nationalchina, heute Taiwan, M.G.], die bis 1972 einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der VN inne hatte, ausführlicher dargestellt.

Das Verhältnis zwischen Japan und der Sowjetunion stand in den 1960er Jahren, nachdem man zuvor die Beziehungen als Konfrontation mit einem Verbündeten der USA beschreiben kann, im Zeichen der Entspannung. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit war gut, aber die politischen Beziehungen blieben nicht zuletzt wegen japanischer Territorialrückforderungen (im Norden) an die Sowjetunion gespannt.⁶⁹⁶ Japan reagierte am 21. August durch einen Sprecher des Außenministeriums, der die Hoffnung Japans auf eine friedliche Lösung der Situation ausdrückte. Offizielle sprachen von einer ernsten Situation. Premier Eisaku Satō wurde im Urlaub informiert.⁶⁹⁷ Die Regierung Japans verurteilte die Intervention in der ČSSR als dem Geist der VN widersprechend und als Verletzung der Unabhängigkeit und Souveränität eines Landes.⁶⁹⁸ Die Regierung appellierte direkt an die Interventionsmächte, ihre Truppen unverzüglich und bedingungslos zurückzuziehen. Die Botschafter der Sowjetunion, Polens, Bulgariens und Ungarns wurden ins Außenministerium zitiert, wo ihnen diese Mitteilung gemacht wurde.⁶⁹⁹ Scharfe Kritik an der Intervention erfolgte durch alle Parteien, auch durch die Kommunistische, durch die Presse und durch die öffentliche Meinung.⁷⁰⁰ Moskau wetterte im Radio gegen Japan und deutete an, dass dieses die Haltung zur Intervention nicht zum Vorwand für ihre Allianz mit den USA nehmen sollte. Japan verstärkte die Beziehungen zu den USA in der Folgezeit dennoch. Bald wurde für die

⁶⁹⁶ Vgl. Linde, Gerd/Opitz, Fritz: Asienpolitik, in: Geyer, Dietrich(Hg): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 537-544. (ab hier: Linde/Opitz, Asienpolitik)

⁶⁹⁷ Vgl. International Herald Tribune, 22. August 1968, S. 4: „Sharp World Reaction to Russians' Action“.

⁶⁹⁸ Vgl. Linde/Opitz, Asienpolitik, S. 544.

⁶⁹⁹ Vgl. International Herald Tribune, 23. August 1968, S. 3: „Protest of Red Action Grows Around World“; vgl. Süddeutsche Zeitung, 24./25. August 1968, S. 9: „Steinwürfe auf Sowjetbotschaften“.

⁷⁰⁰ Botschafter Eiselberg an BM Waldheim, Tokio, [o. D., verfasst am 5. 11. 1968, eingelangt am 14. 11. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 129368, Karton 1404; vgl. auch: Süddeutsche Zeitung, 29. August 1968, S. 5: „Mißtrauisches Echo auf das Communiqué“.

Sowjetunion das Verhältnis zu Japan wegen des eskalierenden sino-sowjetischen Konfliktes bedeutend.⁷⁰¹

Der nationalchinesische Vertreter im Sicherheitsrat der VN Liu Chieh verurteilte die Intervention als Negation der Prinzipien der VN, als Schlag gegen den Weltfrieden, als Nichtanerkennung aller akzeptierten Normen des internationalen Verhaltens sowie als Verletzung der eigenen Versprechen und Deklarationen und betonte: *„This is the unanimous verdict of the whole world.“* Er stellte fest, dass die Sowjetunion keine Freiheit innerhalb des sowjetischen Blocks dulden kann und mit der Intervention Prinzipien verletzt, zu deren Einhaltung sie sich selbst verpflichtet hat. Die Rechtfertigungen kritisierte er als durch den tschechoslowakischen Vertreter Mužík widerlegt und führte aus, dass die Parteiführung der ČSSR lediglich versucht hätte, den Sozialismus zu stärken indem sie der Bevölkerung mehr Freiheiten gewährte. Abschließend urteilte er, dass es das wenigste, was der Sicherheitsrat tun könne sei, die Intervention aufs Schärfste zu verurteilen und die sowjetischen Autoritäten aufzufordern, ihre Truppen aus der Tschechoslowakei abzuziehen und jegliche Einmischung einzustellen.⁷⁰² Die Wortmeldung Chieh's empörte den sowjetischen Vertreter Malik besonders. Im Zuge der allgemeinen Zurückweisung der von ihm als imperialistisch bezeichneten Kritik wertete er die Stellungnahme von Chieh wie folgt:

*„[I]n this chorus of anti-Soviet and anti-communist speeches we heard even the representative of the dead Chiang Kai-shek [Jiang Kaishek, M.G.] régime.“*⁷⁰³

Die Beziehungen zwischen Indien und der Sowjetunion waren in den 1960er Jahren relativ gut. Im indisch-chinesischen Konflikt stand Moskau wegen des eigenen Konflikts mit China klar auf Seiten Indiens. Im Kashmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan 1965 verhielt sich die Sowjetunion neutral, forderte die Einstellung der Feindseligkeiten, hob Indiens Politik der Blockfreiheit hervor, betonte aber auch die Notwendigkeit der Verbesserung der Beziehungen mit Pakistan und leitete die Vermittlungen in Taškent. Dies brachte eine vorübergehende Schwächung

⁷⁰¹ Vgl. Linde/Opitz, Asienpolitik, S. 544-545.

⁷⁰² Vgl. das Statement von Liu Chieh (S. 11-15) in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Second Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 10.30 a.m.(= Dokument Nr. S/PV.1442) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁷⁰³ Siehe hierzu Malik wörtlich (S. 32) in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Second Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 10.30 a.m.(= Dokument Nr. S/PV.1442) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

der Position Chinas und der USA in Pakistan. Die Widersprüche zwischen Indien und Pakistan konnten jedoch durch den durch sowjetische Vermittlung erreichten Kompromiss nicht abgebaut werden. Das Verhältnis zu Pakistan erlebte 1967 eine Intensivierung, ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde geschlossen, die pakistanische Sorge über die sowjetischen Waffenlieferungen an Indien blieb aber bestehen.⁷⁰⁴

Für Indien reagierte die Premierministerin Indira Gandhi. Sie betonte das Prinzip der Nichteinmischung, dass der Truppenabzug das Wichtigste sei und die Entwicklung der friedlichen Koexistenz anhalten müsse. Im Sicherheitsrat der VN kündigte der indische Vertreter G. Parthasarathi⁷⁰⁵ vor der Abstimmung über die die Intervention verurteilende Resolution an, sich trotz der unveränderten Haltung Indiens, Wert auf die Souveränität jedes Landes zu legen, und der unveränderten Sympathie für die Bevölkerung der Tschechoslowakei der Stimme zu enthalten, da keine Änderungen am Resolutionsvorschlag erfolgt seien und die Verurteilung der Intervention nicht aus diesem gestrichen wurde. Dies rechtfertigte er damit, dass es vor allem um den Truppenabzug, die Sicherheit der Bevölkerung und der politischen Führer ginge und die Auswirkungen der Resolution nicht klar wären.⁷⁰⁶ Die milde Haltung Indiens, insbesondere die Enthaltung im Sicherheitsrat, löste sogar eine innenpolitische Krise aus. Diese sorgte in beiden Häusern des indischen Parlaments für Aufruhr und gipfelte im Rücktritt eines Ministers. Zudem wurden 15 Parlamentsmitglieder verhaftet, weil sie eine Protestnote in der sowjetischen Botschaft abgeben wollten. Besonders in der Tradition des indischen Freiheitskampfes wurde es als erforderlich angesehen, eine mutige Stellungnahme für die Opfer abzugeben und den Aggressor zu verurteilen. Indira Gandhi sprach von nutzlosen propagandistischen Gesten. Bei der Verurteilung des israelisch-arabischen

⁷⁰⁴ Vgl. Linde/Opitz, Asienpolitik, S. 570-575.

⁷⁰⁵ Von der Richtigkeit der Schreibweise des Namens ist auszugehen, der vollständige Vorname war jedoch auch durch eingehende biographische Recherchen nicht zu eruieren. Stets wird lediglich G. Parthasarathi angegeben, so u. a. auch im Jahrbuch der VN 1968 (Siehe: Yearbook of the United Nations 1968 (Vol. 22), S. 1117).

⁷⁰⁶ Vgl. die Erklärung von G. Parthasarathi zum Abstimmungsverhalten Indiens (S. 147-151) in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Third Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 9 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1443) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

Kriegs 1967 hatte sich Indien jedoch nicht zurückgehalten, als es darum ging, die Araber für den indischen Standpunkt im Kashmir-Konflikt zu gewinnen.⁷⁰⁷

Pakistan reagierte wegen erwarteter Waffenlieferungen durch die Sowjetunion gar nicht auf die Intervention.⁷⁰⁸ Im Sicherheitsrat der VN erklärte der ständige Vertreter Pakistans Mohammad Yunus, dass er nicht genug Zeit hatte sich Instruktionen aus der Heimat zu holen, weshalb die Enthaltung Pakistans erfolgt sei.⁷⁰⁹ Die sowjetischen Waffenlieferungen an Pakistan, die im Sommer 1968 auch erfolgten, sorgten für enorme Beunruhigung in Indien.⁷¹⁰ Die Reaktionen Indiens und Pakistans wurden medial als Wettstreit um die Gunst Moskaus dargestellt und als taktisch eingeengte Stellungnahmen bezeichnet,⁷¹¹ was in Anbetracht des dargelegten Kontextes treffend erscheint.

Mit der Ausnahme von Kambodscha, Nepal, Afghanistan und Laos hatten bis inklusive des ersten Wochenendes nach der Intervention alle asiatischen Staaten auf die Intervention reagiert und diese großteils verurteilt. Besonders deutlich war die Verurteilung durch den kleinsten asiatischen Staat Singapur.⁷¹² Die Reaktionen Indonesiens⁷¹³ und der Philippinen,⁷¹⁴ die beide die Intervention eindeutig verurteilten, sowie die bereits dargestellten Reaktionen Japans und der Republik China mögen als Beispiele gelten. Nur die Mongolei, der Nordvietnam und Nordkorea haben sich, wie bereits unter 5.b) dargelegt, hinter das sowjetische Vorgehen gestellt. China hat dieses schwer verurteilt.

⁷⁰⁷ Vgl. hierzu die Darstellung des Verhaltens Indiens und der innenpolitischen Auswirkungen dieser in den Tagen nach der Intervention anhand ausgewählter Artikel in den internationalen Medien: vgl. International Herald Tribune, 23. August 1968, S. 3: „Thousands in Belgrade Rally for Dubcek“; vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24. August 1968, S. 5: „Ausländische Reaktionen auf Moskaus Gewaltstreich“; vgl. Süddeutsche Zeitung, 26. August 1968, S. 7: „Moskaus Prestige in Asien zertrümmert“; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. August 1968, S. 6: „Frau Gandhi verscherzt sich Sympathien“; vgl. Neue Zürcher Zeitung, 27. August 1968, S. 5: „Indiens Stimmenthaltung im Sicherheitsrat“.

⁷⁰⁸ Vgl. The New York Times, 28. August 1968, S. 8: „Soviet Diplomacy Seems Damaged“.

⁷⁰⁹ Vgl. die Erklärung von Yunus zum Abstimmungsverhalten Pakistans (S. 167) in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Third Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 9 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1443) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁷¹⁰ Vgl. Linde/Opitz, Asienpolitik, S. 577.

⁷¹¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24./25. August 1968, S. 6: „Die Moskauer Führer sind Faschisten“; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. August 1968, S. 2: „Die meisten kommunistischen Parteien stellen sich gegen Moskau“.

⁷¹² Vgl. Süddeutsche Zeitung, 26. August 1968, S. 7: „Moskaus Prestige in Asien zertrümmert“.

⁷¹³ Letter Dated 30 August 1968 From the Permanent Representative of Indonesia (H. Roeslan Abdulgani) Addressed to the Secretary-General [of the United Nations U Thant] (= Dokument Nr. S/8798) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 9. 9. 1968 eingelangt am 16. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125959/Blg. 1, Karton 1355.

⁷¹⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 27. August 1968, S. 7: „Anhaltende Proteste in aller Welt“.

5.g) Arabische Staaten und Israel

Die Unterstützung der Sowjetunion für die Arabischen Staaten war auch nach dem Sturz Chruščevs, dessen Engagement vermutlich mit seinen weltrevolutionären Ambitionen zusammenhing, keineswegs zurückgegangen, die wirtschaftliche Hilfe und die Waffenlieferungen waren sogar ausgeweitet worden. Nachdem die Sowjetunion im Sechs-Tage-Krieg, um einen bewaffneten Konflikt mit den USA auszuschließen, nicht militärisch auf Seiten der Arabischen Länder eingeschritten war hatte das sowjetische Ansehen gelitten. Durch die intensivierte Unterstützung in der Folgezeit verhallte die aufgekommene Kritik bald wieder.⁷¹⁵ Das zu dieser Darstellung hinzugezogene Material zu den Reaktionen war knapp bemessen, dennoch sollen Einblicke gewährt werden.

Für Algerien kritisierte Tewfik Bouattoura im Sicherheitsrat der VN die Art und Weise, wie die Debatte geführt wurde, und beklagte einen Mangel an Information, die durch den angekündigten Auftritt des tschechoslowakischen Außenministers Hájek hätte behoben werden können. Danach kritisierte er ausführlich die imperialistischen Handlungen in aller Welt, insbesondere das amerikanische Vorgehen im Vietnam sowie die Situation in Palästina, bezüglich derer im Sicherheitsrat nicht über Resolutionen verhandelt würde und forderte gleiches Recht für alle. Dennoch betonte Bouattoura, dass Algerien am Prinzip der Selbstbestimmung der Völker festhält, den Rückzug von Truppen, die ein anderes Land okkupieren, fordert und für friedliche Problemlösungen eintritt. Algerien unterstützte die Resolution aber mit der Begründung, dass diese durch selbst interventionistisch agierende Länder eingebracht wurde, nicht.⁷¹⁶ Die Stimmenthaltung Algeriens im Sicherheitsrat der VN wurde bereits vorab angenommen und war, da dieses ein militanter Vertreter des arabischen Lagers war, nicht weiter verwunderlich, eine Brückierung der Sowjetunion war nicht wirklich möglich.⁷¹⁷

⁷¹⁵ Vgl. Berner, Wolfgang: Die arabischen Länder, in: Geyer, Dietrich (Hg): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976. S. 649-654.

⁷¹⁶ Vgl. das Statement von Bouattoura (S. 151-157) in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-Third Meeting, Held at Headquarters. New York, Thursday, 22 August 1968, at 9 p.m. (=Dokument Nr. S/PV.1443) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁷¹⁷ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24. August 1968, S. 3: „Sowjetisches Veto im Sicherheitsrat“

Die Vereinigte Arabische Republik⁷¹⁸ schwieg lange Zeit zur Intervention, es konnte diese nicht offen verurteilen und riskieren, die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Sowjetunion zu verlieren. Mit der Zustimmung hätte man aber auch einen Vorwand für die Sanktionierung der Besetzung arabischer Gebiete durch Israel geliefert. Offiziell äußerte man Staunen, Verwirrung und Besorgnis.⁷¹⁹ Die staatliche Zeitung *Al Ahram* bezog am 30. August Position. Im Prinzip verurteilte sie die Intervention, gleichzeitig verteidigte sie aber diese, da sie aus den Umständen heraus gerechtfertigt gewesen sei. Zudem wurde betont, dass die ägyptische Meinung nicht aus der Abhängigkeit von sowjetischer Wirtschaftshilfe resultiere und die Politik der Blockfreiheit beibehalten werde. Die Argumentation dieser Haltung wurde dann widersprüchlich. Prinzipiell könne einer Intervention in einen Staat, egal aus welchen Beweggründen diese erfolgt, nicht zugestimmt werden. Deren Rechtfertigung mit der Verteidigung des Kommunismus sei nicht angebracht. Jedoch wurde betont, dass kein Araber die Intervention verurteilen könne, da die ČSSR zukünftig eine andere Nahost-Politik verfolgen wolle. Diese wollte die Beziehungen zu Israel wiederherstellen. Die antisemitisch geprägte Argumentation sprach von Juden und Zionisten in der neuen Prager Regierung.⁷²⁰ *Die Presse* fühlte sich in einem Kommentar auf der Titelseite an die Argumentation für Hitlers Einfall vor 29 Jahren erinnert.⁷²¹ Die *Neue Zürcher Zeitung* sprach von einem gewundenen Kommentar.⁷²²

Die staatlich gelenkte Presse in Syrien und im Irak begrüßte die Intervention ohne jede Einschränkung.⁷²³ In Tunesien kam es zu lebhaftem Widerstand der Bevölkerung gegen die Intervention, die Regierung äußerte sich aber nicht offiziell. Die Presse war dem „Prager Frühling“ gegenüber positiv eingestellt gewesen, die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen wurden pessimistisch gesehen und es wurde betont, dass die tunesische Politik gegenüber der Sowjetunion immer

⁷¹⁸ Die Vereinigte Arabische Republik bestand 1968 nur mehr aus Ägypten, denn nur Ägypten führte den Namen Vereinigte Arabische Republik, der die Vereinigung von Ägypten und Syrien, die zwischen 1958 und 1961 bestand, bezeichnete, bis 1972 weiter. Syrien bezeichnete sich ab September 1961 nach einem Militärputsch, infolge dessen die Union aufgekündigt wurde, wieder als Arabische Republik Syrien. (Vgl. Mejcher, Helmut: *Der arabische Osten im zwanzigsten Jahrhundert 1914-1985*, in: Halm, Heinz: *Geschichte der arabischen Welt*, 4. Aufl., München 2001, S. 483-484.)

⁷¹⁹ Vgl. *Die Presse*, 29. August 1968, S. 2: „Verwirrung und Sorge in Kairo“.

⁷²⁰ Vgl. *Die Presse*, 31. August/1. September 1968, S. 2: „Kairo zu Lage in der CSSR“.

⁷²¹ Vgl. *Die Presse*, 31. August/1. September 1968, S. 1: „Orakel von Kairo“.

⁷²² Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 31. August 1968, S. 6: „Gewundener ägyptischer Kommentar“.

⁷²³ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. August 1968, S. 5: „Neue Befürchtungen Israels“.

reserviert geblieben war. In Marokko stellten sich die Sozialisten gegen die Intervention und es kam zu Anklagen gegen die Sowjetunion.⁷²⁴

Die israelische Regierung verurteilte die Intervention in einer Erklärung nach einer am 22. August abgehaltenen Sondersitzung. Sie bezeichnete diese als schändliche Verletzung der Charta der VN. Besonders betont wurden die bösen Erinnerungen, die wegen der [angenommenen, M.G.] deutschen Beteiligung an der Intervention entstanden wären. Die Regierung verlangte eine Beendigung der Invasion und rief zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der Souveränität der ČSSR auf.⁷²⁵ Die offizielle KP Israels verurteilte die Intervention; eine weitere relativ junge KP billigte die Maßnahme der Warschauer-Pakt-Staaten. Alle anderen Parteien protestierten auf Massenkundgebungen in allen größeren Städten, unter anderem in Tel Aviv, zugunsten der ČSSR für deren Freiheit.⁷²⁶

5.h) Lateinamerika

In diesem Kapitel sollen die Reaktionen einiger Länder Lateinamerikas, die ich keinesfalls vollständig erfassen konnte, aufgezeigt werden. Die Reaktion Kubas als kommunistischer Staat Lateinamerikas ist bereits unter 5. b) erwähnt und stellt, wenn auch mit Abstrichen, die einzige Billigung der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in Lateinamerika dar. Exemplarisch seien nun einige der verurteilenden Reaktionen lateinamerikanischer Staaten dargestellt.

Das argentinische Außenministerium veröffentlichte am 23. August eine amtliche Erklärung, in der es den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR scharf verurteilte. Besonders betont wurde die Verletzung des Prinzips der Nichteinmischung und die Gefährdung der friedlichen Koexistenz, zu der sich die Sowjetunion so oft bekannt hat.⁷²⁷ Im Zuge von Protesten wurde das Fenster eines

⁷²⁴ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 5. September 1968, S. 2: „Maghrebinische Stimmen zur sowjetischen Aggression“.

⁷²⁵ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24. August 1968, S. 5: „Ausländische Reaktionen auf Moskaus Gewaltstreich“; vgl. International Herald Tribune, 23. August 1968, S. 3: „Protest of Red Action Grows Around World“

⁷²⁶ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 31. August 1968, S. 6: „Israelisches Echo auf die Vergewaltigung der CSSR“; vgl. Süddeutsche Zeitung, 24./25. August 1968, S. 9: „Steinwürfe auf Sowjetbotschaften“.

⁷²⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. August 1968, S. 2: „Argentinien sieht den Weltfrieden bedroht“.

Botschaftswagens zerbrochen, die sowjetische Botschaft selbst wurde mit Teer beworfen.⁷²⁸

Der Präsident des Sicherheitsrates, der Brasilianer Joao Augusto de Araujo Castro, der wie aus den bisherigen Darstellungen zum Verlauf der Debatten im Sicherheitsrat in den Folgetagen der Intervention um seinen Posten nicht zu beneiden war, überbrachte als Vertreter seines Landes bei den VN die Reaktion seines Präsidenten Artur da Costa e Silva auf die Intervention in der ČSSR. Dieser erklärte, dass die Invasion und Besetzung der ČSSR durch sozialistische Länder unter der Führung der Sowjetunion einen Angriff auf die Freiheit und Souveränität des tschechoslowakischen Volks und eine Verletzung fundamentaler Normen des Verhaltens zwischen Staaten, enthalten in der Charta der VN, darstellt, drückte das Bedauern der brasilianischen Regierung aus, verurteilte die Intervention und forderte zu einer Beendigung der interventionistischen Aktivitäten auf.⁷²⁹ Auf die sowjetische Handelsmission in Rio de Janeiro wurde ein Bombenanschlag mit erheblichem Sachschaden verübt,⁷³⁰ im Garten der polnischen Botschaft wurde Dynamit gefunden.⁷³¹

Für Chile verurteilte Präsident Eduardo Frei am 21. August im Namen der Regierung die Intervention und drückte die Solidarität Chiles mit der Bevölkerung der Tschechoslowakei aus. Besonders betonte er auch die Bedrohung der Existenz kleiner Länder, die nichts als den Schutz des internationalen Rechts haben, welches hier verletzt wurde.⁷³² Demgegenüber wurde gegen Steine werfende Demonstranten sogar mit Tränengas vorgegangen.⁷³³

Ecuador verurteilte die Intervention sowie jegliche Aggression und Imperialismus, von wo auch immer, in seiner Selbstsicht als Verteidiger der Prinzipien der Nichtintervention, Selbstbestimmung und friedlicher Beilegung von Konflikten, durch eine Stellungnahme des ecuadorianischen Außenministers: „(...) *the Foreign Ministry*

⁷²⁸ Vgl. International Herald Tribune, 23. August 1968, S. 3: „Thousands in Belgrade Rally for Dubcek“.

⁷²⁹ Vgl. das Statement von Joao Augusto de Araujo Castro (S.97-100), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-First Meeting, Held at Headquarters. New York, Wednesday, 21 August 1968, at 5.30 p.m. (= Dokument Nr. S/PV.1441) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁷³⁰ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24./25. August 1968, S. 9: „Steinwürfe auf Sowjetbotschaften“.

⁷³¹ Vgl. International Herald Tribune, 23. August 1968, S. 3: „Thousands in Belgrade Rally for Dubcek“.

⁷³² Letter Dated 26 August 1968 From the Permanent Representative of Chile (José Piñera) Addressed to the President of the Security Council (= Dokument Nr. S/8777) übermittelt durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁷³³ Vgl. International Herald Tribune, 23. August 1968, S. 3: „Thousands in Belgrade Rally for Dubcek“.

of Ecuador condemns and censures this outrage committed against a sovereign State in violation of the fundamental principles of international law.“ Am 22. August verurteilten auch der Senat und die Abgeordnetenversammlung die bewaffnete Aktion in der ČSSR.⁷³⁴

Für die Republik Haiti verurteilte [Diktator, M.G.] François Duvalier, Präsident auf Lebenszeit, die Intervention persönlich und im Namen seines Volkes. Zudem stellte er die Charta der VN in Frage, betonte die Kraftlosigkeit der VN und verlangte praktisch eine Modifikation, die zu militärischem Schutz für die Souveränität von Staaten der „Dritten Welt“ führen sollte.⁷³⁵

Für Jamaika protestierten sowohl der Außen- wie auch der Premierminister Hugh Lawson Shearer gegen die Invasion in der ČSSR. Sie klagten die Verletzung der Rechte eines jeden Staates auf politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität sowie die Missachtung der Charta der VN an und forderten den Abzug der Truppen aus der ČSSR.⁷³⁶

Wie bereits ausgeführt trug Paraguay als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Jahre 1968/69 durch seinen Vertreter Miguel Solano Lopez die, die Intervention verurteilende, Resolution, die aufgrund des sowjetischen Vetos verhindert wurde, im Sicherheitsrat der VN von Beginn an mit und stimmte auch zugunsten dieser ab. Hatte der sowjetische Vertreter Malik die Verurteilung der Intervention durch Paraguay, einem Nicht-NATO-Staat, am 21. August noch als ein Missverständnis bezeichnet und Paraguay sowie auch Frankreich zu den nicht feindlichen Staaten gezählt,⁷³⁷ so sprach Žukov am 23. August in der *Pravda* davon, dass sich sogar der „faschistische“ Diktator Alfredo Stroessner aus Paraguay den

⁷³⁴ Letter Dated 27 August 1968 From the Chargé d’Affairs a.i. of Ecuador (Hugo Jativa) Addressed to the Secretary-General [of the United Nations U Thant] (=Dokument Nr. S/8784) übermittelt durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg., Karton 1355.

⁷³⁵ Note Verbal Dated 28 August 1968 From the Permanent Representative of Haiti Addressed to the Secretary-General [of the United Nations U Thant] (=Dokument Nr. S/8790) übermittelt durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg., Karton 1355.

⁷³⁶ Letter Dated 26 August 1968 From the Chargé d’Affairs a.i. of Jamaica Addressed to the Secretary-General [of the United Nations U Thant] (= Dokument Nr. S/8780) übermittelt durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁷³⁷ Siehe hierzu die Aussagen von Malik (S. 42, 119-120), in: Security Council, Provisional Verbatim Record of the Fourteen Hundred and Forty-First Meeting, Held at Headquarters. New York, Wednesday, 21 August 1968, at 5.30 p.m. (= Dokument Nr. S/PV.1441) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 26. 8. 1968 eingelangt am 2. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125052/Blg. Konvolut, Karton 1355.

NATO-Ländern angeschlossen hätte, die die *tschechoslowakische Frage* vor den Sicherheitsrat brachten.⁷³⁸

In Uruguay musste, wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtete, Minister Alejandro Villegas, nach heftigen Protesten gegen seine Äußerungen, in denen er die Intervention billigte, zurücktreten.⁷³⁹ Von Demonstrationen in weiteren lateinamerikanischen Ländern, wie beispielsweise in Peru, wo die Polizei in der Hauptstadt Lima Tränengas zur Zerstreuung einer solchen einsetzte, wurde berichtet.⁷⁴⁰ So wird man für Lateinamerika abschließend von einer, Kuba ausgenommen, einhelligen Verurteilung der Intervention sprechen können.

5.i) Ozeanien

Die Australische Regierung reagierte wie folgt:

*“(...) the House expresses its distress at, and its abhorrence of the armed Intervention in Czechoslovakia (...) and condemns this action as a breach of the United Nations Charter and of accepted international conduct; calls for the immediate withdrawal of the forces unlawfully on Czechoslovakian territory and expresses the sympathy of the House for the people of Czechoslovakia in their ordeal.”*⁷⁴¹ Der australische Premierminister John Gorton informierte die sowjetische Botschaft über die australische Abscheu gegenüber der Intervention, wobei er dem sowjetischen Chargé d’Affaires auf dessen Erklärung der Intervention mit der offiziellen sowjetischen Argumentation, wonach diese auf Einladung erfolgt sei, erwiderte, dass er sich dies nicht vorstellen könnte.⁷⁴² Auch die australische KP verurteilte die Intervention und forderte den sofortigen Truppenabzug.⁷⁴³

⁷³⁸ Aussendung der Vertretung der UdSSR bei den VN vom 23. August, in: Aussendungen der tschechoslowakischen und der sowjetischen Vertretung bei den VN während der CSSR-Krise, gezeichnet Legationsrat Staffelmayer, Wien, 4. September 1968, ÖStA, AdR, II Pol, GZ 126007-6/68, Karton 1355.

⁷³⁹ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 30. August 1968, S. 1: „Minister in Uruguay gestürzt weil er Moskaus Okkupation billigte“.

⁷⁴⁰ Vgl. *International Herald Tribune*, 26. August 1968, S. 2: „British Protesters and Police Clash Near Soviet Embassy“.

⁷⁴¹ Letter Dated 23 August 1968 From the Acting Permanent Representative of Australia (Kenneth Rogers) Addressed to the Secretary-General [of the United Nations U Thant] (= Dokument Nr. S/8769) übermittelt als Beilage durch Botschafter Backes (Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen) an BMAA, New York, [o. D., verfasst am 4. 9. 1968 eingelangt am 9. 9. 1968], ÖStA, AdR, II Pol, GZ 125535/Blg. Konvolut, Karton 1355.

⁷⁴² Vgl. *International Herald Tribune*, 23. August 1968, S. 3: „Protest of Red Action Grows Around World“.

⁷⁴³ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 23. August 1968, S. 5: „Italienisch-französisches KP-Treffen“.

Neuseeland verurteilte die Intervention durch Premierminister Keith J. Holyoake als bedrückendste Nachricht seit Jahren.⁷⁴⁴

⁷⁴⁴ Vgl. The New York Times, 22. August 1968, S. 16: "Wave of Anger Sweeps World; Some Soviet Embassies Raided".

6. Zusammenfassung

In den 1960er Jahren vollzog sich im Kalten Krieg ein Wandel von einem stürmischen Beginn (Berlin-Krise, Kuba-Krise) hin zu einer Phase der Entspannung, die sich in ersten gemeinsamen Abrüstungsbestrebungen der beiden Supermächte manifestierten. Neben der Vermeidung eines Atomkriegs hatte die veränderte Politik zwischen den Supermächten aber auch hauseigene Gründe. Die USA waren im Vietnam-Krieg gebunden, die Sowjetunion war mit dem sino-sowjetischen Konflikt und der beginnenden Desillusionierung in Osteuropa beschäftigt. Die Nachkriegsordnung Europas war weitestgehend anerkannt und neben den beiden Supermächten verfolgten beispielsweise die BRD und Frankreich eine eigene Entspannungspolitik mit Osteuropa, die bereits erste Früchte zeigte.

In der Tschechoslowakei hatte sich die kommunistische Machtergreifung 1948 und die darauffolgende Ausrichtung der Wirtschaft nach den sowjetischen Vorgaben besonders negativ ausgewirkt. Zudem war die Entstalinisierung in der Novotný-Zeit nur äußerst zögerlich und unvollständig erfolgt. Aus diesen und vielen weiteren Gründen war die Unzufriedenheit in der Bevölkerung enorm angewachsen. Anfang 1968 kam es nach vorhergehenden innenpolitischen Konflikten zur Ablösung Novotnýs als Erstem Sekretär der KPČ. Unter seinem Nachfolger Dubček wurde mit den längst notwendigen Reformen begonnen und die persönlichen Freiheiten ausgeweitet. Als besonders folgenschwer erwies sich die Abschaffung der Zensur faktisch ab spätestens März 1968, die rasch eine kritische öffentliche Meinung zur Folge hatte. Es entwickelte sich eine Reformbewegung, deren Wirkungszeit als „Prager Frühling“ bekannt wurde. Diese stellte eine neuartige und ohne Vergleichsbeispiel dastehende Interaktion zwischen der herrschenden Partei und der neu entstandenen öffentlichen Meinung dar. Die durchaus streitbaren Entfaltungsmöglichkeiten des „Prager Frühlings“, in dem die KPČ ja systemerhaltende und systemverändernde Kraft zugleich war, brachten auf alle Fälle spürbare Verbesserungen für die Bevölkerung, diese unterstützte andererseits in noch nie da gewesener Weise die KPČ und ihre Führung, auch wenn die Forderungen oftmals weiter gingen als dies die politische Führung in ihrem Aktionsprogramm, dem Eckpfeiler der Reformen, vorgesehen hatte.

In Moskau reagierte man zunächst abwartend auf die neue politische Führung, die Sowjetführung wurde jedoch bald misstrauisch. Noch bevor es zu einschneidenden Maßnahmen, wie der Ablösung Novotnýs als Staatspräsident und der

Verabschiedung des Aktionsprogramms gekommen war, wurde von Brežnev das erste Treffen der späteren Interventionsmächte (Bulgarien, DDR, Polen, UdSSR, Ungarn) mit der Führung der ČSSR einberufen. Auf diesem erfolgte eine vehemente Kritik an den Entwicklungen in der ČSSR, die bereits soweit gingen, die Situation in der ČSSR als konterrevolutionär zu bezeichnen. Die Linie gegenüber der ČSSR und ihrer politischen Führung war vorgegeben und wurde auf weiteren Treffen bekräftigt. Im Verlauf des Frühjahres 1968 zeigte sich immer stärker die sowjetische Sorge um die führende Rolle der KPČ, die zunehmend gefährdet schien. Einen Höhepunkt der sich ausweitenden Verstimmung stellte das Treffen der späteren Interventionsmächte im Juli in Warschau dar, an welchem die tschechoslowakische Führung teilzunehmen abgelehnt hatte. Der infolge des Treffens an die KPČ-Führung übersandte *Warschauer-Brief* stellt eine erste, doch bereits sehr deutliche Vorwegnahme der Brežnev-Doktrin dar. Die Politik der späteren Interventionsmächte bewegte sich aus zwei Gründen immer stärker in Richtung militärisches Einschreiten: es zeichneten sich keinerlei Änderungen im Vorgehen der Prager Reformer ab und die Befürchtungen über einen möglichen Ausgang des für 9. September angesetzten außerordentlichen Parteitags der KPČ - auf diesem hätte zumindest der Reformkurs personell abgesichert werden können - erhärteten sich. Die Verhandlungen von Čierná nad Tisou und Bratislava können als die letzten Versuche der Sowjetführung gewertet werden, die Reformer um Dubček zu einer Kursänderung zu bewegen.

In der Nacht vom 20. auf den 21. August erfolgte die militärische Intervention in der ČSSR, die am 18. August endgültig von den Interventionsmächten abgesegnet worden war. Mit einem über die militärischen Erfordernisse der Intervention hinausgehenden Aufgebot wurde die ČSSR besetzt. Die tschechoslowakische Armee leistete, wie auch von den politischen Führern angeordnet, keinen Widerstand. Im Gegensatz zur relativ reibungslosen Durchführung der militärischen Besetzung scheiterte die politische Scheinlegitimation durch einen Putsch, sowohl vor als auch nach der Intervention, gänzlich. Die tschechoslowakische Bevölkerung trat in einen zivilen Widerstand, der die Okkupationstruppen lahm legte und zum Teil sogar demoralisierte. Die den Verhaftungen im Zuge der Intervention entgangenen Politiker protestierten im Ausland mit politischer Rückendeckung aus dem Inland gegen die Okkupation, beispielsweise Außenminister Hájek vor dem Sicherheitsrat der VN. Dieser Protest verhalf den Reformern bei den Moskauer Verhandlungen (23. - 26. August), zu denen diese auf Einwirkung von Staatspräsident Svoboda

hinzugezogen wurden, einen größeren Verhandlungsspielraum. Freilich bedeuteten die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen das Ende des „Prager Frühlings“ und den Beginn der „Normalisierung“ noch unter der Führung der Reformer, da es keinerlei personelle Alternativen gab, die die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung genossen hätten.

Die Moskauer Verhandlungen stellten die notwendig gewordene Reaktion der sowjetischen Führung zur Beendigung des durch die gescheiterte Scheinlegitimation der Intervention entstandenen Vakuums in der ČSSR dar. Nach außen hin war die Sowjetunion mit der Rechtfertigung und Verteidigung der Intervention beschäftigt. Die Reaktionen und Haltungen der Interventionsmächte durch deren politische Führer und Presseorgane erfolgten in den Tagen nach der Intervention nach sowjetischem Vorbild. Deren Legitimation im Inneren erfolgte zwar ebenfalls nach sowjetischem Vorbild und die offizielle Begründung der Intervention war einheitlich, jedoch traten in den einzelnen Ländern an die nationalen Gegebenheiten angepasste Legitimationsschwerpunkte auf. Beispielsweise wurde in Polen und in der DDR die *westdeutsche Bedrohung* nach sowjetischem Vorbild besonders herausgestrichen. Die Einstellung der Bevölkerung zur Intervention in den Interventionsstaaten kann, anhand des verwendeten Quellenmaterials, nicht endgültig beurteilt werden, lediglich eine gewisse Bestürzung über diese scheint belegbar, die jedoch in den einzelnen Staaten wiederum unterschiedlich heftig und verbreitet war. In der Sowjetunion dürfte sie aufgrund der besonderen Pressehörigkeit weiter Teile der Bevölkerung und des fehlenden Zugangs zu westlichen Medien besonders gering gewesen sein. In der DDR und Polen dürfte vor allem die angenommene Beteiligung deutscher Soldaten am Einmarsch, zumindest bei Teilen der Bevölkerung, für Bestürzung gesorgt haben. Im Sicherheitsrat der VN versuchten die Sowjetunion als ständiges Mitglied, Ungarn als nichtständiges Mitglied sowie die Vertreter Bulgariens und Polens, die zu den Sitzungen ohne Stimmrecht zugelassen waren, eine Abstimmung über eine die Intervention verurteilende Resolution hinauszuzögern, deren Annahme aufgrund des sowjetischen Vetos ohnehin nicht zu erwarten war. Ein weiterer Punkt, der in den offiziellen Reaktionen der Interventionsmächte einheitlich ist, ist die besonders heftige Kritik an den Reaktionen Rumäniens und Jugoslawiens auf die Intervention, die ebenfalls nach sowjetischem Vorbild erfolgte.

Rumänien und Jugoslawien verurteilten die Intervention in den ersten Tagen nach dieser mit vergleichbarer Schärfe. Die Verurteilung hielt durch beide Staaten auch

weiter an, von rumänischer Seite wurden jedoch direkte Angriffe auf die Sowjetunion und die anderen Interventionsmächte nach einigen Tagen aus nicht endgültig aufklärbaren Gründen, vermutlich aber auf Druck von sowjetischer Seite, eingestellt. Die jugoslawische Kritik hielt weiter an. Die Reaktion Rumäniens ist als Kontinuität des eigenständigeren Kurses, den man gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt in den Jahren zuvor eingeschlagen hatte, zu sehen. Das blockfreie Jugoslawien vertrat das Recht eines eigenen Wegs zum Sozialismus. In beiden Ländern dürfte die Furcht vor einer möglichen Intervention im eigenen Land die Ablehnung verstärkt haben. China und Albanien verurteilten die Intervention ebenfalls scharf und anhaltend, jedoch ist die Position der beiden Länder im Vergleich mit Rumänien und Jugoslawien auch dem vorhergehenden Reformprozess in der ČSSR und der Dubček-Führung gegenüber negativ eingestellt, Albanien hatte im Gegensatz zu China bereits vor der Intervention Kritik an den Entwicklungen der ČSSR geübt. Ihre Reaktionen sind im Kontext des sino-sowjetischen Konfliktes, der zunehmend eskalierte, zu sehen. Weitere kommunistische Länder, wie die Mongolei, Nordkorea, der Nordvietnam und - mit Abstrichen - Kuba, sahen die Intervention eher als notwendig an.

Die NATO-Staaten verurteilten die Intervention, mit mehr oder weniger ausgeprägter Schärfe, auf rhetorischer Ebene und reagierten großteils mit diplomatischen Konsequenzen. An weiterreichende Reaktionen, geschweige denn ein militärisches Einschreiten, wurde jedoch nicht gedacht. Die USA und die Sowjetunion befanden sich wie die übrige Welt in einer Phase der Entspannung. Kurz nach der Intervention hätten Verhandlungen zu Begrenzung strategischer Waffen beginnen sollen. Die Reaktionen der USA waren zwar eindeutig, jedoch sollte der beginnende Abrüstungsprozess nicht gefährdet werden. Präsident Johnson sagte zwar die ersten Verhandlungen mit Kosygin ab, diese begannen aber im folgenden Jahr. Kritik an der amerikanischen Reaktion gab es im In- und Ausland, da man die Intervention trotz des eigenen Handelns im Vietnam verurteilte, jedoch nicht zu einer konsequenteren Position gegenüber der Sowjetunion bereit war. Frankreich, das in den 1960er Jahren seine eigene Entspannungspolitik, insbesondere mit der Sowjetunion, begonnen hatte, reagierte ebenfalls eindeutig. Jedoch wurde die Reaktion als zu wenig scharf beurteilt und von der Sowjetunion, da für diese eine Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich nicht von Interesse war, eher ignoriert. Die französische NATO- und EWG-Politik, Frankreich hatte 1966 die

NATO-Militärstrukturen verlassen und de Gaulle hatte sich 1967 erneut gegen einen britischen EWG-Beitritt gestellt, waren durchaus im sowjetischen Interesse.

Die BRD verurteilte zwar die Intervention, verfolgte aber dennoch konsequent ihre Politik der Entspannung (*Neue Ostpolitik* unter Willy Brandt). Angesichts der fortwährenden Angriffe von Seiten der Interventionsmächte, die der BRD propagandistisch die Hauptschuld an den als negativ empfundenen Einflüssen von außen auf die ČSSR gaben, war allerdings direkt nach der Intervention nicht an einen sinnvollen Dialog zu denken. Dieser brachte erst wenig später dann eine weiterreichende Annäherung zwischen der BRD und den Staaten Osteuropas. Die Reaktionen der weiteren NATO-Staaten entsprachen im Grundtenor den eben geschilderten Beispielen. Die Intervention wurde scharf, mit mehr oder weniger Rücksicht auf die Sowjetunion, verurteilt ohne jedoch die Entspannung wie anfangs befürchtet gefährden zu müssen. Die offiziellen Reaktionen wurden in einigen Fällen durch Medien und Bevölkerung, die die Intervention bei weitem schärfer ablehnten, kritisiert. Nahezu überall kam es zu Kundgebungen zugunsten der ČSSR und zu Protesten, vornehmlich vor den Botschaftsgebäuden der Interventionsmächte.

Die Reaktionen der beiden neutralen Staaten Schweden und Schweiz erfolgten mit besonderer Schärfe sowohl durch die Politik als auch durch die Medien und die Bevölkerung. Das offizielle Schweden blieb seiner Politik der „aktiven Neutralität“ treu, die Heftigkeit der Schweizer Reaktion vermochte, zumindest in Österreich, zu überraschen. Die finnische Reaktion war auf offizieller politischer Ebene des Landes gemäß seiner Neutralitätspolitik auf weiterhin gute Beziehungen zur Sowjetunion bedacht, weshalb man sich verwehrte, die Intervention zu be- oder verurteilen, und lediglich eine friedliche Entwicklung am Kontinent forderte. In den Reaktionen der einzelnen politischen Parteien jedoch zeigte sich größtenteils eine Ablehnung und Verurteilung der Intervention, auch in den Medien wurde die Intervention verurteilt. Die Bevölkerung reagierte besonders heftig, was aus der direkten Nachbarschaft zur Sowjetunion und dem durch die Intervention vorexerzierten Beispiel, wie brüchig der Friede sein kann, erklärbar ist. Österreich brachte eine mit der finnischen vergleichbare Reaktion. Das offizielle Österreich verwehrte sich dagegen, die Intervention zu werten. Hierfür hagelte es in den Medien und aus der Bevölkerung harte Kritik. Inwiefern eine reale Gefahr für Österreich bestanden hat, ebenfalls Opfer einer Intervention zu werden, ist in Unkenntnis der Planungen des Warschauer Paktes nicht aufklärbar, die österreichische Bundesregierung dürfte sich aber

keineswegs sicher gefühlt haben, weshalb jegliche Provokation gegenüber der Sowjetunion auf offizieller Ebene vermieden wurde. Bis auf wenige Ausnahmen war auch die Verurteilung der Intervention durch die westlichen kommunistischen Parteien einhellig. Sie bezogen gegen die Intervention und somit, viele zum ersten Mal, gegen die Sowjetunion Position, um innenpolitisch nicht jegliche Bedeutung zu verlieren. Die Moskauer Verhandlungen wurden dann eher positiv gewertet, was einen Bruch mit Moskau verhinderte.

Die Reaktionen der afrikanischen Staaten mit der Ausnahme von Mali, der asiatischen mit Ausnahme dreier kommunistisch regierter Länder (Nordkorea, Nordvietnam, Mongolei), der lateinamerikanischen Staaten mit der Ausnahme Kubas, und der ozeanischen Staaten Australien und Neuseeland sind als dem weltweiten Trend einer Verurteilung der Intervention folgend zu sehen. Herauszunehmen sind aus den afrikanischen und asiatischen Staaten die arabischen Staaten, die ambivalenter reagierten. Diese Staaten hatten das Problem, die Sowjetunion aufgrund gegebener Abhängigkeiten und deren Unterstützung im Konflikt mit Israel, das die Intervention in aller Schärfe verurteilte, nicht durch eine offizielle Verurteilung der Intervention brüskieren zu können. Offiziell wurde gar nicht reagiert. Die Medien zeigten sich ambivalent.

Abschließend kann man vergleichend davon sprechen, dass die Interventionsmächte des Warschauer Paktes in den Tagen nach der Intervention deren Legitimation, sowohl nach innen wie auch nach außen, angestrebt haben, wobei ersteres bedeutend einfacher war. Nachdem die Scheinlegitimation der Intervention bereits vor dieser und auch in den Tagen danach nicht gelang, waren sie besonders harter internationaler Kritik ausgesetzt. Bei dieser taten sich vor allem Rumänien, in den ersten Tagen, und Jugoslawien hervor. Die Reaktionen von China und Albanien waren ebenfalls vergleichbar scharf, jedoch waren diese von anderen Motiven getrieben, da sie auch dem Prager Reformprozess gegenüber negativ eingestellt waren, der von den anderen in dieser Arbeit behandelten Staaten und Staatengruppen, natürlich nicht durch die Interventionsmächte, begrüßt worden war. Die NATO-Staaten verurteilten die Intervention einhellig, trachteten aber, die Entspannung und die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen nicht zu gefährden. Aus diesem Chor stachen die beiden neutralen Staaten Schweden und die Schweiz in ihrer Heftigkeit noch hervor. Hingegen verfolgten Finnland und Österreich

zumindest auf offizieller Ebene eine strenge Neutralitätspolitik. Die afrikanischen, die asiatischen, die lateinamerikanischen und ozeanischen Reaktionen können gesamt gesehen als dem weltweiten Trend der Verurteilung der Intervention folgend gesehen werden. Lediglich Mali, drei der kommunistisch regierten asiatische Staaten, die Mongolei, der Nordvietnam, Nordkorea und mit leichten Abstrichen das karibische Kuba bezeichneten die Intervention als gerechtfertigt.

Beschließend ist von einer weltweiten Verurteilung der Intervention, mit wenigen Ausnahmen, zu sprechen, die lediglich mancherorts Einschränkungen aus landesbezogenen und weltpolitischenpolitischen Überlegungen erfuhr und sich über Block- und Systemgrenzen hinwegsetzte. Die Verurteilung der Intervention war für die einen eine Pflichtübung, für andere erschien sie aus Sicherheitsgründen notwendig, manche protestierten aus Überzeugung. Die Entspannung und die beginnende Abrüstung sollte dem allseitigen Bestreben nach keinesfalls gefährdet werden. Die Medien und die Bevölkerung lehnten die Intervention nahezu überall ab und es kam zu energischen Protesten.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

7.a) Archivquellen

Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Sektion II Pol, Kartons 1352, 1354, 1355, 1359, 1404.

Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundeskanzleramt, Ministerratsprotokolle, Kartons 268, 269, 271, 273, 274, 275, 276.

7.b) Bibliographie

Sekundärliteratur und gedruckte Quellen

Altrichter, Helmut/Bernecker, Walther L.: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2004.

Andrén, Nils: Sweden: Neutrality, Defense and Disarmament, in: Neuhold, Hanspeter/Thalberg, Hans (Hgg.): The European Neutrals in International Affairs, Wien 1984, S. 39-58.

Auswärtiges Amt der BRD (Hg.): Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1995.

Autorenkollektiv: Zur ersten Phase der „neuen“ Ostpolitik des westdeutschen Imperialismus, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas (Bd. 12), Berlin 1968, S. 69-94.

Behrendt, Lutz-Dieter: Die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie und die „neue“ Bonner Ostpolitik, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas (Bd. 13/1), Berlin 1969, S. 31-51.

Berner, Wolfgang: Die arabischen Länder, in: Geyer, Dietrich (Hg): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976. S. 602-712.

Bilak, Vasil: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der »Prager Frühling« aus der Sicht eines Beteiligten, hg. von Klaus Kukuk, Berlin 2006.

Bohlen, Charles E.: Witness to History 1929-1969, London 1973.

Bonwetsch, Bernd: Sowjetische Westeuropapolitik: II, in: Geyer, Dietrich (Hg): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 146-228.

Brahm, Heinz: Der sowjetisch-chinesische Konflikt, in: Geyer, Dietrich (Hg.): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 469-536.

Dankert, Jochen/Quilitzsch, Siegmund: Zu den sowjetisch-französischen Beziehungen der Gegenwart, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas (Bd. 12), Berlin 1968, S. 39-67.

Dubček, Alexander: Leben für die Freiheit, München 1993.

Ebert, Johannes/Schmid, Andreas: Chronik des 20. Jahrhunderts, Gütersloh 1999.

Eger, Reiner: Krisen an Österreichs Grenzen. Das Verhalten Österreichs während des Ungarnaufstandes 1956 und der tschechoslowakischen Krise 1968. Ein Vergleich, Wien/München 1981.

Gaddis, John Lewis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.

Gaddis, John Lewis: We Now Know. Rethinking Cold War History, Oxford 1997.

Galaction, Virgil: Bukarest bleibt Stein des Anstosses, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 781-783.

Gasteyger, Curt: Konfrontation und Koexistenz mit den Vereinigten Staaten, in: Geyer, Dietrich (Hg): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 1-60.

Glaubitz, Joachim: Peking: Nackte Piraterie, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 783-786

Gehler, Michael: Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 1, Innsbruck 2005.

Geyer, Dietrich (Hg): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976.

Gordon, Philip H.: A Certain Idea of France. French Security Policy and the Gaullist Legacy, Princeton/New Jersey 1993.

Hakovirta, Harto: An Interpretation of Finland's Contributions to European Peace and Security, in: Neuhold, Hanspeter/Thalberg, Hans (Hgg.): The European Neutrals in International Affairs, Wien 1984, S. 25-37.

Halm, Heinz: Geschichte der arabischen Welt, 4. Auflage, München 2001.

Härtel, Hans-Joachim/Schönfeld, Roland: Bulgarien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg 1998.

Heiss, Gernot/Mišková, Alena/Pešek, Jiří/Rathkolb, Oliver (Hgg.): An der Bruchlinie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945, Innsbruck 1998.

Hildermeier, Manfred, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.

Hinrichs, Ernst (Hg.): Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2002.

Hoensch, Jörg K.: Geschichte der Tschechoslowakei, 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, München 1997.

Hoensch, Jörg K.: Gegen „Revisionismus“ und „Zionismus“. Gomulka, die „Partisanen“ und die Intellektuellen, 1964-1968, in: Lemberg, Hans (Hg.): Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost Ostmitteleuropa 1956-1970. Marburg/Lahn 1993, S. 79-92.

Hoensch, Jörg K.: Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975, Düsseldorf 1977.

Hoensch, Jörg K.: Geschichte Ungarns 1867-1983, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984.

Ivaničková, Edita: Die Krise der Beziehungen der ČSSR zur DDR im Zusammenhang mit der Intervention von 1968, in: Lemberg, Hans/Křen, Jan/Kováč, Dušan (Hgg.): Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948-1989, Essen 1998, S. 153-167.

Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas (Bd. 13/1), Berlin 1969.

Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas (Bd. 12), Berlin 1968.

James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München 2004.

Judt, Tony: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006.

König, Helmut: Die Katzen auf dem heißen Blechdach. KPF und KPI im Angesicht der sowjetischen Intervention in der ČSSR, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 788-793.

Kundera, Milan: Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins, Frankfurt a. M. 1987.

Laeuen, Harald: Polens Theorie der „Südflanke“, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 769-772.

Lampe, John R.: Yugoslavia as History, Twice there was a country, Cambridge 1996.

Laskowski, Sibylle: Der Kampf um die europäische Sicherheit und das Bündnis- und Vertragssystem der europäischen sozialistischen Staaten, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas (Bd. 12), Berlin 1968, S. 9-37.

Lemberg, Hans (Hg.): Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost Ostmitteleuropa 1956-1970. Marburg/Lahn 1993.

Lemberg, Hans/Křen, Jan/Kováč, Dušan (Hgg.): Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948-1989, Essen 1998.

Linde, Gerd/Opitz, Fritz: Asienpolitik, in: Geyer, Dietrich (Hg.): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 537-619.

Lindner, Robert: Ungarns differenziertere Haltung, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 772-774

Lindner, Robert: Bulgarien – betont orthodox, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 774-775.

Lindner, Robert: Jugoslawien – empört und besorgt, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 775-778.

Lindner, Robert: Rumänien – erzwungene Zurückhaltung, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 780-781.

Lindner, Robert: Tirana: Aufruf zum Widerstand, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 786-788

Martens, Stefan: Frankreich seit dem Ende des zweiten Weltkriegs, in: Hinrichs, Ernst (Hg.): Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2002, S. 334-370.

Mayers, David: The Ambassadors and America's Soviet Policy, Oxford 1995.

Mehnert, Klaus: Afrika reagierte empört. in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 793-798.

Meissner, Boris: Die »Breshnew-Doktrin«. Dokumentation, Köln 1969.

Meissner, Boris: Die „Breshnew-Doktrin“, in: Osteuropa 1969 (19. Jg.) Heft 9, S. 630-637.

Meissner, Boris: Die deutsche Ostpolitik 1961-1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation, Köln 1970.

Mejcher, Helmut: Der arabische Osten im zwanzigsten Jahrhundert 1914-1985, in: Halm, Heinz: Geschichte der arabischen Welt, 4. Auflage, München 2001, S. 432-501.

Mlynář, Zdeněk: Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus, Köln/Frankfurt a. M. 1978.

Mueller, Wolfgang/Portmann, Michael: Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, Wien 2007.

Neuhold, Hanspeter (Hg.): Grundsatzfragen der Außenpolitik Österreichs und Jugoslawiens, Wien 1988.

Neuhold, Hanspeter/Thalberg, Hans (Hgg.): The European Neutrals in International Affairs, Wien 1984.

Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes, Bremen 1995.

Petković, Ranko: Zur Gestaltung und Durchführung der jugoslawischen Außenpolitik, in: Neuhold, Hanspeter (Hg.): Grundsatzfragen der Außenpolitik Österreichs und Jugoslawiens, Wien 1988, S. 33-46.

Schulz, Eberhard: Die sowjetische Deutschlandpolitik, in: Geyer, Dietrich (Hg): Sowjetunion. Außenpolitik 1955-1973 (= Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil: Außenpolitik II), Köln/Wien 1976, S. 229-293.

Schwarz, Wolfgang: Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961-1968, München 2004.

Schwarzacher, Therese: Sieg der Macht und nicht des Geistes. Der Prager Frühling aus der Sicht deutschsprachiger Quellen, Diplomarbeit Wien 2001.

Skilling, H. Gordon: Czechoslovakia's Interrupted Revolution, Princeton 1976.

Stanković, Slobodan: Die Konsequenzen für Belgrad, in: Osteuropa 1968 (18.Jg.), S. 778-780.

Teichová, Alice: Die Grenzen der Planwirtschaft in der Tschechoslowakei, in: Heiss, Gernot/Mišková, Alena/Pešek, Jiří/Rathkolb, Oliver (Hgg.): An der Bruchlinie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945, Innsbruck 1998, S. 59-76.

Tozzer, Kurt/Kallinger, Günther: »Marschmusik für Glockenspiel«. 1968. Österreich am Rande des Krieges, St. Pölten/Wien 1998.

Umbach, Frank: Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991, Berlin 2005.

Völkl, Ekkehard: Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Regensburg 1995.

Wagner, Helmut: Das Ende der Ära Gomułka. Die polnische „Sechs-Tage-Woche“ im Dezember 1970, in: Lemberg, Hans (Hg.): Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost Ostmitteleuropa 1956-1970. Marburg/Lahn 1993, S. 117-132.

Wenzke, Rüdiger: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995.

Williams, Kieran: The Prague spring and its aftermath. Czechoslovak politics, 1968-1970, Cambridge/e. a. 1997.

Yearbook of the United Nations 1968 (Vol. 22).

Zimmermann, Volker: Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei 1945-1969: Überlegungen zur „brüderlichen Zusammenarbeit“ zweier sozialistischer Staaten, in: Mueller, Wolfgang/Portmann, Michael: Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, Wien 2007, S. 219-238.

Manuskript

Pelikán, Jan: Yugoslavia and the Prague Spring on the Eve of the Soviet Occupation of Czechoslovakia (Manuskript) erscheint als Artikel in: Skřivan, Aleš/Suppan, Arnold (Hgg.): Prague Papers on the History of International Relations, Prague 2007.

Vortrag

Mag. Dr. Georg Kastner (Universität Wien) über „Die Ostmitteleuropa-Politik der UNO 1956 und 1968“ am 2. Oktober 2007 auf dem Symposium: 100 Jahre Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, 1.-2. Oktober 2007;
Veranstaltungsort: Institut für Osteuropäische Geschichte, Universitätscampus, Spitalgasse 2, Hof 3, 1190 Wien.

Zeitungen/Zeitschriften

Der Spiegel (26. August 1968)

Die Presse (August, September 1968)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (August, September 1968)

International Herald Tribune (August, September 1968)

Kronen Zeitung (August, September 1968)

Le Monde (August, September 1968)

Neue Zürcher Zeitung (August, September 1968)

Neues Deutschland (August, September 1968)

Süddeutsche Zeitung (August, September 1968)

The Economist (24. August 1968, 31. August 1968, 7. September 1968)

The New York Times (August, September 1968)

The Times (August, September 1968)

9. Abstracts

9.a) Deutsch

Internationale Reaktionen auf die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR 1968

Der zeithistorische Kontext

In den 1960er Jahren vollzog sich im Kalten Krieg ein Wandel von einem stürmischen Beginn (Berlin-Krise, Kuba-Krise) hin zu einer Phase der Entspannung, die sich in gemeinsamen Abrüstungsbestrebungen der beiden Supermächte manifestierte. Neben der Vermeidung eines Atomkriegs hatte die veränderte Politik zwischen den Supermächten aber auch hauseigene Gründe, die USA waren in den Vietnam-Krieg verstrickt, die Sowjetunion war mit dem sino-sowjetischen Konflikt und der beginnenden Desillusionierung in Osteuropa beschäftigt. Die Nachkriegsordnung Europas war weitestgehend anerkannt und neben den beiden Supermächten verfolgten beispielsweise auch die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Frankreich eine eigene Entspannungspolitik mit Osteuropa, die bereits erste Früchte zeigte.

Der „Prager Frühling“

In der Tschechoslowakei hatte sich die kommunistische Machtergreifung 1948 und die darauf folgende Ausrichtung der Wirtschaft nach den sowjetischen Vorgaben besonders negativ ausgewirkt. Zudem war die Entstalinisierung unter Antonín Novotný nur äußerst zögerlich und unvollständig erfolgt. Aus diesen und vielen weiteren Gründen war die Unzufriedenheit in der Bevölkerung enorm angewachsen. Anfang 1968 kam es nach vorhergehenden innenpolitischen Konflikten zur Ablösung Novotnýs als Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ). Unter seinem Nachfolger Alexander Dubček wurde mit den längst notwendigen Reformen begonnen und die persönlichen Freiheiten ausgeweitet. Als besonders folgenschwer erwies sich die Abschaffung der Zensur im März, die rasch eine kritische öffentliche Meinung zur Folge hatte. Es entwickelte sich eine Reformbewegung, deren Wirkungszeit als „Prager Frühling“ bekannt wurde. Es kam zu einer ohne Vergleichsbeispiel dastehenden Interaktion zwischen der herrschenden Partei und der neu entstandenen öffentlichen Meinung. Die durchaus streitbaren Entfaltungsmöglichkeiten des „Prager Frühlings“, in dem die KPČ ja systemerhaltende und systemverändernde Kraft zugleich war, brachten auf alle Fälle spürbare Verbesserungen für die Bevölkerung und auf der anderen Seite eine noch

nie da gewesene Unterstützung der KPČ und ihrer Führung durch diese, auch wenn die geforderten Veränderungen oftmals weiter gingen als dies die politische Führung in ihren Reformvorhaben vorgesehen hatte.

Die Intervention

Bereits vor den einschneidenden Reformen und Personalveränderungen wurde von Leonid I. Brežnev Ende März das erste Treffen der späteren Interventionsmächte (Bulgarien, DDR, Polen, UdSSR, Ungarn) mit der Führung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) einberufen, auf dem vehemente Kritik an den Entwicklungen in der ČSSR geübt wurde. Im Verlauf des Frühjahres 1968 zeigte sich die sowjetische Sorge um die führende Rolle der KPČ, die zunehmend gefährdet schien, immer stärker. Einen Höhepunkt der Verstimmung stellte das Treffen der späteren Interventionsmächte im Juli in Warschau dar, an welchem die tschechoslowakische Führung teilzunehmen abgelehnt hatte. Der daraufhin an die KPČ-Führung übersandte *Warschauer-Brief* erneuerte die Kritik und stellt eine erste doch bereits sehr deutliche Vorwegnahme der Brežnev-Doktrin dar. Nachdem die Prager Führung ihre Politik nicht änderte, bewegte sich die Politik der späteren Interventionsmächte immer stärker in Richtung militärisches Einschreiten. Die letzten Versuche, eine Änderung der Politik der Reformer zu erreichen, erfolgten im Zuge der Verhandlungen von Čierná nad Tisou und Bratislava. In der Nacht vom 20. auf den 21. August erfolgte die militärische Intervention in der ČSSR. Die tschechoslowakische Armee leistete keinen Widerstand. Im Gegensatz zur militärischen Besetzung scheiterte die Scheinlegitimation der Intervention durch einen Putsch. Die tschechoslowakische Bevölkerung trat in zivilen Widerstand. Zu den Moskauer Verhandlungen (23. - 26. August), die nach dem gescheiterten Putsch notwendig waren, wurden auf Ersuchen von Staatspräsident Ludvík Svoboda die im Zuge der Okkupation festgenommenen Reformer hinzugezogen. Die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen erzwangen eine weitgehende Rücknahme der Reformen.

Internationale Reaktionen auf die Intervention

Nach der Intervention waren die politischen Führer der Interventionsmächte damit beschäftigt ihr Handeln daheim und in der Welt zu legitimieren und zu verteidigen. Sie bezeichneten dieses als brüderliche Hilfe nach einem Hilfeersuchen tschechoslowakischer Staats- und Parteiführer zur Rettung des Sozialismus in der ČSSR, der durch die inneren Entwicklungen und Gefahr von außen gefährdet war.

Andere kommunistische Staaten wie Rumänien und Jugoslawien verurteilten die Intervention in aller Schärfe als Verletzung der Souveränität der ČSSR. Beide Staaten hegten die Befürchtung, dass auch sie Opfer einer Intervention werden könnten. China und Albanien verurteilten die Intervention ebenfalls scharf, jedoch waren sie auch den Entwicklungen des „Prager Frühlings“ gegenüber negativ eingestellt. Die Haltung, beide Seiten abzulehnen, war ein Resultat des sino-sowjetischen Konflikts.

Die NATO-Staaten verurteilten die Intervention, mit mehr oder weniger ausgeprägter Schärfe, auf rhetorischer Ebene und reagierten größtenteils mit diplomatischen Konsequenzen. An weiterreichende Reaktionen wurde jedoch nicht gedacht, da die Entspannung und der beginnende Abrüstungsprozess nicht gefährdet werden sollten. Der US-Präsident Lyndon B. Johnson sagte zwar erste Verhandlungen mit Aleksej N. Kosygin ab, diese begannen jedoch 1969. Auch Frankreich und die BRD setzten ihre Entspannungsbemühungen fort.

Die Reaktionen der neutralen Staaten Europas zeigten die unterschiedlichen Interpretationen von Neutralität auf. Schweden und die Schweiz verurteilten die Intervention beispielsweise in aller Schärfe. Finnland und Österreich werteten die Intervention nicht. Die zurückhaltende Reaktion Finnlands erfolgte, um die Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu belasten und um seiner strikten Neutralitätspolitik gerecht zu werden. Österreich wollte die Sowjetunion auf keinen Fall provozieren, da sich die politische Führung nicht sicher war, ob nicht auch Österreich Gefahr drohe.

Nahezu alle verbleibenden Staaten Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Ozeaniens verurteilten die Intervention. Kommunistisch regierte Staaten wie Nordkorea, Nordvietnam und Kuba billigten diese. Die Reaktionen der arabischen Staaten waren ambivalent.

9.b) Englisch

International Reactions to the Intervention of the Warsaw Pact Powers in Czechoslovakia 1968

The Historical Context

In the context of the Cold War the politics of the superpowers, i.e. the United States of America (further U.S.A.) and the Soviet Union (further USSR), changed after the stormy beginning of the 1960's (Berlin Crisis, Cuban Missile Crisis) and a time of détente emerged. The Non-proliferation treaty of 1968 and the upcoming disarmament talks are strong indications to the efforts of both sides. Disarmament should reduce the risk of a nuclear war, but détente was also a result of other problems of the superpowers. The U.S.A. were engaged in Vietnam, the USSR in the conflict with China. Furthermore, the beginning of disillusion in 1960's Eastern Europe caused problems. Postwar Europe realities were largely accepted, roll-back fantasies no longer a matter of politics. Détente was not only a project of the superpowers, France and West Germany, for example, sought their own politics of détente.

“Prague Spring“

After the communist takeover in Czechoslovakia in 1948 the Czechoslovak economy declined and followed in its orientation along the Soviet interests. De-Stalinization began only in the 1960's and remained incomplete. The people of Czechoslovakia were more and more dissatisfied with the living conditions. After internal political turbulences in 1967, Alexander Dubček was elected First Secretary of the Communist Party of Czechoslovakia (further CPCz) in January 1968. Soon after that, the party started with its efforts towards reforms by developing und concluding a reform-program (the Action Program). Censorship was abandoned and quickly a new public opinion developed often voicing demands going far beyond the intentions of the Action Program. A unique interaction between public opinion and the CPCz developed. People supported the CPCz leaders in a way they had never done in the past twenty years, not at least because the activities of the reformers improved the people's daily lives in many ways. What was so special about the development of the reform movement, which is known as “Prague Spring”, was the fact that the CPCz acted both as a system-changing and a system-preserving force. The outcome was insecure.

The Intervention

After the election of Dubček the Soviet leaders showed firm support, but in late March Soviet trust began to decline, and Leonid I. Brezhnev called up the later intervening Warsaw Pact Powers Bulgaria, the German Democratic Republic (GDR), Hungary, Poland and the USSR, to meet at Dresden. At the meeting the CPCz leaders were heavily criticized for the developments in Czechoslovakia. In the sequel to the „Prague Spring” the Soviet leaders became more and more concerned about the threat for the leading role of the party. The erosion of Soviet trust culminated in the rejection of a meeting in Warsaw mid-July following the Dresden example. The result of the meeting held without the leaders of the CPCz - *the Warsaw letter* - was a harsh criticism of the Czechoslovak leadership and an undeniable anticipation of the Brezhnev-Doctrine. However, the reformers of the CPCz did not change their politics, not even after the meetings in Čierná nad Tisou and Bratislava. In the night of August 20-21 Czechoslovakia was occupied by Warsaw Pact troops. The Czechoslovak army did not resist the occupation but the legitimization of the intervention by a coup d'état failed. The population of Czechoslovakia was united in civil resistance and did not collaborate with the foreign soldiers. In trying to overcome the situation the Soviet leadership held talks with the Czechoslovak president Ludvík Svoboda and, on his demand, with reformers who had been kidnapped during the invasion and were being held in the USSR. The results of the Moscow-talks terminated the politics of “Prague Spring”.

International Reactions to the Intervention

After the intervention the political leaders and the media of the intervening powers tried to legitimate and to defend their action at home and in the world. They explained the occupation by the request of Czechoslovak leaders of party and state and talked of a danger for socialism caused by the inner developments and a foreign threat to Czechoslovakia. Other communist states like Romania and Yugoslavia condemned the intervention very severely as a flagrant violation of the sovereignty of Czechoslovakia. Both countries feared an occupation of their own territory. China and Albania condemned the intervention too, but they also disapproved of the politics of “Prague Spring”. The antipathy against both sides was a result of the escalating Sino-Soviet conflict.

The NATO members condemned the intervention clearly in their rhetorical and diplomatic reactions but they did not go any further because they did not want to

endanger détente and the beginning of disarmament. For example, the US-president Lyndon B. Johnson condemned the intervention and cancelled the beginning of the disarmament talks with Aleksei N. Kosygin. Nevertheless, they started in 1969. France and West Germany continued their own politics of détente, too.

The reactions of the European neutrals showed the different interpretations of neutrality. Sweden and Switzerland condemned the intervention very severely. Finland and Austria abstained from a condemnation in their official comments on the events in Czechoslovakia. Finland did so with regard to the good relations to the Soviet Union and its strict policy of neutrality. Austria abstained because the political leaders were not sure if there was a danger to Austria, too, so they tried to avoid any provocation of the USSR.

Nearly all of the remaining states in Africa, Asia, Latin America and Oceania condemned the intervention very severely. Exceptions were communist-ruled countries like North Korea, North Vietnam and Cuba. The reactions of the Arabic World were ambivalent.

10. Lebenslauf

Angaben zur Person

Name: Graf Maximilian

Geburtsdatum: 21. Juli 1984

Geburtsort: Wien

Schulische Ausbildung:

1990-1994 Volksschule Phorusgasse 1040 Wien

1994-2002 GRG Rainergasse 1050 Wien

Hochschulausbildung:

Im Studienjahr 2002/03 Studium der Wirtschaftspädagogik an der
Wirtschaftsuniversität Wien

Oktober 2003 bis September 2004 Zivildienst in der Pfarre St. Florian 1050 Wien

Seit Oktober 2004 Studium der Geschichte an der Universität Wien